



Thomas Falkner (Hrsg.)

LOTHAR BISKY

**EIN POLITISCHER MENSCH. 1941-2013
LEBENSWEG. DOKUMENTE**

34

Lothar Bisky. Ein Politischer Mensch
1941–2013
Lebensweg. Dokumente

Thomas Falkner (Hrsg.)

LOTHAR BISKY

EIN POLITISCHER MENSCH

1941–2013

LEBENSWEG. DOKUMENTE

IMPRESSUM

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
2., aktualisierte Auflage

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: Oktober 2023

Titelillustration: Dr. Horst Dietzel

Fotos: Ulrich Burchert (200, 216, 246, 288) · Gabriele Senft (10, 122, 144, 280)

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Lothar Bisky – Lebensweg	11
Der Start ins Leben	11
Intellektueller in der DDR	13
Ein Demokrat in Verantwortung	19
Geburtshelfer einer neuen Partei	22
Der Weg in die Politik wird unumkehrbar	24
Vorsitz im Stolpe-Untersuchungsausschuss	29
Die Partei ruft	32
«In großer Sorge»	34
Programmatisches: Sozialismus, Liberalismus und Verfassung.	
Die «Systemfrage». DDR.	38
Strategisches: Voran zum Politikwechsel in Deutschland!	45
Vom Erfolg in den Abgrund. Niederlagen von Münster bis Gera	54
«Bisky reloaded». Auf zur neuen Linkspartei – was bleibt von der PDS?	66
Gedemütigt im Bundestag	73
Lothar Bisky – ein großer Europäer	75
Back to the roots	78
Nachsatz	82
Literatur	83

Dokument 1	
Das Konzept herrschaftsfreier Kommunikation	87
Zur Auseinandersetzung mit dem sogenannten neomarxistischen Ansatz in der Kommunikationsforschung	
Dokument 2	
Rede auf der Großkundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz	98
4. November 1989	
Dokument 3	
Bericht der Redaktionskommission auf dem ersten Beratungstag des Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS	100
Vorgetragen vom Vorsitzenden der Redaktionskommission, Lothar Bisky. Berlin, 9. Dezember 1989	
Dokument 4	
Da lassen wir Stolpe nicht mehr 'raus.	103
Nötig sind nicht neue Kriterien, nötig ist ein neuer Konsens über DDR-Vergangenheit. Interview mit Lothar Bisky	
Dokument 5	
Mit menschlichem Maß die Vergangenheit bewerten.	107
Entschließungsantrag von 5 Abgeordneten zum Bericht des Untersuchungsausschusses 1/3 (Drucksache 1/3009I)	
Dokument 6	
PDS '95: Solidarisch. Alternativ. Bundesweit.	109
Fünf Jahre PDS: Aufgaben und Herausforderungen, Referat vom Vorsitzenden Lothar Bisky auf dem 4. Parteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus am 27. Januar 1995 in Berlin (Auszüge)	
Dokument 7	
Plädoyer für einen libertären Sozialismus	123
Januar 1996	
Dokument 8	
Kommunen stärken – Gesellschaft von unten verändern.	135
Zur politischen Situation und zur Strategie der PDS bis 1998. Rede des Bundesvorsitzenden auf der 2. Tagung des 4. Parteitages der PDS am 27. Januar 1996 in Magdeburg (Auszüge)	

Dokument 9	
Die soziale Frage und die PDS	145
Rede des Bundesvorsitzenden auf der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS am 17. Januar 1997 in Schwerin, Entwurf (Auszüge)	
Dokument 10	
Den Brandenburger Weg neu bestimmen	154
Rede zur Regierungserklärung von Manfred Stolpe am 20. August 1997 (Auszüge)	
Dokument 11	
5 Jahre Programm der PDS	161
Erklärung des Bundesvorsitzenden vom 10. Februar 1998	
Dokument 12	
Kulturelle Identität und Kommunikationsprobleme in der PDS	163
Manuskript vom 22. März 1998	
Dokument 13	
Für eine gerechte Verteilung von Arbeit und Reichtum – für einen starken Osten in einer gerechten Republik	173
Rede des Bundesvorsitzenden auf dem Wahlparteitag der PDS am 3. April 1998 in Rostock (Auszüge)	
Dokument 14	
Die PDS bereitet sich auf ihre neue bundespolitische Rolle ab Herbst 1998 vor	176
Erklärung vor Bundestagskandidaten am 16. August 1998 in Berlin-Rahnsdorf	
Dokument 15	
Sozialistische Politik zur Jahrtausendwende – in einer globalisierten Welt, in einem sozialdemokratisch dominierten Europa, als Teil der neuen Mehrheit in der Bundesrepublik	179
Rede des Bundesvorsitzenden auf der 1. Tagung des 6. Parteitages der PDS am 16. Januar 1999 in Berlin (Auszüge)	
Dokument 16	
80. Jahrestag der Weimarer Reichsverfassung	188
Rede auf einer Festveranstaltung in Weimar am 18. April 1999 (Entwurf)	

Dokument 17	
Wenn wir uns mit dem beschäftigen, was war, ist immer besonders wichtig, was wir daraus lernen	201
Rede auf der Matinee «Vorwärts und nicht vergessen?» am 7. Oktober 1999 im «Tränenpalast» in Berlin (Auszüge)	
Dokument 18	
Rede des Bundesvorsitzenden auf der 3. Tagung des 6. Parteitages der PDS	206
Am 7. April 2000 in Münster, Entwurf (Auszüge)	
Dokument 19	
300 Jahre Preußen.	210
Der alte und der neue Untertan oder die Versöhnung des Großen Bruders mit Big Brother. Rede am Politischen Aschermittwoch, 28. Februar 2001 (Manuskript)	
Dokument 20	
Aufbruch: Selbstkritisch und selbstbewusst	217
Erklärung zum 116-Tage-Programm auf der Pressekonferenz am 1. Juli 2003 (Auszüge)	
Dokument 21	
Ein neues Programm wird uns Zuversicht und Mut für unseren Kampf um eine alternative «Agenda sozial» geben	220
Rede des Bundesvorsitzenden auf der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS am 25. Oktober 2003 in Chemnitz	
Dokument 22	
Der Platz der PDS ist im Alltag der Menschen	239
Rede auf dem Landesparteitag der PDS Brandenburg am 29. November 2003 in Blossin	
Dokument 23	
Die digitale Spaltung der Gesellschaft	247
Lothar Bisky und Jürgen Scheele, September 2007 (Auszüge)	
Dokument 24	
Was könnte Medienpolitik leisten?	251

Dokument 25	
Randglossen zu einer Programmdebatte.	258
Statement bei der Vorstellung des Programmentwurfes der Linken auf der Pressekonferenz in Berlin am 20. März 2010	
Dokument 26	
Wir haben die Entdeckungen noch vor uns	262
Dokument 27	
Europa als kulturelles Projekt	269
Konferenzbeitrag, 4. Mai 2012	
Dokument 28	
Vereinigte Staaten von Europa – das wäre ein neuer Qualitätsbegriff	273
Interview über die EU-Erweiterung, «mehr Europa», Europaskepsis und die Linke in Europa, 1. Juli 2013	
Trauerrede für Lothar Bisky	281
Lothar Bisky	285
Biografische Angaben	
Abkürzungsverzeichnis	289
Zum Herausgeber	291



Lothar Bisky, 2000

«Ich habe in meiner politisch aktiven Zeit so viel geredet und vorgeschlagen und Sitzungen geleitet und Ideen und Orientierungen mit anderen zusammen entwickelt, dass die Menschheit nun langsam darauf verzichten kann. Das sehe ich mit Freuden. Ich rate nur jedem, der sich mit dem einen oder anderen meiner früheren Vorschläge beschäftigt: Seid verdammt kritisch. Alles andere führt zu nichts.»

Lothar Bisky in seinem letzten Interview, 1. Juli 2013

Thomas Falkner

LOTHAR BISKY - LEBENSWEG

Lothar Bisky: Wo soll man beginnen bei so einer politischen Rückbesinnung? Wann trat er ein in die Politik? Mit der Verkündung des Textes der Redaktionskommission zum Abschluss der ersten Sitzungsrunde des außerordentlichen Parteitag der späteren PDS 1989? Oder schon davor, mit seiner Rede auf dem Berliner Alexanderplatz? Mit dem Wechsel von der Potsdamer Hochschule für Film und Fernsehen (HFF) in die Führungsebene des Parteiapparats der sich gerade auflösenden SED? Mit der Vertrauensfrage an der Hochschule für Film und Fernsehen? Mit seiner Rolle im internationalen Verband der Medien- und Kommunikationsforschung (AIERI/IAMCR)? Mit seinen medienkritischen Büchern zu DDR-Zeiten? Mit seiner Arbeit am Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig? Oder schon mit seinem Umzug von der Bundesrepublik in die DDR als noch sehr junger Mann?

Lothar Bisky war ein politischer Mensch, schon sehr früh. Ein politischer Mensch zu sein, das ist weitaus mehr, als ein Politiker zu sein. Manchmal steht beides sogar in einem starken Spannungsverhältnis. Lothar Bisky hat das über lange Zeit am eigenen Leibe erfahren müssen. Denn es ist ja nicht nur so, dass das Dasein als politischer Mensch den Politiker bereichert und erweitert. Nein, das Dasein als Politiker kann auch den politischen Menschen einschränken, einzwängen, belasten.

Aber so weit sind wir an dieser Stelle noch nicht.

Der Start ins Leben

Lothar Bisky war ein Kriegskind, geboren im August 1941 in Zollbrück, Kreis Rummelsburg, im ehemals preußischen Hinterpommern. Er kam an einem Sonntag zur Welt. Aber war er sein Leben lang ein Sonntagskind? Lassen wir die Frage offen. Das beschauliche Örtchen – heute heißt es Korzybie – hatte immerhin einen eigenen Bahnhof. Drei Bahnlinien kreuzten sich hier – ein Verkehrsknotenpunkt also. Lothar Biskys Vater arbeitete als Molkereihilfe. Erst kurz vor Kriegsende musste er zur

Wehrmacht. Durch das heimatliche Dorf zogen alsbald Einheiten der Roten Armee. Sie hinterließen lang anhaltende dunkle, böse Erinnerungen. Und eher hellere an eine Russin im Gefolge der Soldaten, die den kleinen Lothar in ihr Herz geschlossen hatte, ihm Essen und Zuwendung gab und ihn später irgendwann mit in die Ukraine nehmen wollte. Was die Familie mit Argwohn verfolgte.

Im zweiten Anlauf gelang ihr die Flucht aus der Heimat. Nach Hunger, Angst, Erschöpfung und entwürdigenden Umständen landete man schließlich in Brekendorf, einer traditionsreichen Gemeinde in Schleswig-Holstein, etwa elf Kilometer von der Stadt Schleswig entfernt. Etwas weiter war es bis nach Eckernförde und damit ans Wasser.

Das Leben in Brekendorf war ärmlich und entbehrungsreich. Lothar Bisky lernte kennen, was Arbeitslosigkeit bedeutet, welche Not und Demütigung sie mit sich bringt. Er hat das sein Leben lang nicht vergessen. Zu dem sozialen Druck kamen der Kummer über die frühe Scheidung der Eltern, aber auch eine enge Bindung an die Mutter und an Bruder Siegfried. Die Lebensregel seiner Mutter erwies sich gerade vor diesem Hintergrund als prägend: Wenn es ganz ernst wird, heiter bleiben, wenn alle toben, Ruhe bewahren.¹

Lothar Biskys Kindheitsjahre waren durch ländliche Vorstellungen, Maßstäbe, Werte und Grenzen bestimmt. Die Mutter jedoch war auch eine große Kinoliebhaberin und las viel. Lothar war ebenfalls eine Leseratte. Doch es brauchte erst einen neuen, jungen Lehrer an der Schule, um seinen Intellekt zu wecken. Als die Frage auftauchte, ob er nicht ans Gymnasium gehen sollte, stellte sich heraus: Das können die Eltern finanziell nicht bewältigen. Doch gemeinsam mit dem Lehrer fand sich ein anderer Weg zum Abitur.

In seinem Leseifer fiel Lothar Bisky das «Kommunistische Manifest» in die Hände, das ihm half, die sozialen Unterschiede und ihre Ursachen besser zu verstehen und einzuordnen. «Das angeeignete Wissen, die Filme und Bücher, die engen Begrenzungen des Alltagslebens, das alles sorgte dafür, dass sich in mir früh Fernweh regte. Ich wollte hinaus in die «große weite Welt», erinnerte sich Bisky später an diese Zeit.² Ein Stipendium, das er erhielt, um ihn von Teilen seiner physischen Überlastung zu befreien, erwies sich als kein wirklicher Ausweg aus der finanziellen Enge. Es war zudem mit einer Einschränkung seiner gedanklichen Freiheit verbunden. Bisky sah sich geduckt – und er sah keinen Ausweg aus dieser Situation. Zunächst.

1 Vgl. Bisky, Lothar: So viele Träume. Mein Leben, Berlin 2005, S. 22.

2 Ebd., S. 34.

«Mein Entschluss kam nicht ganz überraschend, aber plötzlich», schrieb er in seinen Lebenserinnerungen. «Ich wollte einfach abhauen, ab in die DDR. Dort sollte es, was ich nicht genau wusste und beurteilen konnte, eine Menge von Problemen geben, die Bildung allerdings hing wenigstens nicht vom Geldbeutel der Eltern ab. Arbeiter- und Bauernkinder wurden, so viel schien mir sicher, in ihrer beruflichen Entwicklung besonders gefördert.»³

Das Streben nach Bildung war wohl das zentrale Motiv, war der Auslöser dafür, dass Bisky 1959 tatsächlich in die DDR übersiedelte. In seinen Lebenserinnerungen schrieb er:

«Der Entschluss war sicher eine Mischung aus gesellschaftlicher Vision, dem Traum von einer sozialistischen Gesellschaft der Chancengleichen, einem Schuss Abenteuerium und Protest gegen die Verhältnisse der Adenauer-Ära – und nicht zuletzt das Ergebnis empfundener Kränkung. Ich wollte ausbrechen, ich sah für mich keinen anderen Ausweg.»⁴

Der Familie und vor allem seinem in Brekendorf gewonnenen Freund Hein blieb Lothar Bisky eng verbunden. Hein war bis zu seinem Tod eine Stütze in schweren Zeiten, ein Anlaufpunkt, um Ruhe und das innere Gleichgewicht wiederzufinden.

Intellektueller in der DDR

Lothar Bisky ging also in die DDR, studierte und promovierte dort. Und er trat – für ihn folgerichtig – in die SED ein. Doch vorher lernte er, dass ihm in der DDR die Tore nicht unkontrolliert offenstanden. Zwar stellten die soziale Stellung keinen Hinderungsgrund und die linke Gesinnung eine Empfehlung dar – aber es kam auch auf deren Reinheit an. Sich nicht nur von Marx, sondern auch von Nietzsche und Schopenhauer beeindruckt zu zeigen: Das ging nicht. Bisky wurde erst einmal «in die sozialistische Produktion» geschickt, um «an der Seite der Arbeiterklasse» sein Weltbild zu festigen. Nun gut, er folgte dem und begann sein Studium ein Jahr später – zunächst Philosophie in Berlin, dann Kulturwissenschaften in Leipzig. Hans Mayer jedoch, den großen Literaturwissenschaftler, dessentwegen er nach Leipzig wollte, hat er nicht mehr hören können. Mayer war 1963 angesichts der seit Jahren zunehmenden Konflikte mit den DDR-Oberen von einer Reise zu seinem Verlag nach Tübingen nicht mehr zurückgekehrt.

Als Student lernte Lothar Bisky seine spätere Ehefrau Almuth kennen. Es funkte sofort. Almuth war eines von sieben Kindern, ihre Familie hatte 1945 aus dem Sudetenland fliehen müssen – eine Erfahrung, die sie mit Lothar teilte. Auch ihre Auffassung der Bedeutung von Bildung war gleich. So hatte Almuths Mutter nach Ende des Krieges, nachdem die Familie alle materiellen Dinge verloren hatte, gesagt: «Was du

3 Ebd., S. 36.

4 Ebd.

kannst, kann dir keiner nehmen.»⁵ Im Unterschied zu den Biskys jedoch gelangte Almuth gleich dahin, wo es später die DDR gab. Ein Vorsprung vor Lothar. Später sagte er, erst mit Almuth sei er wirklich in der DDR angekommen und heimisch geworden.

Ihr ältester Sohn Jens erinnert sich an die «nie ermattende Begeisterungsfähigkeit» seiner Mutter.

«Energisch organisierte sie den Alltag, um Zeit für jene Traumwelten der Ferne und Vergangenheit zu gewinnen, in die sie am liebsten eintauchte. [...] Ihr sanfter Blick, der immer Antwort suchte, und ihre ruhige, tiefe Stimme gaben mir das Gefühl, dass die sechs und elf Quadratmeter großen Zimmer im Leipziger Osten und der karge Spielplatz um die Ecke nicht alles waren, bestenfalls Ausgangspunkt einer abenteuerlichen Reise.»⁶

Almuth Bisky wurde in Leipzig eine erfolgreiche, anerkannte und weithin geschätzte Kulturfunktionärin. Doch sie war auch Inoffizielle Mitarbeiterin (IM) der Staatssicherheit. «Ich will eines klarstellen», sagte sie in einem Interview 2004, «ich habe mich nie verführt gefühlt. Ich übernehme die Verantwortung für mein Handeln.»⁷ Geschadet habe sie niemandem.

Mit dem Untergang der DDR brach Almuth Biskys berufliche Welt zusammen. Sie schlug sich durch – unter anderem als Verkäuferin vielbändiger Lexikonausgaben. Treppauf, treppab. Später arbeitete sie in der Altenpflege. Lothar Biskys Verbindungen und Kontakte zu nutzen, um ihr beruflich wieder auf die Beine zu helfen – für beide nicht akzeptabel.

Zurück zu Lothar. 1966 bot ihm Walter Friedrich, der in Leipzig gerade das Zentralinstitut für Jugendforschung gegründet hatte, eine Stelle an. Bisky, seit dem Studium Wissenschaftlicher Assistent an der Karl-Marx-Universität Leipzig, nahm dankend an. Friedrich wollte am Institut Forschungen zur sozialen und Massenkommunikation auf den Weg bringen. Bisky war da für ihn ein «Kader-Glückstreffer»:

«Die Stärken von L. Bisky bestanden in seiner Vielseitigkeit, Belastbarkeit und vor allem in seiner Begabung für theoretische Problembearbeitung. Er ging schnell über das elementare Kommunikationsmodell hinaus und bezog den gesellschaftlichen Background systematisch mit ein, was sich in seinen Publikationen klar zeigte. [...] Sowohl durch seine empirischen Studien, besonders zur Filmwirkungsforschung wie seiner theoretisch-konzeptionellen Arbeiten avancierte er schon nach kurzer Zeit zum wohl profiliertesten MK-Forscher [Massenkommunikationsforscher – d. A.] in der DDR.»⁸

5 Bisky, Jens: Geboren am 13. August. Der Sozialismus und ich, Hamburg 2006, S. 20.

6 Ebd., S. 19.

7 Amend, Christoph: Diese Biskys, in: Die Zeit, 40/2004, 23.9.2004.

8 Friedrich, Walter: 75 Jahre. Biographische Notizen und Reflexionen, 2004, S. 60 f.

Lothar Bisky erinnerte sich an das Institut als «eine exotische Forschungseinrichtung [...], die – marxistisch geprägt – sich auch «westlicher» Methoden der Sozialforschung bediente». «Im eng gezielten Forschungsumfeld DDR wurden dank Walter Friedrich belastbare Höchstleistungen hervorgerufen und die Strenge der Forschung ernst genommen», schrieb er. «Walter Friedrich verwandelte die Hindernisse bei der wissenschaftlichen Begleitung der DDR-Gesellschaft in ein beständiges Feuer, indem sich Methoden verfeinerten und kluge Fragen gestellt wurden.» Damit befand man sich einerseits auf der Sonnenseite des DDR-Wissenschaftsbetriebs, andererseits aber auch im kalten Blendlicht des ideologischen Suchscheinwerfers der Obrigkeit: Leistungen und Ergebnisse des Instituts, so Bisky, «riefen anhaltende Skepsis und Misstrauen bei manchen Staatenlenkern hervor und gipfelten in der Deklamation des Gegenteils, wenn es um den Wahrheitsgehalt der Forschungsergebnisse ging».⁹

1971 erschien beim Deutschen Verlag der Wissenschaften die Publikation «Massenkommunikation und Jugend» von Lothar Bisky und Walter Friedrich. Das Vorgehen des Instituts wird darin bei genauerem Hinsehen deutlich. Man bezieht sich auf die Jugend, also einen spezifischen Teil der Bevölkerung, der sich lebensgeschichtlich noch in einem Reifeprozess befindet. Dabei werden zwar allgemeingültige Befunde erhoben, die «Staatenlenker» werden aber nicht zwangsläufig damit konfrontiert, Schlussfolgerungen für ihr sich immer mehr verselbstständigendes, aber alle Generationen umfassendes Abstraktum «Arbeiterklasse» zu ziehen. Die Autoren beklagen einerseits, «dass in der DDR bisher keine umfassende systematische Arbeit zur Massenkommunikation publiziert wurde»,¹⁰ kritisieren aber in einem grundsätzlichen Kapitel die bürgerliche Massenkommunikationsforschung – wodurch sie aber auch mit deren Theoremen und Erkenntnissen bekannt machen.

Sodann werden in einem weiteren Grundsatzkapitel, verfasst von Lothar Bisky, «Bedingungen und Gesetzmäßigkeiten der Verhaltensdetermination durch Massenkommunikation im Jugendalter» dargestellt. Zentraler Aspekt dabei ist «die Bedeutung der Persönlichkeit».¹¹ So «geht es nicht darum, Jugendliche vor den «geheimen Miterziehern» zu schützen, sondern in erster Linie müssen Konzeptionen entwickelt und realisiert werden, die den jugendlichen Rezipienten zu einem [...] effektiven Gebrauch der Massenkommunikation befähigen».¹² Im Gesamtkontext des Buches geht dieser emanzipatorische Ansatz freilich wieder etwas unter, denn das Ziel der Autoren ist es, zu klären, «welche Variablen [unter welchen Bedingungen] als entscheidende Einflussgrößen bei der Realisierung des sozialistischen Erziehungsziels zu bewerten

9 Bisky, Lothar: Jugendforschung und DDR – zwei linke Schuhe? Produktive Bruchstücke zum 80. Geburtstag von Walter Friedrich, in: Festschrift zum 80. Geburtstag für Walter Friedrich, 2009, S. 18 f.

10 Bisky, Lothar/Friedrich, Walter: Massenkommunikation und Jugend. Zur Theorie und Praxis der Massenkommunikation und ihren Einflüssen auf die sozialistische Persönlichkeitsbildung und Bewusstseinsentwicklung Jugendlicher, Berlin 1971, S. 6.

11 Ebd., S. 107.

12 Ebd., S. 111.

und dementsprechend auszunutzen sind».¹³ Verdienst des Bandes bleibt es aber, bei der Betrachtung der Massenkommunikation eine große Differenziertheit samt innerer Wechselwirkungen und Zusammenhänge erfasst zu haben. Das Individuum ist nicht Objekt der Beeinflussung, ihr nicht hilflos ausgeliefert, sondern bestimmt durch seine Erfahrungswelt, seine Erwartungen und Wahrnehmungsmuster die Wirkung der Kommunikation maßgeblich mit.

Lothar Bisky vertiefte diesen Gedanken in dem 1976 erschienenen Band «Zur Kritik der bürgerlichen Massenkommunikationsforschung».

Zuvor hatte er 1974 einen Vortrag auf einer großen Konferenz der Association Internationale des Études et Recherches sur l'Information et la Communication (AI-ERI, heute eher bekannt unter dem englischen Kürzel IAMCR – International Association for Media and Communication Research) gehalten. Das Thema mutete für DDR-Verhältnisse heikel an: «Das Konzept herrschaftsfreier Kommunikation. Zur Auseinandersetzung mit dem sogenannten neomarxistischen Ansatz in der Kommunikationsforschung». In den ersten beiden Dritteln distanziert sich Bisky unter dem Einsatz des üblichen marxistisch-leninistischen Handwerkszeugs von diesem Ansatz – nicht ohne «Habermas als auch (und vor allem) [...] Enzensberger [...] scharfsinnige Analysen der gegenwärtigen Praxis der Kommunikation im staatsmonopolistischen Kapitalismus» zu bescheinigen. Jedoch habe Habermas in seinem Modell den Klassenkampf und die Mobilisierung der Arbeiterklasse zu Aktion untergehen lassen; zudem passe die «herrschaftsfreie Kommunikation» im Kapitalismus nicht zu Lenins Pressetheorie (Medien als «kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator») sowie zum Lehrgebäude von (kommunistischer) Partei, (Arbeiter)-Klasse und «Masse».¹⁴

Im Schlussteil seines Vortrags wurde Bisky jedoch grundsätzlich: Die marxistisch-leninistische Partei hat seiner Überzeugung nach mit Blick auf die Medien dafür zu sorgen,

«dass sie im Interesse der Verständigung und effektiven Kooperation eingesetzt werden. [...] Eine Trennung der Massen in Erzieher (Partei) und zu Erziehende (Massen) ist dem Marxismus-Leninismus fremd. Er geht vielmehr aus von einem zweiseitigen Kommunikationsprozess zwischen Partei und Klasse. Im Rahmen dieses zweiseitigen Kommunikationsprozesses

¹³ Ebd., S. 178.

¹⁴ Vgl. Bisky, Lothar: Das Konzept herrschaftsfreier Kommunikation. Zur Auseinandersetzung mit dem sogenannten neomarxistischen Ansatz in der Kommunikationsforschung, in: Konferenzprotokoll. Wissenschaftliche Beiträge I, Sektion Journalistik, AIERI IX. Generalversammlung AIERI, Leipzig, 17.–21.9.1974, S. 225–229. Siehe Dokument 1 in diesem Band. Damit warf Bisky – auch für die sozialistische Gesellschaft – die Frage auf, wie Normen zustande kommen und unter welchen Voraussetzungen sie Bestand haben. Habermas selbst postuliert, dass «eine Norm nur dann Geltung beanspruchen [darf], wenn alle von ihr möglicherweise Betroffenen als Teilnehmer eines praktischen Diskurses Einverständnis darüber erzielen». Zudem verbindet sich Habermas' Diskursethik mit dem Gedanken, «dass normative Geltungsansprüche [die dann von allen Betroffenen eingebracht werden – d. A.] einen kognitiven Sinn haben und wie Wahrheitsansprüche behandelt werden» (Habermas, Jürgen: Diskursethik. Philosophische Texte, Bd. 3, Berlin 2009, S. 60 ff.).

entsteht in einem historischen Prozess jener Typ sozialistischer Massenkommunikation, der eine echte Kommunikation der Massen für die Interessen der Massen verwirklicht.»¹⁵

Und Bisky schob noch einen Aspekt nach, bei dem er Habermas über das Analytische hinaus für anregend hielt: «Das Problem des Geltungsanspruches von Normen und Meinungen z. B., das Habermas mit dem Diskurs thematisiert, halte ich für ein wichtiges Problem.»¹⁶

Eigentlich hatte Bisky auf der Konferenz über Forschungsergebnisse des Zentralinstituts für Jugendforschung sprechen wollen. Das aber ging natürlich nicht, schließlich waren die empirischen Forschungen vertraulich – auf einer öffentlichen Konferenz, noch dazu einer internationalen, durften sie nicht verwendet werden. Dennoch markieren die Leipziger Konferenz und die Arbeit in der AIERI/IAMCR wichtige Meilensteine für die große internationale Anerkennung, die Lothar Bisky als Wissenschaftler genoss. Rückblickend erfreute er sich der Ironie, dass er neben der von Geheimniskrämerei umwitterten empirischen Forschung mit der theoretischen Arbeit ein zweites Standbein hatte aufbauen und damit seinen Weg in die internationale wissenschaftliche Community hatte finden können. Natürlich war aber auch das nicht gelungen ohne Querschüsse aus den eigenen Reihen. So sperrte sich Emil Dusiška, seinerzeit Generalsekretär der AIERI und Direktor der Sektion Journalistik (bis 1969 Journalistische Fakultät) der Universität Leipzig, gegen die Berufung Biskys in die Gruppe «Materialistische Medientheorie» der AIERI. «Die Zusammenarbeit mit den jungen linken Soziologen, gar Pop-Soziologen war ihm zutiefst suspekt», erinnerte sich Lothar Bisky.

«Ich ließ wissen, dass ich die konservative Haltung gegenüber den linken Bestrebungen in Bezug auf eine materialistisch fundierte Theorie der Massenmedien und der Massenkultur, inklusive Rockkultur, nur als rückständigen Konservatismus sehen könne, dem ein nach vorn gerichtetes sozialistisches Land wie die DDR nach außen keineswegs folgen könne.»¹⁷

Bisky blieb mit dieser Einschätzung allein. Die Zusammenarbeit mit der Sektion Journalistik endete – obwohl er sich dort habilitiert hatte (Promotion B) und ein sehr beliebter Hochschullehrer war. Anfang der 1980er-Jahre ließ man wissen, dass Lothar Bisky an der Sektion nicht zitiert werde.

Wer aufmerksam zugehört hatte, musste die zitierten Passagen aus dem Konferenzvortrag von 1974 als klare Kritik an der Medienpraxis der DDR verstehen (die der 1978 bei einem Flugzeugabsturz in Libyen tödlich verunglückte Werner Lamberz als SED-Politbüromitglied gerade vorsichtig zu reformieren versuchte). Man konnte sie

15 Bisky: Das Konzept herrschaftsfreier Kommunikation, S. 229. Siehe Dokument 1 in diesem Band.

16 Ebd., S. 229. Siehe Dokument 1 in diesem Band.

17 Bisky: So viele Träume, S. 102.

aber auch als bloße Kritik des westlichen Neomarxismus und der Trägheit der eigenen Wissenschaft auffassen.

Lothar Bisky hatte stets eine Neigung zum Rebellischen in sich – vor allem dann, wenn ihm Überzeugungen vorgeschrieben wurden und die Freiheit seines Gedankenflusses eingeschränkt werden sollte. Eine Gefahr für das System der DDR, für die SED, war er nicht. Er hatte immer einen klaren Standpunkt und wusste, was er wollte. Davon ausgehend erwies er sich nicht als geschmeidig, wie man es in der Obrigkeit gerne hatte, aber er war auch nicht überheblich. Ein Kerl, mit dem man reden kann. Bisky wusste, was er konnte – und er hatte auch etwas zu bieten, was in den Gesellschaftswissenschaften der DDR nicht alltäglich war: Kreativität, Authentizität und wachsendes internationales Renommee. Und er konnte spannend und unterhaltsam unter die Leute bringen, was er erkannt und erforscht hatte. Ihn zu verlieren hätte der Obrigkeit mehr Nachteile gebracht, als seine Spitzen Schmerzen verursachten.

So war es wohl auch möglich, dass er 1980 an die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED berufen wurde. Er sollte die Kulturosoziologie in der DDR aufbauen und koordinieren. Eine für sich genommen interessante Aufgabe, aber die Jahre an der Akademie waren für Bisky erfüllt mit Frustration, Ärger und Enttäuschung. Seine Hoffnung, dort die Medienforschung aufzubauen, scheiterte am Nein des für die Medien zuständigen SED-Politbüromitglieds Joachim Herrmann. Als er angesichts der Widerstände vonseiten der Akademie sein populärwissenschaftliches Buch «The show must go on» 1984 im Alleingang beim Verlag Neues Leben herausbrachte, erhielt er zwar nachträglich die Genehmigung, aber zugleich eine Disziplinarstrafe. Schließlich erlebte er, wie sein Freund, der Kulturwissenschaftler Helmut Hanke, zunächst wegen einer flapsigen Bemerkung während eines Vortrags zum «Fall Hanke» wurde – am Ende gemäßregelt und schließlich von der Akademie entfernt. Biskys Chef, Hans Koch, Direktor des Instituts für Kultur- und Kunstwissenschaften an der Akademie und seit 1976 im SED-Zentralkomitee (zunächst Kandidat, dann Mitglied), nahm sich 1986 das Leben – ob wegen dieser Erfahrung oder aus Angst, selbst in den Strudel von Vorwürfen zu geraten, blieb für Lothar Bisky offen.

«Die Annahme, durch wissenschaftlich begründete Arbeiten effektivere Konzepte für Reformen in der DDR erfolgreich einzubringen, erwies sich als Irrtum», bilanzierte Lothar Bisky seine Zeit an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften.¹⁸ Man habe zwar weitgehend frei reden können, auch in Vorträgen, aber das bewegte nichts. «Zunehmend gewann ich den Eindruck, dass man uns gerade deshalb reden ließ, weil das nichts änderte.»¹⁹

18 Ebd., S. 124.

19 Ebd.

Ein Demokrat in Verantwortung

Bisky suchte nun nach einer beruflichen Alternative. Hier und da, es brauchte Zeit, Kontakte und Ideen. Zumal ihn die Akademie nicht ziehen lassen wollte. Aber dann half das Glück des Tüchtigen, in Biskys Fall seine Verankerung in der Filmszene der DDR. Mitte der 1980er-Jahre sollte die Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam-Babelsberg aufgemöbelt und aufgewertet werden – auch durch den Namen des 1982 verstorbenen Ausnahmeregisseurs Konrad Wolf, der die Hochschule zeit seines Lebens peinlichst gemieden hatte. Es musste also wirklich einen Neuaufbau geben, und dabei musste man Rücksicht nehmen auf die Familie Wolf, die auf ihre Art zum «kommunistischen Uradel» der DDR gehörte. Auch die Familie Wolf wollte Lothar Bisky an der Spitze der Hochschule.

1986 wurde er zum Rektor berufen. An der Hochschule setzte damit ein «schlagartiger Klimawechsel» ein, erinnerten sich Beteiligte später auf einer Gedenkveranstaltung. «Nun wurden die einst unter Verschluss gehaltenen Filme hochschulintern gezeigt, mitunter auch halböffentlich. Bisky stellte sich vor seine Studenten, riskierte sogar Strafbelehrung und Parteiausschluss.»²⁰ Der Regisseur Thomas Frick erinnert sich: «Der Rektor Bisky erzählte mir, dass er einmal im Monat vor der Staatssicherheit Rechenschaft darüber ablegen musste, weshalb ich nicht exmatrikuliert worden sei.»²¹ In den 1990er-Jahren versuchten dann übrigens findige Experten, Bisky in das Licht eines Stasi-IM zu rücken.

Bisky erwies sich als ein Segen für die Hochschule und die dort Studierenden.

«Er überstimmte Prorektoren und Fachrichtungsleiter, wenn sie nicht aus fachlichen, sondern aus fadenscheinig ideologischen Gründen oder aus Angst Filmvorhaben boykottierten. Er boxte politisch und finanziell schwierige Projekte durch, indem er Partner und Geld bei der DEFA und dem Fernsehen «lockermachte». Und er öffnete die Schule binnen kürzester Zeit für und nach westlichen Filmhochschulen. So konnten beispielsweise Studierende mit ihren Arbeiten seit 1986 wieder zu dem großen internationalen Studententourfestival an die Münchener Filmhochschule reisen.»²²

«Die Schere ist kein pädagogisches Mittel mehr», versprach er ihnen. Im Gegenzug wurde er politisch von den jungen Leuten gefordert und erhielt tiefe Einblicke in das wirkliche Leben in der DDR. «Sie haben den ersten Film über Punker in der DDR gedreht, das war für mich eine neue Welt», erinnerte sich Bisky.

20 Neißé, Wilfried: Ein Mann mit fast zu gutem Herz, in: neues deutschland, 6.6.2014.

21 Zit. nach ebd.

22 Schmidt, Andreas (Regie-Absolvent 1987) über Rektor Lothar Bisky, in: Schulz, Torsten (Hrsg.): Orangemond im Niemandsland. 50 Jahre HFF «Konrad Wolf» in Potsdam-Babelsberg, Berlin 2004, S. 102.

«Sie haben mich herausgefordert, mich auf Widersprüche aufmerksam gemacht. Sie haben mich mehr mit der Realität des Landes, in dem ich lebte, bekannt gemacht, sie haben mir viele Dinge anvertraut, von denen ich wenig Ahnung hatte, und sie haben mir die Augen geöffnet. Ich konnte viel von ihnen lernen. [...] Durch sie verstand ich auch meine Söhne besser, die ja die gleichen Grunderfahrungen sammelten.»²³ «Da haben sie den Professor belehrt. Zum Glück gibt es junge Leute, die das tun.»²⁴

Im Jahr 1987 holte er dann den in Berlin geschassten Helmut Hanke als Professor an die Hochschule für Film und Fernsehen nach Potsdam-Babelsberg.

Seine Reputation als Rektor der Hochschule für Film und Fernsehen, sein hohes Ansehen in der Kultur- und Kunstszene der DDR, seine Popularität als Buchautor vor allem unter jüngeren Leuten wehten Lothar Bisky in der Wendezeit weiter nach oben. Am 4. November 1989 stand er, der SED-Genosse, auf dem Podium des Berliner Alexanderplatzes und sollte auf der legendären Großdemonstration gegen Gewalt und für verfassungsmäßige Rechte, Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sprechen. Angeregt und organisiert worden war die Demonstration von Theaterschaffenden in (Ost-)Berlin – erstmals nicht von Staat und Partei.

Bisky stand auf dem Podium, ein bescheidener Mann ohne Pathos, aber auch ohne Zerknirschung: «Wenn die Veranstalter mich als Amtsinhaber hier sprechen lassen, so vermutlich deshalb, weil ich den Studenten die Vertrauensfrage gestellt habe», beginnt er unter Verweis auf eine damals noch völlig unübliche, geradezu revolutionäre Praxis. Kein Wunder also: «Dafür habe ich viel Kritik erhalten.» Zumal er auch andere «Amtsinhaber aufforderte, sich zu fragen, ob sie sich nicht auch demokratisch legitimieren lassen». Zu diesem Zeitpunkt war das SED-Politbüro noch an der Macht. Bisky weiter: «Die Studenten haben mir ihr Vertrauen ausgesprochen.» Und: «Ich spreche für Studenten und will Vorschläge aus unserer Hochschule sagen. Damit Vertrauen wächst.»²⁵

Damit war er beim Kern seiner Rede: Vertrauen. Die Menschen im Lande hatten jedes Vertrauen in Staat, Staatspartei und System verloren – die zerfallende Staatspartei SED suchte verzweifelt nach Wegen, «das Vertrauen wiederzugewinnen». Bisky machte deutlich – unmissverständlich, aber ohne jede Polemik –, dass Vertrauen nur eine Sache auf Gegenseitigkeit sein kann. Er hatte an seiner Hochschule die Studierenden nicht plötzlich aufgefordert, ihm zu vertrauen, sondern er hatte sie gefragt, *ob* sie ihm vertrauten. Und er bekam ein klares Ja, weil er zuvor – unter bestimmt nicht leichten Umständen – *ihnen* Vertrauen entgegengebracht hatte: Vertrauen nicht in ihre ideologische Rason oder gar Parteidisziplin, sondern in ihr Gefühl der Verpflich-

23 Bisky: So viele Träume, S. 168.

24 Zit. nach van Laak, Claudia: 50 Jahre HFF Babelsberg, Deutschlandfunk, 5.11.2004.

25 Lothar Bisky zit. nach Hahn, Annegret/Pucher, Gisela/Henning, Lothar (Hrsg.): 4. November '89. Der Protest. Die Menschen. Die Reden, Frankfurt a. M./Berlin 1990. Siehe Dokument 2 in diesem Band.

tung gegenüber dem Publikum, in ihr Engagement gegen Missstände und in ihre Kreativität und Freude an der Arbeit. Er stand an ihrer Spitze, wenn es um Schaffensfreiheit, Zugang zu den Medien und überhaupt um ein besseres Land ging. Und er wusste, dass die Jungen die Zukunft sind – nicht die Alten und auch nicht die von den Alten geformten Jungen.

Lothar Bisky sagte Jahre später in einem Interview, es sei sein «größter Erfolg als Politiker» gewesen,

«dass ich am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz reden durfte. Ich habe dort als Rektor der Filmhochschule gesprochen und Forderungen der Studenten vertreten, die mir ein Herzensanliegen waren. Es passiert ja selten, dass einem dabei eine Million Menschen zuhören. Das war wichtiger als ein genialer Schachzug in einer Parlamentsabstimmung.»²⁶

Als der Interviewer wissend anmerkte, der 4. November 1989 sei «der Beginn Ihrer politischen Karriere» gewesen, konterte Bisky: «Tja, wenn ich das gewusst hätte, wäre ich wohl gar nicht hingegangen.»²⁷ Ein typischer Bisky-Satz. Nur nichts mit zu viel Historie und Bedeutung aufblasen – schon gar nichts, was ihn selbst anbelangte.

Rückblickend sagte Lothar Bisky über sein politisches Dasein bis Mitte der 1980er-Jahre:

«Ich war zwar ein kritischer Genosse, aber einer, der die Parteipolitik mitgetragen hat. Ich habe, wie viele andere auch, gesagt: Heute muss das und das noch so sein, weil die Bedingungen im Klassenkampf schlecht sind. So haben sich viele rausgeredet, so habe ich mich rausgeredet.»²⁸

Auch dies so ein typischer selbstkritischer Bisky-Satz. So selbstkritisch, dass er wesentliche Entwicklungszüge fast überdeckt.

Bereits im Erfahrungsraum des Zentralinstituts für Jugendforschung hatte Biskys Weg in die Politik begonnen. Er hatte dafür eine prägnante Zusammenfassung zu bieten. Er habe, so der Einstieg,

«am Institut das Privileg der Ferne von der Tagespolitik genossen. [...] Trotzdem beschleicht mich heute der Gedanke, dass ich gern der Jugendforschung und insbesondere Walter Friedrich eine gewisse Mitschuld geben möchte, dass mir heute die europäische Politik nicht nur täglich, sondern eher stündlich um die Ohren fliegt. Die Filmwirkungsana-

26 Reinecke, Stefan: «Ich bin kein Lehrer der Linkspartei». Interview mit Lothar Bisky, in: taz, 7.3.2012.

27 Ebd.

28 Wir erklärten uns für zuständig. Lothar Bisky über die Agonie in der DDR der Achtzigerjahre, über die Chance für den Neuanfang 1989/90 und die neue Erdung der Partei, in: Disput, Oktober 2009, unter: <https://herbst89.die-linke.de/wir-erklaerten-uns-fuer-zustaendig/>.

lysen am Jugendforschungsinstitut waren ein gewisser Auftakt, aus dem Landfilmverleiher einen filmverrückten Forscher zu machen, aus dem filmverrückten Forscher später einen Rektor einer Filmhochschule. Die Babelsberger Studentinnen und Studenten hatten ihren eigenen Anteil daran, die Widersprüche der späten DDR hart zu zeichnen, die Wende zu dokumentieren und politische Ansprüche nicht als Instrumentalisierung des dokumentarischen Blicks zu verstehen. Alles in allem hat mich dieser scheinbar gradlinige und folgerichtige Weg de facto aus der distanzierenden Bahn geworfen, und so stand ich seit 1989/90 mitten in der Politik der Linken, aus Ost und West – und zwar europaweit. Ich hatte das Jugendforschungsinstitut auch als Schutzzone bezeichnet, einen Lebensort, an dem sich politische Überzeugungen nicht blind, so doch nachhaltig und mit kritischem Blick aufs eigene Handeln ausbilden konnten. Dies hat mir im späteren Leben nicht nur Offenheit, sondern auch die Hartnäckigkeit verliehen, mit der man manche Ideen verfolgen muss.»²⁹

Geburtshelfer einer neuen Partei

Am 4. November 1989 hatte Lothar Bisky noch kühn alle Verantwortlichen in der DDR aufgerufen, sich in ihren Zuständigkeitsbereichen Vertrauensabstimmungen zu stellen – einen Monat später waren das SED-Zentralkomitee samt Politbüro und Sekretariat Geschichte und die Parteibasis hatte einen Außerordentlichen Parteitag der SED herbeigeführt. Und Lothar Bisky war nun einmal da gewesen, an diesem 4. November. Und er hatte eine Idee für dieses Land, für diese Lage – auch für diese strauchelnde Partei: Vertrauen. Er wusste auch, dass es lange dauern würde, wieder Vertrauen zu gewinnen. Dass man erst selbst würde Vertrauen investieren müssen. Dass man keine Illusionen über die Lage würde haben dürfen, den Menschen nichts vormachen dürfe. Versagen anerkennen, Reue zeigen. Reue leben. Und neue Ideen entwickeln – Ideen, die die Menschen verstanden, die sie für vernünftig und deswegen umsetzbar hielten, im Rechtsstaat und in politischen Bündnissen. Mit denen man in der öffentlichen Debatte bestehen konnte.

Seit seiner Rede auf dem Alexanderplatz war Lothar Bisky in der sich wandelnden DDR eine politische Größe. Folgerichtig landete er im Arbeitsausschuss, der den Außerordentlichen Parteitag vorbereitete, und später in Vorstand und Präsidium der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Auf dem Parteitag selbst leitete er eine Redaktionsgruppe, die die Debatten zusammenfassen und eine Art politische Erklärung vorbereiten sollte. Während Gregor Gysi, Michael Schumann, Hans Modrow und andere ihre großen Reden hielten und während Wolfgang Berghofer, der Dresdner Oberbürgermeister, die Regie führte, tagte diese Gruppe in einem Nebenraum.

Da saßen Leute aus allen Teilen des Landes, erregt und teils auch verstört, mit den widersprüchlichsten Erlebnissen in und mit der SED, mit mehr oder weniger politischer Erfahrung und Begabung, mit unterschiedlicher Bildung, den schillernds-

29 Bisky: Jugendforschung und DDR – zwei linke Schuhe?, S. 18 f.

ten Vorstellungen von der Zukunft der DDR, des Sozialismus, Deutschlands und der Welt, pro oder contra Gorbatschow, erschüttert oder befreit von der Wiederkehr des Begriffs Stalinismus und der gleichzeitigen Distanzierung davon. Es gab ein heilloses Durcheinander. Im Grunde aber musste die Entschließung oder Erklärung mindestens zwei Dinge klären: erstens, wie die sich wandelnde Partei zum Scheitern der DDR und zur Verantwortung der SED, also auch der Delegierten selbst, stand. Zweitens ging es um die deutsche Frage, die durch die Fluchtbewegung des Jahres 1989 und spätestens durch den Fall der Mauer rund vier Wochen vor dem Parteitag wieder offen war. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte darauf bereits mit einem Zehn-Punkte-Plan reagiert und diesen im Bundestag vorgestellt. Für die im Entwurf noch nicht vorhandene deutschlandpolitische Passage zogen sich Bisky und einige andere in einen separaten Raum zurück.

Am Ende stimmte eine gewaltige Mehrheit der Delegierten für die Erklärung. Darin war der antistalinistische Gründungskonsens der PDS enthalten, der zudem in den Referaten von Gregor Gysi, Dieter Klein, Michael Schumann und Hans Modrow ausargumentiert und unterlegt worden war. Mit der Zustimmung zu Biskys Bericht hatten die Delegierten die ersten notwendigen Schlussfolgerungen aus der Vergangenheit gezogen und den Weg zu einer Partei des demokratischen Sozialismus freigemacht. Sie hatten es vermocht, ihre Tradition vom Kopf auf die Füße zu stellen: sich von der dogmatischen und eng machtpolitischen Ausgrenzung neuer Antworten auf neue Fragen zu verabschieden und jeden Faden demokratisch-sozialistischer Ideale, Visionen und Vorschläge aufzunehmen, der bislang in ihrer Geschichte immer wieder gescheitert war.

Der Gründungskonsens der PDS vom Dezember 1989 hatte fünf wesentliche Elemente:

1. die fortdauernde Verantwortung für die Vergangenheit;
2. das Bekenntnis zur «friedlichen Revolution» des Herbstes 1989;
3. den Bruch mit dem Stalinismus;
4. das Ziel eines demokratischen Sozialismus;
5. eine demokratische, pluralistische Linkspartei.

Gemessen an den drängenden Fragen des Umbruchs in der DDR war der Außerordentliche Parteitag der SED/PDS einige – allerdings wichtige – Antworten schuldig geblieben, vor allem zur nationalen Frage. Allen war klar, dass Honeckers Modell von friedlicher Koexistenz und gleichzeitiger vielfältiger Abgrenzung der beiden deutschen Staaten keine Option mehr war. Die meisten wussten oder ahnten, dass es in der DDR ohne massive Unterstützung der Bundesrepublik nicht würde weitergehen können. Eine schnelle staatliche Vereinigung war jedoch zu Parteitagsbeginn tatsächlich noch nicht abzusehen, sehr wohl jedoch zunehmender Druck der Bundesregierung auf Reformen im Osten nach ihrem Gusto. Dem gegenüber musste man politisch bestehen – nicht durch das Beharren auf nicht mehr haltbaren Positionen. Deswegen hieß es dann auch im Bericht der Redaktionskommission, den Lothar Bis-

ky als deren Leiter am Ende der ersten Beratungsrunde vortrug: «Wir [...] sind offen für die Idee konföderativer Strukturen.»³⁰ Das war ein realpolitischer Durchbruch, der nicht leichtfiel und im Nachhinein in den eigenen Reihen eher Verwunderung auslöste als den nötigen Eifer, sich mit ökonomischen, politischen und kulturellen Konzepten auf das absehbare schnelle Werden «konföderativer Strukturen» einzustellen. In der zweiten Parteitagrunde tauchte die Formulierung schließlich nicht mehr auf und wurde sogar durch die Menge anderslautender deutschlandpolitischer Aussagen entwertet.

Der Weg in die Politik wird unumkehrbar

Die folgenden Monate, vollgepackt mit Aufgaben, Umbrüchen und sonstigen Herausforderungen wie kaum ein anderer Lebensabschnitt, vergingen wie im Fluge. Im Präsidium der PDS war Lothar Bisky unter anderem für die Medien verantwortlich – das bescherte ihm die Aufgabe, das Monopol der SED über die DDR-Massenmedien abzuwickeln. Die hatten sich zwar meistens ohnehin schon für unabhängig von der SED erklärt, aber ökonomische und rechtliche Fragen blieben zuhauf noch zu lösen. In der Volkskammer gab es ab März 1990 für den Abgeordneten Bisky wie für alle im Parlament ein kaum zu bewältigendes Gesetzgebungsprogramm – das meiste davon Anpassungen an das für alle völlig neue bundesdeutsche Recht mit teils schwer, teils klar vorauszu sehenden, aber von der Mehrheit im Einigungssog nicht zu Ende gedachten Auswirkungen auf die Menschen im Lande.

Die Partei blieb noch länger ein überschäumendes Konstrukt. Die Mitgliederzahl schrumpfte, auch Prominente der Wendezeit gingen von der Stange. Der zeitweilige Hoffnungsträger Wolfgang Berghofer, Oberbürgermeister von Dresden und als Partner Hans Modrows wahrgenommen, verließ schon im Januar die PDS in Richtung SPD, kam dort allerdings nie an. Der 101-köpfige Vorstand tickte wie ein auf Dauer gestellter Außerordentlicher Parteitag. Das Präsidium hatte es schwer, sich durchzusetzen. Beschlüsse wurden im Eifer der Auseinandersetzung gefasst, manche davon nach Intervention von Gregor Gysi, dem damaligen Parteivorsitzenden, wieder zurückgenommen. Teile der Partei, auch des Vorstands, rebellierten gegen die aus ihrer Sicht schleppende Erneuerung der PDS und forderten ihre Auflösung. Hans Modrow führte die Regierung in einem sich weiter zuspitzenden politischen Klima, das ihm eine ganz eigene Logik aufzwang. Der Zentrale Runde Tisch wurde eingerichtet, dann die Regierung der Nationalen Einheit. Modrow stellte schließlich einen eigenen Plan für «Deutschland, einig Vaterland» vor – unabgesprochen mit allen Parteigremien, die diese Wendung zum Teil nicht wollten, zu einem anderen Teil

30 Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989, Berlin 1999, S. 142. Siehe Dokument 3 in diesem Band.

unter dem Druck der Ereignisse nicht mit eigenständigen, an Erfahrungen der DDR und den Interessen der Ostdeutschen orientierten Inhalten zu begleiten vermochten.

Einer der schwierigsten Themenkomplexe war die Abwicklung des SED-Vermögens. Im Herbst 1990, vor der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, entlud sich die Sache in einem großen Eklat – dem «Putnik-Skandal»: Einige Leute im Umfeld der Parteiführung reagierten auf ihre Art auf die seit dem Außerordentlichen Parteitag schwelende Neigung, sich ohne einen relevanten Teil der SED-Gelder selbst für politikunfähig zu halten. Sie verbrachten größere finanzielle Beträge nach Moskau, wo sie sie in sicherer Hand glaubten. Der Versuch flog auf und richtete beträchtlichen, nachhaltigen Schaden an.

In diesen Zeiten versuchte Lothar Bisky, seine Arbeit in der Politik mit seiner Verantwortung für die Hochschule für Film und Fernsehen in Einklang zu bringen – was natürlich schon aus rein zeitlichen Gründen nicht zu schaffen war. Allmählich aber sah er, dass er vor einer lebensgeschichtlichen, für ihn sehr schwierigen Entscheidung stand – zwischen Wissenschaft und Politik. Schmerzhaft wurde ihm klar: So wie die Verhältnisse in Deutschland sich entwickelten, würde sich seine Bindung an die PDS für die Hochschule nachteilig auswirken, würde er sich für den Verbleib dort entscheiden. So stellte er sich im Sommer 1990 nicht noch einmal zur Wahl als Direktor.

Am 3. Oktober 1990 trat die DDR der BRD bei. Die Volkskammer stellte ihre Arbeit ein. Lothar Bisky war jetzt führender Politiker einer deutschen Partei und musste seinen politischen Platz bestimmen. Er entschied sich gegen eine Kandidatur für den Bundestag und für einen Wechsel in das neu gebildete Land Brandenburg. Dort wurde er Spitzenkandidat bei der Landtagswahl im Oktober 1990 und zog mit einer 13 Personen umfassenden Fraktion in das Parlament ein (mit 13,4 Prozent der Zweitstimmen). Dazu gehörten auch Professor Michael Schumann, der auf dem Außerordentlichen Parteitag das Referat zum Bruch mit dem Stalinismus gehalten hatte, und Heinz Vietze, der letzte SED-Bezirkssekretär von Potsdam, der bei der Demokratisierung der Partei und bei der Gestaltung des Weges zur PDS eine zentrale Rolle gespielt hatte. Die PDS-Abgeordneten wählten Lothar Bisky zu ihrem Vorsitzenden. 1991 übernahm er auch den PDS-Landesvorsitz.

Brandenburg war nach der Wiederherstellung der Länder Anfang der 1990er-Jahre das einzige Bundesland mit einer SPD-geführten Regierung – und dann noch der ersten Ampelkoalition in Deutschland. Ministerpräsident wurde Manfred Stolpe, der frühere Konsistorialpräsident³¹ der Ostregion der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und stellvertretende Vorsitzende des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. An seiner Seite stand Regine Hildebrandt als Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen. Die Biologin hatte sich schon in der letzten DDR-Regierung einen Namen als «Mutter Courage des Ostens» gemacht. Auch

31 Das Konsistorium ist praktisch die oberste Verwaltungsbehörde einer Landeskirche.

andere politisch Prominente der Wendezeit in der DDR fanden sich in Brandenburg wieder. Ministerpräsident Lothar de Maizière war 1990/91 der erste CDU-Landesvorsitzende. Erster Fraktionschef der CDU im Landtag war de Maizières letzter Innenminister Peter-Michael Diestel. Ministerin für Bildung, Jugend und Sport wurde die DDR-Bürgerrechtlerin Marianne Birthler, die sich in der Initiative Frieden und Menschenrechte engagiert hatte. Umweltminister war Matthias Platzeck. Der Umweltaktivist hatte die Potsdamer Bürgerinitiative «Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung (ARGUS)» mitbegründet und so den Weg in die Politik begonnen. Von Februar bis April 1990 war er in der letzten Regierung Modrow Minister ohne Geschäftsbereich (für die Grüne Partei der DDR). Zuvor hatte er sich am Zentralen Runden Tisch einen Namen gemacht. In diese Reihe gehört auf ganz eigene Weise auch Hans-Otto Bräutigam, der erste Justizminister des neugeborenen Landes Brandenburg. Von 1982 bis 1989 hatte er die Ständige Vertretung der BRD in der DDR geleitet – mit diplomatischem Geschick und großen menschlichen Qualitäten, mit guten Verbindungen in die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche der DDR und zunehmender intimer Kenntnis des kleineren deutschen Staates.

Dieses Zusammentreffen von Personen und die politischen Kräfteverhältnisse im Land führten dazu, dass das politische Klima in Brandenburg in den 1990er-Jahren – im Unterschied zu den anderen ostdeutschen Bundesländern – eher dialogorientiert, sozialpolitisch ausgerichtet und von den sich wandelnden Interessen der Ostdeutschen angesichts der Härten des Vereinigungsprozesses geleitet war. Man sprach immer öfter vom «Brandenburger Weg» – ein Begriff, der auf Manfred Stolpe zurückging. Stolpe knüpfte an die historischen und politischen Traditionen Brandenburgs an und wollte den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur ein Identitätsgefühl vermitteln, sondern auch einen belastbaren Leitfadens für die Bewältigung der anstehenden Umbruchprozesse bieten. Dabei bezogen sich Stolpe und vor allem Regine Hildebrandt auch auf soziale Leistungen der DDR sowie auf positive preußische Tugenden wie Toleranz, Gemeinsinn, Verantwortungsbewusstsein. Eine schrille Ausgrenzung der PDS – wie zunächst in anderen ostdeutschen Ländern – wurde weitestgehend vermieden. Die PDS Brandenburg ihrerseits wirkte – als einziger Landesverband – mit an der Verfassungsgebung im Land. Sie entwickelte die Idee einer konstruktiven «gestaltenden Opposition». Aus dem Zusammenhang von Opposition und Gestaltungsanspruch erwuchs früh eine prinzipielle Klarheit zur Beteiligung an Landesregierungen: Es ging dabei nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie, um die Umsetzung linker Ziele auch in Regierungsverantwortung. «Nicht zufällig gerieten wir Ende der 1. Landtagsperiode – als die Ampelregierung zerbrach – als erster Landesverband der PDS in die

Situation, für drei Monate eine SPD-Minderheitsregierung zu tolerieren», vermerkte Lothar Bisky in diesem Zusammenhang.³²

Rückblickend formulierte Stolpe in seiner Regierungserklärung vom 20. August 1997 («Den Brandenburger Weg neu bestimmen») als Anspruch dieses Modells, «den Menschen in Brandenburg eine Perspektive im vereinten Deutschland und dem Land einen angemessenen Platz unter den Ländern der Bundesrepublik und in den Regionen Europas zu verschaffen». Als die «Leitgedanken, die die Richtung brandenburgischer Politik von Beginn an geprägt haben», nannte er sodann «Solidarität, Regionalität und Innovationsfähigkeit».³³

Lothar Bisky erwiderte in der Debatte:

«Dieser «Brandenburger Weg» zeichnete sich durch einen ausgeprägten politischen Willen aus, im Interesse und unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger zu politischen Lösungen zu kommen. Er hatte einen starken Nährboden in der demokratischen Erneuerungsbewegung des Herbstes 1989. Es ging um soziale und ökologische Verantwortung und darum, ostdeutsche Spezifika aufzunehmen. Höhepunkt war die gemeinsame Arbeit an der Verfassung, Schwerpunkte waren aber auch die Rolle Brandenburgs als Tor zum Osten, die Einführung von LER,³⁴ die Sicherung der Agrargenossenschaften, die aktive Gestaltung des zweiten Arbeitsmarkts und die sozialen Leistungen.»³⁵

An einem solchen politischen Weg hatten Bisky und die PDS Brandenburg ein zentrales Interesse, sie beteiligten sich daran und wirkten später, als der «Brandenburger Weg» angesichts der absoluten Regierungsmehrheit der SPD versandete, durch konstruktive Opposition auf dessen Wiederbelebung hin.

Immer wieder tauchte für den «Brandenburger Weg» die Bezeichnung «kleine DDR» auf. Zunächst im Volksmund angesichts der bereits erwähnten starken Präsenz von Politikerinnen und Politikern aus der Wendezeit in Brandenburg. Dann bezog sich diese Zuschreibung auf die starke Rolle, die sozialpolitische Belange und ostdeutsche Interessen für Brandenburg spielten – insbesondere vertreten durch Regine Hildebrandt. Erst sehr viel später wurde der «Brandenburger Weg» als «Weg zur weitgehend unterbliebenen Aufarbeitung der SED-Diktatur» (so der Historiker Klaus Schroeder) denunziert und das Bild von der «kleinen DDR» dafür in Anspruch genommen. Tatsächlich aber war die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Brandenburg

32 Bisky, Lothar: So viele Träume, S. 203.

33 «Den Brandenburger Weg neu bestimmen.» Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Manfred Stolpe, vor dem Brandenburgischen Landtag am 20. August 1997, unter: www.stk.brandenburg.de/reden/1997/p2008a.htm. Siehe auch Dokument 10 in diesem Band.

34 LER stand für das weltanschaulich neutrale Schulfach «Lebenskunde – Ethik – Religionen» anstelle des von Vertretern der großen christlichen Kirchen gestalteten Religionsunterrichts.

35 Rede von Lothar Bisky zur Regierungserklärung zum «Brandenburger Weg» am 20. August 1997, Manuskript, S. 2.

genauso wenig unterblieben wie in irgendeinem anderen ostdeutschen Bundesland. Der «Brandenburger Weg» schloss durchaus die Frage ein, wie und wie radikal die Rückbindungen an die Diktatur gekappt wurden – aber weder verharmloste er die Verhältnisse und Strukturen in der DDR noch reduzierte er sich auf den Umgang mit der Vergangenheit. Das belegte rückblickend auch das Datenmaterial einer Mehrzahl der Gutachten, die für die Mitte der 2010er-Jahre arbeitende Landtags-Enquetekommission «Verlauf und bisherige Ergebnisse des Transformationsprozesses im Land Brandenburg» erarbeitet worden waren.

Die besondere emanzipative politische Kultur in Brandenburg war auch dadurch mitgeprägt worden, dass sie die PDS – anders als in den anderen ostdeutschen Bundesländern – am Prozess der Verfassungsgebung im Lande beteiligte.

«In Brandenburg wirkte die PDS aktiv an der Formulierung der Landesverfassung mit, gehörte sie – neben SPD, FDP, Bündnis '90 und zahlreichen Abgeordneten der CDU – zu denjenigen, die die Verfassung im Landtag verabschiedeten, und warb gemeinsam mit den Politikern der anderen Landtagsparteien für die Annahme der Verfassung im Volksentscheid», erinnerte Lothar Bisky immer wieder.»³⁶

In seinen Lebenserinnerungen fasste er mit Blick auf die PDS in Brandenburg zusammen:

«Eine Zäsur, vermutlich sogar die wichtigste, stellte die Entscheidung der Landespartei dar, sich aktiv an der Erarbeitung der Landesverfassung zu beteiligen. Dadurch wurden wir verfassungsgebende Partei. Die Mär von den Verfassungsfeinden war fortan auch für Leichtgläubige nicht besonders glaubwürdig, obwohl sie seither aus dem rechten Lager wieder verbreitet wurde und wird.»³⁷

Die Parteibasis war in der Debatte mit viel Engagement dabei. So hatte eine Potsdamer Basisgruppe sogar einen eigenen Verfassungsentwurf ausgearbeitet.

Im Verfassungsausschuss selbst wurde die PDS vor allem von dem Juristen Karl Heinz Schöneburg maßgeblich vertreten. Vor 1989 hatte er als Professor für Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin gewirkt und gehörte von 1986 bis 1990 auch der Volkskammer der DDR an. Nach der Vereinigung im Jahr 1990 war er weiterhin als Professor für Rechtswissenschaften tätig, prägte die brandenburgische Verfassungsdebatte mit und war danach Richter am Landesverfassungsgericht.

36 Die PDS ist Verfassungspartei! Lothar Bisky und Gregor Gysi auf einer Pressekonferenz. PDS-Pressedienst, Nr. 38, 17.9.1998.

37 Bisky: So viele Träume, S. 202.

Vorsitz im Stolpe-Untersuchungsausschuss

Überschattet wurde die Entwicklung in Brandenburg ab Anfang 1992 von einer über die Landesgrenzen hinaus erregt geführte Debatte um Stasi-Kontakte von Manfred Stolpe.³⁸ Vorwürfe standen im Raum, Stolpe – eine der zentralen Figuren im sensiblen deutsch-deutschen Politikgeflecht vor 1990 – habe nicht nur humanitäre Hilfe vermittelt, sondern sei als Inoffizieller Mitarbeiter unter dem Decknamen «Sekretär» auch Zuträger für die Stasi gewesen. Und als Konsistorialpräsident der evangelischen Kirche habe er Interna weitergegeben und quasi der SED-Führung gedient. Angesichts solcher Anschuldigungen und der Bedeutung Stolpes vor und nach 1989/90 war die Aufmerksamkeit bundesweit beträchtlich.

Der Landtag Brandenburg setzte einen Untersuchungsausschuss ein. Da es bereits zwei Untersuchungsausschüsse in dieser Legislaturperiode gab, fiel der Vorsitz jetzt der drittstärksten Fraktion, der der PDS, zu. Sie nominierte Lothar Bisky. Dieser leitete die Arbeit mit großer Ruhe, Abgeklärtheit und Souveränität, weder von Skandalmacherei noch parteipolitischen Scharmützeln aus der Ruhe zu bringen. Der Ausschuss hörte insgesamt 53 Personen an – teils als Zeugen, teils als Sachverständige. Manche wurden auch mehrfach geladen. Es erschienen u. a. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, Alt-Kanzler Helmut Schmidt, mit Klaus Bölling und Hans-Otto Bräutigam zwei frühere Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, Alt-Bischof Albrecht Schönherr, weitere Prominente und natürlich Verantwortlich aus dem ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit. Auch der letzte DDR-Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Egon Krenz trat auf. Ihre Bilder sah man in den Fernsehnachrichten und in der Presse neben dem vom Lothar Bisky – und so wurde der PDS-Fraktionsvorsitzende und frühere Massenkommunikationsforscher auch der politischen Öffentlichkeit im vereinten Deutschland vertraut.

Bisky leitete den Ausschuss nach dem Grundsatz:

«Solange Indizien und Fakten berechtigte Zweifel aufkommen lassen, muss die Unschuldsumutung gelten – für Stolpe wie jeden anderen Bürger dieses Landes [...] jedes Abweichen von diesem Grundsatz hätte verheerende Folgen. Das können wir, die wir in der DDR gelebt haben, zumindest gelernt haben.»³⁹

Zudem ging es ihm darum, den Untersuchungsausschuss aus den im Herbst 1994 anstehenden Wahlkämpfen herauszuhalten – was ihm auch gelang. Der Ausschuss war mit seiner Arbeit, darunter auch der Aufarbeitung von 10.000 Seiten an Doku-

38 Stolpe hatte zu diesem Zeitpunkt sein Buch «Schwieriger Aufbruch» (Berlin 1992) abgeschlossen und darin auch über seine Kontakte zu Staat und Staatssicherheit in der DDR berichtet. *Der Spiegel* veröffentlichte Auszüge daraus und bewertete sie – womit die Auseinandersetzungen begannen. Vgl. Stolpe, Manfred: «Man bekam dann einen Anruf [...]», in: *Der Spiegel* 4/1992; «Der erste Schritt zum Fall», in: ebd.

39 Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Plenarprotokoll 1/96, 16.6.1994. S. 7858.

menten und der Verfertigung eines Abschlussberichts, vor der Sommerpause 1994 fertig. Der Abschlussbericht, weitgehend beruhend auf einem Entwurf von Bisky, blieb in der Bewertung von Stolpes Stasi-Kontakten eher vorsichtig und abwägend, stellte aber mit Blick auf die damals besonders diskutierten Schicksale einiger DDR-Oppositioneller fest, die Beweisaufnahme habe erbracht,

«dass es weder im Falle von Bärbel Bohley noch von Freya Klier oder Rainer Eppelmann Anhaltspunkte gibt, die den persönlichen Einsatz Dr. Manfred Stolpes für deren Inhaftierung, Ausbürgerung oder sonstige staatliche Maßregelung belegen. Hingegen konnte festgestellt werden, dass sich Manfred Stolpe für die Belange oppositioneller Personen und Gruppen eingesetzt und in seinen Verhandlungen mit staatlichen Stellen die Haltung der Kirchenleitung vertreten hat, die allerdings nicht auf Konfliktinszenierung, sondern auf Konfliktminimierung ausgerichtet war.»⁴⁰

Was bedeutete das Ausschussergebnis nun für Stolpes politische Zukunft? Alles wartete gespannt auf die Antwort von Lothar Bisky, der in den zwei Jahren Ausschussarbeit eine hohe politische und moralische Kompetenz gezeigt hatte. Sein Wort würde Gewicht haben.

«Damit komme ich auf die einleitend gestellte Frage zurück, ob Manfred Stolpe aufgrund des im Abschlussbericht behandelten Teils seiner Biografie Ministerpräsident bleiben kann oder nicht», hob Bisky in der abschließenden Landtagsdebatte an. «Und da drücke ich mich nicht um eine Meinung und sage eindeutig: Ja, er kann. Ich füge hinzu: Ein Urteil über seine gegenwärtige Politik ist damit nicht gegeben. Und ich füge weiter hinzu: Es wäre guter parlamentarischer Stil, wenn er zu diesem Teil seiner Biografie – und nur dazu – die Vertrauensfrage stellen würde.»⁴¹

Was Stolpe allerdings nicht tat. Er wollte gern die Landtagswahl im Herbst zum Plebiszit über seine Person machen – im Gegensatz zu Biskys Absicht, den Ausschuss aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Das sorgte für Verstimmung zwischen beiden.

Allerdings hat Stolpes Kalkül funktioniert. Bisky beschrieb die Lage so:

«In Pro und Kontra zu seiner Person kreuzen sich zumindest zwei gegenläufige Tendenzen: Frontalangriff auf DDR-Vergangenheit sowie Verteidigung dieser gelebten Vergangenheit. Und da wirkt so eine Art Mechanismus: Wer gegen Stolpe ist, ist gegen den Frieden.

40 Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Bericht des Untersuchungsausschusses 1/3, Drucksache 1/3009, 29.4.1994, S. 237 f.

41 Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Plenarprotokoll 1/96, S. 7859.

Daher auch sein enormer Bonus, den Infas am Wochenende wieder meldete. Die ihn in Brandenburg so vehement angreifen, treiben ihn geradezu in die absolute Mehrheit.»⁴²

Und in der Tat erhielt Stolpes SPD dann bei der Landtagswahl im Herbst 1994 54,1 Prozent der Zweitstimmen – ein Plus von knapp 16 Prozent. Die CDU und das Bündnis 90 – beide contra Stolpe eingestellt – verloren 10,7 bzw. 6,3 Prozent; Letzteres verpasste damit die Wiederkehr in den Landtag.

Wie es nun wirklich um Stolpes Kontakte zu Staat, SED und MfS in der DDR bestellt war, wird sich wohl auch weiter nicht nach den groben Kriterien definitiv beantworten lassen, die sich nach 1990 durchsetzten. Lothar Bisky widersprach immer wieder der These, der Untersuchungsausschuss habe Stolpe «entlastet». «Diese Tendenz zur ›Entlastung‹, von der immer gesprochen wird, sehe ich so nicht», betonte er in einem Interview.

«Alles, was Stolpes MfS-Verquickungen angeht, steht im Bericht, der hoffentlich einmal ganz veröffentlicht wird. Und das ist im Wortsinn eben nicht ›entlastend‹. Was aber nicht drinsteht, ist jene völlig andere, vorgefasste Version von der ganzen Geschichte, die einige von ihr haben.»⁴³

Und was war Biskys Deutung?

«Ich denke, er war ein Kirchenmann. Aber eben auch, nach allem was ich weiß, ein loyaler DDR-Bürger. Er ist davon ausgegangen, dass die DDR sehr lange existieren wird, und er ist deshalb viele, viele Kompromisse, auch gegenüber dem MfS, eingegangen.»⁴⁴

Auf den Stolpe-Untersuchungsausschuss richteten sich Anfang der 1990er-Jahre die Hoffnungen vieler Ostdeutscher, die sich wegen früherer «Staats- oder Systemnähe» oder wegen einer angeblichen oder tatsächlichen Arbeit für die Stasi ungerecht behandelt und um ihre Lebenschancen geprellt sahen. Bisky ging darauf in der Landtagsdebatte vom Juni 1994 grundsätzlich ein:

«Wenn – das habe ich häufig gehört – die Lehrerin wegen harmloser MfS-Kontakte gehen muss, kann Stolpe nicht im Amt bleiben. Ich meine, dass diese Logik nicht stimmt. Wenn der Lehrerin Unrecht getan wird, muss man nicht auch Stolpe Unrecht tun. Allerdings

42 «Da lassen wir Stolpe nicht mehr 'raus». Interview mit Lothar Bisky, in: Neues Deutschland, 3.5.1994. Siehe Dokument 4 in diesem Band.

43 Ebd. Siehe Dokument 4 in diesem Band.

44 Ebd. Siehe Dokument 4 in diesem Band.

muss gelten: Gerechter Umgang mit Stolpe muss auch den gerechten Umgang mit jeder Lehrerin einschließen.»⁴⁵

Immerhin gelang es damals, in diesem Geiste einen fraktionsübergreifenden Entschließungsantrag anzunehmen: «Mit menschlichem Maß die Vergangenheit bewerten». Darin heißt es u. a.:

«Die Erfahrungen aus der Debatte um die Kontakte Manfred Stolpes zu staatlichen Stellen der ehemaligen DDR, auch zum Ministerium für Staatssicherheit, zeigen, dass eine oberflächliche Beurteilung, die allein am Maßstab formaler Kriterien vorgenommen wird, zu groben Ungerechtigkeiten führt. Jeder einzelne Fall muss sorgfältig geprüft werden. [...] Die Einzelfallprüfung muss über die bloße Feststellung einer Zusammenarbeit mit dem ehemaligen MfS hinausgehen. Sie umfasst die Berücksichtigung der Motive, die zu einer solchen Zusammenarbeit geführt haben, der Art und des Umfangs dieser Zusammenarbeit, des möglicherweise angerichteten Schadens, der Dauer der Zusammenarbeit und der Gründe für ihre Beendigung. Bagatellevorgänge sollen keine Beachtung finden. [...] Niemandem darf die persönliche Weiterentwicklung und der Wille zur Neuorientierung abgesprochen werden.»⁴⁶

Die Partei ruft

Während in Potsdam und weit darüber hinaus gerätselt wurde, was Manfred Stolpe mit der Stasi zu bereden hatte, türmten sich in der PDS die eigenen Stasi-Affären auf. Sie hielten die noch immer verunsicherte, nach ihrem Weg tastende und Gewissheiten suchende Partei in anhaltendem Durcheinander.

Epizentrum war der Berliner Landesverband. Dessen erster Landesvorsitzender Wolfram Adolphi war im August 1991 nach Stasi-Anschuldigungen zurückgetreten. Als Retter in der Not tauchte der stellvertretende Bundesvorsitzende, Wahlkampfleiter und langjährige Vordenker der Partei André Brie auf, unterstützt von Gregor Gysi. Das Problem allerdings: Auch Brie hatte eine Geheimdienst-Vergangenheit – und Gysi wusste davon. Wie hatte er sich dann hinter Bries Kandidatur stellen können? Jahre später machte Gysi geltend: «Wie würden Sie mich beurteilen, wenn ich über vertrauliche Gespräche informiere? Auch als Politiker bleibe ich Anwalt.»⁴⁷

Die Partei jedenfalls war verärgert und begann unter dem Eindruck der Affäre, ein eigenes Verfahren zum Umgang mit solchen Problemen zu entwickeln. Kernpunkt waren die Pflicht jedes Einzelnen zur Offenlegung seiner politischen Biografie bei Kandidaturen u. Ä. sowie die zugesicherte Einzelfallprüfung und -bewertung.

45 Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Plenarprotokoll 1/96, S. 7859.

46 Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Drucksache 1/3098. 16.6.1994. Siehe Dokument 5 in diesem Band.

47 König, Jens: «Die DDR kann nicht mehr gegen die BRD gewinnen». Interview mit Gregor Gysi, in: taz, 15.1.1997.

Doch das kam später. Gysi war 1992 durch die Brie-Affäre schwer angeschlagen, zumal er selbst auch unter Stasi-Verdacht geriet. Die Schwächung wirkte sich auch auf seine Position in den innerparteilichen Richtungskämpfen aus. Er traute es sich nicht mehr zu, die Partei zu führen, und verkündete, er werde auf dem nächsten Bundesparteitag Ende Januar 1993 nicht mehr für den Vorsitz kandidieren. An der Spitze der PDS-Bundestagsgruppe allerdings werde er verbleiben.

Ein neuer Parteivorsitzender also wurde gebraucht. Fast automatisch richteten sich die Blicke auf Lothar Bisky. Er ließ sich in die Pflicht nehmen. Er ordnete die Dinge in Brandenburg, blieb jedoch Fraktionsvorsitzender im Landtag. Brandenburg sollte weiter seine politische Heimat sein. Dann war es so weit:

«Auf dem Parteitag im Januar 1993 wurde ich ohne Gegenkandidaten zum Vorsitzenden gewählt, und als solcher machte ich keine Versprechungen. Ich wusste genau: Ich bin nicht das, was man von einem üblichen ›normalen‹ Parteivorsitzenden erwartet», erinnerte sich Bisky. «Ich wollte es auch nicht sein. Allerdings war ich auch davon überzeugt, dass sich eine sozialistische Partei nicht allen Regeln und Gewohnheiten des Politikbetriebes der Bundesrepublik unterwerfen muss und folglich auch nicht den albernen Regeln des Parteivorsitzes. Auf dem Parteitag Ende Januar 1993 in Berlin sagte ich nur ›Ich werde mir Mühe geben.‹»⁴⁸

Im Manuskript seiner Lebenserinnerungen hatte er an dieser Stelle noch angemerkt: «Meine Amtsführung begann still.» Still – das war so ein Wort, das er mochte. Und ein Vorgehen, das er schätzte.

Gregor Gysi hatte gegenüber dem Parteivorstand seinen Rückzug vor allem damit begründet, «dass seine Dominanz nach außen keine Entsprechung nach innen gehabt hätte. Er hätte nach außen für alles geradestehen müssen, konnte aber seine Vorstellungen innerparteilich nicht durchsetzen.» Er beschrieb

«mehrere Strömungen innerhalb der Partei, deren Meinungsverschiedenheiten jetzt offen ausgetragen werden sollten und dann auch in einem entsprechenden personellen Neuanfang ihren Ausdruck finden sollen. Laut Gysi blockieren sich zurzeit die Traditionalisten, ›die gewollt oder ungewollt eine Geschichte verteidigen, die dies in diesem Umfang so nicht verdient‹, mit einer Strömung, die Akzeptanz bei anderen linken Gruppen sucht. Durch diese Blockade würde die Entwicklung einer modernen sozialistischen Partei verhindert.»⁴⁹

Das war das Erbe, das Lothar Bisky antrat. Was tun? Seine vordergründige Aufgabe war die Stabilisierung der Partei. Stabilisierung aber ist mehr, ist etwas anderes als die Bewahrung eines prekären Status quo. Das hatte Lothar Bisky – im Unterschied zu manchen späteren Parteivorsitzenden – gut verstanden.

48 Bisky: So viele Träume, S. 240.

49 Gregor Gysi wirft das Handtuch. Rücktritt vom Parteivorsitz im Januar, in: taz, 1.12.1992.

Er setzte auf die programmatische Debatte. Die Partei sollte diese Arbeit wieder aufnehmen und sich nicht auf dem unter schwierigen Bedingungen und großem, auch zeitlichem Druck erreichten Stand von 1993 ausruhen. Die programmatische Weiterentwicklung der PDS war für ihn eng verknüpft mit der nächsten Zukunft, war eigentlich die Voraussetzung dafür, bei den Bundestagswahlen 1998 nicht nur endlich in Fraktionsstärke in den Bundestag einzuziehen, sondern dabei mit klugen eigenen Vorstellungen und Projekten für die Zeit gerüstet zu sein, die der Ära Kohl folgen würde. Die Programmdebatte kam allerdings nicht so ins Laufen, wie Bisky es sich gewünscht hatte. Anders verlief es mit der strategischen Aufstellung der Partei – zumindest bis 1998. Man erwies sich als gut vorbereitet, als die Ära Kohl tatsächlich zu Ende ging.

Zuvor kam es jedoch zu dem wohl gefährlichsten Gegenschlag gegen den Erneuerungsprozess der Partei, den es in den 1990er-Jahren gegeben hat.

«In großer Sorge»

Am 18. Mai 1995 veröffentlichte das *Neue Deutschland* – als Anzeige – den Aufruf «In großer Sorge». Prominente Intellektuelle, die sich schon in der DDR und der SED einen Namen gemacht hatten, beschuldigten darin den Parteivorstand der PDS, «ohne Not» den Grundkonsens der PDS aufzukündigen. Im Gegensatz zu dem, was der Außerordentliche Parteitag Ende 1989 faktisch als Grundkonsens verstanden hatte, ging der Appell davon aus, dieser habe in einer prinzipiellen Oppositionsrolle, im Festhalten am Klassenkampf und im Beharren auf der «Eigentumsfrage» als Schlüssel für den Übergang zum Sozialismus bestanden. Im Gegensatz zum 1989 eingeleiteten Bruch mit dem Stalinismus beklagten sie, über die DDR werde seitens der Parteiführung das «Stalinismusverdikt» verhängt. Dies alles schließlich schränke den Pluralismus in der PDS ein.

Lothar Bisky musste dies auch als persönlichen Angriff auf seine politische und intellektuelle Integrität verstehen – aus einer Denkrichtung, die ihm schon zu DDR-Zeiten beständig Steine in den Weg gelegt hatte. In seinen Lebenserinnerungen bemerkte er dazu:

«Ich empfand das damals als Reaktion ideologischer Wächter, die am Rande der Kampfbahn saßen und ihre großen Sorgen den Kämpfenden zwischen die Beine warfen. So reagierte ich im Zorn mit der Aufforderung, man möge doch Ross und Reiter nennen. Das führte zu einem Aufschrei, aber auch zu Zustimmung in der Partei. Der Aufschreit tat teilweise weh, weil ihn auch von mir sehr geschätzte Wissenschaftler mittrugen. Andererseits aber hatte ich keine Lust, mit der Partei zurückzufallen in unselige Traditionen des Verdächtigens und Verdammens von Abweichlern. In den Auseinandersetzungen entwickelte sich das marxistische Forum. Dem entsprachen durchaus reale Tendenzen in der Partei, die die marxistische Analyse stärker gewichteten und die grundsätzlich oppositionel-

le Haltung gegenüber dem politischen System Bundesrepublik Deutschland artikulieren wollten.»⁵⁰

Bemerkenswert ist der Zeitpunkt der massiven Attacke auf den Reformkurs der Partei. Wie sie Anfang der 1990er-Jahre den Weg in die Gesellschaft hinein, wie sie einen Platz mit politischem Einfluss gefunden hatte, ist bereits am Beispiel Brandenburgs deutlich geworden. In diesen Kontext gehören auch noch andere Ereignisse und Entwicklungen.

- Seit 1994 gab es das «Magdeburger Modell»: In Sachsen-Anhalt regierte eine rot-grüne Koalition unter Ministerpräsident Reinhard Höppner, die von der PDS toleriert wurde – so kurz nach der Wende eine politische Sensation. Das Tolerierungsmodell hielt zwei Legislaturperioden lang. Anfang 1995 hatte ein PDS-Bundesparteitag denn auch neben dem Opponieren das Tolerieren und das Mitregieren als legitime politische Optionen der Partei festgeschrieben.
- Mit Offenen Listen, Kandidaturen von externen Persönlichkeiten und der Rückgewinnung von Menschen, die die Geschicke der Partei einst mitbestimmt hatten, hatte die PDS gezeigt, dass sie eine offene, demokratische, pluralistische Partei geworden war – weit entfernt von der früheren kommunistischen Kaderpartei.
- Beteiligt an den «Komitees für Gerechtigkeit» zeigte sie, dass sie in den Auseinandersetzungen um die Interessen und Belange der Ostdeutschen weit über die eigenen Grenzen hinaus bündnisfähig war.
- Andererseits waren die «zwei, drei, vier Jahre» vorbei, nach denen Bundeskanzler Kohl zufolge im Osten «blühende Landschaften» entstanden sein sollten. Das Gegenteil war der Fall: Ostdeutschland steckte tief in einer anhaltenden Transformationskrise.
- Schließlich war der letzte große Versuch gescheitert, die PDS mit juristischen Schlichen von der politischen Bühne zu fegen. 1994 hatte das Berliner Finanzamt plötzlich eine Steuernachforderung von 67 Millionen DM aus dem Jahr 1990 erhoben, und zwar für die «Zentrag», den Druckereibetrieb der SED. Die «Zentrag» war zwar schon lange nicht mehr Besitz der Partei und selbst die involvierte Treuhänder machte deutlich, dass sie gegen diese Forderung klagen würde. Doch für die PDS war die Forderung wie der Strick am Hals, sie hatte keine Zeit zu verlieren, wollte sie nicht zahlungsunfähig werden und pleitegehen. Bisky, Gysi und andere führende Köpfe der Partei (Schumann, Vietze, Bartsch, A. Brie, auch Pressesprecher Harnisch) kamen bei einer abendlichen Beratung zu dem Schluss, dass alle juristischen und politischen Mittel erschöpft waren und «dass nur außergewöhnliche Maßnahmen geeignet sein würden, um die Öffentlichkeit zu alarmieren bzw. Öffentlichkeit zu dieser Frage überhaupt erst herzustellen. [...] Und so wurde die Idee des Hun-

50 Bisky: So viele Träume, S. 266.

gerstreiks geboren.»⁵¹ Fünf Tage lang nahmen Bisky & Co. nichts zu sich außer ein bisschen Tomatensaft, um wenigstens den Mineral- und Salzhalt des Körpers aufrechtzuerhalten. Fünf Tage mit größter öffentlicher Aufmerksamkeit, fünf Tage, in denen Tausende in Berlin auf die Straße gingen, um für den Fortbestand der PDS zu kämpfen. Dann lenkten die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR und das Berliner Finanzamt ein. Und doch brauchte es erst einen Gerichtsscheid zugunsten der PDS. Für die Partei war dies nicht nur in finanzieller Hinsicht ein großer Erfolg. Gezeigt hatte sich auf den Straßen von Berlin und in der deutschen Öffentlichkeit, dass die PDS ein integraler Bestandteil des politischen Systems und der politischen Kultur geworden waren, mit breitem Rückhalt in der Bevölkerung. Die Beteiligten des «Hungerstreikkomitees» hatten sich große politische Achtung in der Partei und weit darüber hinaus erworben.

Die unter Führung der «Reformer» errungenen Erfolge also markierten den Zeitpunkt der traditionalistischen Gegenattacke. Die sie tragenden Kräfte sahen einerseits, was ihren innerparteilichen Einfluss anbelangte, ihre Felle wegschwimmen – andererseits sahen sie sich ermutigt, nun die Maske fallen zu lassen, die «Äsopische Sklavensprache» der westlichen Demokratie aufzugeben und mit ihren unveränderten Überzeugungen wieder aufzutrompfen. Sie glaubten, sie könnten es sich ohne Schaden für die Partei leisten. Oder sie würden mit ihrer Art von «Klartext» sogar noch größere Erfolge erzielen.

Die Dinge waren aber nicht mehr zurückzudrehen. Das war die eine Seite. Die andere: Auf eine scheinbar skurrile Weise griffen die «Besorgten» von 1995 eine lauernde programmatische und strategische Frage auf, vor der die PDS tatsächlich stand und um deren Beantwortung noch lange gerungen wurde. Ein näherer Blick auf beides lohnt:

1. Um die Jahreswende 1989/90 hatte sich in Ostdeutschland ein parteipolitischer Nukleus herausgebildet, dessen weitere Entwicklung für das Parteiensystem und für die parlamentarischen Kräfteverhältnisse in Deutschland mitprägend werden sollte. Dieser Nukleus war einerseits zahlenmäßig zu klein, andererseits strukturell bereits so weit von seiner Vorläuferin entfernt, um als bloße Rest-SED oder SED-Fortsetzungspartei gelten zu können. Zwei Wellen von Basisbewegungen im Herbst 1989 und dann im Winter 1990 waren für diesen Nukleus essenziell: Die erste hatte die gezielte Implosion der Staatspartei SED zugunsten des Projektes DDR betrieben, die zweite den Zusammenbruch des entstandenen parteipolitischen Nukleus unter dem zunehmenden äußeren und inneren Druck verhindert. Am Ende der partei- und staatspolitischen Umbrüche hatte sich die PDS mit ih-

51 Ebd., S. 251.

ren rund 100.000 Mitgliedern, die wiederum zum größten Teil der SED angehört hatten, und in einer pluralistisch-föderativen Struktur schwerpunktmäßig in Ostdeutschland konsolidiert. Zentrale programmatische Fragen waren fürs Erste entschieden, aber bei Weitem noch nicht ausdiskutiert. Der äußere Druck wirkte stärker auf den Zusammenhalt der Partei als die begonnene innere Konsolidierung in Programmfragen.

2. Mit dem Nachlassen des äußeren Drucks meldeten dann die eher orthodoxen, traditionalistischen Kräfte lautstark ihre Ansprüche an – und konsolidierten sich ihrerseits auch strukturell, insbesondere durch die Bildung des «Marxistischen Forums» infolge des Aufrufs «In großer Sorge». Doch es ging nicht nur um innerparteiliche Machtkämpfe: «In großer Sorge» – das war auch der Versuch, den Spagat der PDS zwischen «ostdeutsch» und «sozialistisch» zu schließen – freilich mit einer Flucht in die Vergangenheit, in eine DDR-Sozialismus-Renaissance. Das allerdings war keine Antwort, die der Partei voran half. Den Initiatoren ging es nach eigenem Bekunden darum, «die Tradition einer großen historischen Bewegung für eine neue, ganz andere Zukunft zu nutzen». Dieser Ansatz schlug direkt den Bogen vom Gestern in ein fernes Morgen, ohne die Gegenwart einzuschließen. Im Ergebnis führte die PDS eine binnenfixierte, dem Charakter nach eine ideologische Debatte über die Frage, ob und wie man sich den gesellschaftlichen Realitäten zuwenden sollte – ohne zunächst die spannenden Veränderungen aufzugreifen, die sich tatsächlich in der gesellschaftlichen Realität vollzogen. Aus dieser Fesselung hat sie sich nie wieder völlig befreien können, so sehr auch die streitenden Personen und die Kräfteverhältnisse zwischen ihnen wechselten und punktuelle Fortschritte möglich machten.

Lothar Bisky und seine Anhängerschaft in der Partei hatten sich Mitte der 1990er-Jahre gegenüber der ideologischen Herausforderung behaupten können. Der Preis, den vor allem Bisky zu zahlen hatte, war jedoch hoch:

«So begann für mich die mühsame Arbeit, die widerstreitenden Interessen und Strömungen in der PDS zu integrieren. Häufig drohte eine Spaltung der Partei. Nicht zu vergessen: In jenen Jahren spalteten sich vergleichbare linke Parteien in anderen Ländern mehrfach. Mir war klar: Eine Spaltung der PDS wäre damals ihr Ende gewesen. Zugleich erlebte ich, wie ein Mechanismus sich einübte, den ich nie gewollt habe: Der kriegt die Integration schon hin. Jeder blieb bei seiner Meinung und der Bisky sollte das integrieren. In diesem Spannungsfeld drohte täglich die Gefahr, zerrissen zu werden.»⁵²

52 Ebd., S. 266f.

Sozialismus, Liberalismus, DDR

Mit der Programmdebatte konnte es unter diesen Bedingungen nicht so vorangehen, wie Lothar Bisky dies für erforderlich hielt. Trotz seines starken Engagements in dieser Frage kam der von ihm eingeleitete Programmprozess erst zum Abschluss, als er nach dem glücklosen Parteivorsitz von Gabi Zimmer erneut an der Spitze der Partei stand – auf dem 8. Parteitag in Chemnitz am 26. Oktober 2003. Zwei Jahre später begann der Parteinebildungsprozess, der PDS und Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) zur neuen LINKEN zusammenführte, die sich dann in einer Mitgliederabstimmung ein neues, das «Erfurter Programm» gab.

Ob das alles mit Lothar Biskys ursprünglichen programmatischen Intentionen übereinstimmte, sollte man getrost dahingestellt sein lassen. Den Traum vom Sozialismus hat Bisky zeit seines Lebens nicht aufgegeben. Leitend dabei war aber nicht die orthodoxe, gescheiterte Auffassung vom Sozialismus. Viel eher inspirierte ihn, wie er in seinen Lebenserinnerungen berichtet, was Bertolt Brecht in seinem Arbeitsjournal vermerkt hatte:

«der große Irrtum, der mich hinderte, die Lehrstückchen vom Bösen Baal dem Asozialen herzustellen, bestand in meiner definition des sozialismus als einer *großen ordnung*. er ist hingegen viel praktischer als *große produktion* zu definieren. produktion muß natürlich im weitesten sinn genommen werden, und der kampf gilt der befreiung der produktivität aller menschen von allen fesseln. die produkte können sein brot, lampen, hüte, musikstücke, schachzüge, wässerung, teint, charakter, spiele usw. usw.»⁵³

Ordnung – so gesehen – hatte etwas Starres, Unbewegliches, Konservatives, Dogmatisches. «Produktion im weitesten Sinn» meint etwas Lebendiges, Produktives, Freies. Es sieht Menschen im Austausch, nicht zuerst in Machtstrukturen und ökonomischen Abhängigkeiten. Was im Parteiprogramm der PDS von 1993 stand, kam dem vielleicht am nächsten. Sozialismus war darin nicht als «System», nicht als «Gesellschaftsordnung» verstanden worden, sondern als notwendiges Ziel, als Bewegung und als Wertesystem:

«Die konkreten Ziele der sozialistischen Bewegung ergeben sich aus den realen Widersprüchen und Konflikten und aus den herangereiften Entwicklungspotentialen, nicht aber aus einem abstrakten Geschichtsplan. Angesichts der drängenden Nöte kämpfen wir um alternative Entwicklungswege. Sie werden das Resultat politischer Auseinandersetzungen sein, die bereits heute geführt werden», hieß es.⁵⁴

53 Brecht, Bertolt: Arbeitsjournal 1938–1955, Berlin 1977, S. 156.

54 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29.–31.1.1993, Berlin 1993, S. 8, unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/ADS/PDS-Parteiprogramm_1993.pdf.

Als er mit Oskar Lafontaine 2010 den Entwurf für das erste Parteiprogramm der neuen Linkspartei präsentierte, trug Bisky seinen Ansatz noch einmal in aller Deutlichkeit vor: «Meine Erfahrung sagt mir, auch dem Sozialismusbegriff wird es wie dem Staatsbegriff ergehen. Uns wird einzig seine historische Deformation hinterhergetragen. Doch damit ist er der europäischen Geistesgeschichte entrissen.»⁵⁵ Bisky ging sodann auf die komplexe und «spannende Geistesgeschichte linken europäischen Denkens» näher ein. Insbesondere verwies er auf eine Mahnung von Friedrich Engels in einem Brief an Karl Kautsky: «Der Liberalismus ist die Wurzel des Sozialismus, will man also radikal verfahren, so muss man den Liberalismus kaputtmachen, dann verdorrt der Sozialismus von selbst.»⁵⁶ Bisky führte fort:

«Heute muss man den Liberalismus – wie er mit der Revolution 1848 groß wird und mit dem politischen Liberalismus im selben Jahrhundert schon wieder kleingewirtschaftet wurde, auch gegen sich selbst verteidigen. Also nicht nur den Sozialismus, sondern auch den Liberalismus. [...] die PDS, und auch die europäische Linke, gegründet vor fünf Jahren, haben sich intensiv mit den libertären und demokratischen Wurzeln sozialistischer Politik auseinandergesetzt. Das gehört zum jüngsten Erbe der neuen Linken, und das werden wir nicht leichtfertig verspielen.»⁵⁷

Schließlich erinnerte Bisky daran, «dass wir den demokratischen Sozialismus gar nicht gepachtet haben, sondern sozialistisches Denken auch in sozialdemokratischen und kommunistischen Programmdebatten immer und immer bewegt wurde».⁵⁸

Ungeachtet dessen: Die neue Linkspartei neigte zunehmend zu Verkürzungen und radikalen Zuspitzungen. Statt der Orientierung auf Transformationsprozesse, die «Resultat politischer Auseinandersetzungen sein (werden), die bereits heute geführt werden», erfreute sich die Partei zunehmend an der «Systemfrage». Lafontaine hatte den Zug ins Rollen gebracht, wobei bezweifelt werden darf, ob er anfangs tatsächlich das «kapitalistische System» umwerfen wollte oder ob er nicht viel eher bestimmte Subsysteme im Blick hatte, die verändert werden mussten.

Doch unabhängig davon nahm der radikale Furor immer mehr Fahrt auf, sodass auch Lothar Bisky sich darauf einstellen musste. Seine Aussagen auf dem letzten Parteitag der PDS im Juni 2007 werden bis heute immer wieder als scheinbarer Beleg für einen Positionswechsel hin zu einem ihm ganz und gar fremden gesellschaftspolitischen Brachialkurs in Anspruch genommen. Auf dem Parteitag hatte er ausgerufen: «Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum

55 Randglossen zu einer Programmdebatte. Statement von Lothar Bisky bei der Vorstellung des Programmentwurfes auf der Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus am 20.3.2010. Siehe Dokument 25 in diesem Band.

56 Friedrich Engels an Karl Kautsky, 5. März 1892, in: MEW, Bd. 38, Berlin 1979, S. 288.

57 Randglossen zu einer Programmdebatte. Siehe Dokument 25 in diesem Band.

58 Ebd. Siehe Dokument 25 in diesem Band.

Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED und auch die neue Partei Die Linke – wir stellen die Systemfrage.» Doch schon einleitend hatte er deutlich Augenmaß angemahnt: «Nur durch das praktische politische Profil, durch politische Transparenz, durch mehr Demokratie können sozialistische Ideen eine ganz alltägliche Attraktivität zurückgewinnen.» Und dann stellte er klar, was es für ihn bedeutete, die «Systemfrage» zu stellen:

«Das tun wir nicht in der Platttheit, wie es unsere politischen Gegner gern darstellen – zurück zum gescheiterten Realsozialismus, so wie er war – und indem wir alles verstaatlichen wollten oder keinen Platz für erfolgreiche, ökologisch und familienorientierte Unternehmen in unserem Denken hätten. Nein, so weltfremd sind wir nicht.»

Schon früher in seiner Rede hatte er betont: «Ich brauche keine Huldigung eines zweiten Staatssozialismus». «Wir diskutieren», so stellte er klar, «auf der Grundlage des Grundgesetzes». Auf dieser Grundlage gehe es um die Frage, «was in die Hände der Allgemeinheit gehört und nicht auf private Märkte». Es gehe um «eine umfassende demokratische Kontrolle der öffentlichen Daseinsvorsorge – von den Kommunen bis zu den zentralen Energienetzen.» «Wir fragen aber auch, wie Menschen vor staatlicher Willkür geschützt werden und ihre Chancen für ein selbstbestimmtes Leben wirklich wachsen können.»⁵⁹

Also: Auch in der «Systemfrage» war Bisky bei sich selbst geblieben. Kein Wunder, dass er eine hohe Sensibilität für Verfassungsfragen als programmatische Essentials für die Linke entwickelte. Die Debatten um den DDR-Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches 1990, vor allem aber die positive Erfahrung mit Verfassungsgebung und Verfassungstext in Brandenburg dürften dabei eine stimulierende Rolle gespielt haben.

In einer großen Rede am 18. April 1999 zum 80. Jahrestag der Weimarer Reichsverfassung würdigte er besonders, diese habe «bewusst und eindeutig die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zur Disposition der Gesetzgebung des demokratisch organisierten Staates gestellt». Unter Bezug auf den Verfassungsrechtler Wolfgang Abendroth betonte er, dass «die Weimarer Verfassung ihrem normativen Inhalt nach als eine Verfassung der rechtsstaatlichen sozialen Demokratie, als ein zu demokratischer und sozialistischer Umgestaltung der Wirtschaftsgesellschaft ermächtigendes Rechtssystem zu werten» ist.⁶⁰ Darin vor allem bestehe noch heute ihre Bedeutung für demokratische Sozialisten.

59 Bisky, Lothar: Wir sind gekommen, um zu bleiben. Rede des Vorsitzenden der Linkspartei.PDS auf der 3. Tagung des 10. Parteitages in Berlin, 15.6.2007.

60 Bisky, Lothar: Rede zum 80. Jahrestag der Weimarer Reichsverfassung, 18.4.1999. Siehe Dokument 16 in diesem Band.

Und dennoch scheiterte die Weimarer Reichsverfassung; ihre Stärken hatten dies nicht verhindern können:

«Was wir heute im Sozialen im weitesten Sinne als Vorzüge gegenüber dem Grundgesetz empfinden mögen, hat die Weimarer Republik nicht stabilisieren, eine dauerhafte Identifikation einer Mehrheit mit dem auf der Weimarer Verfassung fußenden System nicht herstellen können. [...] Dies wiederum war möglich, weil die Weimarer Verfassung eben nicht nur ein stringent umgesetzter demokratischer Traum war, sondern weil sie den Versuch nicht bewältigt hat, verschiedene Strukturelemente aus deutschen und internationalen demokratischen Traditionen zusammenzuführen. Parlamentarische, präsidentiale und plebiszitäre Strukturen gerieten in strukturelle Konflikte, die die Demokratie zu sprengen erlaubten.»⁶¹

«Bonn ist nicht Weimar» – mit dieser Selbstvergewisserung trumpften die deutschen Eliten in den 1990er-Jahren immer wieder auf. Bisky teilte das – aber er hatte auch Sorgen: «Das erste Jahrzehnt nach der deutschen Einigung hat ein desperates Verfassungsverständnis erzeugt», konstatierte er 1999. Und er fragte am Ende der «Bonner Republik»:

«Aber wie ist das mit der Berliner Republik? Wird auch sie gefeit sein gegen die Gefahren, denen die Weimarer Republik erlag? Der Kampf um die Bestimmung dessen, was die Berliner Republik ausmachen wird, ist lange entbrannt. Die öffentliche Debatte – auch die verfassungsrechtliche – hinkt den realen Auseinandersetzungen hinterher. Es werden Tatsachen geschaffen, nicht Konsense erstritten. Konsens – das heißt in der beginnenden Berliner Republik: Veränderte Tatsachen akzeptieren.»⁶²

Im Einzelnen verwies er auf die Änderung und weitgehende Einschränkung des Asylrechts Anfang der 1990er-Jahre, auf die mit dem Grundgesetz in Konflikt stehende Beteiligung der Bundeswehr am Jugoslawien-Krieg und vor allem darauf, dass es nach der deutschen Vereinigung keine Debatte über eine gemeinsame Verfassung gegeben hatte, die das ursprünglich als Provisorium gedachte Grundgesetz ersetzt habe. Bisky sah eine Entwicklung

«zwischen Dogma und Instrumentalisierung – dies hat die Verfassungswirklichkeit beschädigt. Der großen Idee des Verfassungspatriotismus, die auch und gerade für die Ostdeutschen identitätsstiftend auf dem Weg in und mit der deutschen Einheit hätte sein sollte, ist Schaden zugefügt worden. Bang erhebt sich die Frage, ob das Grundgesetz, das

61 Ebd. Siehe Dokument 16 in diesem Band.

62 Ebd. Siehe Dokument 16 in diesem Band.

die alte Bundesrepublik als stabiles demokratisches und soziales Gemeinwesen verfasste, auch das vereinte Deutschland in eine solche Zukunft zu tragen vermag.»⁶³

Eine Verfassung in Schiefelage – wie die Weimarer – brachte gesellschaftliche Instabilität und Gefahren. Zugleich aber verwies Bisky auf eine

«wesentliche historische Erfahrung: Die Kraft von Verfassungsnormen ist maßgeblich dadurch bedingt, inwieweit soziale und demokratische Bewegungen sich für ihre Realisierung und Konkretisierung einsetzen. Die Kraft von Verfassungsnormen ist abhängig von der politischen Kraft jener gesellschaftlichen Kräfte, deren Gegenwarts- und Zukunftsinteressen in diesen Normen ihren Ausdruck finden.»⁶⁴

Demokratische und soziale Verfassungsnormen also müssen verteidigt, ausgestaltet und mit Leben gefüllt werden – darum ging es Bisky.

«Wir sollten schließlich den Wert der Bestimmungen des Grundgesetzes nicht gering-schätzen. Was das Grundgesetz sagt – und dass es überhaupt etwas sagt –, gehört auch zu den Lehren aus der Weimarer Reichsverfassung. [...] Im Wissen, was auf der Basis von Nicht-Regelung bzw. stillschweigender Duldung alter Zustände entstanden ist, sollten wir das, was heute geregelt ist und Verfassungswirklichkeit war/ist, besonders hochhalten.»⁶⁵

Wie bei allem, was Bisky sagte und dachte, gab es auch hier einen starken Bogen in die Lebenswirklichkeit. In den 1990er-Jahren breitete sich – besonders stark in Ostdeutschland, aber auch im Westen, auch in Ländern wie Frankreich und Österreich – scharf rechtes Denken und Handeln beunruhigend stark aus. Dies zeigte sich nicht nur bei Wahlen, sondern auch in massiver Gewalt gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte. Und auf dem Schulhof seines jüngsten Sohnes Stephan. Lothar Bisky wusste sehr genau, worum es ging, wenn er den Kampf gegen den Rechtsextremismus weit oben auf der politischen Agenda sah: «Der Rechtsextremismus ist keine legitime politische Strömung einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft», erklärte er 1998 gemeinsam mit dem damaligen Vorsitzenden der Französischen Kommunistischen Partei (FKP), Robert Hue. Und weiter: Der Rechtsextremismus «untergräbt die Grundpfeiler dieser Gesellschaft auf höchst gefährliche Weise. Um Rechtsextremismus, Ausländerhass und Antisemitismus zurückzudrängen, sind breiteste Bündnisse aller Demokraten in Deutschland, in Frankreich und europaweit das Gebot der Stunde!» Beide machten klar:

63 Ebd. Siehe Dokument 16 in diesem Band.

64 Ebd. Siehe Dokument 16 in diesem Band.

65 Ebd. Siehe Dokument 16 in diesem Band.

«Gebraucht wird jede Idee, jede Initiative, jede Aktion innerhalb und außerhalb der Parlamente! Gebraucht wird eine Politik, die auf soziale Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte abzielt! Gebraucht wird eine sachliche, tiefgründige und kulturvolle Auseinandersetzung mit dem Gedankengut der Rechtsradikalen!»⁶⁶

Zwei Jahre später musste Lothar Bisky wie viele andere mitansehen, wie in Österreich die von Jörg Haider geformte weit rechte Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) nach einem Wahlergebnis von 26,9 Prozent an der Seite der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) in die Regierung eintrat. Auf einer dagegen gerichteten Großkundgebung in Wien ermahnte Bisky auch die demokratischen Parteien selbst:

«Haiders Aufschwung ist Ergebnis einer sozialen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung über einen längeren Zeitraum. Die Politik ist nicht Opfer dieser Entwicklung, sondern sie hat sie mit herbeigeführt und getragen. Damit steht Österreich nicht allein – auch mit den Konsequenzen nicht. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nachdrücklich an das Erstarken rechtsextremer und rechtsradikaler Kräfte in deutschen Bundesländern.»⁶⁷

Lothar Bisky war ein Mann mit klarem Blick, aber wohl deswegen und trotzdem ein positiv denkender Mensch. Er war jemand, der erkennen und würdigen konnte, was andere aufgebaut und gepflegt hatten – und was es, wie etwa das Grundgesetz, gegen Angriffe mit autoritärem Hintergrund zu verteidigen galt. Er war einer, der Bewährtes fortführen, Gutes ausbauen und dabei auch Neues einführen wollte. Eine radikale Lust an der Zerstörung hat er nie empfunden.

Das galt auch rückwirkend. In seiner großen Rede zum 50. Gründungstag der DDR im Berliner «Tränenpalast» griff er aus einem Zeitungsartikel den Begriff der «utopischen Antriebe der ‹Versuchsordnung DDR›» auf und entwickelte seine Idee von der «Tragik der DDR»:

«Tragik, so sagt Sophokles sinngemäß, ist die unangemessen große Bestrafung des Menschen für selbst verursachte Schuld. [...] Nimmt man [dies] [...] ernst, dann ist Schuld nicht auf das enge Täter-Opfer-Schema zu reduzieren, in das Biografien und Lebensentscheidungen aus der DDR-Zeit nach dem Ende der DDR gepresst wurden. Tragik bestimmt sich dann aus dem Scheitern utopischer Antriebe und sehr konkret menschlicher – humanistischer – Absichten. Und die Schuldfrage ist die Frage nach der persönlichen politischen Verantwortung dafür, dass diese Absichten nicht dauerhaft und tragfähig zur

66 Gemeinsamer Widerstand gegen den Rechtsextremismus – europaweit! Erklärung von Lothar Bisky, Vorsitzender der PDS, und Robert Hue, Nationaler Sekretär der FKP, in: Pressedienst, Nr. 40, 1.10.1998.

67 Bisky, Lothar: Mit Blick auf die rechte Gefahr: Wehret den Anfängen! Erklärung von Lothar Bisky am 19. Februar 2000 in Wien, anlässlich der Großkundgebung auf dem Heldenplatz, in: Pressedienst, Nr. 8, 25.2.2000.

Geltung kamen. Das ist – fünfzig Jahre nach Gründung und zehn Jahre nach dem Scheitern der DDR – die Frage an Sozialistinnen und Sozialisten.»⁶⁸

Gerade weil Lothar Bisky die DDR-Gesellschaft einer gewissen Entwicklungsoffenheit ausgesetzt sah und auch das Machtsystem der SED für ihn nicht wie eine Fremdherrschaft von Aliens aus dem fernen Weltraum kam, versperrten seine Fragen an die Geschichte den meisten Parteimitgliedern die Flucht in irgendeine historische Opferrolle:

«Denn zum einen setzt jede tiefgreifende Umgestaltung in einer Gesellschaft – und das waren die kommunistisch geführten Veränderungen ohne Frage – auch neue Potenzen in unterschiedlichen Bereichen frei und ermöglicht damit auch Bewegungsräume. Zum anderen aber haben solche tiefgreifenden Umwälzungen, auch wenn sie sich etabliert haben, über die Zeitläufe hinweg immer wieder offene Phasen oder Momente, gelangen sie an Scheidewege, an Scheidepunkte, von denen aus auch andere als die bis dahin absehbaren und akzeptierten Entwicklungsrichtungen zumindest möglich sind. [...] Solche Situationen hat auch die DDR immer wieder durchlebt. Dies nährte nicht nur die Vision, sondern markierte auch die Herausforderung an uns, mit dem Ausbruch aus der Enge des realen Sozialismus den Grundstein zu legen für eine sozial gerechte Leistungsgesellschaft, für eine ökologisch und ethisch verantwortliche Gesellschaft, für eine umfassend demokratisierte Gesellschaft, die historisch bewährte Formen wie den Parlamentarismus mit erweiterten Formen der Volksherrschaft von der Öffentlichkeit nicht nur exekutiver Prozesse bis zu Gestaltungsräumen für Bürgerinitiative wie für Basisstrukturen überhaupt verbindet. Wir sind dem nicht gerecht geworden.»⁶⁹

Für Bisky gab es mit Blick auf die DDR – genährt durch eigene Erfahrung – immer einen Dualismus von humanistischen Antrieben und Visionen einerseits und machtpolitischer Überhebung und Unterdrückung andererseits. Ein Dualismus, der nicht nur die Gesellschaft zerriss, sondern auch in den einzelnen Menschen tobte. Deswegen immer wieder seine Mahnung: «Mit der Formel ‹was Gutes gewollt, aber Pech gehabt› können und dürfen wir uns nicht aus der Affäre ziehen.»⁷⁰

68 Bisky, Lothar: Wenn wir uns mit dem beschäftigen, was war, ist immer besonders wichtig, was wir daraus lernen. Aus der Rede von Lothar Bisky auf der Matinee ‹Vorwärts und nicht vergessen?› am 7. Oktober 1999 im Tränenpalast, in: Pressedienst, Nr. 41, 15.10.1999. Siehe Dokument 17 in diesem Band.

69 Ebd. Siehe Dokument 17 in diesem Band.

70 Ebd. Siehe Dokument 17 in diesem Band.

Strategisches: Voran zum Politikwechsel in Deutschland!

Anders als im programmatischen Bereich verlief die Entwicklung der strategischen Orientierung der Partei – letztlich unter dem Schlagwort vom nötigen Politikwechsel.

Anfang November 1996 hatte der PDS-Parteivorstand zu einer Strategiekonferenz eingeladen, welche die auch in diesem Bereich zunächst heftigen und ideologisch ausgerichteten Debatten ordnen und einige, für die politische Rolle der PDS zentrale Positionen möglichst verankern sollte. Rückblickend erwies sich die Konferenz tatsächlich als wichtiger Meilenstein. Was auf programmatischer Ebene noch Feld harter Deutungskämpfe war, wurde mit Blick auf das politische Handeln in strategischen, also weniger langen und konkreter erfassbaren Zeiträumen einvernehmlicher festgelegt. Die PDS definierte sich als sozialistische Partei, die sich für eine gerechtere Gesellschaft und eine friedliche Welt einsetzt. Sie forderte eine soziale Wende in Deutschland, die den Schwerpunkt auf eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie auf die Stärkung des öffentlichen Sektors legt. Sie bekannte sich zu einer friedlichen Außenpolitik und zum Abbau der NATO. Die PDS betonte die Bedeutung einer starken Zivilgesellschaft und einer aktiven Partizipation aller.

Der maßgebliche Punkt war das Ziel, sozialistische Mehrheiten in den Parlamenten zu erreichen und damit politischen Einfluss auszuüben. Damit war die Illusion vom Primat des außerparlamentarischen Kampfes zurückgedrängt – freilich für die meisten in der Partei nur mit Blick auf die Landesparlamente und weiterhin verbunden mit starken anti-sozialdemokratischen Reflexen.

Jedoch: Das «Magdeburger Modell» der Tolerierung einer SPD-geführten Landesregierung durch die PDS konnte nicht mehr so ohne Weiteres als «Abweichung» denunziert werden. Und der Weg zur ersten rot-roten Landesregierung, die 1998 in Mecklenburg-Vorpommern gebildet wurde, war frei. Auch die Bildung einer rot-roten Regierung 1999 in Brandenburg nach dem Ende der absoluten SPD-Mehrheit wäre nicht an einem Verdikt aus der PDS gescheitert. Deren Nichtzustandekommen hatte andere Ursachen. Immer wieder wird spekuliert, ob Lothar Bisky eine solche Regierung nicht gewollt und sie halb subversiv verhindert habe. Nach zehn Jahren in der Politik bereits physisch angegriffen, war Bisky in den Sondierungsgesprächen nicht in der besten Form seines Lebens. Entscheidend war jedoch, dass gerade Manfred Stolpe Rot-Rot nicht wollte und sich darüber auch mit seiner langjährigen Mitstreiterin Regine Hildebrandt entzweite. Es war bei Weitem nicht so, dass der «Brandenburger Weg» zwangsläufig zu einer SPD-PDS-Regierung führen musste, wie viele meinten. Stolpes Brandenburger Weg zielte darauf, möglichst alle in Verantwortung und Entscheidungsfindung einzubinden. Gerade mit der CDU war dies nie gelungen – jetzt, durch eine gemeinsame Koalition, würde es sich zwangsläufig ergeben. Für den Fall weiterer Stasi-Anschuldigungen gegen den Ministerpräsidenten, die es ja immer wieder gab, würde es besonders wichtig sein, die Union in der Koalitionsdisziplin zu wissen. Auf die PDS glaubte sich Stolpe verlassen zu können – obwohl die ihm nie einen Persilschein ausgestellt hatte. Dafür wiederum hatte es Gründe gegeben

und keiner kannte sie besser als Lothar Bisky. Genau deswegen wollte Stolpe sich im politischen Alltagsgeschäft nicht auf Dauer von ihm und der PDS abhängig machen.

Doch zurück zur Strategiekonferenz von 1996. Sie war ein wichtiger Meilenstein hin zur vornehmlich sachpolitischen Orientierung der PDS, aber keine Zäsur und schon gar nicht der Anfang davon. Faktisch hatte sich die PDS schon lange entschieden, in strategischen Fragen auf reformpolitische Alternativen zur neoliberalen Politik zu setzen. Spätestens der erfolgreiche Oberbürgermeisterwahlkampf von Rolf Kutzmutz 1993 in Potsdam – er wurde nur ganz knapp Zweiter – hatte gezeigt, dass man damit auch den Nerv der eigenen Anhängerschaft traf.

Parteitagssitzungen standen 1993 und 1994 schwerpunktmäßig im Zeichen der Vorbereitungen auf die Europa- wie die Bundestagswahl sowie der Orientierung in den heftigen programmatischen Streitigkeiten. Der nächste Parteitag im Januar 1995 jedoch war der erste in einer Reihe von Tagungen mit vor allem sachpolitischen Schwerpunktsetzungen. In Magdeburg stellten die Delegierten die politische Arbeit der Partei bis zur nächsten Bundestagswahl unter das Motto «Veränderungen von unten. Sozial und solidarisch, demokratisch und antiimperialistisch», sie fassten den Beschluss «Kommunen stärken – Gesellschaft von unten verändern» und stellten damit die Kommunalpolitik der Partei auf eine konzeptionelle Grundlage. Es folgten Parteitage zur sozialen Frage (Januar 1997, Schwerin) und zu Ostdeutschland (April 1998, Rostock).

Die Richtung hatte Lothar Bisky bereits auf dem vorausgehenden Parteitag im Januar 1995 unter dem Eindruck des erneuten, aus eigener Kraft erfolgten Einzugs in den Bundestag beschrieben:

«[...] für die PDS geht nunmehr eine Etappe zu Ende, in der faktisch eine Selbstbehauptungspolitik dominiert hat. Die Perspektive der PDS ist längst noch nicht auf Dauer gesichert. Jetzt aber stehen wir vor der Aufgabe, eine politische Strategie auszuarbeiten und vor allem zu verwirklichen, deren Kern das Eingreifen in Politik und Gesellschaft der BRD sein muss. Und dieser Kern lässt sich knapp und klar beschreiben: Wir müssen gemeinsam und im Wettstreit mit anderen Kräften in der Bundesrepublik einen Beitrag zur Überwindung der konservativen geistigen und politischen Hegemonie leisten. Widerstand, wo immer er notwendig ist, Kampf gegen den konservativen Zeitgeist, den deutschen Trübsinn und Suche nach Reformalternativen – das sind unsere politischen Aufgaben. Wir werden sie anpacken im Sinne unseres Mottos: Solidarisch ohne Wenn und Aber, alternativ und bundesweit.»⁷¹

71 Bisky, Lothar: PDS '95: Solidarisch. Alternativ. Bundesweit. Fünf Jahre PDS: Aufgaben und Herausforderungen. Referat auf dem 4. Parteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus, 27.1.1995. Siehe Dokument 6 in diesem Band.

Als 1996 in Magdeburg – in der Stadt des «Magdeburger Modells», einer von der PDS tolerierten Landesregierung unter SPD-Führung – auf dem ersten PDS-Parteitag außerhalb Berlins mit der Kommunalpolitik ausdrücklich Sachpolitik im Zentrum stand, bot die PDS erstmal keinen zerstrittenen, aufgeregten Kongress. Lothar Bisky zeigte sich im Interview erfreut:

«Meine Erwartungen sind erfüllt. Wir haben u. a. die Schwerpunkte unserer Arbeit in den nächsten Jahren beschlossen. Nicht erfüllt worden ist allerdings die Erwartung, dass die PDS hier einen Streit um Regierungsbeteiligung führt. Das spricht für die Partei. [...] Dass es dennoch ein Parteitag wurde, auf dem über die praktische Arbeit gesprochen wurde, darüber bin ich froh.»⁷²

Und der Kommunalpolitiker – was hatte er mit der Kommunaldebatte gewonnen?

«Sie bringt ihm eine Zusammenfassung von Erfahrungen, setzt Akzente für seine Arbeit. Und sie stärkt ihm den Rücken. Unsere Bürgermeister werden ja in der Partei und in ihren Kommunen mit berechtigten kritischen Fragen konfrontiert. Die Kommunalpolitik ist auch und gerade für die PDS konfliktträchtig. Es ist doch für einen PDS-Bürgermeister ein unerhörtes Problem, wenn er wegen Geldmangels an Dingen streichen muss, die er eigentlich befördern will. Natürlich können wir hier nicht für die Bürgermeister entscheiden, aber wir dürfen sie auch nicht alleine lassen.»⁷³

Auf dem Parteitag selbst hatte Bisky betont:

«Kommunalpolitik ist [...] immer und für jede Partei ein konfliktträchtiger Vorgang! Das kann man wissen und zugleich gefasst und ohne selbsterstörerische Emotionalisierungen oder persönliche Attacken damit umgehen. Und man muss es bedenken, denn nirgendwo in der Politik kann man so gut lernen wie dort, wo die Logik des Parteilebens und die Logik des Alltagslebens der Bürgerinnen und Bürger in einen latenten Konflikt geraten, weil die Politik dem wirklichen Leben nicht entfliehen kann! [...] Damit wird es auch ein Parteitag des Aufeinander-Hörens, des Voneinander-Lernens und des Miteinander-Nachdenkens – also: ein Arbeitsparteitag.»⁷⁴

Bisky enthielt sich aller Vorschriften für Entscheidungen in den Kommunen, sprach aber über deren Rahmenbedingungen – bundespolitisch wie innerparteilich. Die

⁷² Bisky, Lothar: Es geht nicht um Begriffe, sondern um Inhalte, in: Neues Deutschland, 29.1.1996.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Bisky, Lothar: Rede des Bundesvorsitzenden auf der 2. Tagung des 4. Parteitages der PDS am 27. Januar 1996 in Magdeburg «Kommunen stärken – Gesellschaft von unten verändern. Zur politischen Situation und zur Strategie der PDS bis 1998». Siehe Dokument 8 in diesem Band.

PDS werde nie ihre parteipolitischen Interessen über die der Menschen im Lande stellen, betonte er:

«Ich stelle mir Kommunen vor, in denen Menschen verschiedener Generationen nicht nur nebeneinander, sondern miteinander leben. In denen das Miteinander nicht eingeschränkt ist, weil es keine Kita-Plätze, keine Pflegekapazitäten, keine Jugendklubs, keine Theater, keine Museen gibt. Wir wollen das lebendige Miteinander von Menschen, die der gegenseitige Kontakt bereichert und nicht belastet.

Ich stelle mir Kommunen vor, in denen es Wohnungen für alle gibt. Und mehr noch: Kommunen, die auch als Ganzes wohnlich sind. Straßen sollen wieder Aufenthaltsräume für Menschen und nicht mehr nur Stauräume für Autos sein. Ich denke an Marktplätze und Kneipen und Tante-Emma-Läden und Boutiquen – und nicht an Konsumtempel oder Zentren für industrialisiertes Einkaufen auf ehemaligen Ackerflächen.

Ich stelle mir Kommunen vor, in denen, was immer nur in Gemeinschaft geht, nicht aus vorgeschobenen Kostengründen privatisiert wird.

Ich stelle mir Kommunen vor in einer gesunden Umwelt – nicht Steinwüsten, die sich in die Natur hineinfressen, die die Naturschätze auslaugen und Luft und Wasser vergiften.

Ich stelle mir Kommunen vor, in denen das Leben Spaß macht, weil jeder Arbeit hat, und in denen die Arbeit gut von der Hand geht, weil das Leben Freude macht.

Ich möchte, dass der Lebensraum von Menschen auch menschlich ist – und zwar nicht nur in kleinstädtischer oder dörflicher Idylle, sondern auch in den großen Metropolen mit ihren besonderen Problemen.»⁷⁵

Natürlich wusste Bisky, dass die Realitäten im Lande diesen Visionen entgegenstanden: «Aber das ist keine Legitimation dafür, sich einfach damit abzufinden.» Man musste sich also darauf einstellen, an der Veränderung der Realitäten im Bund mitzuwirken: «Die Bonner Republik ist am Ende. Die Berliner kommt», begann Bisky. «Es besteht die Chance, dass sie nicht von Kohl und Schäuble dominiert wird, sondern dass sie ein reformfähiges und reformwilliges Gemeinwesen wird.»⁷⁶ Auf absehbare Zeit jedoch werde die Ablösung der Konservativen in Deutschland ohne die PDS nicht wahrscheinlich sein. Diese Herausforderung habe seine Partei angenommen. SPD und Bündnis 90/Die Grünen hingegen müssten das wohl erst noch verarbeiten. «Sie brauchen uns, wie wir sie brauchen.»⁷⁷

75 Ebd. Siehe Dokument 8 in diesem Band.

76 Ebd. Siehe Dokument 8 in diesem Band.

77 Ebd. Siehe Dokument 8 in diesem Band.

Regierungsbeteiligung im Bund stellten eine ungeheure Herausforderung für die Partei dar. Und dennoch verlief der Parteitag in sachlicher Atmosphäre.

Wie auch ein Jahr später in Schwerin, beim Parteitag der sozialen Frage. In seiner Rede wählte Lothar Bisky einen Zugang aus der Perspektive Betroffener:

«Es sind [...] [die] scheinbar kleinen Dinge, die den kleinen Leuten Sorgen bereiten. Der Anschlag auf die Brieftaschen versteckt sich hinter einem Gestrüpp von Gesetzen und finanzpolitischen Glitzerworten. Gepanzertes Herrschaftswissen, das die Menschen blenden soll. Jede Mark und jeder Pfennig, der ihnen gestohlen wird, ist quasi das Produkt höherer monetärer Regierungsweisheit, wie sie glauben machen wollen. Gerade weil wir diese Sorgen in unserer Politik berücksichtigen und aufnehmen, haben wir zunehmend Vertrauen gewinnen können. Das ist ein schöner Erfolg und eine gute Gelegenheit: Ich möchte allen danken, die sich in der ‚Volkssolidarität‘ und anderen Wohlfahrtsverbänden und Vereinen engagiert haben. Ihr habt Mitmenschlichkeit gelebt! Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist *das* Markenzeichen von PDS-Politik: Sozial und solidarisch – nicht nur den Worten nach, sondern auch in der Tat. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit!»⁷⁸

Der Anspruch klang anmaßend, so gar nicht nach Lothar Bisky. Aber er bestätigte, was als Grundvermutung in Sachen PDS in der Gesellschaft galt. Warum waren so viele eben nicht aus der SED ausgetreten, obwohl es keine DDR mehr gab, keine Karriere mehr per Parteimitgliedschaft, obwohl die neue Partei rundum geächtet war und man sich rechtfertigen musste, wenn man ihr weiter angehörte? Es blieb wenig übrig: der soziale Anspruch, der sich mit DDR und SED verband, der Antifaschismus. Warum zog es junge Menschen in diesen Verein? Aus beiden Gründen. Was Bisky in Schwerin sagte, war letzten Endes dies: Ja, wir sind das und wir wollen das sein, was ihr von uns erwartet.

Und dann ging es weiter, wie man Bisky kannte: ohne jede Anmaßung, ohne Selbstüberhebung, aber mit klaren Ansprüchen an die eigene Partei und mit klaren Positionen.

«Niemand hier im Saal unterliegt der Illusion, wir könnten auf diesem Parteitag alle Facetten der sozialen Frage ausreichend beleuchten. Wir müssen uns gar nicht scheuen, auch öffentlich festzustellen, dass wir Suchende sind. Wir stellen uns offen den Fragen der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft. Wir [...] sind bemüht, das Wesen herauszufinden.»⁷⁹

78 Bisky, Lothar: Rede des Bundesvorsitzenden auf der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS am 17. Januar 1997 in Schwerin «Die soziale Frage und die PDS». Siehe Dokument 9 in diesem Band.

79 Ebd. Siehe Dokument 9 in diesem Band.

Was das Wesentliche anbelangte, entwickelte Lothar Bisky einen Ansatz von anhaltender Aktualität und politischer Tragkraft:

«Die soziale Frage heute ist nicht nur an die traditionellen Verteilungskonflikte gebunden. Sie ist zu einer Menschenrechtsfrage geworden. [...] Wir lassen uns vor allem von dem nach unserer Überzeugung fundamentalen Recht eines jeden Menschen auf die Sicherung der existenziellen Grundlagen für sein Leben leiten. Als demokratische SozialistInnen sehen wir darin ein unveräußerliches Menschenrecht. Wir sind eine Menschenrechtspartei in diesem Sinne! [...] Der Wille, dieses Menschenrecht zu erkämpfen, steht in einer alten Tradition. Diese hat Sozialisten und Kommunisten immer verbunden und nicht getrennt.»⁸⁰

Kurz vor dem Schweriner Parteitag hatten bekannte und prominente Personen des öffentlichen Lebens, die sich der linken Mitte der Gesellschaft zuordneten, an SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die PDS appelliert, einen Weg zur Zusammenarbeit für soziale Demokratie in Deutschland und für ein soziales Europa zu eröffnen. «Gerechtere Verteilung der Einkommen und Güter ist die zentrale Aufgabe einer neuen Politik», hieß es in ihrer «Erfurter Erklärung». Einer der Schlüsselsätze lautete: «Wir brauchen eine andere Politik, also brauchen wir eine andere Regierung. Wer sie will, muss aus der Zuschauerdemokratie heraustreten.»⁸¹ Bisky und die PDS hatten sich in Schwerin konstruktiv dieser Aufforderung gestellt.

Gut ein Jahr später, im Bundestagswahljahr 1998, tagte in Rostock der nächste PDS-Bundesparteitag. Dass auch er ein Arbeitsparteitag werden sollte, war diesmal – bis in die Führung hinein – nicht mehr so selbstverständlich. Schließlich handelte es sich um einen Wahlparteitag. Es gab ein Wahlprogramm. Aber hier gab es die Gefahr, dass sich die Öffentlichkeit, dass sich die Medien irgendetwas herausuchen würden, das sie zur Botschaft erhoben. Man musste also selbst klären, was wie bewirkt werden sollte.

Also doch wieder ein Arbeitsparteitag? Die Idee stieß auf Skepsis. Manche wunderten sich, dass Magdeburg und Schwerin so ruhig verlaufen waren, vermissten Diskussionsfreude und Aufbruchsstimmung. An der Parteispitze machte sich – zumal die programmatischen Differenzen ja weiterhin lebten – die Sorge breit, die Lok könne den Zug abhängen, also die Parteibasis auf dem strategischen Kurs nicht mehr mitgenommen werden. Zudem war lange Zeit unklar, was das Thema eines solchen weiteren Arbeitsparteitages hätte sein können. Die Außen- und Friedenspolitik wäre angesichts der Jugoslawien-Kriege aktuell gewesen, in der Partei allerdings gab es zu viel widerstrebende Auffassungen, als dass man damit in einem Wahljahr hätte

80 Ebd. Siehe Dokument 9 in diesem Band.

81 Bis hierher und nicht weiter! («Erfurter Erklärung» vom 9.1.1997), zit. nach taz, 10.1.1997. Siehe <https://www.ddr89.de/d/erfurt.html>.

auftrumpfen können. Die nach wie vor aktuelle «Erfurter Erklärung» hatte das Thema Sozialpolitik gesetzt – aber das war schon in Schwerin abgearbeitet worden. Demokratie? Einerseits zu allgemein, andererseits auch kein 1998er Wahlkampfthema. Wirtschaft? Kein wirklich linkes Thema. Ungeeignet, um SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder, der als «Genosse der Bosse» galt, gerade hier Paroli zu bieten. Vielleicht doch Ostdeutschland? Zur Mobilisierung der Kernklientele? Ganz bewusst hatte man zuvor, in Magdeburg und Schwerin, Kommunales und Soziales vorrangig unter bundesweiten Aspekten durchbuchstabiert.

Plötzlich tauchten Gerüchte auf, Teile der Partei wollten auf dem Parteitag eine «ostdeutsche Rebellion» anzetteln. Tatsächliche Anzeichen für eine solche Rebellion in der Gesellschaft gab es nicht. Es drohte eine Radikalisierung der Partei, die sie von ihrer vor allem ostdeutschen Wählerschaft isolieren würde. Die Parteiführung war alarmiert – und schwenkte um. Es entstand in kurzer Zeit das «Rostocker Manifest: Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik».⁸² Um es als regulären Antrag auf dem Parteitag zur Abstimmung zu stellen, war es zu spät – die Einreichungsfrist war verstrichen. Es wurde den Delegierten vorgestellt und man warb um ihre Unterstützung. Lothar Bisky und andere gehörten zu den Erstunterzeichnern – auf dem Parteitag folgten ihnen 350 Delegierte, die übergroße Mehrheit der Anwesenden.

Kern des Papiers war ein «Pilotprojekt Ost – Gerechtigkeit und Entwicklung». Aus den noch immer bestehenden und zunehmend ungerechten zwei Teilgesellschaften in Deutschland sollte mit dessen Hilfe eine gerechte Gesellschaft entstehen. Die Idee zielte darauf, spezifische ostdeutsche Kompetenz zu aktivieren, die Einbindung Ostdeutschlands in den westdeutschen Markt, die europäische Integration und die Globalisierung durch die Entfaltung endogener Potenziale zu ergänzen und dies für tiefgreifende bundesweite Reformprozesse nutzbar zu machen. Wie das geschehen sollte, wurde detailliert sachpolitisch untersetzt.

«Wir [...] wollen mit den innerdeutschen Ungleichheiten umgehen, indem wir darauf ein »Pilotprojekt Ost« begründen, das ein Zusammenwachsen von Ost und West erst ermöglicht – ein gemeinsames Hineinwachsen in eine Zukunft, die in vielem offen ist und darum auch die Möglichkeit bietet, neue Antworten auf bislang ungelöste soziale und ökologische Fragen zu finden», erläuterte Lothar Bisky in seiner Parteitagrede. Er räumte ein: «Ja: Der Osten wäre im Zuge dieses Pilotprojekts noch einmal »Experimentierfeld« – allerdings nicht für Sozial- und Demokratieabbau, sondern für soziale, politische und kulturelle Neuerungen in ganz Deutschland.»⁸³

82 PDS: Rostocker Manifest. Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik, 1998. Siehe <http://bit.ly/3YcGvW3>.

83 Bisky, Lothar: Rede des Bundesvorsitzenden auf dem Wahlparteitag der PDS am 3. April 1998 in Rostock «Für eine gerechte Verteilung von Arbeit und Reichtum – für einen starken Osten in einer gerechten Republik». Siehe Dokument 13 in diesem Band.

Die PDS sei darauf aber gut vorbereitet. Das «Pilotprojekt Ost» sollte sich stützen auf:

- einen Wandel des wirtschaftlichen Ordnungsrahmens und auf Innovationsprogramme «Sozial-ökologischer Umbau Ost» in den ostdeutschen Ländern;
- neue politische Handlungsräume, vernünftige Finanzverteilung und Stärkung der ostdeutschen Selbstbestimmung;
- Solidarität und Wettbewerb als Wege des Hineinwachsens von Ost und West in eine gemeinsame Zukunft; Vollendung der Wende und der Emanzipation des Ostens.

Zwar hatte es auf dem Parteitag auch Unbehagen über das Verfahren gegeben, das zum «Rostocker Manifest» geführt hatte – alles in allem aber ging die Partei, auch mit dem beschlossenen Wahlprogramm, gefestigt in das Wahljahr 1998. Das «Rostocker Manifest» selbst hatte für die PDS das Feld der Regional- und Strukturpolitik erschlossen, das über viele Jahre hinweg – auch in der neuen Linkspartei – wichtig blieb und es ihr ermöglichte, immer wieder Impulse für die deutsche Politik insgesamt zu entwickeln. Wäre man sich dieser Möglichkeiten stärker, vor allem in größerer Breite bewusst gewesen, hätte man mehr Arbeit investiert und hätte die neue Linkspartei nicht insgesamt zu lange mit den Themen Ostdeutschland und strukturschwache Regionen gefremdelt, wäre es durchaus möglich gewesen, hier dauerhaft eine Lücke im politischen Angebot Deutschlands zu schließen.

Aber jetzt galt es erst einmal, die Wahlen 1998 zu bestehen. Im August traf sich Lothar Bisky mit 40 Bundestagskandidatinnen und -kandidaten, die bei einem Wahlergebnis von 5 Prozent plus X voraussichtlich die Bundestagsfraktion bilden würden. Er schärfte ihnen ein:

«Wir werden ab dem Herbst eine neue, eine stärkere politische Rolle in der Bundesrepublik Deutschland ausfüllen. [...] Die bewährte, radikale wie machbare und über mehrere Parteitage (Magdeburg, Schwerin, Rostock) ausgefeilte PDS-Sachpolitik wird auf dieser Grundlage im Interesse der Bürgerinnen und Bürger neue, zusätzliche Wirkung entfalten – mit zunehmendem bundespolitischen Gewicht.»⁸⁴

Er warnte vor Übermut:

«Die PDS ist – ungeachtet ihrer Rolle als Volkspartei in Ostdeutschland – eine Partei in der Minderheit und eine Partei, die Minderheiten vertritt. Dies zu wissen, macht einen wichtigen Teil unserer politischen Souveränität aus. Wir suchen Mehrheiten – aber nicht für uns oder im Dienst anderer Parteien, sondern zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und zur Umsetzung politischer Projekte.»⁸⁵

84 Die PDS bereitet sich auf ihre neue bundespolitische Rolle ab Herbst 1998 vor. Erklärung von Lothar Bisky vor Bundestagskandidaten, in: PDS-Pressedienst, Nr. 34, 21.8.1998.

85 Ebd.

Bisky erinnerte daran, dass man sich für fünf konkrete politische Projekte entschieden und diese auch im Wahlkampf in den Vordergrund gestellt hatte:

1. Arbeitszeitverkürzungen und Aufbau eines gemeinwirtschaftlichen Sektors, der nicht den Zwängen der Profitmaximierung unterworfen ist;
2. Verfassungsrecht auf berufliche Erstausbildung, eine solidarische Umlagefinanzierung für die Berufsausbildung und ein öffentlich finanziertes Sofortprogramm zur Schaffung von Beschäftigungsverhältnissen nach der beruflichen Erstausbildung sowie für derzeit arbeitslose Jugendliche;
3. eine Steuerreform, die die öffentliche Hand wieder handlungsfähig macht und anstelle der Umverteilung von unten nach oben eine Umverteilung von oben nach unten setzt;
4. eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen, die mit der Entsorgung von Haushaltsproblemen in Bund und Ländern zulasten der Kommunen Schluss und die Städte und Gemeinden wieder handlungsfähig macht;
5. «Pilotprojekt Ost» als sofortiger Einstieg in einen langfristigen bundesweiten sozial-ökologischen und demokratischen Reformprozess.

Auch im August war noch unklar, ob es wirklich zum Ende der Ära von Helmut Kohl, des «Kanzlers der Einheit», kommen würde. Bisky mahnte:

«Schröders Lavieren und seine Fixierung auf die «neue Mitte» haben keine neue Mehrheit stabilisiert; die anhaltende Selbstdemontage der Bündnisgrünen untergräbt die Chancen der rot-grünen Alternative. Es ist höchste Zeit für alle Parteien diesseits der Union, von Nebenschauplätzen abzugehen und mit ganzer Konsequenz auf den politischen Wechsel im Bund zuzusteuern.» Und er forderte, ganz im Sinne der «Erfurter Erklärung»: «Das heißt – auch für die PDS: Alle Kraft für den politischen Wechsel! Keine Tabus!»⁸⁶

Auf Biskys Kurs erreichte die PDS am 27. September 1998 einen historischen Durchbruch: Sie zog erstmals als eigenständige Fraktion in den Bundestag ein – mit über 2,5 Millionen Wählerstimmen im Rücken (5,1 Prozent). Helmut Kohl und die CDU waren abgewählt, SPD und Grüne hatten eine eigene Mehrheit im Parlament und bildeten die erste rot-grüne Koalition im Bund. Der Politikwechsel, für den die PDS gekämpft hatte, war das freilich nicht. Allerdings blieb ihr auch die Nagelprobe erspart: Sie konnte und sie musste im Bund nicht irgendeine Art von Regierungsverantwortung übernehmen und damit beweisen, dass sie auch als kleine Partei große Veränderungen bewirken konnte. Allerdings: In Mecklenburg-Vorpommern trat sie nach den am selben Tag erfolgreich bestanden Landtagswahlen erstmals in eine rote Landesregierung ein.

86 Ebd.

In diesem Abschnitt haben aus gutem Grund Reden von Lothar Bisky im Mittelpunkt gestanden. Bisky hat seine Partei vor allem über Reden und intensive persönliche Gespräche, teils auch über Interviews geführt. Genauer gesagt: über die Texte seiner Reden. Ein großer Rhetor war er nicht – mit Ausnahme seiner politischen Heimat Brandenburg. Dort, im Landtag und vor allem auf Landesparteitagen, sprach er auch frei, ungezwungen, bisweilen angriffslustig. In der spezifischen, von Manfred Stolpe geprägten politischen Kultur des Landes und in dem damals offenen, neugierigen, entwicklungsfreudigen PDS-Landesverband fühlte er sich heimisch. Man musste nicht jedes Wort vorab auf die Goldwaage legen – und doch, vielleicht auch deswegen, formulierte Bisky stets präzise, abwägend, auf hohem Niveau und auch in der Polemik niemals persönlich verletzend. Das begründete seine herausragende politische Position in Brandenburg mit, war der Nährboden für die Achtung, die ihm allenthalben entgegen schlug. Auch für die Bewunderung, die er bei vielen auslöste und die ihm starken Wählerzuspruch einbrachte.

Im Bund, wie gesagt, wirkten seine Reden doppelt: beim Anhören und oftmals noch mehr beim Nachlesen der Texte. In der Präsentation seiner Reden im Dokumenten-Teil dieses Bandes haben wir Passagen ausgelassen, die vor allem auf Details der damaligen Situation bezogen waren. Der volle Wortlaut, mittlerweile oft nur noch schwer zugänglich, ist zwar für die zeitgeschichtliche Forschung von Interesse und Belang. Hier aber soll vor allem der politische Mensch Lothar Bisky erlebbar werden, seine Wertvorstellungen, seine Ideen von Politik und Partei, sein ganz persönliches politisches Programm. Das alles macht ihn zum Leuchtturm über die Zeiten hinweg.

Biskys Reden entstanden zumeist im Team. Ihnen lag eine gemeinsam erarbeitete, regelmäßig aktualisierte politische Prognose für die notwendige und wünschbare Entwicklung der Partei und vor allem für die Stärkung ihres Einflusses in der Gesellschaft zugrunde. Am Ende standen authentische Bisky-Texte, zumeist fertiggestellt in der Nacht vor dem entscheidenden Auftritt – von ihm selbst, von ihm allein. Es gab nicht *den* Redenschreiber, der selbstherrlich aufgeschrieben hätte, was der Redner dann nur noch vortrug. Biskys Reden entstanden über weite Strecken im Team und wuchsen dann aus dem Team heraus in ihn hinein.

Vom Erfolg in den Abgrund. Niederlagen von Münster bis Gera

Am Ende der 1990er-Jahre war Lothar Bisky der erfolgreichste deutsche Parteivorsitzende. Unter seiner Führung war die PDS zu einer Partei geworden, die zwar weiter über ihre geistigen Grundlagen und ihre ferneren Ziele stritt, sich ihrer Werte und ihrer Aufgaben aber bewusst war. Sie war in der Lage, den politischen Herausforderungen in der Gesellschaft mit eigenen, überzeugenden und praktikablen Lösungsvorschlägen zu begegnen. Dem gescheiterten Kohl'schen Versprechen von «blühenden Landschaften» innerhalb von drei bis vier Jahren nach der Vereinigung hatte Biskys Partei Ende des Jahrzehnts ein schlüssiges Konzept für einen zukunftsfähigen Osten

und eine gerechtere Republik entgegengesetzt. Diese Leistung bleibt bestehen, auch wenn der neue Bundeskanzler Gerhard Schröder von der SPD weder davon Gebrauch machte noch sich um irgendeinen anderen Neuanfang für Ostdeutschland bemühte. Die Positionierung der PDS als Partei der sozialen Frage erwies sich als essenziell, als Schröder mit der «Agenda 2010» im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft Hand an den Sozialstaat legte.

Doch zunächst hieß es, mit dem Erfolg von 1998 fertigzuwerden – etwas, womit sich die Partei nach Biskys Einsicht traditionell schwertat. Bis zum nächsten Parteitag im Januar 1999 hatte sich bereits eine Menge Hickhack ereignet, sodass Bisky gleich eingangs seiner Rede alle ermahnen musste:

«Im Moment vermittelt keine der im Bundestag vertretenen Parteien den Eindruck, dass sie mit einer zukunftsfrächtigen Vision im Kopf das Heute gestaltend anpackt – leider auch nicht die PDS. [...] Die Medien produzieren ein Bild nur bis zu einem bestimmten Punkt – die entscheidenden Vorlagen dafür kommen letztlich immer aus der Realität, aus den Parteien selbst. Das gilt auch für uns.»⁸⁷

Harte Töne, gerade für jemanden, der als Vorsitzender bestätigt werden wollte. Gemäß Statut stand Lothar Bisky vor seiner letzten Amtsperiode – dann waren die acht Jahre voll. Vielleicht auch angesichts dessen strahlte Biskys Auftritt eine besondere Führungsstärke aus.

Das betraf einerseits die Einordnung der veränderten und rasch instabil wirkenden neuen Konstellationen in Deutschland in einem gesellschaftspolitischen Kontext, der über die Grenzen des Landes hinausreichte. «Wir müssen uns mit Globalisierung befassen», hatte Bisky schon Monate vor dem Parteitag im kleinen Kreis erklärt. Damit war Schluss mit der schnellen und leichten Polemik gegen die verkürzte Weltsicht, die der abgewählte Kanzler Kohl entwickelt hatte. Globalisierung war mehr als «Standortwettbewerb», wie Kohl sagte. Und es ging um komplexere Dinge als die Stärkung des «Standorts Deutschland». Dies musste man verstehen, um die Politik von Rot-Grün richtig einordnen zu können – und dies nicht, um sie an den entscheidenden Stellen kritisieren zu können, sondern um passende und bessere Alternativen entwi-

87 Bisky, Lothar: Rede des Bundesvorsitzenden auf der 1. Tagung des 6. Parteitages der PDS am 16. Januar 1999 in Berlin «Sozialistische Politik zur Jahrtausendwende – in einer globalisierten Welt, in einem sozialdemokratisch dominierten Europa, als Teil der neuen Mehrheit in der Bundesrepublik». Siehe Dokument 15 in diesem Band. – Bereits auf einer Klausur des Parteivorstands Anfang Oktober 1998 hatte Bisky gewarnt, man könne «erhebliche Probleme in der Partei nicht übersehen. Da gibt es Erscheinungen des Zerbröselns, gegenläufige Aktionen, wo Teile der Partei gegen andere Teile vorgehen, und das nicht nur in Hamburg. Teilweise werden unerträgliche persönliche Auseinandersetzungen geführt, die kaum noch überbrückbar sind. Immer wieder tauchen Verdächtigungen auf, die Partei auf andere Wege drängen zu wollen. Was die Partei insgesamt angeht, so befinden wir uns in einer ziemlich angespannten Situation. Wir haben zu wenig Öffentlichkeit und müssen zu neuer Öffnung finden. Das Sperren gegenüber externem Sachverstand muss überwunden werden.» (PDS-Pressedienst, Nr. 41, 8.10.1998)

ckeln zu können. Dazu gehörte die Einsicht, dass man es weltweit und damit auch in den am meisten entwickelten Ländern mit einer «Revitalisierung des Kapitalismus» zu tun hatte.

Biskys Rede enthielt also im ersten Teil eine entsprechende Analyse des Stands der Globalisierung Ende der 1990er-Jahre und politische Ableitungen für die Politik der PDS. Der Vorsitzende sprach dabei zu neun Aspekten:

Erstens zur dominierenden Rolle der Finanzmärkte und zu der Tatsache, dass «anonyme Besitzergruppen» aus diesem Bereich noch nie so viel Macht hatten wie in der Gegenwart.

Zweitens zur zunehmenden Konzentration im Bereich der Realwirtschaft in Gestalt immer größerer multinationaler Konzerne. Die darin «gebündelte finanzielle und ökonomische Potenz» verleihe «dem Großkapital die Kraft zu eiliger und völlig ungebundener globaler Mobilität – was traditionelle nationale und damit auch soziale Bindungen auflöst». ⁸⁸

Drittens zur zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland und der Welt.

Viertens zu den Gefahren eines drohenden Kollapses angesichts der Erfahrungen mit der zurückliegenden Asien-Krise sowie den Krisen in Russland und in Brasilien.

Fünftens zu dem daraus erwachsenden Zusammenhang weniger Wachstum – weniger Einnahmen.

Sechstens zur zerstörerischen Wirkung der Globalisierung in einzelnen Regionen auf der Welt – u. a. in Ostdeutschland.

Siebtens zur gerade erfolgten Einführung des Euro und der damit verbundenen Notwendigkeit von Reformen in Wirtschaft und Sozialleben.

Achtens dazu, dass die Globalisierung auch Chancen bringe, wo es vorher kaum welche gab. Allerdings gehe damit auch «die Globalisierung der nachteiligen sozialen und ökologischen Wirkungen des traditionellen westlichen Modells [einher]. Der drohenden sozialen und ökologischen Katastrophe wird damit nicht gegengesteuert – sie wird, im Gegenteil, sogar forciert.» ⁸⁹

Neuntens zur Notwendigkeit einer konzeptionellen Neuorientierung der bundesdeutschen Außenpolitik.

Drei Schlussfolgerungen aus einer ganzen Fülle sind besonders hervorzuheben:

- «So gern wir über komplexe Zukunftsentwürfe nachdenken und so sehr wir wissen, dass es ohne eine Vision, ohne eine Utopie keine sozialistische Politik gibt – so sehr müssen wir uns dessen bewusst sein, dass es diese umfassende Alternative nie geben wird, wenn wir nicht in der Gegenwart präzise den Punkt finden, wo die bisherige Entwicklungslogik aufbricht, wo sie am schärfsten mit den realen Problemen kol-

88 Ebd. Siehe Dokument 14 in diesem Band.

89 Ebd. Siehe Dokument 14 in diesem Band.

lidiert, wo sie am meisten Menschen aufschreckt und wo die Weiche – zunächst vielleicht nur ein kleines bisschen – umgestellt werden kann und muss. Wenn wir es nicht verstehen, vor allem und zum richtigen Zeitpunkt hier mit Vorschlägen zur Stelle zu sein, hier an der Bildung neuer Mehrheiten mit unserem politischen Gewicht und überzeugenden Ideen mitzuwirken, wird die Utopie zur Illusion oder zum Abenteuerum. An die Stelle der demokratischen Mitgestaltung eines notwendigen Umbruchs träten selbstgefällige Isolation und bzw. oder Umsturzabsichten ohne jede demokratische Grundlage.»

- «Die PDS hat in erster Linie als sozialistische Partei auf die zugespitzten Probleme in Ostdeutschland zu reagieren. Für die Substanz ihrer Politik ist ihre spezifisch ostdeutsche Verankerung in gewisser Hinsicht sogar zweitrangig. Für die praktische Umsetzung ist ihre Stärke im Osten aber eine gewaltige Chance – und zwar für ganz Deutschland! Das ist die Dialektik des Lebens und sozialistischer Politik in Deutschland.
- Wir können natürlich dort, wo wir in der Verantwortung stehen, nur real vorhandenes und nicht virtuelles Geld aus vorerst nicht realisierten PDS-Konzepten ausgeben. [...] Solange es im Prinzip bei der vorhandenen, zudem unsicheren Finanzmasse bleibt, setzen wir auf eine Umverteilung innerhalb dieser Menge – und zwar den Prämissen nach, dem konkreten Zweck nach und der Entscheidungskompetenz nach.»⁹⁰

Biskys Rede brachte in der Partei einiges durcheinander, was man so nicht erwartet hatte. Das Thema Globalisierung hatte er von sich aus gesetzt und allein mit seinem engsten Kreis vorbereitet. Das führte dazu, dass sich einige, auch wichtige Persönlichkeiten, die ihm stets zugearbeitet hatten, zumindest fragten, warum das so geschehen war und was das für sie bedeutete. Indem Bisky im Zusammenhang mit der Globalisierung von der «Revitalisierung des Kapitalismus» sprach und auf eine zunehmende, nicht nur linke Kapitalismuskritik in der Welt verwies, rückte er ein Stück weit von der gerade in der Programmdebatte von seiner Umgebung vertretenen Moderne-Rhetorik ab.

Auf den ersten Blick kam er damit jenen in der Partei entgegen, die mit dem Reformsozialismus der 1990er-Jahre wenig anfangen konnten und darauf setzten, «den Kapitalismus» zu überwinden. Allerdings lieferte Bisky keine Wende zurück zum orthodoxen, marxistisch-leninistischen Bild, sondern bot eher eine geschichtlich offene, soziologisch orientierte Kapitalismus-Auseinandersetzung an, die zur politischen Gestaltung im Hier und Heute aufrief. Auf jene in der Partei, die dem Vorsitzenden kritisch gegenüberstanden, wirkte das eher nicht wie ein Angebot, sondern auf manchen sogar wie eine Provokation.

90 Ebd. Siehe Dokument 15 in diesem Band.

Zum Thema Parteireform setzte Bisky mit zwei Entscheidungen Achtungszeichen: So sollte erstens die politische Koordinierung zwischen den verschiedenen Ebenen und Kraftzentren der Partei deutlich verbessert werden. Dazu wurde – zweitens – die Parteizentrale im Berliner Karl-Liebknecht-Haus neu organisiert und nach politischen Schwerpunktaufgaben strukturiert. Dabei kamen auch einige wenige Personen aus Biskys näherer Umgebung in Schlüsselpositionen.

Das wiederum weckte andere im Kreis der Parteiführung auf. Es betraf vor allem jene, mit denen Bisky seit einem Jahrzehnt besonders eng zusammenarbeitete – einen Kreis, der 1994 als sogenanntes Hungerstreik-Komitee erkennbar geworden war. In diesem Zusammenhang war oft von einer «informellen Parteiführung» die Rede. Das allerdings traf nicht den Kern. Tatsächlich war es so, dass diejenigen in herausgehobenen Funktionen der Partei (Parteivorsitzender, Chef der Bundestagsgruppe/ Fraktionsvorsitzender, Schatzmeister, Wahlkampfleiter, Pressesprecher) und einige mit herausragendem, auf 1989/90 zurückgehenden Ansehen sich in ihren Einschätzungen und Schlussfolgerungen eng abstimmten und dann in ihren jeweiligen Aufgabenbereichen entsprechend agierten. Gelegentlich wurde auch der eine oder andere aus der Arbeitsebene an- oder eingebunden. Es galt als sicher: Solange dieses Team funktionierte, konnte die Partei nicht untergehen.

Wenn Bisky nun Partei und Parteizentrale aufwertete, was für die Handlungsfähigkeit der Partei insgesamt dringend und notwendig war, so ruckelte das an dem bewährten kooperativen und vor allem arbeitsteiligen Gefüge innerhalb des «Hungerstreik-Komitees». Bei den Bemühungen um eine bessere interne politische Koordinierung z. B. verteidigten die aus der Bundestagsfraktion heraus geleiteten Runden der fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der PDS-Parlamentsfraktionen ihre Stellung und ihre Arbeitsweise. Und während im Karl-Liebknecht-Haus die grundsätzliche und strategische Arbeit gebündelt und forciert wurde, bildete die Bundestagsfraktion einen eigenen «Beraterkreis». In einem einzelnen Fall allerdings bestand hier Personalunion zwischen diesem Kreis und der Bundesgeschäftsstelle. Seitens der Hausleitung in der Bundesgeschäftsstelle ließ man allerdings in Presse-Hintergrundgesprächen schon mal wissen, die «Bisky-Boys» müssten wieder verschwinden.

Die Verunsicherung wurzelte auch darin, dass insbesondere die Aufwertung des Kreises der ostdeutschen Landesvorsitzenden die Regelung von Nachfolgefragen nach dem Ablauf der achtjährigen Frist komplizierter machen und der Abstimmungsrunde an der Spitze die alleinige Initiative nehmen würde. So kam es schließlich, dass nach dem Berliner Parteitag vom Januar 1999 ein spürbares Maß an Unzufriedenheit verblieb und Korrekturbedarf an künftigen Parteitagsvorbereitungen angemeldet wurde.

Das wirkte sich schon ein Jahr später beim nächsten Bundesparteitag in Münster, dem ersten in Westdeutschland, aus. Der Parteitag tagte Anfang April, keine sechs Wochen vor den nächsten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, und sollte der Partei dafür einen energischen Schub geben. Anders als bei den zuvor von Bisky geprägten Parteitagen, die sich stets der Dialektik von ostdeutscher Verankerung und

sozialistischer Politik stellten, hatte man jetzt linke Milieus im Westen vor Augen. Es wurden drei große Themen gesetzt, bei denen man – auch angesichts der neu angelaufenen Programmdebatte – inhaltlichen Nachholbedarf sah: Ökologie, Feminismus, Nord-Süd-Konflikt. Zudem standen eine politische Erklärung, ein Beschluss zur Weiterführung der programmatischen Debatte und ein Beschluss zu Statutenfragen zur Abstimmung.

Und dann drängte noch das Thema Friedenspolitik in den Parteitag. Auslöser war ein sehr fernes Ereignis: Die ehemalige portugiesische Kolonie Osttimor, die nach dem Abzug Portugals von Indonesien besetzt worden war, erklärte sich 1999 nach einem Referendum für unabhängig. Pro-indonesische Milizen und die indonesische Armee gingen gewaltsam dagegen vor, was die Vereinten Nationen dazu veranlassete, eine Friedenstruppe unter australischer Führung einzusetzen. 22 Länder waren daran mit einer Truppenstärke von bis zu 11.500 Soldaten beteiligt – darunter auch Deutschland. Der Bundestag hatte am 6. Oktober 1999 dem Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen der UNO-Friedensmission zugestimmt. Vorgesehen war der Einsatz von Kräften für die medizinische Evakuierung sowie für die Beteiligung an internationalen Hauptquartieren und als Verbindungsorgane bei und zu internationalen Organisationen (bis zu 100 Soldaten). Ihnen wurde auch die Befugnis zur Wahrnehmung des Rechts auf bewaffnete Nothilfe insbesondere zugunsten von militärischen und zivilem Personal der internationalen Friedensmission und humanitärer Hilfsorganisationen erteilt.⁹¹ Die Mehrzahl der europäischen Linksparteien unterstützte diesen Einsatz, weil er die Befreiung Osttimors aus der Kolonialherrschaft absichern und vollenden sollte.

Die PDS hingegen war in dem Konflikt zwischen genereller Ablehnung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr einerseits und der Achtung der UNO-Charta einschließlich ihres Kapitels VII (Regelung des Gewaltmonopols des Sicherheitsrates) andererseits zerrissen. Die PDS-Bundestagsfraktion beschloss angesichts dessen am 21. Oktober 1999 ein vier Punkte umfassendes Positionspapier, das auch die «Einzelfallprüfung zur Bestätigung bzw. Ablehnung von Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nach Kapitel VII (Regelung des Gewaltmonopols des Sicherheitsrates) der Charta» vorsah.

Um in dieser heiklen Sache nicht alleine den Schwarzen Peter zu haben, übersandte die Fraktion das Papier an den Parteivorstand und bat diesen um Bestätigung ihrer Position. Das tat der auch mehrheitlich – allerdings gegen die stellvertretende Parteivorsitzende Sylvia-Yvonne Kaufmann, die sich danach an die Spitze jener setzte, die ohne Wenn und Aber an der Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr festhielten. So geriet das Thema schließlich auf den Münsteraner Parteitag, wo Kaufmann

91 Vgl. Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/1719.

ihre Position unter Tränen verteidigte und der Vorstand danach mit seinem Antrag zugunsten von Einzelfallprüfungen eine klare Niederlage einstecken musste.

Dabei hatte Lothar Bisky schon eingangs in seiner Rede klar für den Vorstandsantrag Stellung bezogen:

«Das Leben, liebe Genossinnen und Genossen, besteht nun einmal aus einer Abfolge, aus einem Nebeneinander und aus einer nicht immer einfachen Wechselwirkung von «Einzelfällen». Um damit klarzukommen, braucht man Grundsätze – aber die Grundsätze ersetzen doch nicht die Auseinandersetzung mit den Einzelfällen, sondern machen sie erst möglich! [...] Nicht wegsehen, wenn Krieg geführt und Gewalt ausgeübt wird! Jeder Krieg, jede militärische Aktion hat ihre Opfer. Deswegen wollen wir sie von vornherein ausschließen. Aber wenn sie nicht auszuschließen waren, dann gehören wir doch wohl auf die Seite der Opfer – wohin denn sonst!»⁹²

Der Aufschrei angesichts der Niederlage der Parteiführung in Sachen Einzelfallprüfung war auch deswegen so laut, weil in Münster eines ins Bewusstsein rückte: Bisky und Gysi drehen ihre letzte Runde in ihren Ämtern. Ihre acht Jahre, vom Statut als Höchstgrenze vorgesehen, liefen ab. Manche wollten das ändern, aber Bisky lehnte das ab. Die Partei ging aus dem mit so hohen Erwartungen verbundenen Kongress als politisch und personell enthauptet ab.

Bei den Landtagswahlen im Mai 2000 in Nordrhein-Westfalen kam sie auf 1,1 Prozent der Stimmen. Schaute man genauer hin, waren es aber weder das Osttimor-Problem noch die Tatsache, dass sich Lothar Bisky an das Parteistatut hielt, die die Krise der Partei offen aufbrechen ließen. Eine interne Analyse «Zur Be- und Auswertung des Parteitages in Münster», die Bisky anfertigen ließ, umfasste 14 eng beschriebene Seiten. Wenigstens zwei Aspekte sollen hier erwähnt werden.

So beantwortete das Papier die Frage nach den Verantwortlichen für das Scheitern in Münster folgendermaßen:

«Jene, die ihrer Rolle in der Partei nach für Problemreflexion und Krisenbewältigung statt -verdrängung hätten sorgen müssen und können – also die Führungsgremien der Partei auf allen Ebenen und ihre Mit- und Zuarbeiter, also auch der Autor dieses Entwurfs. [...] Zu den Verantwortlichen zählen aber auch jene, die sich der angestauten Probleme und sich zuspitzenden innerparteilichen Krisenprozesse bedienten, ohne auf eine Lösung zu zielen, sondern stattdessen die eigene innerparteiliche Machtposition zum zentralen Punkt ihres Handelns machten und die Instrumentalisierung und sogar Manipulierung äußerst gerechtfertigter politischer Anliegen und Sorgen der Parteimitglieder dabei in Kauf nahmen bzw. bewusst betrieben.»

92 Bisky, Lothar: Rede des Bundesvorsitzenden auf der 3. Tagung des 6. Parteitages der PDS am 7. April 2000 in Münster. Siehe Dokument 18 in diesem Band.

An anderer Stelle machte das Papier darauf aufmerksam, dass sich der Charakter der rot-grünen Koalition im Bund deutlich gewandelt hatte – und damit auch die strategischen Optionen der PDS: Für die herannahende Bundestagswahl 2002 sei ein ursprünglich angestrebter

«Mitte-Links-Block des sozialökologischen Umbaus, der Solidarität, der Emanzipation und des Friedens nicht (mehr) in Sicht. Entschlossene Opposition wird bundespolitisch längerfristig die gesellschaftliche Grundanforderung an die PDS sein – und zugleich kann die PDS im Osten ihren politischen Mit- und Umgestaltungsanspruch auch in Form von Regierungsbeteiligungen nicht aufgeben, wenn sie nicht auch ihren alternativen politischen Anspruch auf soziale Gerechtigkeit und damit wesentliche Komponenten ihre Legitimation gegenüber der Gesellschaft preisgeben will.»

Weiterhin hieß es in der Analyse:

«Spätestens der Rücktritt von Oskar Lafontaine [als Bundesfinanzminister und SPD-Vorsitzender – d. A.] vor reichlich einem Jahr hätte Anlass und Ausgangspunkt für eine die Partei erfassende strategische Verständigung über diese Wandlungen in der strategischen Grundsituation der PDS sein müssen. [...] Mit der Sondersitzung des PV zum Lafontaine-Rücktritt klang dies noch an, ohne jedoch Folgen zu zeitigen. [...] medial bedingte Verkürzungen auf Formeln wie «koalitionsfähig bis 2002» (verbunden mit verschiedenen Spitzen-Akteuren der Partei) rückten den Parteimitgliedern unübersehbar vor Augen, dass ihre Führung sich in einem Koordinatensystem definierte, das nicht mehr stimmte.»

Und dagegen hatte der Parteitag wohl eigentlich rebelliert.

Ein halbes Jahr später, auf dem Parteitag im Oktober 2000, nahm Lothar Bisky seinen Abschied als Parteivorsitzender. Seine Nachfolgerin wurde Gabi Zimmer, bis dahin erfolgreiche Landesvorsitzende der PDS in Thüringen. An die Stelle von Gregor Gysi als Fraktionsvorsitzender im Bundestag trat Roland Claus, lange Zeit Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt, dem Land des «Magdeburger Modells», und im Herbst 1989 einer der wichtigsten Unterstützer der beginnenden SED-Basisbewegung gegen die Politbürokratie und zur demokratisch-sozialistischen Erneuerung der Partei.

Lothar Bisky hatte sich einen neuen, ruhigeren Lebensabschnitt redlich verdient. Seine Verdienste um die politische Profilierung der Partei waren unübersehbar – der Preis, den er dafür bezahlt hatte, war jedoch beträchtlich. In seinen Memoiren räumte er ein, er habe sich

«auch ausgebrannt in den zahlreichen Auseinandersetzungen [gefühl]. Immer wieder hatte ich als Integrator gegen eine Vielzahl von Polarisierern die Partei zusammenhalten müssen, damit sie nicht zersplittert in die Bedeutungslosigkeit abtaucht. Alle Beschwerden landeten letztlich bei mir, alle schwierigen Fälle und Probleme sowieso. Ich fühlte mich als

die finale Mülltonne der Partei.»⁹³ Er sei überzeugt gewesen, «dass eine Spaltung der PDS damals ihr Ende gewesen wäre. Zugleich erlebte ich, wie ein Mechanismus sich einübte, den ich nie gewollt habe: Der kriegt die Integration schon hin. Jeder blieb bei seiner Meinung und der Bisky sollte das integrieren.»⁹⁴

Was gerade Lothar Bisky besonders intensiv erleben musste (und worunter er besonders litt), war die denunziatorische Kommunikation innerhalb der Partei. In einem längeren, über die Jahre immer mal wieder überarbeiteten und vervollständigten Manuskript schrieb er 1998:

«Denunziatorisch nennen wir eine Kommunikation, die völlig unabhängig von einer Information oder Bedeutung den Kommunikationspartner als Quelle verunglimpft und folglich den Prozess der sachlichen Informationsaufnahme wie des -austausches blockiert. [...] Die abweichende Meinung als feindlich zu verdächtigen bzw. zu denunzieren, war eine der größten Blockaden in der Geschichte der Arbeiterbewegung.» Schließlich fragte er rhetorisch: «Denunziatorische Kommunikation aber in der PDS? Es gibt sie, und häufiger als man denkt. [...] Niemand sage, all dies fände in der PDS nicht statt. Manche Gruppierungen verhandeln nur noch miteinander wie mit feindlichen Emissären. Botschafter von Vermittlungsversuchen geraten schnell in ein zermürbendes Getriebe. Es herrscht nicht selten eine gespenstische Rechthaberei. Sie wird an Worthülsen und Theorieversatzstücken festgemacht und dem Kontrahenten wie ein Felsbrocken angekettet, während er schwimmt.»⁹⁵

«Historisch ist immerhin bemerkenswert», schrieb Bisky weiter, «dass gerade in der Arbeiterbewegung und ihren Parteien ganze Kampfbrigaden von diversen Ismen beständig einsatzbereit waren, um Andersdenkende in Schubkästen zu verbannen, in die sie sicher nur selten wirklich hineingehörten. Nachwirkungen dessen erschweren gegenwärtige Verständigungsprozesse. Sozialdemokratismus und wahre Lehre stehen sich – ironischerweise – auch heute noch in Debatten unversöhnlich gegenüber, während Sektierertum, Opportunismus, Anpassung und Klassenkämpferisches wie in einem löchrig gewordenen Alt-Netzwerk durch die Gespräche geistern. Es hilft nichts an der Erkenntnis vorbei, dass in linken Kommunikationszusammenhängen die erbittertsten Attacken gegeneinander und nicht wider den konservativen Zeitgeist geführt werden. Dagegen scheint kaum ein Kraut gewachsen, und eben dies bleibt die Achillesferse.»⁹⁶

93 Bisky: So viele Träume, S. 268.

94 Ebd., S. 267.

95 Bisky, Lothar: Kulturelle Identität und Kommunikationsprobleme in der PDS, 22. März 1998. Siehe Dokument 12 in diesem Band.

96 Ebd. Siehe Dokument 12 in diesem Band.

Aber warum das alles? Bisky verwies auf «Psycho-Logik» und fuhr fort:

«Letztlich deutet schon das Motivationsproblem, warum mensch sich in sozialistische Politikzusammenhänge hineinbegeben soll – mit allen Folgen – die Grenzen reiner Logik an.» Möglicherweise also ist es gerade die Diskrepanz zwischen der Unvollkommenheit des einzelnen Menschen einerseits und der Größe, der Überzeitlichkeit seines Anspruchs andererseits, die letztlich sowohl den Bedeutungs- wie den Beziehungsaspekt der Kommunikation in Mitleidenschaft zieht. Wer weiß oder ahnt, dass er sein Ziel nie erleben wird, will es umso reiner in der Gegenwart strahlen sehen und allenthalben, gerade auch bei anderen, gerade auch bei eigentlich Gleichgesinnten gedacht wissen. Das Phänomen ist nicht neu – hierzulande zu besichtigen seit den Schule machenden Gefechten des ›Jungen Deutschland‹ in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, später auch seit und durch Karl Marx. Er lebte seine Genialität bisweilen in einer verstörenden Aggressivität gegenüber anderen, andersdenkenden oder weniger begnadeten Linken aus – was wiederum Schule machte, weil sich viele ebenfalls für genial und im Besitz der einzig gültigen Weltdeutung hielten und halten. Je weniger wirksam diese nach außen, mit umso mehr Inbrunst wird sie im eigenen Kreis zu Geltung gebracht.»⁹⁷

Bisky führte weiterhin aus:

«Freilich hat denunziatorische Kommunikation nicht nur einen psychologischen, sondern auch einen Machtaspekt. Sie diene bis weit in die Geschichte zurück als Instrument zur Ausschaltung politischer, religiöser, wirtschaftlicher oder sonstiger Gegner – vor allem im eigenen Umfeld. Stalin [...] war ein Meister denunziatorischer Kommunikation, der in einer real vorhandenen Vielfalt wirklicher politischer Gegner mittels Verdächtigungen und Verschwörungstheorien solche stets auch bei jeglicher missliebiger, abweichender Meinung entdeckte, nicht zuletzt bei einer Vielzahl von Kommunisten.»

Zusammenfassend diagnostizierte er:

«Wenn der Informations- bzw. Bedeutungsaustausch das Nervensystem der PDS sind, dann können gestörte Beziehungen zwischen den Kommunikationsteilnehmern nur noch als Nervenfieber [...] gekennzeichnet werden. [...] Abschreckend für Außenstehende wie für PDS-Aktivisten wirkt nicht die Heftigkeit von Debatten, sondern deren verbohrtete Verstocktheit, die als heftigste Verbalattacken sehr wohl die Reinkarnation der Muster kalten Krieges darstellen.» Daher war aus seiner Sicht die «bewusste Entwicklung einer denunziationsfreien kritischen Diskussionsatmosphäre eine politische Aufgabe ersten Ranges für die PDS.»⁹⁸

97 Ebd. Siehe Dokument 12 in diesem Band.

98 Ebd. Siehe Dokument 12 in diesem Band.

Lothar Biskys Größe als Wissenschaftler, Hochschullehrer und politische Führungsfigur wird in einem Satz deutlich: «Wir müssen die Menschen bei ihren positiven Seiten und Bestrebungen nehmen.»⁹⁹ Andernfalls, so wusste er, kommt es zu Konfrontation, Feindseligkeit, Verletzungen. Dieser Gedanke war leitend auch in dem Versuch, die widerstreitenden Kräfte in der PDS zusammenzuführen. Was ihm sonst im Leben, in anderen Zusammenhängen gut gelang, wurde in der Partei tatsächlich zur Sisyphus-Arbeit. Der Stein, den er in langen Abenden voller Gesprächen, Beschwerden und Streit mühsam nach oben gerollt hatte, kam nie über den Berg weg. Am nächsten Morgen lag er wieder unten und versperrte den Weg.

Integration, wie sie Bisky abverlangt wurde, setzt ehrliche und gute Absichten auf allen Seiten voraus. Das war offensichtlich in vielen Fällen nicht gegeben. Was also geschieht mit einem Menschen, wenn er sich öffnet und auf die guten Seiten seines Gegenübers setzt – dort aber in Abgründe blickt, aus denen ihm nur ein eisiger Hauch entgegenweht? Im Manuskript seiner Lebenserinnerungen stand noch der Satz: «In diesem Spannungsfeld drohte täglich die Gefahr, zerrissen zu werden.»

Lothar Bisky wie auch Gregor Gysi waren im Jahr 2000 von Partei und Öffentlichkeit in großen Ehren und in Würdigung ihrer Verdienste für den Aufbau einer demokratischen Partei aus Ostdeutschland heraus aus ihren bisherigen Ämtern verabschiedet worden.

Die neue Parteiführung nahm ihre Arbeit auf, aber große Strahlkraft vermochte sie nicht zu entwickeln. Das wurde 2001 dadurch überlagert, dass in Berlin der bestehende, noch aus dem alten West-Berlin geprägte Senat am Zusammenbruch der landeseigenen Bankgesellschaft scheiterte. Wechselstimmung prägte die Stadt und nicht nur im Osten richteten sich immer mehr Blicke auf die PDS, die bei den nächsten Wahlen mit dem immer noch populären Gregor Gysi als Spitzenkandidat antrat. Zeitweise hielt man es sogar für möglich, dass Gysi sich als Regierender Bürgermeister durchsetzte. So weit kam es nicht, aber die PDS erzielte sensationelle 22,6 Prozent der Stimmen und lag damit nur noch gut ein Prozent hinter der zweitplatzierten CDU. SPD und PDS bildeten die erste rot-rote Koalition in Berlin; Gysi wurde unter Klaus Wowereit Bürgermeister und Wirtschaftssenator. In den West-Bezirken der Stadt lag die PDS mit 6,9 Prozent deutlich über der Fünf-Prozent-Hürde; in den Ost-Bezirken war sie mit 47,6 Prozent die mit Abstand stärkste Partei.

Der Partei insgesamt half dieser Durchbruch wenig. Schon die letzten Tage vor der Wahl in Berlin waren von den Terroranschlägen des 11. September 2002 in den USA überschattet; in den Monaten danach holte die friedenspolitische Debatte die PDS in ihrer Unentschiedenheit wieder ein.

Die neue Parteiführung vermochte es nicht, die Partei strategisch auf die bevorstehende Bundestagswahl einzustellen. Die Parteimitglieder hatten offenbar schnell

⁹⁹ Lothar Bisky wiederholt gegenüber seinem Team.

bemerkt, dass der von ihnen gewünschte Politikwechsel im Bund zwar notwendig geblieben war, aber aktuell keine Aussichten bestanden, ihn einzuleiten. In der Wählerschaft wurde das Problem etwas anders reflektiert. Bisky hatte schon auf dem Parteitag im Januar 1999 zu Realismus aufgerufen:

«Wir halten das, was derzeit diskutiert wird bzw. sich im Regierungshandeln abzeichnet, eher für unbefriedigend – gemessen an Vorstellungen von sozialistischer Politik. Dies sind aber nicht die Vorstellungen aller, nicht einmal einer Mehrheit. [...] Was lehrt uns das? Drei Dinge: Den Respekt vor der anderen Meinung, den Respekt vor der Realität als Ganzem und den Respekt vor der Pluralität politischer Auffassungen und Überzeugungen. [...] Wir haben noch viel zu tun, vieles neu zu bedenken, vieles erst in der Gesellschaft zu vermitteln, zu erklären, abzuwägen. Wir müssen sehr ernsthaft daran arbeiten, den politischen Platz der PDS nach Zeit, Raum und Ort präzise und «stundengenau» zu bestimmen – und vor allem auszufüllen.»¹⁰⁰

Diese inhaltliche und strategische Arbeit wurde von der neuen Parteiführung insgesamt nicht geleistet. Es rückte eine Wahl mit einem voraussichtlich knappen Ausgang heran, bei der aber selbst viele, die der Schröder-Fischer-Regierung kritisch bis ablehnend gegenüberstanden, auf jeden Fall eine neue Unions-Regierung verhindern wollten – erst recht unter CSU-Chef Edmund Stoiber. Das galt auch für den größeren Teil der PDS-Wählerschaft.

Für diese Menschen aber hatte die PDS keine Antwort. Ergebnisse eigener Umfragen, die das Dilemma verdeutlichten, wurden unter Verschluss gehalten. Biskys Bemühen, gemeinsam mit dem brandenburgischen Landesvorsitzenden Ralf Christoffers, einen klaren und nachvollziehbaren Weg für die Wahlentscheidung aufzuzeigen, ging in dem allgemeinen Elend der Partei unter. Beide hatten öffentlich erklärt:

«Wenige Wochen vor der Bundestagswahl zeichnet sich ab, dass SPD und Bündnisgrüne mit einem äußerst knappen Wahlergebnis gegenüber Stoiber und der CDU/CSU rechnen müssen. Damit steht für die SPD eine Richtungsentscheidung dahingehend an, ob ein gesellschaftlicher Wandel zu Generations- und Geschlechtergerechtigkeit, zu einer Orientierung auf friedliche Konfliktlösungen, zu sozial gerechteren Steuersystemen sowie für die Vollendung der inneren Einheit gestellt werden kann. Die PDS steht für diese Ziele genauso wie für die Tatsache, dass eine Stimme für die PDS eine Stimme gegen einen Wahlsieg von Stoiber und der CDU/CSU ist. Nicht die PDS muss sich also entscheiden, sondern die SPD.»¹⁰¹

100 Sozialistische Politik zur Jahrtausendwende. Siehe Dokument 14 in diesem Band.

101 Nicht die PDS, sondern die SPD und Schröder haben ein politisches Problem. Erklärung von Ralf Christoffers und Lothar Bisky, in: PDS-Pressedienst, Nr. 24, 14.6.2002.

Ein letzter Versuch, dem Kanzler unter Beibehaltung aller Kritik an seinem Kurs Unterstützung für seine Wiederwahl zuzusichern, falls er eine Reihe von für die PDS zentralen politischen Projekten übernehme, scheiterte an der Verurteilung des Vorstoßes durch den Parteivorstand.¹⁰²

So blieb die Partei dysfunktional aufgestellt. Dazu kam zu allem Unglück noch, dass Gregor Gysi in Berlin über eine Affäre um Bonusmeilen stürzte. Am Ende flog die PDS mit nur noch vier Prozent Stimmenanteil aus dem Bundestag, lediglich zwei Direktmandate wurden gewonnen. Aus der stolzen Fraktion hatten sich nur zwei starke Frauen – Gesine Löttsch und Petra Pau – im Parlament behauptet.

Der anschließende Parteitag in Gera, der die Niederlage aufarbeiten sollte, geriet zum Desaster. Niemand wollte zunächst persönliche Verantwortung übernehmen, nur im Karl-Liebknecht-Haus kam es zu einem ersten Rückzug – zunächst auf gehobener Arbeitsebene. Eine sachliche Analyse dessen, was sich vollzogen hatte, blieb aus. Ein radikaler Furor drängte die anwesenden Delegierten des sogenannten «Reformer-Lagers» massiv in die Defensive, aus der sie sich nie wieder herausarbeiten konnten.

Die Parteiführung – mit Ausnahme von Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch, der seine erneute Kandidatur zurückzog – konzentrierte sich darauf, auf dieser Welle ihre Ämter zu behalten. Damit hatte sie sich weitgehend die Hände gebunden. In den nächsten Monaten kam es zu einigen Affären, die aus dem internen Machtkampf gegen die verbliebenen «Reformer» resultierten. Die Partei bewegte sich in den bundesweiten Umfragen zwischen drei und fünf Prozent.

«Bisky reloaded». Auf zur neuen Linkspartei – was bleibt von der PDS?

Lothar Bisky hielt sich auch angesichts dieser Entwicklung mit Ratschlägen an seine Nachfolgerin Gabi Zimmer zurück. Einerseits, weil er «Besserwisser aus den eigenen Reihen noch nie besonders gut [hatte] leiden» können.¹⁰³ Zum anderen, weil er seine Rückkehr als Professor an die Filmhochschule Potsdam-Babelsberg vorbereitete und viel Zeit dafür verwandte, wissenschaftlich wieder auf den aktuellen Stand zu kommen. Und schließlich hatte er damit zu tun, seine ramponierte Gesundheit wiederherzustellen.

In dieser Zeit ging der Niedergang der Partei weiter. Aus den innerparteilichen Konflikten, die Bisky immer wieder mühsam hatte entschärfen können, waren handfeste Blockaden geworden. Der Vorsitzenden war jedweder Handlungsspielraum genommen, von verschiedenen Seiten wurde an ihrem Stuhl gesägt. Ein Sonderparteitag zog herauf. Und damit stieg der Druck auf Bisky, nach zwei Jahren wieder in den Vorsitz zurückzukehren.

102 Vgl. Sonderbare Abhängigkeit. Auszüge aus dem PDS-Strategiepapier zum Bundestagswahlkampf, in: Der Spiegel, Heft 34/2002; Berg, Stefan: «Etwas Drittes muss es sein», in: ebd.

103 Bisky: So viele Träume, S. 271.

Er tat es. Unter schwierigen Bedingungen. Die «Reformer», die angesichts der mit dem Kurs des Geraer Parteitags verstetigten Parteikrise scheinbar wieder in der Offensive waren, waren es nur äußerlich. Sie «unterschätz[t]en, dass Gera kein Ausrutscher, sondern ein von der Mehrheit gewollter politischer Richtungswechsel war», analysierte der in PDS-Dingen sehr kundige Jens König in der taz.¹⁰⁴ Und Gabi Zimmer, so hieß es immer wieder in der Partei und den Medien, sei die «Vorsitzende der Herzen», die von «Alphamännern» bedrängt und behindert worden sei.

In diese Kategorie gehörte Lothar Bisky nun wahrlich nicht. Das war seine Chance. Er war beliebt, zudem als Integrationsfigur geschätzt. Doch im Unterschied zu seiner ersten Phase als Vorsitzender, stand er nun auch von Gnaden der durch Misserfolg (zeitweise?) geschwächten Radikalen an der Spitze. Manche Formulierungen, die bei Gabi Zimmer zum Aufschrei in der Öffentlichkeit und bei den «Reformern» geführt hatten, griff er bewusst auf – im Wissen, dass sie bei ihm anders klangen, weil sie eben im Kontext eines Gemäßigten standen.

Bisky war auch klar, dass seine Amtsführung diesmal eine andere sein musste. Bis zum nächsten Parteitag blieb keine Zeit, um mit einer großen Rede eine Linie zu entwickeln, für sie zu werben und Unterstützung zu sichern. Zudem musste er die Präsenz und die Deutungsmacht von Gregor Gysi ersetzen, der zunächst ohne Amt und Mandat war. Und in der Zusammenstellung seines Teams musste er Vorsicht walten lassen – Stichwort: denunziatorische Kommunikation. Personalien durften keinen Aufruhr hervorrufen.

Er startete mit einem gemeinsamen Antrag von ihm und Gabi Zimmer an den Wahlparteitag. Beide wollten damit die Weichen dafür stellen, dass die PDS sich inhaltlich wieder in der Bundespolitik zurückmelden konnte. Außerdem machte Bisky – gegen seine sonstigen Gewohnheiten – einen detaillierten Personalvorschlag für den neuen Vorstand. Mit beidem setzte er sich durch: «Anders aber als in den vergangenen Monaten wird die Partei durch die klaren Parteitagsentscheidungen und durch einen fast neuen, stark verjüngten und teamfähigen Parteivorstand in der Lage sein, auf anstehende politische Fragen einzugehen und sie anzupacken», bilanzierte er den Kongress.¹⁰⁵

Dann stellte er ein 116-Tage-Programm für seine Arbeit vor – für die Zeit bis zum 26. Oktober, an dem die PDS endlich ein neues Programm beschließen wollte und an dem in Brandenburg Kommunalwahlen stattfanden. Das Dokument ist ein Musterbeispiel für politische Planung, für die Organisation politischer Führung, die Entwicklung strategischer Arbeit und für praktische Schritte der Politikentwicklung und der Kommunikation mit der Öffentlichkeit. Eine wichtige Säule dieses Konzepts war Lothar Biskys «Kommunal- und Sozialtour» im Sommer 2003.

104 König, Jens: Die PDS-Vorsitzende ist tot – und lebt, in: taz, 7.5.2003.

105 Bisky, Lothar: Erklärung zum 116-Tage-Programm «Aufbruch. Selbstkritisch und selbstbewusst» auf der Pressekonferenz am 1. Juli 2003, PDS-PresseDienst, Nr. 29, 18.7.2003. Siehe Dokument 20 in diesem Band.

«Begleitet von Mitgliedern des Parteivorstandes und weiteren PDS-Politikerinnen und -Politikern geht die Tour durch ostdeutsche Kommunen. Vereinbart sind Treffen mit Bürgermeistern, Besuche von Baubetrieben, sozialen Beratungsstellen etc. Dabei steht die Diskussion über das von Helmut Holter, Harald Wolf und den Landtagsfraktionsvorsitzenden erarbeitete «Innovationsprojekt Ost» im Mittelpunkt.»¹⁰⁶

Im Herbst schloss sich eine ähnlich konzipierte «West-Tour» durch Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz an.

Der starke Antritt und die Tatsache, dass die verkündeten Vorhaben auch umgesetzt wurden, machte sich bezahlt. Stolz fasste Bisky die auf der Grundlage seines Arbeitsplans erzielten Ergebnisse zusammen:

«Das neue Parteiprogramm wurde angenommen. In Kommunalwahlen erreichten wir Achtungserfolge. Ein wichtiger Test war die Europawahl. Wir erreichten sechs Prozent. Das hatte uns kaum jemand noch zugetraut. Man schob es auf die geringe Wahlteilnahme. Aber zeitgleich erreichten wir 26,7 Prozent der Stimmen in der Thüringer Landtagswahl und sehr erfreuliche Ergebnisse bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen. Die PDS holte in Brandenburg 23 von 44 Direktwahlkreisen. Allmählich erreichten wir es, den Niedergang zu stoppen. Ich war froh, dass auch der Stabwechsel in Brandenburg diesmal gut funktionierte. Dagmar Enkelmann war nun unsere Spitzenkandidatin. So konnte ich mich nach vierzehnjährigem Fraktionsvorsitz mit einem guten Ergebnis aus der Fraktionsspitze verabschieden und nun als Vizepräsident des Landtages arbeiten.»¹⁰⁷

Der Wiedereinzug in den Bundestag gelang 2005. Bis dahin ereignete sich jedoch vieles, was die deutsche Politik nachhaltig verändern sollte. Am 14. März 2003 gab Bundeskanzler Schröder eine Regierungserklärung ab, in der er die «Agenda 2010» verkündete. Basierend auf den Ergebnissen der von ihm eingesetzten und vom seinerzeitigen VW-Arbeitsdirektor Peter Hartz geleiteten Reformkommission sollte es um die Verbesserung der «Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und für mehr Beschäftigung» gehen. In diesem Zusammenhang sollte auch der Sozialstaat umgebaut und erneuert werden. Im Klartext: «Wir werden Leistungen des Staates kürzen.»¹⁰⁸

Der Aufschrei war gewaltig – bis tief in die regierende SPD hinein. Tausende Menschen gingen auf die Straßen. Der Protest schwoh an, vor allem in Ostdeutschland, und erreichte 2004 seinen Höhepunkt. Vorrangig das Gesetzespaket Hartz IV erregte die Gemüter. Damit wurde u. a. die Zahlung des Arbeitslosengeldes (ALG I) auf zwölf Monate beschränkt (für Menschen ab 55 Jahren auf 18 Monate). Die Arbeitslosen-

106 Ebd. Siehe Dokument 20 in diesem Band.

107 Bisky: So viele Träume, S. 290.

108 Schröder, Gerhard: Regierungserklärung, 14. März 2003, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 15/32.

hilfe, die sich bei anhaltender individueller Arbeitslosigkeit daran anschloss, entfiel, sodass Betroffene sofort auf das Niveau der früheren Sozialhilfe (jetzt ALG II in Verantwortung der Agentur für Arbeit) absackten. Das führte zu tiefer Verunsicherung und lautstarker Empörung bis tief in die Mittelschichten hinein.

Die PDS hatte sich von Anfang an gegen die «Agenda 2010» gestellt, einen bundesweiten Sozial-Konvent gefordert, eigene «kreative und gleichermaßen realistische und wirtschaftlich vernünftige Alternativen» ins Gespräch gebracht sowie «populäre und öffentlichkeitswirksame Aktionen» angekündigt. Bei Letzterem war der gesellschaftliche Protest vor allem in Ostdeutschland jedoch schneller. Als dann aber aus Brandenburg die Idee zu der Losung «Hartz IV – das ist Armut per Gesetz» kam und diese tausendfach auf Plakaten zu lesen war, war der Schulterchluss zwischen Protestbewegung und Partei – vor allem im Osten – vollzogen.

Im Westen begannen widerständig gewordene Linke in der Sozialdemokratie sowie gewerkschaftlich Engagierte, sich eigenständig politisch zu organisieren – woraus 2004 die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) entstand. Schon 2005 kam es bei der vorgezogenen Bundestagswahl zu einem gemeinsamen Wahlantritt mit der PDS; 2007 fusionierten beide zur neuen Partei DIE LINKE.

Das Schlüsselereignis auf dem Weg dorthin war zweifellos die Entscheidung Oskar Lafontaines im Jahr 2005, die SPD zu verlassen, sich der WASG anzuschließen und bei der Bundestagswahl im selben Jahr für das gemeinsame Wahlbündnis mit der PDS zu kandidieren. Der Schritt des früheren SPD-Vorsitzenden und des Mannes, der 1990 auch deswegen nicht Bundeskanzler geworden war, weil er die Probleme und negativen Folgen der deutschen Vereinigung vorausgesehen und laut ausgesprochen hatte, zeigte vielen vor allem im Westen: Da ist einer von uns, der mit einer neuen linken Partei für uns antritt. Das hatte die PDS nie geschafft und auch nicht schaffen können.

Lafontaines Wirken hingegen zeigte bald, dass es ihm nicht so sehr um eine neue links-sozialdemokratische Partei als vielmehr um eine linkspopulistische Formation ging. Das brachte für Lothar Bisky, mit dem er gemeinsam DIE LINKE von 2007 bis 2010 führte, eine neue Erfahrung. Schrille ideologische Töne war er gewöhnt – schrille machtpolitische Töne, wie sie Lafontaine nach innen und außen anschlug, schon weniger. Und schrille populistische Töne schon gar nicht.

Mit Lafontaine an der Spitze stellten sich die innerparteilichen Kräfteverhältnisse noch einmal anders, noch einmal ungünstiger für Biskys vorrangig sachpolitischen Ansatz dar, als das in der PDS nach Münster und Gera der Fall gewesen war. Lafontaine setzte einerseits darauf, im Westen linke Kräfte zu mobilisieren und an sich zu binden, die bislang ein gesellschaftliches und politisches Randdasein geführt hatten. Er aber wollte und brauchte alle, die zur Verbreiterung seiner politischen Basis beitragen konnten. Dabei handelte es sich vor allem um radikal bis systemfeindlich eingestellte Menschen, die mit dem «Reformerflügel» der PDS kaum etwas anfangen konnten. Deswegen setzte auch Lafontaine gegenüber den PDS-Landesverbänden

weniger auf die gewachsenen Strukturen als auf die traditionalistischen und orthodoxen Kräfte, die zwar stets lautstark ihre Stimme erhoben hatten, das Schicksal der Partei aber nicht dauerhaft bestimmen können. Lafontaine brauchte Gysi und er brauchte Bisky, andere aus dem «Reformerflügel» interessierten ihn jedoch fast gar nicht. Eine ihm vorgeschlagene Möglichkeit zum gegenseitigen Kennenlernen schlug er aus. Der Versuch, sich geschlossen und mit einem programmatischen Aufschlag zu Wort zu melden, verpuffte – auch deswegen, weil man machtpolitisch mit dem neuen Vorsitzenden nicht mithalten konnte.

Was Lafontaine wirklich vorschwebte, machte er schon auf dem Vereinigungsparteitag symbolisch klar, indem er Hans Modrow, den letzten SED-Ministerpräsidenten und Ehrenvorsitzenden der PDS, spontan auf die Bühne holte: ein Bündnis eben mit den traditionalistischen und orthodoxen Teilen der Ost-Partei. Manche in der Partei empfanden dies als ein Signal der Hoffnung, als ein Zeichen für die Überwindung der inneren Spannungen. Der Vorgang zeugte von wenig Kenntnis und Achtung Lafontaines vor der Person Hans Modrow. Der erkannte die beabsichtigte Wirkung, fühlte sich benutzt und gedemütigt. Modrow hatte zwar stets exzellente Kontakte auch in den eher traditionellen Teil der Partei, er selbst aber war kein Ewiggestriger, sondern politisch hellwach und mit reifer Lebenserfahrung ausgestattet. Lafontaine hatte er schon vor der Parteineubildung kritisch gegenübergestanden. Ein gutes politisches Verhältnis zwischen beiden kam nach der Parteitagsszenerie nicht mehr zustande.

Lothar Bisky seinerseits hatte schon im unmittelbaren Vorfeld des Zusammengehens mit der WASG klare strategische Vorstellungen entwickelt. Am 21. April 2005 übergab er der PDS-Basis ein Strategiepapier, das er seit Jahresbeginn hatte ausarbeiten lassen. In dem Begleitschreiben verwies er besonders auf den Ansatz,

«das «strategische Dreieck» [...] vollständig auszufüllen und dabei zu realistischen – das heißt auch: in absehbaren Zeiträumen und unter tatsächlichen Umständen politisch realisierbaren – Referenzprojekten demokratisch-sozialistischer Politik zu finden. Sie begründen, warum darin eine unverzichtbare Voraussetzung für die Bewältigung aller anderen Herausforderungen besteht.» Perspektivisch gehe es um einen «eigenen und eigenständigen Beitrag für die mittel- und langfristige Etablierung eines politischen und gesellschaftlichen Projektes der demokratischen Linken in Deutschland als Voraussetzung für einen nachhaltigen Wandel in den politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen.»¹⁰⁹

109 Bisky, Lothar: Brief an die Mitglieder der PDS zur Präsentation des Strategiepapiers «Umbruch – Zusammenbruch – Aufbruch», April 2005.

Für die PDS markierte das «strategische Dreieck» den Abschluss des Erkenntnisweges um die Jahrtausendwende. «Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck» – so war die Denkfigur im Beschluss des Potsdamer Bundesparteitages der PDS im Oktober 2004 beschrieben worden.¹¹⁰ Lothar Bisky erklärte dazu später, «dass es dabei nicht um alternativ aus- bzw. abwählbare Ansatzpunkte demokratisch-sozialistischer Politik geht, sondern darum, ein Spannungsfeld produktiv auszufüllen». Die «Reduzierung auf den einen oder anderen Lieblings-Eckpunkt» wies er klar zurück.¹¹¹

Zwar übernahmen PDS und WASG die Formel zunächst noch für ihre neue Partei, DIE LINKE, und Bisky blieb Vorsitzender, doch die von ihm beschriebene Gefahr wurde letztlich nicht vermieden: die Neigung Einzelner, sich eben doch genau den Eckpunkt auszusuchen, der ihren persönlichen Neigungen am ehesten entsprach und sich dort gegen jene auszusprechen, die die anderen Eckpunkte mit eben solcher Ausschließlichkeit bezogen hatten. Dies brachte die Partei mehrfach an den Rand des Auseinanderbrechens und schmälerte im Ergebnis ihre gesellschaftliche Verankerung und das Vertrauen in die Konsistenz, Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit linker Politik.

Bisky war Lafontaine dennoch ein loyaler Ko-Vorsitzender; er überließ ihm den Vortritt auf der politischen Show-Bühne, wie er es stets auch gegenüber Gregor Gysi getan hatte. Gelegentlich aber musste er schon zum Telefon greifen, um einiges klarzustellen – und darüber auch öffentlich reden. So distanzierte er sich deutlich, als Lafontaine bei einem Wahlkampfauftritt im Juni 2005 in Chemnitz mit der Verwendung des nazistisch konnotierten Begriffs «Fremdarbeiter» für Aufregung sorgte.¹¹² Bisky nahm ihn insofern begrenzt in Schutz, als er davon ausging, dass Lafontaines Entgleisung nicht absichtlich erfolgt sei. Aber festzustellen, «der Begriff Fremdarbeiter ist in seiner ganzen tragischen historischen Belastung von ihm in dem Moment nicht durchschaut worden», war nun für einen deutschen Spitzenpolitiker vom Format Lafontaines auch nicht gerade schmeichelhaft. Bisky fügte dann an: «[...] das ist nicht meine Ausdrucksweise und die PDS-Politik bezüglich Asyl und bezüglich Umgang mit Emigranten im Lande und bezüglich Asylrecht oder für Menschen in Not bleibt das, was wir bisher gesagt haben. Und das weiß auch Lafontaine.» Weiter wollte er sich darauf nicht einlassen und erklärte, er sei nicht der «lafontainepolitische Sprecher» der Partei.¹¹³

110 PDS: 9. Parteitag, 1. Tagung; Antragsheft: 30. und 31. Oktober 2004 Filmpark Potsdam-Babelsberg, unter: http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt0901/view_html.

111 Ebd.

112 Wörtlich sagte Lafontaine: «Der Staat ist verpflichtet, zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen.»

113 «Es ist eine wichtige Wahl für die PDS». Interview mit dem Parteivorsitzenden Lothar Bisky, Deutschlandfunk, 19.6.2005.

2010 ging es härter zur Sache – ausgerechnet, als Oskar Lafontaine schwer an Krebs erkrankt war. Ein Machtkampf gegen Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch, einen der prominentesten «Reformer» aus der früheren PDS und Interessenvertreter der ostdeutschen Landesverbände, brach los – befeuert aus der Umgebung Lafontaines und als West-Ost-Konflikt innerhalb der Partei erlebbar. Bartsch wurde vorgeworfen, intime Details aus Lafontaines Privatleben durchgestochen zu haben. Die Gegenseite zelebrierte die Vorwürfe genüsslich, nicht ohne ihrerseits von ihrer Nähe zu Lafontaines Privatleben Gebrauch zu machen.

Damals musste Lothar Bisky intervenieren – öffentlich. «Was ich da an Mutmaßungen und an Unterstellungen gegenüber unserem Bundesgeschäftsführer lese, geht so nicht», hieß es in seiner Erklärung. Bartschs Verdienste um die Entwicklung der Partei dürften «nicht ignoriert werden». «Offensichtlich scheinen einige meiner Parteifreunde den 1. Januar [einen Höhepunkt der Eskalation des Konflikts – d. A.] mit dem 1. April verwechselt zu haben», empörte sich Bisky. «Selbsterfleischend übereinander herzufallen schadet dem Ansehen unserer Partei. [...] Wir alle brauchen Oskar Lafontaine, aber auch Dietmar Bartsch.»¹¹⁴

Letzten Endes ging es damals um eine neue Parteiführung. Bisky, mittlerweile fast 70, setzte sich für einen Generationswechsel ein (Lafontaine war nur zwei Jahre jünger). Dietmar Bartsch, Jahrgang 1958, wäre diese nächste Generation gewesen. Einen Monat vor dem entscheidenden Parteitag kam Bisky unübersehbar aus der Reserve. Auf dem Bundestreffen des forums demokratischer sozialismus (fds), in dem sich große Teile des «Reformer-Lagers» in Ost und West zusammengeschlossen hatten, warb er offen dafür, Dietmar Bartsch zum neuen Parteivorsitzenden zu wählen.¹¹⁵ Und er, der große Integrator, der sich immer vom innerparteilichen Strömungsbetrieb ferngehalten hatte, gab offiziell seinen Beitritt zum fds bekannt.

Alles in allem jedoch bemühte sich Bisky Lafontaine gegenüber um einen Umgang, wie er ihn stets mit anderen Menschen pflegte: achtungsvoll, die ganze Persönlichkeit würdigend, ihre Verdienste betonend.

«Lafontaine ist ein kluger Kopf», erläuterte er im Mai 2008 gegenüber dem *Stern*. «Er weiß, was er will, und er sagt, was er denkt. Er führt die Linke auf eine etwas andere Art, als ich es tue. Ich bin mehr der moderierende Typ. Als ich Vorsitzender der PDS war, konnte mit mir alles und jedes stundenlang debattiert werden. Das war, ich sage das durchaus selbstkritisch, nicht immer gut für die Partei. Lafontaine entscheidet schneller, er ist bestimmter. Er hat schließlich mal die SPD, eine gut organisierte Volkspartei, geführt. Einen solchen Vorsitzenden sind viele in unserer Partei einfach nicht gewöhnt.» Und die Zusammenarbeit der beiden Vorsitzenden? «Wir arbeiten gut zusammen. Wir sind offen zueinander. Es gibt kein Gerangel zwischen uns. Gelegentlich sind wir unterschiedlicher

¹¹⁴ Lothar Bisky, zit. nach: Offener Machtkampf bei der Linken, in: Die Zeit 2/2010, 6.1.2010.

¹¹⁵ Auf dem Rostocker Parteitag im Mai 2010 wurden Gesine Lötzsch und Klaus Ernst zu den Vorsitzenden gewählt.

Meinung, aber das ist kein Problem. Diese Meinungsverschiedenheiten tragen wir aus, allerdings sind wir nicht so naiv, das über die Medien zu tun. Wir wollen gemeinsam den Erfolg unserer Partei.»¹¹⁶

Aus der «Zwischenlösung» nach dem Scheitern von Gabi Zimmer an der Spitze der PDS war am Ende eine zweite, fast ebenso lange Periode als Parteivorsitzender geworden wie die erste (1993–2000). Am Ende saß DIE LINKE mit einer starken Fraktion und einem zweistelligen Wahlergebnis (11,9 Prozent) im Bundestag. Außer in den ostdeutschen Ländern war sie 2010 auch in den Landesparlamenten von Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland vertreten. In Brandenburg, Berlin und Thüringen war sie Regierungspartei. Sie zählte knapp 74.000 Mitglieder, davon mittlerweile etwa 20 Prozent im Westen.

Gedemütigt im Bundestag

Als 2005 die Bundestagswahlen angesichts des massiven Vertrauensverlustes für die SPD um ein Jahr vorgezogen wurden, standen PDS und WASG noch ganz am Anfang ihres Weges aufeinander zu. Auf das Zusammengehen richteten sich Hoffnung und Erwartungen – Sicherheiten gab es noch nicht. In der PDS hieß es in dieser Zeit: Jetzt müssen die Besten allesamt ran – wer immer Stimmen ziehen kann, kandidiert diesmal für den Bundestag. Da konnte auch Lothar Bisky nicht mehr in seiner geliebten politischen Heimat Brandenburg verbleiben, zumal er seinen Rückzug von dort – wenn auch unter anderer Perspektive – schon eingeleitet hatte.

Das Kalkül ging auf und so zog auch Lothar Bisky am 18. Oktober 2005 als frisch gewählter Abgeordneter in den Deutschen Bundestag ein. Klar war, dass ein Mann von seinem politischen Gewicht und mit seinem politischen Profil dort nicht als Hinterbänkler seine Zeit verbringen konnte. Bisky war zuletzt Vizepräsident des Landtages Brandenburg gewesen und seine Fraktion nominierte ihn nun als Vizepräsidenten des Bundestages. Jeder Fraktion steht ein solcher Posten zu. Der Personalvorschlag wird in der Regel den anderen Fraktionen vorab zur Kenntnis gegeben, ggf. auch konsultiert.

Doch diesmal kam es zum Eklat. Bisky erhielt keine Mehrheit. Im ersten Wahlgang nicht und in drei weiteren Wahlgängen auch nicht. Die Gründe waren fadenscheinig:

«Besonders zwei Dinge hatten die anderen Fraktionen Bisky vorgehalten. Einerseits seine DDR-Vergangenheit. Bisky war beim Ministerium für Staatssicherheit als inoffizieller Mitarbeiter registriert. Konkrete Vorwürfe gab es allerdings nicht. Andererseits hieß es, Bisky sei ungeeignet, weil er ja auch Chef der Linkspartei sei. So argumentierte zum Beispiel der damalige Generalsekretär der CDU Volker Kauder: «Ein aktiver Parteivorsit-

¹¹⁶ «Lafontaine ist kein Stalinist», Interview mit Lothar Bisky, in: Stern, 21.5.2008.

zender, der auch in das Getümmel der täglichen Auseinandersetzung mit hinein muss, der kann nicht am nächsten Tag auf dem Präsidentenstuhl sitzen und Unabhängigkeit ausleben wollen.»¹¹⁷

Die Angelegenheit eskalierte in einen Nervenkrieg. «Jetzt sollen sie wählen, bis sie ihn gewählt haben», war aus der Linksfraktion zu vernehmen.¹¹⁸ Doch schließlich zog Lothar Bisky die Reißleine: «Ich habe verstanden, die Mehrheit will nicht, dass ich den deutschen Bundestag repräsentiere. Das muss ich als Demokrat akzeptieren.»¹¹⁹ Ein paar Monate später wurde Petra Pau im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit zur Bundestagsvizepräsidentin gewählt. Es war klar: Man wollte gerade Bisky nicht. Ihn, der die PDS demokratisch profiliert hatte wie kaum ein anderer. Ihn, der die PDS als demokratische linke Partei zum Erfolg geführt hatte. Und der sich anschickte, dies jetzt auch für die künftige LINKE zu tun. Gerade so einen wollte man nicht. Der gehörte einfach nicht zur politischen Klasse, wie sie sich mehrheitlich selbst verstand.

Außerhalb des Bundestages stießen die Vorgänge auf Unverständnis, Ablehnung, Fassungslosigkeit. «[...] als mutig kann auch gelten, den Kampf um Gerechtigkeit und Ehrlichkeit wiederaufzunehmen, besonders wenn man sich dafür zu den politischen Parias gesellen muss. [...] Den zu blamieren, der sein Gesicht zeigt, ist würdelos», hieß es in der *Zeit*.¹²⁰

Man mag nun aus heutiger Sicht und Erfahrung einwenden, die Entscheidung der Linksfraktion, Bisky für das Amt des Vizepräsidenten vorzuschlagen, sei nicht ihre glücklichste gewesen und, was den zweiten Einwand von Kauder anbelange, vielleicht auch nicht bis zu Ende durchdacht. Was in Brandenburg funktionierte, musste eben nicht auch im Bund funktionieren. Und doch: Letzten Endes war es die Missachtung in der politischen Klasse gegenüber Person und Lebensleistung Biskys, die den Ausschlag gegeben hatte. Als Lothar Bisky acht Jahre später verstorben war und auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin neben anderen großen Persönlichkeiten des Landes beigesetzt wurde, blieben die konkurrierenden Parteien fern. Die *Berliner Zeitung* fand dafür harte Worte:

«Dass niemand von ihnen den Weg zur Trauerfeier für Lothar Bisky gefunden hat, ist schändlich und stellt die Frage, welch ein Stil unter den Demokraten dieses Landes herrscht, noch einmal ganz neu. [...] Wie möchte man das anders begründen als mit plattem Antikommunismus? [...] Dass ausgerechnet ein Konservativer wie Horst Köhler diese

117 Pfeffer, Kilian: Lothar Bisky wird nicht Bundestagsvizepräsident, in: SWR 2, Zeitwort, 8.11.2005.

118 Bisky-Eklat. «Jetzt sollen sie wählen, bis sie ihn gewählt haben», in: Stern Online, 19.10.2005.

119 Lothar Bisky, zit. nach Pfeffer: Lothar Bisky.

120 Polke-Majewski, Karsten: Wofür steht Bisky?, in: Zeit Online, 20.10.2005.

Phalanx der Stillosigkeit durchbrochen hat, macht die erbärmliche Haltung der Mehrheit der politischen Klasse nur umso deutlicher.»¹²¹

Für Lothar Bisky blieb die aggressive Ausgrenzung im Bundestag die wohl tiefste Demütigung seines Lebens. Er erledigte sorgfältig und engagiert seine Arbeit als Abgeordneter, sprach zur Lage im Osten, zu Medien und Kultur – aber klar war: Dies konnte kein Platz auf Dauer sein.

Lothar Bisky – ein großer Europäer

Am 15. Mai 2010 kündigte Lothar Bisky am Ende seiner letzten Rede als Parteivorsitzender an:

«Genossinnen und Genossen, ich werde meinen Beitrag in Brüssel und in der EL [Europäische Linke – d. A.] leisten, damit aus unserem Aktionsprogramm mehr wird als ein weiser Parteitagbeschluss. Im Dezember findet in Paris der 3. Kongress der Partei der Europäischen Linken statt. Wir wollen zeigen, dass wir in jedem Jahr erfolgreich gegen Armut und Ausgrenzung antreten – und dafür brauchen wir auch eine Parteientwicklung, die aus dem dritten Gang mal in den vierten schaltet.»¹²²

Dem Bundestag gehörte Lothar Bisky da schon nicht mehr an. Er war ein Jahr zuvor zur Europawahl als Spitzenkandidat seiner Partei angetreten. Im Europäischen Parlament war er vom 24. Juni 2009 bis zum 6. März 2012 der Vorsitzende seiner Fraktion, der Gauche Unitaire Européenne/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL).

Von 2007 an hatte Bisky bereits der Partei der Europäischen Linken vorgestanden. Bereits seit Mitte der 1990er-Jahre war daran gearbeitet worden, eine europäische politische Kraft als Alternative zur neoliberalen Entwicklung in der EU aufzubauen. Maßgeblich beteiligt waren daran die italienische Partito della Rifondazione Comunista (PRC), die PDS bzw. DIE LINKE, die griechische Synaspismos (ein Vorläufer von Syriza, der späteren griechischen Regierungspartei) sowie die spanische Izquierda Unida. In ihrem Selbstverständnis sahen sie «die EU als eine soziale Realität mit einem starken wirtschaftlichen und politischen Klassenkampf [an], der die demokratische Verwirklichung des Sozialismus ermöglicht».¹²³ Der Gründungskongress der EL fand 2004 in Rom statt, maßgeblich ausgetragen von der PRC unter Fausto Bertinotti. 26 Parteien schlossen sich in Rom zusammen, Bertinotti wurde erster Präsident der Europäischen Linken.

121 Und noch ein Tritt für Lothar Bisky, in: Berliner Zeitung, 15.9.2013.

122 Bisky, Lothar: Linke Politik wird gebraucht, und sie wirkt. Rede auf dem Parteitag der Partei DIE LINKE, 15./16.5.2010.

123 European Left: A Short History of the Party of the European Left, unter: www.european-left.org/who-we-are/history/ (eigene Übersetzung), o. D.

Fausto Bertinotti und Lothar Bisky, die schon seit Jahren persönlich eng befreundet waren, hatten maßgeblichen Anteil am Zustandekommen der Europäischen Linken. Beide lehnten die Reduzierung der Rolle des Staates ab, weil sie wussten,

«dass es hier nicht einfach um die Rolle des Staates als Apparat geht [...], sondern um die Reduzierung der Rolle der Demokratie. [...] Der Weg dazu führt heute nicht über die Abschaffung von Demokratie, Freiheits- und Mitwirkungsrechten, sondern über die Entleerung des Sinnes der Demokratie. [...] Das Volk soll nicht so viel dreinreden in das, was in den wirklichen Machtinstitutionen entschieden wird.»¹²⁴

Verbunden fühlte sich Bisky auch Bertinottis Gedanken, dass die «Alternative zu dieser Entwicklung [...] nicht nationale Sonderwege, sondern ein alternatives Europa [ist]. Es geht ihm darum, dem «neoliberalen Europa der EU-Kommission und der Maastricht-Verträge» ein «anderes Europa» entgegenzusetzen.»¹²⁵

Was bedeutete dies? Es gab viele Gemeinsamkeiten zwischen Bertinotti und Bisky:

«Im Kern steht die Notwendigkeit, das Paradigma der Wirtschaft zu verändern, die Produktion von den Fesseln des Profits und des Wettbewerbs zu befreien und in einen neuen ökonomischen Kontext einzubetten, der auch die Reproduktion der Umwelt einschließt. [...] Die Rechte der Arbeitenden müssen in die zu erkämpfenden sozialen Rechte des 21. Jahrhunderts aufgenommen werden, die untrennbarer Teil der Menschenrechte seien. Aus einer solchen Perspektive können und müssen die sogenannten Unterschichten, die sich von der derzeitigen Politik nicht vertreten fühlen, von der Linken auf neue Weise angesprochen werden. Die Sprache der Arbeiter-Welt des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sei durch eine neue Sprache der politischen Verantwortung zu ersetzen.»¹²⁶

Als politischer Partner kam Bertinotti abhanden, nachdem der sich 2008 nach der Wahlniederlage des italienischen Linksbündnisses, dessen Spitzenkandidat er war, vollständig aus der Politik zurückgezogen hatte. Bisky blieb ihrer gemeinsamen Linie treu:

«Die Europäische Union, die europäische Integration sind Dinge, die die Linke verteidigt. In der Europäischen Linkspartei wird das immer wieder betont. Wir wollen die EU – aber wir übernehmen nicht alles, was die Regierenden uns vorsezen. Es gibt eine neoliberale Grundtendenz in Europa, die nach wie vor bestimmend ist. Bei Würdigung dessen, was in Europa geleistet wurde, behalten wir uns das Recht vor, grundlegende Kritik zu äußern.» Dabei sollte Europapolitik aber nicht enden. Bisky wollte, «dass die Bevölkerung befragt

124 Alberti v. Hofe, Germana (Hrsg.): Fausto Bertinotti. Gespräche mit dem italienischen Reformkommunisten. Berlin 2008, S. 7.

125 Ebd., S. 8.

126 Ebd., S. 10.

wird [...]. Eine gut vorbereitete und informierte Bevölkerung wird sehr solide und sachliche Entscheidungen über die Zukunft der Europäischen Union treffen.»¹²⁷

Dass die Bevölkerung entscheidet, hatte sich Bisky 2008 auch für Deutschland gewünscht, als die Zustimmung zum Entwurf einer europäischen Verfassung auf der Tagesordnung stand.

Für DIE LINKE hatte das Projekt eine weitere Zerreißprobe gebracht. Einig war man sich in drei Kritikpunkten an dem Verfassungsprojekt: «Wir wollen keine Aufrüstungsverpflichtung. [...] Wir wollen in Richtung europäischer Sozialstaat vorankommen und wir wollen Volksabstimmungen.» Das führte aber für Bisky nicht dazu, dass er sich pauschal als Gegner des Verfassungsentwurfes einordnen lassen wollte. Aber gerade wegen der Zerrissenheit vieler in der deutschen Politik, erst recht in der Linken, wünschte er sich einen Volksentscheid:

«Dann hätte man vernünftig argumentieren können. Die Irrationalität wäre raus gewesen. Man hätte einen lesbaren Text vorlegen können und die Bürgerinnen und Bürger hätten sich mehr mit Europa identifizieren können. Jetzt machen das die Regierenden. Ich halte das für einen falschen Weg.»¹²⁸

Auf diesem falschen Weg sah sich z. B. die Berliner PDS veranlasst, vor der Abstimmung über das Verfassungsprojekt in der deutschen Länderkammer die Bundesratsklausel im Koalitionsvertrag in Anspruch zu nehmen und wegen Nichtübereinstimmung in der Sache die Enthaltung der deutschen Hauptstadt durchzusetzen. «Was soll man denn machen in Parteien?», fragte Bisky in einem Interview. «Dann entscheiden doch die Mehrheiten und die sind in dieser Frage ganz stark gegen diesen Vertrag.»¹²⁹

Für Lothar Bisky gab es nie einen Zweifel an einer ebenso klaren und kritischen wie pro-europäischen Linie. So in der Parlamentsdebatte zur Lage der Europäischen Union im September 2009, als die Finanzkrise bereits voll ausgebrochen war:

«Bei aller notwendigen Kritik betone ich aber, dass wir Linken uns unserer Verantwortung für die EU bewusst sind. Denn die Idee der Europäischen Einigung ist auch eine durchaus linke Idee, für die sich viele Linke in der Vergangenheit und der Gegenwart eingesetzt haben und einsetzen.»

127 «Wir hätten gerne Volksreferenden gehabt». Interview mit Lothar Bisky, in: Deutschlandfunk, 13.6.2008.

128 Ebd.

129 Ebd.

Und an EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso gewandt, versicherte er:

«Deshalb unterstützen wir Sie, Herr Barroso, wenn Sie endlich die versprochenen und von diesem Parlament eingeforderten Gesetzesvorschläge als erste Schritte vorlegen. Für umfassende Finanzmarktregulierung. Für Besteuerung von Finanzmarkttransaktionen. Für Eurobonds, die das Solidaritätsprinzip der Europäischen Union bekräftigen. Den Wert und die dringende Notwendigkeit der Solidarität zwischen den Staaten und den Menschen werden wir immer wieder betonen. [...] Solidarität meint auch Widerstand gegen den Kürzungswahn der Regierungen. Als oberster Vertreter einer genuin Europäischen Institution, müssten Sie sich unserer Forderung nach Abkehr von diesem Kürzungswahn eigentlich anschließen können.»¹³⁰

Back to the roots

Im Europäischen Parlament war Lothar Bisky stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Bildung – er kehrte damit ein Stück weit zu seinen Ursprüngen zurück.

Von denen hatte er allerdings nie ganz gelassen, ganz lassen können. Schon früh setzte sich Bisky damit auseinander, dass Privatisierung und Digitalisierung die Kommunikation in der Gesellschaft weitreichend veränderten. In seinen Publikationen fanden sich dazu treffende, pointiert geschriebene und wissenschaftlich solide Beschreibungen des Phänomens. Aber Bisky war eben auch zum Politiker Bisky geworden – und so verband er seine Untersuchungen stets auch mit politisch-konzeptionellen Schlussfolgerungen.

In einem Aufsatz von 2007 schlug er (gemeinsam mit Jürgen Scheele) einen linken Ansatz gegen die digitale Spaltung der Gesellschaft auf europapolitischer Ebene vor. Er umfasste vier Punkte:

1. Der Aufbau einer digitalen Infrastruktur sollte zu einem Schwerpunkt der europäischen Entwicklungszusammenarbeit gemacht werden.
2. Das Prinzip der Netzneutralität sollte im europäischen Rahmen gesetzlich verankert werden.
3. In Deutschland sollte mittelfristig die Infrastruktur für ein «Breitband-Internet für alle» bereitgestellt werden.
4. Bildungs- und Medienkompetenzinitiativen sollten weiter gefördert und ausgeweitet werden.

¹³⁰ Bisky, Lothar: Mit Rückzug auf die Nation lösen wir kein Problem des 21. Jahrhunderts. Plenarrede im Europäischen Parlament zur Lage der Europäischen Union, 28.9.2011.

Die Autoren unterstrichen:

«Eine *gesellschaftliche* Variante als Projekt der europäischen Linken zu organisieren, erscheint uns als eine entscheidende Aufgabe, den Herausforderungen des «informationellen Kapitalismus» (Castells)¹³¹ partizipativ zu begegnen. [...] [J]etzt werden Information und Wissensproduktion durch technologische, gesellschaftliche und kulturelle Parameter unmittelbar zur Produktivkraft. Die Erzeugung und Steuerung von Wissen, Information und Technologie sind eine wesentliche Bedingung für die Organisation der gesamten Gesellschaftsstruktur. Information ist zum entscheidenden Rohstoff geworden, aus dem alle gesellschaftlichen Prozesse und sozialen Organisationen gebildet sind.»¹³²

Medien und Demokratie – für Lothar Bisky war dies lebenslang ein essenzieller, aber zunehmend problembehafteter Zusammenhang:

«Intransparenz und Expertokratie auf der Ebene der Regulierungssysteme, aber auch Selektions- und Präsentationslogik auf der Ebene konkret-medialer Inszenierungsformen in Nachrichten- und Unterhaltungsformaten prägen die gegenwärtigen medialen Grundlagen von Demokratie. Beiden unterwirft sich die Politik in einem wechselseitigen Prozess aus Fremd- und Selbstbestimmung in immer stärkerem Maße von selbst. Die damit verbundenen Auswirkungen sind politiktheoretisch noch nicht hinreichend erfasst. Von seinen Grundlagen her ist der vorherrschende Demokratiebegriff immer noch prämedial geprägt. Die Medien gelten im Spannungsfeld von Präsentation und Repräsentation von Demokratie in ihrer Gesamtheit als ein weitgehend neutraler, wenngleich im je konkreten Fall nicht unpolitischer, Vermittler von Information und als grundlegender Garant für die freie Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger. Die Konditionierung von Information und Wissen in den Verwertungsprozessen Gewinnung, Speicherung und Verarbeitung kennt dieser prämediale Demokratiebegriff ebenso wenig, wie er die sich öffnende Schere in den sozialökonomischen Bedingungen divergierender Zugangsmöglichkeiten zu Information und Wissen berücksichtigt. Die skizzierten Bedingungen betreffen zugleich Grundfragen demokratischer Beteiligung und Einflussnahme.»¹³³

Linke Medienpolitik müsse sich diesen Herausforderungen konzeptionell stellen. Transparenz, Partizipation und Chancengleichheit könnten dazu als handlungsleitende Maximen herangezogen werden:

131 Castells, Manuel: Das Informationszeitalter. Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, 3 Bde., Opladen 2001 ff., Bd. 1, S. 424.
132 Bisky, Lothar/Scheele, Jürgen: Die digitale Spaltung der Gesellschaft, in: Utopie kreativ 203, September 2007, S. 823 ff. Siehe Dokument 23 in diesem Band.

133 Bisky, Lothar: Was könnte Medienpolitik leisten?, in: Bisky, Lothar/Kriese, Konstanze/Scheele, Jürgen (Hrsg.): Medien – Macht – Demokratie. Neue Perspektiven, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Texte 54, Berlin 2009, S. 11–17, hier S. 13. Siehe Dokument 24 in diesem Band.

«Transparenz als Aufklärung über und Offenlegung von interessengeleiteten Motiven der handelnden politischen und ökonomischen Akteure; Partizipation als gesellschaftliche Teilhabe aller an den Mechanismen und Vermittlungsbedingungen digitaler Kommunikation; Chancengleichheit als grundlegende demokratische Voraussetzung für eine Bereitstellung der technologischen Infrastruktur und finanziell tragbarer Zugangsmöglichkeiten für alle im Sinne einer Daseinsvorsorge.»¹³⁴

Im Weiteren verwies er auf eine sozialstrukturelle Veränderung auf der Seite der Medienschaffenden: die Herausbildung eines Informationsproletariats.

«Die Beschäftigungsverhältnisse in den Creative Industries sind oft prekär. Lange Arbeitszeiten, unbezahlte Überstunden, mangelnde Aufstiegschancen und geringe Jobsicherheit gehören zum Alltag. Aufgrund der stärkeren Ausrichtung von Bildungseinrichtungen auf Medienberufe wächst zudem das Heer der Arbeitsuchenden in diesen Branchen, so dass sich ein Informationsproletariat gebildet hat und sich langfristig auch ein kreatives Lumpenproletariat bilden wird. Von vereinzelt Versuchen abgesehen bestehen derzeit keine funktionierenden und angemessenen Organisations- und Interessenvertretungen der Betroffenen. Linke Medienpolitik hat die Aufgabe, diese Gruppe in einer der Lebenswelt der jungen Kreativen von heute entsprechenden Art und Weise politisch anzusprechen und die Mobilisierung ihrer Interessenvertretung zu fördern.»¹³⁵

Ein ausgeprägtes Verständnis für soziale Zusammenhänge prägte auch Lothar Biskys Kulturpolitik über Medien und Kommunikation hinaus. Gegen Kommerzialisierung und Rotstift-Politik zog er zu Felde. Sorgen machte ihm vor allem die Tendenz auch in der europäischen Politik, Kultur auf Kulturwirtschaft, auf Kreativwirtschaft zu reduzieren – und dann gerade diesen Aspekt zu fördern. Eine Missachtung der kulturellen Besonderheiten der europäischen Gesellschaften kam für ihn nicht infrage, ebenso wenig wie eine Überbewertung der Kulturpolitik.

Auch hier wahrte er das Augenmaß: «Kultur ist mein Beruf und ich tue alles Mögliche dafür. Aber ich habe mal gelesen, dass Menschen erst einmal essen, schlafen, trinken, lieben wollen, bevor sie dann zu anderen Dingen kommen. Und diese einfache Weisheit möchte ich einfach nicht vergessen, bei aller Liebe zur Kultur.»¹³⁶ Andererseits verlor er nie aus dem Blickfeld:

134 Ebd. Siehe Dokument 24 in diesem Band.

135 Ebd., S. 14f. Siehe Dokument 24 in diesem Band. Vgl. auch: Falkner, Thomas (Hrsg.): Dietmar Wittich. Gesellschaft begreifen. Soziologie, Klassentheorie, Parteienforschung 1989–2018, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte Neue Folge 31, Berlin 2021, S. 91 ff.

136 Lothar Bisky, zit. nach Schüttpelz, Nora: Vereinigte Staaten von Europa – das wäre ein neuer Qualitätsbegriff. Lothar Bisky im Interview über die EU-Erweiterung, «mehr Europa», Europaskepsis und die Linke in Europa, DIE LINKE. im Europäischen Parlament, 1.7.2013. Siehe Dokument 28 in diesem Band.

«Zugang zu Kultur, einschließlich Bildung und Information, ist eine der wichtigsten sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts: Er entscheidet über die Entwicklungs- und Teilhabechancen von Menschen und Gesellschaften. Kultur ist auch, vielleicht vor allem: das Fragen nach der Utopiefähigkeit einer Gesellschaft, ihrer Geschichte, ihrem Zusammenhalt, ihren Erzählungen. Öffentliche Debatten beginnen oft in Theatern, Ausstellungsräumen, in Sub-, Jugend- oder Protestkulturen. Kulturelles Erbe, Bibliotheken, bildende und darstellende Künste, audiovisuelle klassische und digitale Medien, Architektur, Kunsthandwerk usw. sind Bestandteil von Identitäten und Selbstbewusstsein von Menschen und Regionen.»¹³⁷

Das «andere Europa» – für Lothar Bisky bestand es in einem immer enger zusammenrückenden Kontinent.

«Vereinigte Staaten von Europa – das wäre ein neuer Qualitätsbegriff. Das Modell der Vereinigten Staaten von Amerika, das sage ich jetzt bewusst als Linker, ist kein schlechtes Modell. Weil dort die Staaten auf der einen Seite eine relativ hohe Selbständigkeit haben und gleichzeitig in wesentlichen politischen Fragen zusammengehen und dafür die Institutionen geschaffen haben. Europa würde es nicht genau so nachmachen wie die USA. Die Geschichte der europäischen Länder, Kulturen und Demokratien kann man nicht einfach unter den Tisch fegen. Insofern wäre es anders, aber ein vereinigtes Europa wäre ein Schritt weiter als das, was wir gegenwärtig haben.» Allerdings: «Nimmt man die Brechstange, geht die europäische Idee verloren. Gehen wird es nur, indem Völker gewonnen werden. Bei der EU-Integration kann man mit Macht gar nichts ausrichten, sondern nur mit überzeugenden Lösungen von Problemen.»¹³⁸

Diese Sätze stammen aus Lothar Biskys letztem Interview, veröffentlicht am 1. Juli 2013. Es begann die parlamentarische Sommerpause und er fuhr nach Hause, in sein Häuschen in Schildau in Sachsen. Den Vorsitz der GUE/NGL-Fraktion hatte er bereits im Vorjahr niedergelegt, seine Gesundheit war wieder angeschlagen. Jetzt war Erholung angesagt.

Wenige Tage vor seinem 72. Geburtstag stürzte Lothar Bisky in seinem Haus in Schildau auf der Treppe und verletzte sich schwer. Am 13. August 2013 verstarb er im Universitätsklinikum Leipzig.

137 Bisky, Lothar/Schüttpelz, Nora: Warum Kulturförderung und «soziales Europa» zusammengehören, DIE LINKE. im Europäischen Parlament, 7.1.2013.

138 Lothar Bisky, zit. nach Schüttpelz: Vereinigte Staaten von Europa. Siehe Dokument 28 in diesem Band.

Nachsatz

Ein zutiefst politisches Leben war zu Ende gegangen – nach heutigen Maßstäben zu früh. Nicht weil Lothar Bisky noch einmal irgendwo hätte den Vorsitz übernehmen müssen, können oder wollen, sondern weil ihm noch eine Zeit der Besinnung, der inneren Einkehr, von Freiheit und Selbstbestimmtheit, eine Zeit der uneingeschränkten Lebensfreude zu gönnen war.

So schied er ohne eine solche Etappe aus dem Leben. Politisch geprägt war es vom ersten Tag an. Das Politische begann mit dem Tag seiner Geburt. Mit seinem Aufwachsen im Krieg, mit dem Erleben von Gewalt und Angst, mit der Erfahrung von Flucht und Geflüchtetein, mit Demütigung und Ausgrenzung, Armut und Not, mit dem Verlust von Heimat und Familie, dem Gefangensein in sozialen Schranken. Lothar Bisky ging mit 18 Jahren in die DDR, wo ihm als mittellosem Sohn armer Leute alle Türen offenstanden und er sich als Wissenschaftler entfalten konnte. Aber auch hier gab es Zwänge, erwartete die Obrigkeit Konzessionen – und sei es das stille Hinnehmen ihrer Ignoranz gegenüber seinen politisch äußerst relevanten Erkenntnissen. Zum Schwur kam es für Lothar Bisky mit der Übernahme der Verantwortung für die und vor allem in der Hochschule für Film und Fernsehen – da setzte der Weg des politischen Menschen Bisky in die Politik ein. Er gehörte zu den Umgestaltern der SED, zu den Mitbegründern der PDS. Der Wissenschaftler fand sich als Politiker wieder und sah sich neuen Ungerechtigkeiten, Ausgrenzungen, sozialen und intellektuellen Schranken ausgesetzt – für sich, vor allem aber für andere in der Gesellschaft, in beiden deutschen Teilgesellschaften. Seine Kraft, sich dem entgegenzustellen, wurde zu einem beträchtlichen Teil in Anspruch genommen durch die Auseinandersetzungen mit den Kräften der Vergangenheit und mit jenen in der Partei, die – aus welchen Gründen auch immer – ihr enges linkes Denkschema der Welt nicht öffnen wollten. Eine gewisse innere und politische Freiheit fand er in der Europa-Politik, im Europa-Parlament und in der Partei und bei den Parteien der europäischen Linken – wiederum begrenzt durch die problematische Entscheidung daheim, das Europa-Thema den Radikalen in den eigenen Reihen als Tummelplatz überlassen zu haben.

So wie die Welt sich entwickelte, war es fast zwangsläufig, dass der politische Mensch Lothar Bisky in die Rolle des Politikers geriet. Aber weil Lothar Bisky so war, wie er war, stand er dem Dasein als Politiker zumeist fremd gegenüber.

Lothar Bisky war bei aller Entschiedenheit ein stiller Politiker. Die Tummelplätze des schnellen öffentlichen Erfolgs waren ihm zuwider. Talkshows hielt er – zu Recht – für völlig ungeeignete Podien eines erhellenden Diskurses. Flammende Reden auf Marktplätzen waren seine Sache nicht: Er wollte abwägen und erst dann überzeugen, er wollte nicht mit lauter Stimme und frechen Sprüchen überwältigen. Interviews gab er eher schon mal – und war da oft auch verblüffend offen, wo andere eher Nebelkerzen warfen und auswichen.

Lothar Bisky war ein integrierter Mann – und so war auch sein Image in der Öffentlichkeit. Rückblickend wirkt er wie ein Sendbote aus einer besseren Zukunft.

Literatur

- Amend, Christoph: Diese Biskys, in: Die Zeit, 40/2004, 23.9.2004.
- Berg, Stefan: PDS. «Etwas Drittes muss es sein», in: Der Spiegel 34/2002, unter: www.spiegel.de/spiegel/print/index-2002-34.html.
- Bis hierher und nicht weiter! («Erfurter Erklärung» vom 9.1.1997), zit. nach taz, 10.1.1997, unter: www.ddr89.de/d/erfurt.html.
- Bisky, Jens: Geboren am 13. August. Der Sozialismus und ich, Hamburg 2006.
- Bisky, Lothar: Das Konzept herrschaftsfreier Kommunikation. Zur Auseinandersetzung mit dem sogenannten neo-marxistischen Ansatz in der Kommunikationsforschung, in: Konferenzprotokoll. Wissenschaftliche Beiträge I, Sektion Journalistik, AIERI IX. Generalversammlung AIERI, Leipzig, 17.–21.9.1974, S. 225–229.
- Bisky, Lothar: Zur Kritik der bürgerlichen Massenkommunikationsforschung, Berlin 1976.
- Bisky, Lothar: The show must go on. Unterhaltung am Konzernkabel. Rock, Film, Fernsehen, neue Medien, Berlin 1984.
- Bisky, Lothar: PDS '95: Solidarisch. Alternativ. Bundesweit. Fünf Jahre PDS: Aufgaben und Herausforderungen. Referat auf dem 4. Parteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus, 27.1.1995.
- Bisky, Lothar: Rede des Bundesvorsitzenden auf der 2. Tagung des 4. Parteitages der PDS am 27. Januar 1996 in Magdeburg «Kommunen stärken – Gesellschaft von unten verändern. Zur politischen Situation und zur Strategie der PDS bis 1998».
- Bisky, Lothar: Es geht nicht um Begriffe, sondern um Inhalte, in: Neues Deutschland, 29.1.1996.
- Bisky, Lothar: Rede des Bundesvorsitzenden auf der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS am 17. Januar 1997 in Schwerin «Die soziale Frage und die PDS».
- Bisky, Lothar: Kulturelle Identität und Kommunikationsprobleme in der PDS, Manuskript, 22.3.1998.
- Bisky, Lothar: Rede des Bundesvorsitzenden auf dem Wahlparteitag der PDS am 3. April 1998 in Rostock «Für eine gerechte Verteilung von Arbeit und Reichtum – für einen starken Osten in einer gerechten Republik».
- Bisky, Lothar: Die PDS bereitet sich auf ihre neue bundespolitische Rolle ab Herbst 1998 vor, Erklärung, in: PDS-Pressedienst, Nr. 34, 21.8.1998.
- Bisky, Lothar: Rede auf einer Klausur des Parteivorstands Anfang Oktober 1998, PDS-Pressedienst, Nr. 41, 8.10.1998.
- Bisky, Lothar: Rede des Bundesvorsitzenden auf der 1. Tagung des 6. Parteitages der PDS am 16. Januar 1999 in Berlin «Sozialistische Politik zur Jahrtausendwende – in einer globalisierten Welt, in einem sozialdemokratisch dominierten Europa, als Teil der neuen Mehrheit in der Bundesrepublik».
- Bisky, Lothar: Rede zum 80. Jahrestag der Weimarer Reichsverfassung, 18.4.1999.
- Bisky, Lothar: Wenn wir uns mit dem beschäftigen, was war, ist immer besonders wichtig, was wir daraus lernen. Aus der Rede von Lothar Bisky auf der Matinee

- «Vorwärts und nicht vergessen?» am 7. Oktober 1999 im Tränenpalast, in: Pressedienst, Nr. 41, 15.10.1999.
- Bisky, Lothar: Mit Blick auf die rechte Gefahr: Wehret den Anfängen! Erklärung von Lothar Bisky am 19. Februar 2000 in Wien anlässlich der Großkundgebung auf dem Heldenplatz, in: Pressedienst, Nr. 8, 25.2.2000.
- Bisky, Lothar: Rede des Bundesvorsitzenden auf der 3. Tagung des 6. Parteitages der PDS am 7. April 2000 in Münster.
- Bisky, Lothar: Erklärung zum 116-Tage-Programm «Aufbruch. Selbstkritisch und selbstbewusst» auf der Pressekonferenz am 1. Juli 2003, PDS-Pressedienst, Nr. 29, 18.7.2003.
- Bisky, Lothar: Brief an die Mitglieder der PDS zur Präsentation des Strategiepapiers «Umbruch – Zusammenbruch – Aufbruch», April 2005.
- Bisky, Lothar: So viele Träume. Mein Leben, Berlin 2005.
- Bisky, Lothar: «Wir sind gekommen, um zu bleiben.» Rede des Vorsitzenden der Linkspartei. PDS auf der 3. Tagung des 10. Parteitages in Berlin, 15.6.2007.
- Bisky, Lothar: Wir erklärten uns für zuständig. Lothar Bisky über die Agonie in der DDR der Achtzigerjahre, über die Chance für den Neuanfang 1989/90 und die neue Erdung der Partei, in: Disput, Oktober 2009, unter: <https://herbst89.die-linke.de/wir-erklaerten-uns-fuer-zustaendig/>.
- Bisky, Lothar: Jugendforschung und DDR – zwei linke Schuhe? Produktive Bruchstücke zum 80. Geburtstag von Walter Friedrich, in: Festschrift zum 80. Geburtstag für Walter Friedrich, 2009.
- Bisky, Lothar: Was könnte Medienpolitik leisten?, in: Bisky, Lothar/Krise, Konstanze/Scheele, Jürgen (Hrsg.): Medien – Macht – Demokratie. Neue Perspektiven, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Texte, Bd. 54, Berlin 2009, S. 11–17.
- Bisky, Lothar: Linke Politik wird gebraucht, und sie wirkt. Rede auf dem Parteitag der Partei DIE LINKE, 15./16.5.2010.
- Bisky, Lothar: Mit Rückzug auf die Nation lösen wir kein Problem des 21. Jahrhunderts. Plenarrede im Europäischen Parlament zur Lage der Europäischen Union, 28.9.2011.
- Bisky, Lothar/Friedrich, Walter: Massenkommunikation und Jugend. Zur Theorie und Praxis der Massenkommunikation und ihren Einflüssen auf die sozialistische Persönlichkeitsbildung und Bewusstseinsentwicklung Jugendlicher, Berlin 1971.
- Bisky, Lothar/Hue, Robert: Gemeinsamer Widerstand gegen den Rechtsextremismus – europaweit! Erklärung von Lothar Bisky, Vorsitzender der PDS, und Robert Hue, Nationaler Sekretär der FKP, in: Pressedienst, Nr. 40, 1.10.1998.
- Bisky, Lothar/Scheele, Jürgen: Die digitale Spaltung der Gesellschaft, in: Utopie kreativ 203, September 2007.
- Bisky, Lothar/Schüttpelz, Nora: Warum Kulturförderung und «soziales Europa» zusammengehören, DIE LINKE. im Europäischen Parlament, 7.1.2013.

- Bisky-Eklat. «Jetzt sollen sie wählen, bis sie ihn gewählt haben», in: Stern Online, 19.10.2005.
- Castells, Manuel: Das Informationszeitalter. Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, 3 Bde., Opladen 2001 ff.
- Christoffers, Ralf/Bisky, Lothar: Nicht die PDS, sondern die SPD und Schröder haben ein politisches Problem, in: PDS-Pressedienst, Nr. 24, 14.6.2002.
- «Da lassen wir Stolpe nicht mehr 'raus». Interview mit Lothar Bisky, in: Neues Deutschland, 3.5.1994.
- «Der erste Schritt zum Fall», in: Der Spiegel 4/1992.
- Deutscher Bundestag; Antrag der Bundesregierung: Deutsche Beteiligung an dem internationalen Streitkräfteverband in Ost-Timor (INTERFET) zur Wiederherstellung von Sicherheit und Frieden auf der Grundlage der Resolution 1264 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 15. September 1999, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/1719.
- Die PDS ist Verfassungspartei! Lothar Bisky und Gregor Gysi auf einer Pressekonferenz, PDS-Pressedienst, Nr. 38, 17.9.1998.
- Engels, Friedrich: Engels an Karl Kautsky, 5. März 1892, in: MEW, Berlin 1955 ff., Bd. 38, S. 288.
- «Es ist eine wichtige Wahl für die PDS». Interview mit dem Parteivorsitzenden Lothar Bisky, Deutschlandfunk, 19.6.2005.
- European Left: A Short History of the Party of the European Left, unter: www.european-left.org/who-we-are/history/, o. D.
- Falkner, Thomas (Hrsg.): Dietmar Wittich. Gesellschaft begreifen. Soziologie, Klassetheorie, Parteienforschung 1989–2018, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte Neue Folge 31, Berlin 2021.
- Friedrich, Walter: 75 Jahre. Biographische Notizen und Reflexionen, 2004.
- Gregor Gysi wirft das Handtuch. Rücktritt vom Parteivorsitz im Januar, in: taz, 1.12.1992.
- Habermas, Jürgen: Diskursethik. Philosophische Texte, Bd. 3, Berlin 2009.
- Hahn, Annegret/Pucher, Gisela/Schaller, Henning/Scharsich, Lothar (Hrsg.): 4. November '89. Der Protest. Die Menschen. Die Reden, Frankfurt a. M./Berlin 1990.
- Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989, Berlin 1999.
- König, Jens: «Die DDR kann nicht mehr gegen die BRD gewinnen». Interview mit Gregor Gysi, in: taz, 15.1.1997.
- König, Jens: Die PDS-Vorsitzende ist tot – und lebt, in: taz, 7.5.2003.
- «Lafontaine ist kein Stalinist». Interview mit Lothar Bisky, in: Stern, 21.5.2008.
- Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Bericht des Untersuchungsausschusses 1/3, Drucksache 1/3009, 29.4.1994.
- Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Plenarprotokoll 1/96, 16.6.1994, S. 7858.

Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Drucksache 1/3098, 16.6.1994.

Neiße, Wilfried: Ein Mann mit fast zu gutem Herz, in: neues deutschland, 6.6.2014.

Offener Machtkampf bei der Linken, in: Die Zeit 2/2010, 6.1.2010.

Pfeffer, Kilian: Lothar Bisky wird nicht Bundestagsvizepräsident, in: SWR2, Zeitwort, 8.11.2005.

Polke-Majewski, Karsten: Wofür steht Bisky?, in: Zeit-Online, 20.10.2005.

Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29.–31.1.1993, Berlin 1993.

Reinecke, Stefan: «Ich bin kein Lehrer der Linkspartei». Interview mit Lothar Bisky, in: taz, 7.3.2012.

Schröder, Gerhard: Regierungserklärung, 14. März 2003, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 15/32.

Schulz, Torsten (Hrsg.): Orangemond im Niemandsland. 50 Jahre HFF «Konrad Wolf» in Potsdam-Babelsberg, Berlin 2004.

Schüttpelz, Nora: Vereinigte Staaten von Europa – das wäre ein neuer Qualitätsbegriff. Lothar Bisky im Interview über die EU-Erweiterung, «mehr Europa», Europaskepsis und die Linke in Europa, DIE LINKE. im Europäischen Parlament, 1.7.2013.

Sonderbare Abhängigkeit. Auszüge aus dem PDS-Strategiepapier zum Bundestagswahlkampf, in: Der Spiegel 34/2002.

Stolpe, Manfred: Schwieriger Aufbruch, Berlin 1992.

Stolpe, Manfred: «Man bekam dann einen Anruf...», in: Der Spiegel 4/1992.

Und noch ein Tritt für Lothar Bisky, in: Berliner Zeitung, 15.9.2013.

van Laak, Claudia: 50 Jahre HFF Babelsberg, Deutschlandfunk, 5.11.2004.

vom Hofe, Germana Alberti (Hrsg.): Fausto Bertinotti. Gespräche mit dem italienischen Reformkommunisten, Berlin 2008.

«Wir hätten gerne Volksreferenden gehabt». Interview mit Lothar Bisky, Deutschlandfunk, 13.6.2008.

DOKUMENT 1

DAS KONZEPT HERRSCHAFTSFREIER KOMMUNIKATION

ZUR AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM SOGENANTEN NEOMARXISTISCHEN ANSATZ IN DER KOMMUNIKATIONSFORSCHUNG

Quelle: Konferenzprotokoll. Wissenschaftliche Beiträge I, Sektion Journalistik, VDJ der DDR, AIERI IX. Generalversammlung AIERI, Leipzig, 17.–21.9.1974, S. 225–229

Die Sozialisationsfunktion der Massenkommunikation lässt sich nur auf dem Hintergrund umfassender gesellschaftstheoretischer Konzeptionen erklären. Deshalb sind die einzelnen Aussagen über die Sozialisationsfunktion der Massenkommunikation nur im Kontext jener Konzeptionen zu begreifen. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass sich auch der theoretische Streit innerhalb der nichtmarxistischen Kommunikationsforschung seit wenigen Jahren auf Fragen konzentriert, wie der Zusammenhang von Massenkommunikation und Gesellschaft theoretisch zu bestimmen sei.

In der Massenkommunikationsforschung der BRD wird durch die gegenwärtig einflussreichen Schulen in bewusster und systematischer Weise darauf reagiert: Ich darf hier nur an den Einfluss der Luhmann'schen funktional-strukturellen Analyse erinnern, die die Schwächen der Parsons'schen strukturell-funktionalen Analyse durch eine dem kybernetischen Systembegriff verpflichteten funktionalen Analyse der Gesamtgesellschaft sowie gesellschaftlicher Teilsysteme zu umgehen sucht. (*Vgl. hierzu Habermas, Jürgen/Luhmann, Niklas: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung, Frankfurt a. M. 1971*)¹

In den letzten Jahren gewannen vor allem auch jene Konzeptionen an Einfluss, die in kritischer Auseinandersetzung mit Erscheinungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus eigenständige Ansätze entwickelten, in denen der Zusammenhang von Massenkommunikation, Sozialisation und Gesellschaft zentral behandelt wird. Diese Ansätze sind etwas zu vorschnell (oder etwas zu absichtsvoll) als «Neomarxismus» betitelt worden. Sie stehen heute im Zentrum des wissenschaftstheoretischen Streits der Kommunikations- und Publizistikwissenschaft der BRD. (*«Die wissenschaftstheo-*

1 Die originalen Endnoten des Manuskripts sind hier im Gegensatz zu den anderen Dokumenten an den entsprechenden Stellen kursiv und in Klammern eingefügt worden, da die Angaben zum Teil nicht mehr auf den heutigen Standard zu bringen waren.

retische Debatte innerhalb der Kommunikationswissenschaft verläuft nicht systematisch. Im Mittelpunkt steht aber neuerdings der allzu pauschal so genannte ‹Neomarxismus›, schreiben W. Scharf und O. Schlie in ihrem Artikel ‹Zur Diskussion wissenschaftstheoretischer Probleme in Publizistik- und Kommunikationswissenschaft›, in: Rundfunk und Fernsehen 1, 1973, S. 54)

Nicht zufällig gewannen diese Ansätze an Einfluss bzw. wurden sie entwickelt, als die wirtschaftliche Rezession der Jahre 1966/67 in der BRD in sinnfälliger Weise gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge auch den bis dahin streng auf Einzelfragen orientierten Wissenschaftlern ins Bewusstsein rückte. War bisher der gesellschaftliche Zusammenhang der Massenkommunikation ein Randproblem kommunikationstheoretischer Überlegungen, so rückte er nunmehr ins Zentrum. Dröge drückt das literarischer aus: «Problematisch wurde die Sache erst, als vom Wirtschaftswunder nur noch die Schulbücher sprachen.» (*Dröge, F.: Zur Kritik der publizistischen Wirkungsforschung, in: Dröge, F./Weissenborn, R./Haft, H.: Wirkungen der Massenkommunikation, Frankfurt a. M. 1973, S. XII*) Es verwundert nicht, dass im Zuge dieser Entwicklung marxistische Auffassungen bewusst in die Theoriebildung einbezogen wurden. Die Analyse etwa der kapitalistisch organisierten Nachrichtenproduktion als Warenproduktion ist derart evident, dass sie selbst von Gegnern des Marxismus kaum noch ernsthaft infrage gestellt werden dürfte.

Die Position der hier zur Debatte stehenden Ansätze, die auch «dialektisch-kritische Theorien» genannt werden, lässt sich, so schreiben Scharf und Schlie, «am besten unter der Klammer der Ideologiekritik zusammenfassen, die auf den emanzipatorischen Intentionen der Marx'schen Gesellschaftslehre basiert, diese aber in wesentlichen Punkten revidiert.» (*Scharf/Schlie 1973, S. 62*) Da dieser bewusste Bezug zur marxistischen Theorie hergestellt wird, ist es erforderlich, ihn aus marxistischer Sicht zu analysieren. Das soll im Folgenden geschehen. Ziel eines Diskussionsbeitrages kann dabei nicht eine umfassende kritische Würdigung und Auseinandersetzung mit den verschiedenen theoretischen Verästelungen jener Ansätze sein.

Da diese Ansätze theoretisch in einem Konzept herrschaftsfreier Kommunikation gipfeln, und da diese herrschaftsfreie Kommunikation praktisch die Emanzipation von Herrschaft überhaupt leisten soll, ist es legitim, dass ich mich vor allem auf dieses Konzept konzentriere. Es stellt die originelle theoretische Leistung der hier zur Debatte stehenden Ansätze dar, und diese theoretische Leistung hat zugleich zentrale politische und praktische Bedeutung für den Zusammenhang von Massenkommunikation und Sozialisation.

I

Im Unterschied zu den neopositivistischen und funktionalistischen Konzeptionen innerhalb der Kommunikationsforschung wollen die «neomarxistischen» Ansätze nicht, um das etwas «verkürzt» auszudrücken, technokratisch verwertbares Herrschaftswissen liefern, sondern streben eine solche theoretische Reproduktion des Objektbereichs an, die Wege zur Befreiung von dieser Herrschaft zeigen soll, also emanzipatorischen Interessen zu dienen vorgibt. Entsprechende theoretische Lösungen werden etwa von Enzensberger als «Strategie» für «die Linken» (vgl. *Enzensberger, Hans Magnus: Baukasten zu einer Theorie der Medien. Kursbuch 20, 1970; Habermas, Jürgen: Erkenntnis und Interesse, Frankfurt a. M. 1968, S. 72; Habermas, Jürgen: Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz, in: ders.: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, 1971; Habermas, Jürgen: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Eine Auseinandersetzung mit N. Luhmann, in: ebd.*), bei Habermas als «die» Emanzipationsinstanz der Gesellschaft überhaupt angeboten (*Habermas: Erkenntnis und Interesse, 1973, S. 71f.*). Sehen wir uns die Auffassungen von Habermas und Enzensberger unter diesem Gesichtspunkt etwas differenzierter an:

a) Habermas' Konzeption herrschaftsfreier Kommunikation

Habermas' Konzeption herrschaftsfreier Kommunikation ergibt sich durchaus folgerichtig aus seinen gesellschaftstheoretischen Auffassungen, nämlich vor allem aus dem durch ihn postulierten Dualismus von Arbeit und Interaktion. Auf der einen Seite sieht Habermas einen Naturprozess (Selbsterzeugung des Menschen als Gattung durch Arbeit), auf der anderen einen Gesellschaftsprozess, der von Ersterem losgelöst erscheint. Vom Standpunkt des Handelns betrachtet Habermas die Arbeit als instrumentales Handeln, gesellschaftliches Handeln als Interaktion oder kommunikatives Handeln:

«Während das instrumentale Handeln dem Zwang der äußeren Natur korrespondiert und der Stand der Produktivkräfte das Maß der technischen Verfügung über Gewalten der Natur bestimmt, steht das kommunikative Handeln in Korrespondenz zur Unterdrückung der eigenen Natur: Denn der institutionelle Rahmen bestimmt das Maß einer Repression durch die naturwüchsige Gewalt sozialer Abhängigkeit und politischer Herrschaft. Die Emanzipation von äußerer Naturgewalt verdankt eine Gesellschaft den Arbeitsprozessen, nämlich der Erzeugung technisch verwertbaren Wissens. Die Emanzipation vom Zwang der internen Natur gelingt im Maße der Ablösung gewalthabender Institutionen durch eine Organisation des gesellschaftlichen Verkehrs, die einzig an herrschaftsfreie Kommunikation gebunden ist.» (*Habermas: Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz*)

Damit ist allgemein bestimmt, was herrschaftsfreie Kommunikation gesellschaftlich leisten soll. In seiner Theorie der kommunikativen Kompetenz (vgl. *ebd.*, S. 115 ff.) führt Habermas dann aus, wie diese Emanzipation vor sich gehen könnte. Er kommt im Ergebnis einer Analyse von Sprechakten zu den Begriffen «kommunikatives Handeln» und «Diskurs» als den beiden Formen umgangssprachlicher Kommunikation. Im kommunikativen Handeln werde die Geltung von Sinnzusammenhängen «naiv vorausgesetzt», um Informationen (handlungsbezogene Erfahrungen) auszutauschen, im Diskurs dagegen werden problematisierte Geltungsansprüche zum Thema gemacht, aber keine Informationen ausgetauscht. Der Diskurs diene der Begründung problematisierter Geltungsansprüche von Meinungen und Normen. Der Diskurs als ideale Sprechsituation sei dadurch charakterisiert, dass jeder Konsensus, der unter seinen Bedingungen erzielt wird, «per se als wahrer Konsensus gelten darf» (*ebd.*, S. 136). Damit könne durch Vorgriff auf die ideale Sprechsituation ein faktisch erzielter Konsensus als wahrer Konsensus gelten, zugleich sei das ein kritischer Maßstab, an dem jeder faktisch erzielte Konsensus infrage gestellt werden könne.

In der idealen Sprechsituation herrsche der «eigentümlich zwanglose Zwang des besseren Arguments» (*ebd.*, S. 137). Für alle Beteiligten sei eine symmetrische Verteilung der Chancen, Sprechakte zu wählen und auszuüben, Bedingung. Hinzu kämen andere «als Bedingungen einer idealen Lebensform». Diese ideale Lebensform trage der Maxime Rechnung, dass sich, «wann immer wir in der Absicht, einen Diskurs zu führen, eine Kommunikation aufnehmen und nur lange genug fortsetzen würden, ein Konsensus ergeben müsste, der per se wahrer Konsensus wäre» (*ebd.*, S. 139). Die ideale Sprechsituation wird als praktische Hypothese aus den in der «Universalpragmatik eingebauten Fundamentalnormen möglicher Rede abgeleitet», von ihr nimmt die «kritische Theorie der Gesellschaft ihren Ausgang» (*ebd.*, S. 140).

Obwohl Habermas vorgibt, «in einer losen Anknüpfung an Marx'sche Grundbegriffe» (*Habermas: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*, S. 277) vorzugehen, wird bereits nach dieser knappen Wiedergabe einiger Argumente von Habermas deutlich, dass der Ausgangspunkt der «kritischen Theorie der Gesellschaft» das Gegenteil des marxistischen Ausgangspunktes darstellt. Habermas knüpft also sehr lose bei Marx an. Bevor ich auf den «fundamentalen Status» des Diskurses zurückkomme, der ja nichts weniger als «die» Emanzipation von «der» Herrschaft leisten soll, will ich kurz auf Enzensberger eingehen.

b) Enzensbergers Baukasten zu einer Theorie der Medien

Auch Enzensberger geht es um eine «herrschaftsfreie Kommunikation» (*Enzensberger: Baukasten zu einer Theorie der Medien*, S. 159). Nach seiner Auffassung ist mit der Entwicklung der elektronischen Medien die «Bewusstseinsindustrie zum Schrittmacher der sozioökonomischen Entwicklung spätindustrieller Gesellschaften geworden», der «Kapitalismus der Monopole» entfaltet die Bewusstseinsindustrie rascher als andere Sektoren der Produktion, zugleich muss er sie fesseln. «Eine sozialistische Theorie der

Medien hat an diesem Widerspruch zu arbeiten.» (*Ebd.*) Enzensberger geht es vor allem darum, eine den Medien angeblich innewohnende «mobilisierende Kraft» zu entfalten: «Zum ersten Mal in der Geschichte machen die Medien die massenhafte Teilnahme an einem gesellschaftlichen und vergesellschafteten produktiven Prozess möglich, dessen praktische Mittel sich in der Hand der Massen selbst befinden.» (*Ebd.*, S. 160) Ihm schwebt vor, die Geräte den Massen in die Hand zu geben (Vervielfältigungsgeräte, Videorekorder usw.). Nach dem Prinzip «jeder kann mit jedem kommunizieren» wären dann die wesentlichsten Probleme gelöst. Wenn – unabhängig von repressiver Herrschaft – jeder zugleich Sender wie Empfänger sein kann, über die entsprechenden Geräte verfügt, wäre ein Zustand herrschaftsfreier Kommunikation erreicht, in dem die den Medien innewohnende mobilisierende Kraft durch die Massen genutzt werden könne. Vor der Entfaltung dieser mobilisierenden Kraft aber fürchteten sich gegenwärtig alle, die Herrschaft ausüben. – Soweit kurz Enzensbergers Argumentation.

II

Sowohl bei Habermas als auch (und vor allem) bei Enzensberger finden wir scharfsinnige Analysen der gegenwärtigen Praxis der Kommunikation im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Davon wollen wir im Folgenden absehen; denn es geht uns um die Tragfähigkeit der Konzeption herrschaftsfreier Kommunikation. Diese Konzeption ist nicht nur von akademischem Interesse, sie hat weitreichende praktische Folgen. Diese Konzeption wurde z. B. zur Begründung einer neuen Mediendidaktik (vgl. Baacke, D.: *Neue Ansätze einer Kommunikationsdidaktik*, in: ders. (Hrsg.): *Mediendidaktische Modelle: Fernsehen, München 1973*) und zum Training kommunikativen Verhaltens (Denkmodell Kybernetikon) (vgl. Glaser, H. [Hrsg.]: *Kybernetikon. Neue Modelle der Information und Kommunikation, München 1971*) herangezogen. Darüber hinaus spielt sie eine wichtige Rolle in der sogenannten Kommunikationspolitik. Das sind Gründe, sie differenzierter zu prüfen, zumal sie vorgibt, eine Strategie für die «marxistische Linke» (Enzensberger) zu enthalten oder in «lockerer Anknüpfung» an Marx'sche Gedankengänge entwickelt worden zu sein (Habermas).

a) Der wesentliche Gegensatz zur marxistisch-leninistischen Theorie ist bei Habermas bereits in dem von ihm postulierten Dualismus von Arbeit und Interaktion begründet. Dieser Dualismus führt zur Trennung von Gesellschafts- und Naturprozess, von instrumentalem und kommunikativem Handeln, und erst auf der Grundlage dieses Dualismus kann dann dem Diskurs jener «fundamentale Status» zugeordnet werden.

Im Gegensatz zu Habermas sah Marx gesellschaftliche Produktion als Aneignung der Natur und als gesellschaftliches Verhältnis zugleich:

«Endlich als Resultat des Produktions- und Verwertungsprozesses erscheint vor allem die Reproduktion und Neuproduktion des Verhältnisses von Kapitalist und Arbeiter. Dies soziale Verhältnis, Produktionsverhältnis, erscheint in fact als ein noch wichtigeres Re-

sultat des Prozesses als seine materiellen Resultate.» (*Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 362. – Zur Auseinandersetzung mit dem durch Habermas konstruierten Dualismus vgl. Hahn, E.: Die theoretischen Grundlagen der Soziologie von Jürgen Habermas, in: Die «Frankfurter Schule» im Lichte des Marxismus, Berlin 1971.*)

Wird dieses Produktionsverhältnis (durch den Habermas'schen Dualismus) ausgeklammert, dann bleibt das grundlegende, auch die Kommunikation bestimmende Verhältnis systematisch aus der Theorie ausgeschlossen. Habermas führt es zwar als «Verkehrsform» (seines materiellen Charakters entkleidet) wieder ein, diese Verkehrsform hat Bedeutung jedoch nur für das kommunikative Handeln, nicht für den Diskurs. Da der Diskurs durch «Interesselosigkeit» charakterisiert ist, sind alle sozialen Verhältnisse für ihn ohnehin ohne Belang. Vielleicht nennt Habermas ihn deshalb eine «konkrete Utopie» oder eine «ideale Lebensform».

Eine Kommunikationstheorie, die wirkliche (nicht utopische oder ideal überhaupt denkbare) Kommunikationsprozesse untersucht, kann an der Tatsache nicht vorbeigehen, dass die Kommunikationsteilnehmer eine bestimmte Stellung im System gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion einnehmen, und dass diese ihre Stellung im System gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion in entscheidendem Maße ihre Rolle und Funktion in gesellschaftlichen Kommunikationsprozessen bestimmt.

Eng verbunden damit ist die Frage, welche Rolle soziale Kommunikation überhaupt spielen kann. Habermas will durch herrschaftsfreie Kommunikation die Befreiung von Herrschaft überhaupt erreichen. Hier taucht zunächst das Problem auf, dass gerade die Herrschenden die herrschaftsfreie Kommunikation verhindern. Ihre Entfaltung ist mithin an die Vernunft, an die Einsicht der Herrschenden gebunden. Vielleicht glaubt Habermas, dass man, wenn man einen Diskurs mit den Herrschenden aufnehmen und ihn «nur lange genug fortsetzen würde», sich ein Konsensus ergeben würde, der «per se wahrer Konsensus wäre»? Das entscheidende Problem für die Emanzipation wäre demnach, durch Dialoge, Diskurse mit den Herrschenden einen Konsensus zu finden.

Im Gegensatz zu Habermas sah Marx in der Produktion der materiellen Bedingungen wie in der Schaffung entsprechender Verhältnisse durch die Individuen, durch ihre praktische Aktion also, die Voraussetzung für ihre Befreiung, und «[...] keine Kraftanstrengung der Gesinnung oder des Willens kann sie von diesem Schicksal befreien» (*Marx-Engels-Werke [MEW], Berlin 1955ff., Bd. 4, S. 339*). Im Rahmen dieser praktischen Aktion spielt die Kommunikation allerdings eine große Rolle. Bei Habermas nimmt die Kommunikation die Rolle ein, die Marx der praktischen Aktion der Massen zuweist, und die in Tat nur durch die praktische Aktion der Massen realisiert werden kann. Bereits die historische Erfahrung lehrt (dafür benötigt man heute keine systematische Theorie mehr), dass sich die Herrschenden vor Dialogen nicht fürchten: Solange die Beherrschten nur reden, wird keine wirkliche Herrschaft gefährdet.

(Übrigens haben andere «Neomarxisten» sich von diesen Aufklärungszusammenhängen längst entfernt: «Die gewalttätige Geschichte des Bürgertums hat – notwendig – seine eigenen scheinhumanistischen Grundlagen rechts überholt.» (*Dröge, F. unter Mitarbeit von Modelmog, I.: Wissen ohne Bewusstsein, Frankfurt a. M., S. 52*)

Die Gesellschaft, für die der Diskurs eingereicht werden soll, wird bewegt durch den Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen gesellschaftlichem Charakter der Produktion und privater Form der Aneignung, zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie:

«In Wirklichkeit stehen auf der einen Seite die wirklichen Privateigentümer, auf der anderen die eigentumslosen kommunistischen Proletarier [...] Wenn also die theoretischen Vertreter der Proletarier irgendetwas durch ihre literarische Tätigkeit ausrichten wollen, so müssen sie vor allem darauf dringen, dass alle Phrasen entfernt werden, die das Bewusstsein der Schärfe dieses Gegensatzes schwächen, alle Phrasen, die diesen Gegensatz vertuschen und wohl gar den Bourgeois Gelegenheit bieten, sich kraft ihrer philanthropischen Schwärmereien der Sicherheit halber den Kommunisten zu nähern.» (*MEW, Bd. 3, S. 457*)

Der hier bezeichnete Gegensatz beeinflusst entscheidend die gesellschaftlich wichtigen Kommunikationsprozesse. Davon kann nur eine Theorie abstrahieren, für die die Kommunikation als solche (ohne Kommunikationsteilnehmer) gilt. Solange die Kommunikationsteilnehmer aufgrund der objektiv vorhandenen Produktionsverhältnisse eine gegensätzliche Stellung in der Produktion und Reproduktion ihres materiellen Lebens einnehmen, solange kann es keine herrschaftsfreie Kommunikation geben; denn herrschaftsfreie Kommunikation setzt eine herrschaftsfreie Gesellschaft voraus. Diese aber kann nur über die praktische Aktion der Massen gewonnen werden.

b) Enzensbergers Hoffnung auf die «mobilisierende Kraft der Medien» ist zunächst schwer zu konkretisieren, da er den Leser über den Charakter dieser Kraft im Unklaren lässt. Allerdings beruft er sich zu Unrecht auf Marx, wenn er in den Medien, in einer massenhaften Verteilung von Geräten, in der Technik also die soziale Befreiung sucht. Was die Massen in der Hand haben (auch wenn jeder ein Vervielfältigungsgerät und einen Videorekorder besitzen sollte), sind keineswegs die Medien schlechthin. Es fehlen die Nachrichtenagenturen, die großen Produktionsstätten, die «Kommunikationsfabriken». Die Konzeption von Enzensberger wäre nur dann realistisch, wenn jeder Einzelne jederzeit über alle relevanten Informationen verfügen könnte, jederzeit das Richtige wüsste und jederzeit auf mit den gleichen Eigenschaften ausgestattete Individuen in seiner Umgebung rechnen könnte. Hier handelt es sich um die individuelle Lösung gesellschaftlicher Probleme. Beim heutigen Stand gesellschaftlicher Arbeitsteilung sind sowohl Erkenntnis als auch Kommunikationsprozesse effektiv nur in gesellschaftlich organisierter Form realisierbar. Theoretische und praktische Lösungen gesellschaftlicher Kommunikationsprozesse müssen diesem Tatbestand Rechnung tragen. Enzensberger sieht im Übrigen selber die Gefahr, dass seine Kon-

zeption auf «individuelle Bastelei» hinauslaufen könnte. (*Enzensberger: Baukasten zu einer Theorie der Medien*, S. 168) Auch die Konzeption, dass jeder als Sender wie als Empfänger agieren kann, ändert nichts daran, dass hier letztlich einzelne Individuen sich emanzipieren. Wie sie sich als Einzelne (auch wenn sie als Sender und Empfänger auftreten) unorganisiert gegen die organisierte Gewalt der Herrschenden durchsetzen könnten, bleibt offen.

III

Um das Bild abzurunden, ist es erforderlich, noch kurz auf jene Theoretiker einzugehen, die ihren Ansatz bei der «Konstitution von Klassenbewusstsein» suchen, die «im Rahmen einer politischen Praxis der demokratisch-sozialistischen Transformation des gegebenen gesellschaftlichen Systems die objektiven Möglichkeiten» bestimmen wollen, «Klassenbewusstsein in einer mit antikapitalistischer Erfahrung rückgekoppelten proletarischen Öffentlichkeit gegen die (und partiell mit den) Medien der zutiefst massenfeindlichen Massenkultur zu vermitteln» (*Dröge: Wissen ohne Bewusstsein*, S. 5). Die Lösung dieses Problems erfolgt wesentlich verhaltener, als es die Terminologie vermuten lässt: Zunächst wird die «Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus» abgelehnt, weil ihr die «etablierten kommunistischen Parteien folgen», zusätzlich verwahrt sich Dröge (gegen wen eigentlich?) energisch dagegen, dass «das Klassensubjekt durch ein «marxistisch-leninistisches» Parteisubjekt» ersetzt werde (*Dröge, F.: Wissensvermittlung in der bürgerlichen Gesellschaft. Mit einer ergänzenden Diskussionsvorlage von F. Dröge, R. Egger und J. Streese*, in: *Aufermann, J./Bohrmann, H./Sülzer, R. [Hrsg.]: Gesellschaftliche Kommunikation und Information*, Frankfurt a. M. 1973, S. 183). Die «proletarische Öffentlichkeit» bleibt unorganisiert der organisierten Macht des Kapitals ausgesetzt, sie wird auf ihren bewusst reflektierten und diese Reflexion gesellschaftlich-kommunikativ vermittelnden, gesellschaftlichen Lebensprozess in einer sozialistischen Demokratie» vertröstet (*Dröge: Wissen ohne Bewusstsein*, S. 13). Der auf die Reflexion «entschärfte» Klassenkampf bleibt bei Dröge mehr ein Erziehungsproblem. Seine theoretischen Überlegungen gipfeln auch in einer Mediendidaktik.

Die Marx'sche Methode bleibt bei Dröge im Wesentlichen auf die Analyse des ökonomischen Mechanismus der Medienproduktion beschränkt: Unterschlagen wird, wie dieser ökonomische Mechanismus jene objektiven und subjektiven Bedingungen des Klassenkampfes produziert und reproduziert, von denen sich die Arbeiterklasse nicht durch beliebige Strategien «sozialistischer Transformation» befreien kann, sondern letztlich nur durch Aufhebung dieses Mechanismus, und diese Aufhebung ist nicht durch Erziehung, sondern nur durch wirkliche, praktische Aktion möglich.

IV

Fassen wir zusammen, so ergibt sich, dass die sogenannten «neomarxistischen» Ansätze Marx so weit entschärfen, dass sie – um die Marx'sche Formulierung zu verwenden – den Bourgeois Gelegenheit bieten, sich «kraft ihrer philanthropischen Schwärmereien der Sicherheit halber den Kommunisten zu nähern». Systematisch aus der Theorie ausgeschlossen ist die Rolle der Produktionsverhältnisse und die Theorie des Klassenkampfes. Die aus einer derart «revidierten» Theorie folgenden Empfehlungen für die Praxis beschränken sich auf Diskussion, Reflexion, Erziehung, wobei sorgfältig die praktische Aktion der Massen ausgeklammert wird, noch sorgfältiger aber die Organisiertheit dieser Aktion. (Die Aktion scheint überhaupt nur möglich als eine von den Erziehern verordnete Aktion!)

Das erklärt auch, warum Lenin, der die marxistische Theorie gerade in Bezug auf die Rolle der Massenkommunikation systematisch weiterentwickelt hat, in allen hier diskutierten Konzeptionen herrschaftsfreier Kommunikation ausgeklammert bleibt. Lenin begründete die für Theorie und Praxis sozialistischer Massenkommunikation entscheidende Strategie für den realen Weg zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft, in der eine herrschaftsfreie Kommunikation möglich wird. Denn unsere Polemik richtete sich nicht gegen herrschaftsfreie Kommunikation schlechthin, vielmehr richtet sie sich gegen solche Konzeptionen, die den Kampf der Arbeiterklasse für ihre wirkliche Befreiung fehlorientieren.

V

Von den Theoretikern herrschaftsfreier Kommunikation wird besonders häufig Brechts bekannter Satz zitiert, dass der Rundfunk aus einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat umgewandelt werden müsse (*vgl. Brecht, Bertolt: Radiotheorie, in: Schriften zur Literatur und Kunst I, Berlin/Weimar 1966*). Man sollte jedoch die in der gleichen Rede von Brecht geäußerten Gedanken nicht unterschlagen: Er sah, dass diese Forderung nicht in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu verwirklichen sei; denn die herrschende Bourgeoisie nutzte diesen Apparat nur zur Distribution ihrer Gedanken, ihrer Ideologie. Brecht wünschte, dass das, was über den Rundfunk gesendet wird, für alle Zeiten fixiert würde: «Nachkommende Geschlechter hätten dann die Gelegenheit, staunend zu sehen, wie hier eine Kaste dadurch, dass sie es ermöglichte, das, was sie zu sagen hatte, dem ganzen Erdball zu sagen, es zugleich dem Erdball ermöglichte, zu sehen, dass sie nichts zu sagen hatte.» (*Ebd., S. 129*) Eine Kommunikation im wirklichen Interesse der Massen sah Brecht an die Befreiung der Arbeiterklasse gebunden.

Die Arbeiterklasse kann sich als Klasse nur befreien, wenn sie ein in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen stehendes (diese widerspiegelndes) Klassenbewusstsein entwickelt. Von sich aus, aus der Unmittelbarkeit ihrer individuellen Erfahrung allein, können die Arbeiter bestenfalls ein trade-unionistisches Bewusstsein entwickeln. Um sich zu befreien, um nicht nur einen Klassenkampf um günstigere Bedingungen für den Verkauf der Ware Arbeitskraft zu führen, um sich ihrer

historischen Mission bewusst zu werden, die wirklichen Interessen sowie die objektiven und subjektiven Bedingungen für die Realisierung der Klasseninteressen zu erkennen, benötigt die Arbeiterklasse ein zugleich wissenschaftliches Bewusstsein. Dieses entsteht – im Zusammenhang mit dem Klassenkampf des Proletariats, aber nicht unmittelbar aus ihm hervorgegangen – in Gestalt des Marxismus-Leninismus, der sozialistischen Ideologie. Weil sozialistisches Klassenbewusstsein nicht etwas aus dem Klassenkampf urwüchsig (spontan) Entstandenes ist, weil der Sozialismus als Theorie nur das Ergebnis angestrebter wissenschaftlicher Erkenntnis ist, weil in der kapitalistischen Gesellschaft die bürgerliche Ideologie die herrschende ist, kann sich die sozialistische Ideologie nur durchsetzen, so folgerte Lenin, indem sie bewusst in den Klassenkampf des Proletariats hineingetragen wird. (Vgl. *Lenin, W. I.: Werke, Berlin 1961 ff., Bd. 5, S. 385f.*)

Sozialistisches Bewusstsein entwickelt sich sowohl durch die Aneignung des Marxismus-Leninismus, durch den praktischen politischen Kampf, als auch durch die Weiterentwicklung der Ideologie, die Verallgemeinerung der Erfahrungen der Massen usw. Deshalb formulierte Lenin, dass sich die Rolle der Zeitung nicht allein auf die Verbreitung von Ideen, auf politische Erziehung beschränkt, sondern dass die Zeitung zugleich eine organisierende Funktion ausübt. Er verglich die organisierende Funktion der Zeitung mit einem Gerüst, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird. Dieses Gerüst zeige die Umrisse des Gebäudes, erleichtere den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern. Es helfe, die Arbeit unter den Bauarbeitern zu verteilen und die Resultate der gemeinsamen Arbeit zu überblicken. (Vgl. *ebd., S. 11 ff.*) Insofern ist die sozialistische Massenkommunikation aufzufassen als ein Instrument der Verständigung über Ziele, Bedingungen und Resultate des sozialen Handelns der Massen für ihre wirkliche Emanzipation. Zwei wesentliche Gegensätze zur Konzeption herrschaftsfreier Kommunikation werden bereits nach dieser knappen Skizze grundlegender theoretischer Leistungen Lenins deutlich:

1. Wenn die Arbeiterklasse sich emanzipieren will, so muss sie, wie bereits Engels es formulierte, die «Gesetze ihres eigenen gesellschaftlichen Tuns» mit voller Sachkenntnis anwenden und die Prozesse ihrer eigenen Vergesellschaftung beherrschen (*MEW, Bd. 20, S. 264*). Deshalb muss das Klassenbewusstsein der Arbeiter ein wissenschaftliches Bewusstsein sein, das die gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten richtig abbildet und Notwendigkeiten wie Möglichkeiten der wirklichen Emanzipation bestimmt. Nur dadurch kann die praktische Aktion erfolgreich sein. Damit aber kann sie keiner Konzeption folgen, die ihre Hoffnung auf spontane Kommunikation setzt.

2. Die Rolle der Kommunikation und der Kommunikationsmittel wird in ihrem untrennbaren Zusammenhang mit den politischen, ökonomischen und kulturellen Aktionen der Arbeiterklasse bestimmt. Erst im Rahmen dieses Zusammenhangs kann die Kommunikation auch zur Emanzipation beitragen, nicht aber dadurch, dass sie als autonome, aparte soziale Erscheinung behandelt wird. Jene esoterischen Individuen, die interesselos der reinen Vernunft folgend in der Habermas'schen Konzeption der idealen Sprechsituation als Utopie erscheinen, werden in der marxistisch-lenin-

nistischen Konzeption ersetzt durch historisch-konkrete, wirklich handelnde und im Rahmen ihres Handelns auch kommunizierende Individuen, Gruppen und Klassen.

Da weder sozialistisches Bewusstsein noch effektive gesellschaftliche Kommunikationsprozesse spontan entstehen und sich entwickeln, und da beide als gesellschaftliche Erscheinungen nur in gesellschaftlich organisierter Form erfolgreich entwickelt werden können, sind alle Versuche, individualistische Lösungen gesellschaftlicher Kommunikationsprozesse anzubieten (wie bei Enzensberger), unrealistisch. Jede emanzipatorische oder im wirklichen Interesse der Massen durchgeführte Massenkommunikation bedarf eines wirksamen Organs der Leitung und der gesellschaftlichen Kontrolle der Medien. Lenin verband deshalb Theorie und Praxis sozialistischer Massenkommunikation aufs Engste mit der Rolle der revolutionären Arbeiterparteien. Die Partei als fortgeschrittenster Teil der Klasse kann effektiv und im Interesse der Massen kontrollieren, dass die Medien solche Informationen verbreiten, die mit der Wirklichkeit übereinstimmen und Handeln richtig orientieren, und sie kann die Medien so führen, dass sie im Interesse der Verständigung und effektiven Kooperation eingesetzt werden. Hier muss angemerkt werden, dass die Rolle der Partei nicht zu identifizieren ist mit den Erziehungskonzeptionen mancher «neomarxistischen» Konzeption. Eine Trennung der Massen in Erzieher (Partei) und zu Erziehende (Massen) ist dem Marxismus-Leninismus fremd. Er geht vielmehr aus von einem zweiseitigen Kommunikationsprozess (vgl. Lamberz, W.: *Partei und Massen*, in: *Einheit* 7/1972, S. 848) zwischen Partei und Klasse. Im Rahmen dieses zweiseitigen Kommunikationsprozesses entsteht in einem historischen Prozess jener Typ sozialistischer Massenkommunikation, der eine echte Kommunikation der Massen für die Interessen der Massen verwirklicht.

Der Zusammenhang von Massenkommunikation und Sozialisation wird also im Marxismus-Leninismus auf einem völlig anderen gesellschaftstheoretischen Hintergrund konzipiert als in den Konzeptionen herrschaftsfreier Kommunikation. Das konnte hier nur thesenhaft angedeutet, nicht aber im Detail ausgeführt werden.

Die gesellschaftstheoretischen Grundlagen ersetzen keinesfalls empirische und einzelwissenschaftliche Untersuchungen zum Zusammenhang von Massenkommunikation und Sozialisation. Sie können jedoch nicht ausgeklammert werden; denn sie geben den theoretischen Kontext ab, in dessen Rahmen diese einzelnen Aussagen interpretiert werden und ihren spezifischen Stellenwert erhalten. Das Problem des Geltungsanspruches von Normen und Meinungen z. B., das Habermas mit dem Diskurs thematisiert, halte ich für ein wichtiges Problem. Nur führt es nicht zu jenen gesellschaftstheoretischen Konsequenzen, die Habermas vorschweben. Wenn in der Massenkommunikationsforschung diese gesellschaftstheoretischen Grundlagen nicht systematisch berücksichtigt und entsprechend entwickelt werden, dann wird der gegenwärtig unbefriedigende Zustand fort dauern, der m. E. gekennzeichnet ist durch eine große Zahl von Detailanalysen und eine völlige Vernachlässigung der (auch theoretischen) Grundlagenforschung. Nur dieser Zustand ermöglicht es auch, dass dem Marxismus entgegengesetzte Konzeptionen als «neomarxistische» gefeiert werden können.

DOKUMENT 2

REDE AUF DER GROSSKUNDGEBUNG AUF DEM BERLINER ALEXANDERPLATZ

4. NOVEMBER 1989

Quelle: Hahn, Annegret/Pucher, Gisela/Schaller, Henning/Scharsich, Lothar (Hrsg.): 4. November '89. Der Protest. Die Menschen. Die Reden, Frankfurt a. M./Berlin 1990

Wenn die Veranstalter mich als Amtsinhaber hier sprechen lassen, so vermutlich deshalb, weil ich den Studenten die Vertrauensfrage gestellt habe. Die Studenten haben mir ihr Vertrauen ausgesprochen.

Dafür habe ich viel Kritik erhalten.

Ich fordere Amtsinhaber auf, sich zu fragen, ob sie sich nicht auch demokratisch legitimieren lassen.

Ich spreche für Studenten und will Vorschläge aus unserer Hochschule sagen. Damit Vertrauen wächst.

Wir verfolgen eine Ermutigungspädagogik anstelle einer Verhinderungsplanung. Wir ermutigen Studenten, sich einzumischen – ohne Angst und Tabus. Sie sollen ihr Talent an den Themen und Stoffen entwickeln, die sie wollen.

Ohne Mut und volles Risiko wird es keine Kreativität geben. Demokratie ernst gemeint heißt, die Studenten müssen mit ihren Namen ihr Produkt vertreten. Niemand außer den Studenten selbst hat das Recht, auch nur ein Bild oder ein Wort aus einer Sendung oder einem Film herauszuschneiden.

Der Sinn ist: Sie sollen mit Namen, mit Adresse und Gesicht zu ihrem Produkt vor dem Publikum stehen und Zivilcourage entwickeln.

Wer das nicht früh lernt, sondern immer mit Berufung auf die bösen Umstände für Mittelmäßiges sich entschuldigt, der ist keine Bereicherung für unser Fernsehen.

Lasst uns die Jungen schützen vor einer durchorganisierten Verantwortungslosigkeit, in der jeder sich auf die Entscheidung des jeweils anderen beruft. Wenn in den Filmen von Studenten Widersprüche unseres Landes gestaltet werden – auch unangenehme Tatbestände –, dann ist zu berücksichtigen: Nicht der Überbringer schlechter Nachrichten ist zur Verantwortung zu ziehen, sondern der Verursacher der Zustände.

Wir haben keine verbotenen Filme und vollziehen in dieser Frage keine Wende. Ich fürchte nicht die unbequemen Studenten, die drängen auf Veränderungen von unannehmbaren Zuständen. Ich fürchte mehr diejenigen, die sich mit unannehmbaren Zuständen abfinden.

Mein Fehler und der vieler meiner Generation darf nicht wiederholt werden: Wir dürfen nichts auf die Umstände schieben – wir müssen die Demokratie ernst nehmen!

Jeder soll für seine Filme und Sendungen selber einstehen und sie verantworten!

Niemand anders als die Produzenten hat da Schneidrechte!

Wer an den Filmen und Sendungen der Jungen herumschneidet, verletzt mit seinen Instrumenten die Augen, das Ohr und das Empfinden der Jungen!

Wir brauchen nichts dringender als die unverfälschte Sicht der Jungen. Wenn unsere Studenten überall filmen – in Leipzig, in Dresden und hier in Berlin – so bitte ich sie um Unterstützung.

Übrigens: Auch den ernststen Willen zur Demo, den ernststen Willen zur Demokratie werden die Jungen uns erst dann glauben, wenn sie unverfälscht Ihres sagen und gestalten können!

Meine Forderungen lauten:

Erstens: Gebt ihnen die Chance, ohne Wenn und Aber das Ihre beizutragen zum gesellschaftlichen Dialog. Öffnet ihnen unsere Medien. Die Filme unserer Studenten muss niemand fürchten – es sind die Filme von engagierten jungen Leuten, die ihr Land besser haben wollen.

Zweitens: Wer die Meinung und die Vorschläge der Jungen fürchtet, hat Angst vor seinen eigenen Kindern. An die Stelle des Misstrauens und der Verdächtigungen, der Ängstlichkeit und behaupteten Nichtzuständigkeit muss in den Medien die Bereitschaft treten, die Jungen zu akzeptieren, zuzuhören und zu schauen, was sie uns zu sagen haben. Mit ihnen zu streiten. Zu helfen, aus eigenen Fehlern zu lernen. Den Jungen gehören auch die Produktionsmittel von Film und Fernsehen.

Wer nicht auf die Stimme der Jungen hört, hat die Zukunft des Sozialismus schon aufgegeben.

Vorschlag für die nächste Demonstration: Wir brauchen nicht nur Lautsprecher, sondern auch Hörgeräte.

DOKUMENT 3

BERICHT DER REDAKTIONSKOMMISSION AUF DEM ERSTEN BERATUNGSTAG DES AUSSERORDENTLICHEN PARTEITAGES DER SED/PDS

VORGETRAGEN VOM VORSITZENDEN DER REDAKTIONSKOMMISSION, LOTHAR BISKY. BERLIN, 9. DEZEMBER 1989

Quelle: Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999, S. 142 ff.

Die Delegierten des Sonderparteitages sehen es als ihre Pflicht an, sich im Namen der Partei gegenüber dem Volk aufrichtig dafür zu entschuldigen, dass die ehemalige Führung der SED unser Land in diese existenzgefährdende Krise geführt hat. Wir danken aufrichtig den mündigen Bürgern unseres Landes, die die radikale Wende durch ihren mutigen, gewaltlosen Kampf erzwungen und uns damit auch die Chance zur revolutionären Erneuerung unserer Partei gegeben haben.

Der außerordentliche Parteitag hat den Bruch mit der machtpolitischen Überhebung der Partei über das Volk, mit der Diktatur der Führung über die Parteibasis vollzogen. Er stellt den Parteimitgliedern mit dem Arbeitspapier seines vorbereitenden Arbeitsausschusses die Orientierung für einen demokratischen Sozialismus, jenseits von stalinistischem Pseudosozialismus und Herrschaft des Profits vor. Mit den Entwürfen für ein neues Statut sind Garantien für die Überwindung erstarrter Parteistrukturen vorgeschlagen und Wege zu lebendiger Demokratie im Leben unserer Partei gekennzeichnet.

Ausdruck der Abrechnung unserer Partei mit der diktatorisch geprägten Seite ihres bisherigen Daseins ist der Beschluss des außerordentlichen Parteitages, den Namen SED abzulegen und sich mit dem Abschluss des Parteitages einen neuen Namen zu geben, der dem neuen Geist der Partei entspricht.

Wir sind fest entschlossen, unsere Partei grundlegend umzugestalten. Wir wollen eine neue, eine sozialistische Partei werden, die die Traditionen der Arbeiterbewegung fortsetzt. Sie knüpft an sozialdemokratisches, sozialistisches, kommunistisches, antifaschistisches und pazifistisches Erbe an.

Unsere Partei ist offen für alle, die einen demokratischen Sozialismus wollen. Unsere Partei stützt sich in ihrer Politik auf die modernen Gesellschaftswissenschaften. Marx und Lenin sind uns dabei historisches Vorbild. Sie wendet sich gegen jegliche Einengung der theoretischen Quellen.

Unsere Partei wird ihre Einheit aus dem Wettstreit der Ideen aller ihrer Mitglieder, aus Plattformen und innerparteilichen Strömungen gewinnen. Unsere Partei ist für Parteienpluralismus. Sie versteht sich als politische Vertretung der sozialen Interessen aller Werktätigen. Wir streben nach einem anerkannten Platz in einem lebendigen System kämpferischer politischer Parteien und gesellschaftlicher Kräfte. Der KPdSU und allen politischen Bewegungen, die einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz wollen, fühlen wir uns verbunden. Wir wollen Partnerschaft mit den Sozialdemokraten.

Welche aktuellen Positionen vertreten wir? – Wir lehnen die Spaltung und die Auflösung unserer Partei entschieden ab. Wir haben ihre faktische Neugründung eingeleitet. Wir brechen mit dem System des Stalinismus. Wir sind für einen demokratischen Sozialismus, der menschlich, ökonomisch leistungsfähig und ökologisch gesund ist. Unterschiedliche Interessen von Klassen, Schichten und Gruppen sollen keine gesellschaftlichen Konflikte heraufbeschwören, sondern Triebkraft des Fortschritts und der ständigen Erneuerung des Sozialismus sein. Dieser Sozialismus soll dem Frieden, der Abrüstung und der Lösung wichtiger globaler Probleme dienen.

Die Grundorganisationen sind die entscheidende Basis der Willensbildung in unserer Partei und des Parteilebens insgesamt. Alle übergeordneten gewählten Leitungen sind dem mehrheitlichen Willen in ihrer Tätigkeit verpflichtet. Entsprechend sind Arbeitsweise und Struktur des Parteiapparates diesem Anliegen unterzuordnen. Dies ermöglicht und erfordert die deutliche Verkleinerung des Apparates. Durch diese radikale Erneuerung bricht unsere Partei konsequent und unwiderruflich mit dem Stalinismus im Parteileben.

Mit Blick auf den bevorstehenden Wahlkampf müssen wir verstärkt im Territorium wirksam werden. In den Betrieben und Einrichtungen sollen die Genossen gemeinsam über politische und ökonomische Fragen beraten und die Interessen der Werktätigen vertreten.

Wir sind für die Durchsetzung des Leistungsprinzips auf allen Ebenen von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Dafür setzen sich die Genossen sofort und überall ein. Dabei kämpft unsere Partei für das Recht auf Arbeit für alle und unterstützt alle Maßnahmen der Umschulung, Qualifizierung, der Umsetzung sowie soziale Überbrückungsmaßnahmen. Wir unterstützen alle Bestrebungen, die soziale Benachteiligung von Frauen in unserer Gesellschaft zu beseitigen. Wir setzen uns ein für eine echte Chancengleichheit in der Bildung, unabhängig von Weltanschauung, Religion und sozialer Herkunft, für alle Kinder und Jugendlichen. Der Erfolg der Erneuerung hängt gegenwärtig wesentlich von der Inanghaltung der Produktion, des Transports und der Versorgung in allen Bereichen ab. Das verlangt sofortige Entscheidungen zur Planung 1990, aber auch Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft, der Landwirtschaft und zur Sicherung des kommunalen Lebens in den nächsten Tagen und Wochen. Vorrangig geht es um entscheidende Lieferungen, Material, Werkzeug und Ersatzteile, um die stabile Winterversorgung, den Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte vor allem aus den Verwaltungen an Schwerpunkten.

Von den Mitgliedern unserer Partei erwarten wir, dass sie einen funktionierenden Alltag und eine kontinuierliche Lebensmittelversorgung in unserer schwierigen Lage durch ihren persönlichen Einsatz unterstützen. Wesentliche Voraussetzung ist dabei die Anerkennung der Autorität staatlicher Leiter in allen Betrieben. Eine Wirtschaftsreform muss radikal, tiefgreifend und schnell angegangen werden. Sie schließt die Neubestimmung von Wissenschaft und Technik ein. Unser Parteitag wird dazu in seiner Weiterführung Thesen formulieren.

Wir sind für Rechtsstaatlichkeit und unterstützen die Regierung dabei, alle Bürger des Landes vor Übergriffen zu schützen. Selbstjustiz und Racheakte sind entschieden zu unterbinden.

Streiks halten wir in der gegenwärtig äußerst angespannten Lage für verantwortungslos. Wir unterstützen alles, was der Sicherung der Leistungskraft unserer Volkswirtschaft zum Nutzen der Menschen dient. Über die Bedingungen eines Streikrechts in der DDR wird in einem Gesetz zu entscheiden sein, das vor Beschluss durch die Volkskammer durch die Genossen in den Gewerkschaften breit zu diskutieren ist.

Wir bekennen uns zum Bündnis mit der KPdSU, zur Freundschaft mit der Sowjetunion, zur Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze, zur freundschaftlichen Nachbarschaft mit der Volksrepublik Polen und der ČSSR, zu unseren Verpflichtungen im Warschauer Vertrag, zur weltumspannenden Völkerfreundschaft und zum KSZE-Prozess.

Eine Vereinigung von DDR und BRD steht für uns nicht auf der Tagesordnung. Wir sind für eine souveräne sozialistische DDR, die eine Voraussetzung für politische Stabilität in Europa ist. Wir streben eine Vertragsgemeinschaft mit der BRD an und sind offen für die Idee konföderativer Strukturen. Auf der Grundlage der bisherigen Ergebnisse des Parteitages und des Standpunktes des Arbeitsausschusses werden durch die Basis Programm und Statut der Partei diskutiert. Der Parteivorstand unterbreitet dazu Programmthesen und Statutenentwürfe.

Dieser Bericht der Redaktionskommission will als weiterer Beitrag zur Diskussion verstanden werden. Warten wir nicht auf die neue Linie, sondern erstreiten wir den neuen Weg der Partei! Lasst an eurer eigenen Haltung sichtbar werden, dass wir fleißig, verantwortungsbewusst, bescheiden und ideenreich uns in diese Erneuerung einbringen.

DOKUMENT 4

DA LASSEN WIR STOLPE NICHT MEHR 'RAUS.

**NÖTIG SIND NICHT NEUE KRITERIEN, NÖTIG IST EIN
NEUER KONSENS ÜBER DDR-VERGANGENHEIT.**

INTERVIEW MIT LOTHAR BISKY

Quelle: Neues Deutschland, 3. Mai 1994

Das Fazit ist bezüglich der MfS-Vergangenheit von Stolpe relativierend, aber, verknüpft gesagt, weitgehend entlastend. ND hat das gestern dokumentiert. Hätten Sie, jetzt ungebunden an die vom Gesetz verlangte Vorsitzendenneutralität, vielleicht noch etwas weiter zu relativieren?

Nein. Es ist auch nicht mehr mein Bericht, sondern der des Ausschusses, der meinem Entwurf in der Tendenz gefolgt ist. Abweichende Meinungen werden in Minderheitsvoten, auch durch die PDS, artikuliert werden.

Herr Stolpe ist also nach zwei Jahren Untersuchung «entlastet»?

Diese Tendenz zur «Entlastung», von der immer gesprochen wird, sehe ich so nicht. Alles, was Stolpes MfS-Verquickungen angeht, steht im Bericht, der hoffentlich einmal ganz veröffentlicht wird. Und das ist im Wortsinne eben nicht «entlastend». Was aber nicht drinsteht, ist jene völlig andere, vorgefasste Version von der ganzen Geschichte, die einige von ihr haben.

Was erwarten Sie vom Ministerpräsidenten jetzt unmittelbar?

Dass er nach der parlamentarischen Debatte die Vertrauensfrage stellt. Aber in Bezug auf die Vergangenheit, nicht in Bezug auf seinen Umgang mit ihr. Das sollte man fein trennen, das war auch nicht der Untersuchungsauftrag.

Worauf spitzt sich denn die Frage dieses Umgangs zu?

Aus der Sicht des Ausschusses vor allem darauf, ob er ihn belogen hat oder nicht.

Hat er, wächst da der Schatten Engholms?

Noch mal: Das war nicht Gegenstand unserer zweijährigen Arbeit. Aber es wäre natürlich ein, zurückhaltend formuliert, relevanter Tatbestand, wenn ein Ministerpräsident ein parlamentarisches Gremium belöge. Die Brisanz der Sache wurde ja überdeutlich, als darüber vor ein paar Wochen sogar die Koalition platzte.

Hat er nun die DDR-Verdienstmedaille vom MfS oder «nur» vom Kirchen-Staatssekretariat erhalten?

Aussagen und Indizien sprechen sowohl gegen als auch für Stolpe. Ich kann aber weder die eine noch die andere Variante beweisen. Deshalb lässt der Bericht genau das zum Beispiel offen. Die Leute, die da immer von «Entlastung» reden, sollten erst gründlich lesen, dann reden.

Nun ist das vielen Leuten im Osten offenbar längst völlig schnuppe, was Stolpe von wem bekam. Immerhin hat er bekommen. Warum besitzt er, als einer der gestern wie heute Privilegierten, dennoch so gute Karten?

In Pro und Kontra zu seiner Person kreuzen sich zumindest zwei gegenläufige Tendenzen: Frontalangriff auf DDR-Vergangenheit sowie Verteidigung dieser gelebten Vergangenheit. Und da wirkt so eine Art Mechanismus: Wer gegen Stolpe ist, ist gegen den Frieden. Daher auch sein enormer Bonus, den Infas am Wochenende wieder meldete. Die ihn in Brandenburg so vehement angreifen, treiben ihn geradezu in die absolute Mehrheit.

War er der Mann der Kirche, der Stasi, ein Doppelagent oder schlicht DDR-Bürger?

Ich denke, er war ein Kirchenmann. Aber eben auch, nach allem, was ich weiß, ein loyaler DDR-Bürger. Er ist davon ausgegangen, dass die DDR sehr lange existieren wird, und er ist deshalb viele, viele Kompromisse, auch gegenüber dem MfS, eingegangen.

Man kann das pragmatisch oder auch janusköpig nennen. In jedem Fall ist es aber das, was den Menschen Politik ziemlich widerwärtig macht.

Ich habe viel an Stolpes aktueller Politik auszusetzen, sehe ihn aber nicht als janusköpig. Stolpe hat vielleicht in den letzten drei Jahren zu sehr seine vermeintliche frühere Distanz zur DDR betont. Unbestritten bleibt aber, dass er sich in der DDR für viele Menschen gegenüber dem Staat eingesetzt hat. Das allerdings sollte er bitte auch heute tun. Vielleicht sogar ohne Auftrag der Kirche.

Apropos Distanz. Stolpe gefällt sich ja als Widerständler, der mit langem Löffel mit dem Teufel speiste. Kirche also gleich DDR-Widerstand?

Ich denke, dass in der Kirche alle Widersprüche und Verhaltensweisen der DDR-Gesellschaft versammelt waren. Auch bei Amtsinhabern. Das erscheint heute nur deshalb anormal, weil auf der Basis der Unrechtstheorie die DDR unisono kriminalisiert wird.

Also der schlichte DDR-Bürger.

Zumindest steht Herrn Stolpe gleiche Fairness zu, wie wir sie als PDS für alle fordern.

Die Fälle, wo Leute auf dem flachen Land anders behandelt werden als der Ministerpräsident, stehen fast jeden Tag im ND. Dem will die SPD offenkundig abhelfen, indem sie nun die sogenannten Stasi-Kriterien zugunsten von Stolpe redigiert?

Einerseits muss endlich Gleichbehandlung gesichert werden; der Ministerpräsident hat schließlich Gerechtigkeit gegenüber jedermann geschworen. Aus dieser Ecke lassen wir ihn nicht mehr raus. Andererseits würde ich, käme es tatsächlich zu einer Lex Stolpe, zu seinem schärfsten politischen Gegner.

Was tut die PDS für die Leute, um die sich Brandenburgs Ministerpräsident bisher nicht kümmert?

Wir engagieren uns für die, die gnadenlos rausgeschmissen und diskriminiert werden. Und wir stehen dabei bei unseren Mitgliedern und Wählern im Wort, das noch stärker zu tun. Wir pochen auf differenzierte Einzelfallprüfung. So wie bei Stolpe. Und entscheidend sind nicht Akten, entscheidend ist die Frage: Was hat jemand tatsächlich getan?

Aber Einzelfallprüfung ist doch, man denke nur an den Aufwand des Ausschusses, illusorisch. Reicht es nicht, die Bewertungskriterien zu ändern?

Ich glaube nicht an diese deutsche Neigung, auch Schuld und Unschuld an einem Lineal messen zu können. Alles andere, als sich mit dem einzelnen Menschen zu befassen, führt zur Pauschalisierung. Und Pauschalisierung fördert nicht Diskussion über Vergangenheit, sondern das Schweigen darüber. Es geht letztlich nicht um neue Kriterien, sondern um einen völlig neuen Konsens.

Unter dem dann endlich jedermann in sich den eigenen kleiner Widerständler Stolpe entdecken kann?

Die Gefahr mag es geben. Aber die andere Gefahr, die Kriminalisierung und Ausgrenzung von Hunderttausenden, ist ja doch wohl etwas größer. Die ist doch heute das Unerträgliche! Und erst, wenn man den Menschen die Angst nimmt, dass ihre Existenz bedroht ist, wenn sie über Vergangenheit reden, wird es diesen Konsens geben.

Inzwischen springen in Brandenburg alle Parteien auf das populistische Trittbrett: Gleiches Recht für alle! Macht die PDS da Alleinurheberschaft geltend?

Na, ich möchte uns doch zumindest an der Miterfindung dieser Idee beteiligt wissen. Deshalb habe ich überhaupt den Vorsitz im Ausschuss übernommen. Wenn dem nun alle folgen, kann ich das nur begrüßen. Allerdings könnte das ja die CDU zumindest dort, wo sie regiert, längst verwirklichen. In Sachsen oder in Thüringen. Und die SPD

könnte, beispielsweise in Berlin, wo sie mitregiert, wenigstens dazu beitragen. Wo sie sich jetzt sogar schon als die Partei der Wendepfer sieht.

Dienstag treffen Sie wahrscheinlich offiziell mit Stolpe zusammen.

Wird das Gespräch an den Anti-PDS-Thesen der SPD ganz vorbeigehen?

Die Thesen sind ja nicht von Stolpe. Ich überbewerte sie nicht. Bei der SPD, zumindest in Brandenburg, gibt es übrigens eine Art Arbeitsteilung. Stolpe, auch ein paar andere, sind da etwas zurückhaltender als etwa der Landesvorsitzende. Es wird also in zwei Sprachen geredet, vielleicht auch gedacht.

Was sich auch doppelzünftig nennen ließe.

Wie spricht denn ihrerseits die Brandenburger PDS?

Wir bleiben bei einer Sprache. Es ist normal, in Sachfragen miteinander zu reden, in eine Koalition wollen wir ja sowieso nicht. Wir lassen uns aber auch auf keinen Kuhhandel ein. Es wird keine einseitige Unterstützung von Stolpes Minderheitskabinett ohne eine Generalabrechnung mit seiner Politik geben. Und die hat neben der sachlichen wenigstens noch eine moralische Seite.

[Das Gespräch führt Michael Müller.]

DOKUMENT 5

MIT MENSCHLICHEM MASS DIE VERGANGENHEIT BEWERTEN.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG VON 5 ABGEORDNETEN ZUM BERICHT DES UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSSES 1/3 (DRUCKSACHE 1/3009I)

Quelle: Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Drucksache 1/3098, 16.6.1994

Aus Anlass der Beendigung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses 1/3 und angesichts der öffentlichen Diskussion um die Biografie des Ministerpräsidenten, aber auch der vieler Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, erklärt der Landtag:

(1) Die Geschichte des ehemals geteilten Deutschland kann nur gemeinsam «aufgearbeitet» werden und verlangt das wechselseitige Bemühen um Verständnis für die in Ost und West sehr unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen, in denen die Menschen jeweils lebten. Nur so wird die innere Einigung Deutschlands gelingen.

(2) Der öffentliche Umgang mit Biografien muss der Menschenwürde verpflichtet sein. Eine nur selektive Kenntnisnahme von Lebensläufen und Lebensleistungen und ihre Bewertung unter dem Gesichtspunkt heutiger politischer Opportunitäten sind ungerecht, verhindern einen aufrichtigen Umgang mit der Geschichte und schaden dem inneren Frieden.

(3) Eine der Achtung der Menschenwürde verpflichtete Auseinandersetzung mit politischen Biografien ist unvereinbar mit Vorverurteilungen und der Verletzung von Grundrechten. Das Bekennen zu eigener Verantwortung und gegebenenfalls auch Schuld wird dadurch erschwert.

(4) Die Erfahrungen aus der Debatte um die Kontakte Manfred Stolpes zu staatlichen Stellen der ehemaligen DDR, auch zum Ministerium für Staatssicherheit, zeigen, dass eine oberflächliche Beurteilung, die allein am Maßstab formaler Kriterien vorgenommen wird, zu groben Ungerechtigkeiten führt.

(5) Jeder einzelne Fall muss sorgfältig geprüft werden. Die Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze ist dabei selbstverständlich. Dazu zählen der Anspruch auf rechtliches Gehör, ein faires Verfahren und die strikte Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.

(6) Die Einzelfallprüfung muss über die bloße Feststellung einer Zusammenarbeit mit dem ehemaligen MfS hinausgehen. Sie umfasst die Berücksichtigung der Motive, die zu einer solchen Zusammenarbeit geführt haben, der Art und des Umfangs dieser Zusammenarbeit, des möglicherweise angerichteten Schadens, der Dauer der Zusammenarbeit und der Gründe für ihre Beendigung. Bagatellvorgänge sollen keine Beachtung finden. Bei der Einzelfallprüfung wird verhältnismäßig nach der Funktion, die die bzw. der Betreffende bekleidet bzw. bekleiden soll, entschieden. Die seit Beendigung der Tätigkeit für das MfS vergangene Zeit ist zu berücksichtigen. Niemandem darf die persönliche Weiterentwicklung und der Wille zur Neuorientierung abgesprochen werden.

(7) Der Landtag erwartet, dass diese Grundsätze durch die Landesverwaltung, Kommunen und alle sonstigen öffentlichen Stellen beachtet werden.

Wolfgang Birthler; Dr. Peter-Michael Diestel; Siegfried Lietzmann;
Prof. Dr. Michael Schumann; Rolf Wettstädt

DOKUMENT 6

PDS '95: SOLIDARISCH. ALTERNATIV. BUNDESWEIT.

FÜNF JAHRE PDS: AUFGABEN UND HERAUSFORDERUNGEN, REFERAT VOM VORSITZENDEN LOTHAR BISKY AUF DEM 4. PARTEITAG DER PARTEI DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS AM 27. JANUAR 1995 IN BERLIN (AUSZÜGE)

Quelle: Archiv Demokratischer Sozialismus/Rosa-Luxemburg-Stiftung (ADS/RLS),
Signatur 2010-020-006

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, [...]

Am 16. Oktober 1994 schaffte die PDS den Wiedereinzug in den Bundestag und damit ihren bisher größten politischen Erfolg. Wir sind inzwischen längst wieder im PDS-Alltag angelangt. Aber vergessen wir nicht: Die PDS hat etwas geschafft, was ihr noch 1993 und Anfang 1994 keine der meinungsmachenden Zeitungen und Zeitschriften der BRD zugetraut hat. Die PDS hat den Wiedereinzug in den Bundestag und die deutliche Stärkung ihrer Positionen in den ostdeutschen Landtagen und Kommunen geschafft – und zwar gegen härteste Attacken aller etablierten Parteien! Von Herzen sage ich noch einmal allen Danke, die ihren Anteil daran haben – den Tausenden Mitgliedern, Freundinnen und Freunden der PDS an der Basis, unseren Kommunalpolitikerinnen und -politikern, unseren Kandidatinnen und Kandidaten.

Die PDS ist eine der drei großen Parteien Ostdeutschlands und sie trägt in Westdeutschland dazu bei, die eigene Isolierung und die lange Bedeutungs- und Wirkungslosigkeit der Linken zu überwinden. Die PDS hat das Vertrauen von mehr als zwei Millionen Wählerinnen und Wählern erhalten. Aber, und niemand von uns hat ein Recht, daran Abstriche zu machen: Wir sind nicht für uns selbst da. Wir wollen und wir müssen Politik machen: solidarisch, alternativ, bundesweit. Wir haben die Pflicht, die Erwartungen unserer Wählerinnen und Wähler zu erfüllen. Nicht prinzipienlos, sondern als sozialistische Partei, als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten. [...]

Auch für die PDS geht nunmehr eine Etappe zu Ende, in der faktisch eine Selbstbehauptungspolitik dominiert hat. Die Perspektive der PDS ist längst noch nicht auf Dauer gesichert. Jetzt aber stehen wir vor der Aufgabe, eine politische Strategie auszuarbeiten und vor allem zu verwirklichen, deren Kern das Eingreifen in Politik und Gesellschaft der BRD sein muss. Und dieser Kern lässt sich knapp und klar beschreiben: Wir müssen gemeinsam und im Wettstreit mit anderen Kräften in der

Bundesrepublik einen Beitrag zur Überwindung der konservativen geistigen und politischen Hegemonie leisten. Widerstand, wo immer er notwendig ist, Kampf gegen den konservativen Zeitgeist, den deutschen Trübsinn und Suche nach Reformalternativen – das sind unsere politischen Aufgaben. Wir werden sie anpacken im Sinne unseres Mottos: Solidarisch ohne Wenn und Aber, alternativ und bundesweit. [...]

Die PDS will [...] politische Alternativen in der Bundesrepublik wieder denkbar und gestaltbar machen.

Der Außerordentliche Parteitag der SED im Dezember 1989 hatte ja nicht nur den antistalinistischen Konsens zur Grundlage, sondern auch die allgemeine Forderung: Lasst uns endlich eine wirkliche politische Partei werden, lasst uns teilhaben und aktiv teilnehmen an der Reform der DDR – damals –, an der Gestaltung von Politik auf allen Ebenen. Die PDS will sich heute in die Politik und Gesellschaft der BRD einbringen. Und die bundesrepublikanische Gesellschaft braucht eine politische Kraft, eine demokratische antikapitalistische, systemkritische Partei, die die Fragen heutiger politischer Alternativen mit jenen einer gesellschaftlichen Alternative verbindet.

Vom Papst bis zum Deutschen Gewerkschaftsbund weiß praktisch jeder, dass der westliche kapitalistische Entwicklungstyp, der über Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg funktioniert hat, am Ende ist und dass gleichzeitig die globalen Probleme ebenso einen umfassenden und tiefen gesellschaftlichen Bruch verlangen. Das Wissen um diese Situation ist das eine, die fast vollständige Verdrängung dieser Realität aus konkreter Politik und aus der gesellschaftlichen Diskussion das andere. Wir aber haben die Erfahrung des Bruchs von 1989/90, wir haben die Erfahrung, wie selbst unübersehbare gesellschaftliche Veränderungszwänge ignoriert werden konnten. Wenn wir über unseren Beitrag nachdenken, werden wir bescheiden sein, offen für die Überlegungen anderer, aber konsequent, wenn es um diese Notwendigkeit und Tiefe politischer und gesellschaftlicher Brüche geht.

Drei widersprüchliche Aufgaben scheinen vor der PDS zu stehen:

- Widerstand gegen die herrschende Politik und ihre Folgen,
- die Teilhabe an der gerechteren Verwaltung des Status quo (und sei es durch gute Oppositionspolitik) und
- die Veränderung der geistigen Hegemonie in Deutschland.

Da wir eine sozialistische Partei sind, ist der Kampf darum, welche Ideen die Politik, Kultur, Wirtschaft, die Sozial- und Umweltpolitik sowie die Außen- und Sicherheitspolitik in diesem Lande bestimmen, für uns die Kernfrage. [...]

Es ist an der Zeit, den konzeptionslosen Rückzug der demokratischen, linken, sozialistischen Kräfte zu stoppen. Wir haben mehr als zwei Schritte zurück getan, es ist an der Zeit, wieder vorwärtszugehen. Angesichts der neueren Entwicklungen gibt es aber allen Grund zu nachdenklichem Selbstvertrauen, zu Mut und neuer Angriffslust. Anstelle einer neuen Welle des Neokonservatismus und des geistlosen Wirtschaftsliberalismus sowie kurzsichtiger und primitiver Machtpolitik braucht diese Welt und braucht Deutschland eine neosozialistische Alternative.

Der Kampf um Köpfe und Herzen der Menschen ist von unserer Seite wieder mit selbstbewusster Bescheidenheit aufzunehmen. Es ist dies ein Kampf gegen den Zeitgeist. Es wird ein außerordentlich harter Kampf um geistige Macht. Und dazu brauchen wir politisch eingreifende Entwürfe, die neue Chancen für die Menschen hier mit Lösungsansätzen für die globalen Probleme verbinden. Angesichts der realen Problemlage und der satten und oftmals auch dümmlichen Selbstzufriedenheit der herrschenden Eliten dieses Landes haben wir gute Voraussetzungen, in diesem Kampf Siege zu erringen, auch wenn die Machtverhältnisse zu unseren Ungunsten gestaltet sind. [...]

Wir haben 1989 erlebt, wie die Versuche der Herrschenden im Staatssozialismus zunichtegemacht wurden, einfach weiterzumachen, wo ein Andersmachen auf der Tagesordnung stand. Wir haben erfahren, wie sich plötzlich Geschichte beschleunigt und wie wichtig es dann ist, nicht organisations- und konzeptionslos dazustehen. Wir haben gelernt, wie schnell Macht zu Ohnmacht zerrinnt, wenn sie für neue soziale, ökologische und demokratische Forderungen blind ist und sich abschottet. Wenn Geprügelte doppelt zählen, so zählen wir mindestens vierfach – geprügelt durch das Scheitern unserer Anstrengungen für die Reform des Staatssozialismus vor 1989 und geschlagen durch unsere unzureichende Kraft, dem Anschluss der DDR an die BRD den Weg einer wirklichen Vereinigung gegenüberzustellen. Mit dieser selbstbewussten Bescheidenheit sollten wir um die geistige und politische Macht in diesem Land streiten. [...]

Ich schlage der PDS und dem neu zu wählenden Parteivorstand vor, mit neuem Selbstbewusstsein und den genutzten Erfahrungen von Zusammenbruch und Aufbruch, mit den einzigartigen Erfahrungen einer Partei, die aus Osteuropa kommt und in Westeuropa angekommen ist, die Ausarbeitung und Diskussion eines gesellschaftlichen Reformprojektes zu beginnen. Es soll der organisierten Alternativlosigkeit in der BRD die Idee und den politischen Kampf für die Organisation von Alternativen entgegensetzen. Dieses Projekt soll nicht das Nachdenken um und den Streit für eine sozialistische Perspektive ersetzen, es soll zur Überwindung der gegenwärtigen gefährlichen gesellschaftspolitischen Blockade in der BRD beitragen. Wenn wir eine solche Konzeption wagen wollen, werden wir umfangreiche analytische und strategische Arbeit organisieren müssen, sowohl in der PDS, mit uns verbundenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, mit Praktikerinnen und Praktikern, als auch mit kritischen Kräften außerhalb der PDS. Wir hätten mit einem solchen Projekt keinen Ersatz für Politik und reale Bewegung, aber wir kämen wohl zu größerer Klarheit über heutige Aufgaben und könnten einen Beitrag zur Veränderung des geistigen und politischen Klimas in der BRD leisten. Zu einem Vorgriff auf die Konturen eines solchen Reformprojektes sind wir noch nicht in der Lage. Einige Kriterien, die für eine sozialistische Partei unverzichtbar sind, scheinen mir jedoch bereits bestimmbar:

(1) Der unausweichliche tiefgreifende soziale, wirtschaftspolitische und ökologische Umbau kann und darf keinen Abbau an sozialer Sicherheit, Chancengleichheit und Gerechtigkeit bedeuten, sondern muss und kann sie erweitern.

(2) Die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit und der Existenzunsicherheit sind für die PDS unaufgebbare Ziele. Ein neuer Entwicklungstyp muss zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, zu einer gerechten Verteilung von Arbeit und zur Veränderung ihres Charakters beitragen. Arbeit ist ein soziales Menschenrecht, ohne das Freiheit und Gerechtigkeit, Individualität und Solidarität, aber auch Frieden unter und zwischen den Völkern zu leeren Worthülsen verkommen.

(3) Unsere Vorstellungen eines gesellschaftlichen Wandels entlassen den Staat nicht aus seiner Verantwortung. Aber es geht nicht primär um eine Wende aus Bonn, sondern um einen zivilgesellschaftlichen Wandel, der in jeder Kommune beginnt und den Spielraum für selbstbestimmte Politik der Betroffenen überall erweitert. Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Finanzkraft, der Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger, Formen direkter Demokratie, einer stärkeren Rolle gesellschaftlicher Bewegungen, vor allem von Frauen, sowie gewerkschaftlicher und ökologischer Organisationen sind unverzichtbarer Inhalt und Voraussetzung für den Charakter der von uns angestrebten Veränderungen.

(4) Ein neuer Wirtschaftstyp nachhaltiger Entwicklung ist notwendig. Er muss schrittweise Schluss machen mit wachsendem Ressourcenverbrauch und Wachstum der Kapitalverwertung, der Märkte und der materiellen Bedürfnisse. Er muss gleichzeitig den sogenannten Entwicklungsländern eigenständige, selbstbestimmte und alternative Entwicklungschancen eröffnen. Ökologische und soziale Zielstellungen sind nicht mehr zu trennen und müssen gesellschaftliche und wirtschaftliche Priorität erhalten. Eine Politik der sozialen Steuerung und Regulierung der Marktwirtschaften ist unverzichtbar für gesellschaftlichen Fortschritt, der die Tragödie der 1930er-Jahre – die erst vor 50 Jahren mit der Befreiung von Auschwitz endete – nicht wiederholen will.

(5) Wir benötigen internationale und demokratische Regulierungsmechanismen für die Lösung der globalen Probleme. Konfrontiert sind wir gegenwärtig mit dem Wiederaufleben eines Nationalkonservatismus und der Dominanz von multinationalen Konzernen sowie mit der Konzentration internationaler Anstrengungen auf die Ausgrenzung von Flüchtlingen und mit der Durchsetzung eines globalen westlichen Machtmonopols. Was wir aber benötigen, das sind durchsetzbare internationale soziale und ökologische Mindeststandards, ein internationales Vorgehen gegen Kapital- und Steuerflucht und die gigantischen parasitären internationalen Finanzspekulationen. [...]

Die PDS ist eine bescheidene politische Kraft in der Bundesrepublik und weiß um die Grenzen ihres Einflusses auf die Wirtschaft. Sie hat aus dem Fiasko des Staatssozialismus gelernt, dass die Enteignung der Produktionsmittel und ihre Verstaatlichung nicht zur Lösung der Probleme führen, dass eine zentralistische Direktivenwirtschaft ohne das Innovations- und Selektionspotenzial des Marktes zu schlimmen Fehlentwicklungen führt und Kreativität abtötet. Das wiederum bedeutet für uns alles andere als Markt- und Unternehmerapologetik. Denn nun, nach dem Ende des Staatssozialismus, tritt der Kapitalismus nach der kurzen Phase seines voreiligen Siegestaumels aus dem schmeichelnden Schatten der östlichen Krisen und Niederlagen

hervor, der die eigenen Defizite fast im Dunkeln gelassen hatte. Die PDS hat gelernt, dass das Verkleistern struktureller Grunddefizite einer Gesellschaft verheerende Wirkungen hat, und nennt diese daher auch für die Bundesrepublik beim Namen.

Ich sehe unsere Kompetenz in folgenden Richtungen:

a) In der Analyse geht es uns um die Benennung der wirklichen Struktur und der ursächlichen Wurzeln der ungelösten ökonomischen und sozialen Probleme – statt sie fälschlich überhöhten Lohnforderungen, unrealistischem Anspruchsdenken, ausländischer Niedriglohnkonkurrenz und zu geringem Raum für Marktmechanismen zuzuschreiben. Im Unterschied zur vorherrschenden Strömung in der SPD umgeht die PDS dabei nicht die Kritik der ökonomischen Machtverhältnisse.

b) Hinsichtlich der Schaffung und Sicherung von Arbeit wollen wir um Wirtschaftskonzepte kämpfen, die ein Stück Annäherung an das als unmöglich Geltende bewirken können: Einheit von Wettbewerbs- und Reformfähigkeit, Verklammerung von Modernisierung und hochwirksamer Beschäftigungspolitik, Zusammenführung der häufig kollidierenden Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik zu ökologischer Wirtschaftspolitik – um so auch den Charakter von Arbeit zu verändern. Wir wollen die soziale Sicherung auch jener gesellschaftlichen Arbeit – wie Pflege und Erziehung –, die bisher unbezahlt geleistet werden muss.

c) Die PDS will eine starke Opposition sein für die sozial Schwachen. Uns muss es gehen

- um die Abkehr von fortschreitender Vermögenspolarisierung,
- um den Kampf für mehr Verteilungs- und soziale Gerechtigkeit,
- um vielfältige Formen der Wirtschaftsdemokratie,
- um mehr Einfluss der Beschäftigten und der von Wirtschaftsentscheidungen Betroffenen auf diese Entscheidungen.

Wir wollen konsequenten Widerstand entwickeln: auf örtlicher, Branchen-, Landes- und Bundesebene sowie gegen die Expansion eines deregulierten Niedriglohnssektors, gegen die Aushöhlung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, gegen untertarifliche Bezahlung, gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse und Sozialabbau, gegen die Einführung der «Vergleichsmieten» 1995 in Ostdeutschland, gegen Zwänge der Wohnungsprivatisierung und des Altschuldenhilfegesetzes.

d) Die PDS will die wirtschaftliche Gesundung in Ostdeutschland. Wir unterstützen die nachdrückliche Vertretung ostdeutscher Wirtschafts- und Sozialinteressen vor allem im Rahmen langfristiger Reindustrialisierungspolitik, ökologischer Umbau- und Beschäftigungspolitik.

e) Die PDS setzt sich für neue Verhältnisse im Wirtschaftsmechanismus ein. Wir wollen uns initiativreich beteiligen an der Suche nach einem neuen Mix von Markt, staatlicher Wirtschaftspolitik, zivilgesellschaftlichem Handeln und internationalen Wirtschaftsorganisationen und Wirtschaftsregimen. Diese Suche muss jenseits des fruchtlosen Streits um mehr Markt oder mehr Staat erfolgen. Sie muss den veränder-

ten Bedingungen gemäß und auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche spezifisch zugeschnittene neue Lösungen hervorbringen.

Die PDS engagiert sich für alternative Wirtschaftsformen, für Förderung statt Benachteiligung der Genossenschaften in Ost-, aber auch in Westdeutschland, für Sozialbetriebe, Beschäftigungsgesellschaften und Selbsthilfeprojekte.

Die PDS erkennt eine wesentliche Ursache vieler Krisenprozesse und Probleme und vor allem der sozialen Ungerechtigkeiten nicht in der Existenz privater Unternehmen an sich, sondern darin, dass der Unternehmensprofit der entscheidende Maßstab eines Großteils der wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen ist – übergewichtig und völlig unzureichend korrigiert durch politisch gesetzte soziale und ökologische Kriterien. Die kurzfristigen Zwänge der Weltmarktkonkurrenz bewirken arbeitsplatzvernichtende Durchrationalisierung, schonungslosen Umgang mit der Natur, Rücksichtslosigkeit im Umgang mit sozialen Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung und mit den existenziellen Problemen der ökonomisch schwach entwickelten Länder. Dem müssen Schranken und konstruktive Lösungen durch zivilgesellschaftliche und staatliche Verantwortung entgegengesetzt werden, ohne das privatwirtschaftliche Interesse an Effizienz zu erdrücken.

Wenn der Kapitalismus ein Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg den – wie Burkhard Lutz es nennt – «kurzen Traum immerwährender Prosperität» genährt hat, dann nicht trotz, sondern gerade durch den Ausbau des Sozialstaates, durch aktive Lohn- und Arbeitsmarktpolitik, durch Erweiterung der Rechte der abhängig Beschäftigten. Nicht die soziale Sicherheit, sondern die Arbeitslosigkeit mit ihren verheerenden sozialen, psychischen und finanziellen Auswirkungen ist zu teuer und unbezahlbar! Wenn man heute den Rückfall in die Erfahrung der späten 1920er-Jahre vermeiden will, dann ist es die erste Aufgabe der Linken, die Angriffe der Unternehmer und der politisch Herrschenden auf die Besitzstände und sozialen Rechte der Beschäftigten und Sozialstaatsabhängigen abzuwehren.

Die PDS tritt ein für die radikale, wenn auch zunächst nur schrittweise mögliche Umkehr von vorwiegend profitorientiertem, sozial unzureichend gebändigtem und nach wie vor umweltzerstörendem Wachstum hin zu nachhaltiger, dauerhaft reproduktionsfähiger, sozial- und umweltverträglicher Entwicklung. Das erfordert konkretes Handeln auf vielen Feldern, wie z. B. die Initiative der Berliner PDS zur Einführung einer Nahverkehrsabgabe für Kfz-Halterinnen und -Halter, deren Einnahmen für die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs verwendet werden. Wenn auch andere Kräfte einen solchen Umbau betreiben, dann äußert sich darin kein Profitefizit der PDS und dann spricht das nicht gegen ihre Existenzberechtigung. Solche Übereinstimmungen deuten auf die Dringlichkeit der Probleme genauso hin wie auf Möglichkeiten für gemeinsames Engagement. Und sie erlauben in meinen Augen nur eine Schlussfolgerung: Die PDS ist in solchen Zusammenhängen zu besonderer Konsequenz verpflichtet – beim Umgang mit erkannten Herausforderungen im Allgemeinen und bezüglich der ostdeutschen Interessen im Besonderen.

Im Zentrum solcher Anstrengungen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft muss der ökologische Umbau der Wirtschaft stehen. Das betrifft vor allem ein neues Energiekonzept, gefördert durch die Einführung einer aufkommensneutralen Energiesteuer. Im Auftrag von Greenpeace hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung beispielsweise Vorschläge für ein integriertes umweltfreundliches Verkehrskonzept, für ein umweltfreundliches Konzept zur Entwicklung der Agrarproduktion und für umweltgerechte strukturelle und technologische Veränderungen in der chemischen Industrie vorgelegt. Breiter Übergang zu neuen Produkten und Technologien nach dem Maßstab nachhaltiger Entwicklung verspricht einen erheblichen Nettozuwachs von Arbeitsplätzen. Dieser Umbau wird wahrhaft umwälzend sein. Er wird sämtliche Sphären der Gesellschaft so weitreichend verändern und nur unter der Voraussetzung eines so tiefgreifenden Wandels auch der kulturellen Werte und Maßstäbe von Lebensqualitäten erreicht werden können, dass der Profit als die gegenwärtig herrschende Handlungsmaxime überfordert wäre.

Umweltgerechter wirtschaftlicher Umbau kann also nur zustande kommen, wenn Gewerkschaften und Unternehmer, umweltorientierte Bewegungen und Bürgerinitiativen, Frauenorganisationen, Bund, Länder, Gemeinden, Bundesbank, Bundesanstalt für Arbeit, Beschäftigungsgesellschaften, regionale Entwicklungsagenturen und viele andere Akteure ihre Interessen einbringen – in ihren Interessenkämpfen nach Kompromissen suchend. Nicht nach faulen, sondern nach Kompromissen für nachhaltige Entwicklung. Das erfordert im Übrigen auch Schritte zu einer demokratischen Kontrolle der Bundesbank.

Eine zweite Chance für Arbeit und Natur wäre die entschiedene Entwicklung des Gesundheits- und Sozialwesens, der Bildung und Erziehung, der Betreuung von Alten, Kranken und Behinderten sowie des Umweltschutzes, der Kultur und der Freizeitphase. Allein eine bedarfsgerechte Pflege würde etwa 500.000 Arbeitsplätze erfordern. Es geht um das Herausfinden von öffentlichen und privatwirtschaftlichen Beiträgen zur Auflösung des Widersinns, dass immer weniger Menschen immer mehr Reichtum produzieren und dass bei wachsendem materiellen Reichtum die Tendenz stärker wird, kulturellen und sozialen Reichtum sowie die Leistungen in den genannten, für die Qualität des Lebens so wichtigen Bereichen zu verringern.

Eine dritte Wachstumschance könnte in einer neuen Entwicklungspolitik bestehen. Sie würde sich eröffnen, sobald der für die Mehrheit der Entwicklungsländer seit 1984 andauernde skandalöse Nettokapitaltransfer von Süd nach Nord umgekehrt werden und die Potenzen dann genutzt würden, um die Unterentwicklung zu durchbrechen. Welchen Charakter die sogenannte Entwicklungspolitik der Bundesrepublik und der deutschen Unternehmen gegenwärtig besitzt, zeigt sich vielleicht am deutlichsten in der Tatsache, dass die deutschen Finanztransfers auf die karibischen Kaimaninseln mit ihren 26.000 Einwohnerinnen und Einwohnern größer sind als nach ganz Afrika. Der Grund besteht ganz einfach darin, dass die Kaimaninseln einer der lukrativsten Spekulationsplätze geworden sind. Wir haben im Partei- und Wahlpro-

gramm konkrete Vorstellungen zur grundlegenden Änderung der bundesdeutschen Entwicklungspolitik ausgearbeitet.

Hier können nur einige Umrisslinien der von uns angestrebten Wirtschaftsentwicklung angedeutet werden. Eines muss allerdings noch festgehalten werden. Wir pflegen unsere Vorstellungen nicht in fernen Elfenbeintürmen. Wir betreiben sie als Politik einer Partei mit besonderem Profil. Das heißt: Wir stehen für ein integratives Zusammenwirken in den einzelnen Fachbereichen und Politikfeldern – und zwar im Rahmen einer erheblich aufzuwertenden Regionalpolitik in den ostdeutschen Bundesländern. Regionalpolitik im Osten Deutschlands ist herausgefordert, Deindustrialisierung und weitgehende Vernichtung ostdeutscher Industrieforschungspotenziale zu korrigieren und das Zusammenwirken von Privatwirtschaft, Staat und anderen Akteuren auf den Aufbau neuer, zukunftsträchtiger Wirtschaftsstrukturen und -kreisläufe zu konzentrieren.

Zwar hat sich die materielle Lebenslage eines beträchtlichen Teils der ostdeutschen Bevölkerung verbessert, doch zugleich besteht Anlass zu energischem Widerstand gegen Verarmung, Obdachlosigkeit und ökonomisch erzwungene Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben. Die soziale Spaltung der Gesellschaft dringt schnell aus dem Westen nach dem Osten Deutschlands vor. In praktischen Auseinandersetzungen wollen wir die Gesetzesinitiative der PDS im Bundestag zur sozialen Grundsicherung thematisieren. Damit streben wir ein garantiertes Grundeinkommen in Höhe von 1.500 DM an. Sozialpässe für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger wie in Halle, Leipzig und Stralsund, die als Anspruch auf Ermäßigungen für Nahverkehrsnutzung, Leistungen kommunaler Betriebe, Theater- und Erholungsstättenbesuche gelten, sollten überall eingefordert werden, auch wenn sie nur ein kleiner Schritt zur Minderung der sozialen Ungerechtigkeit sind.

Die PDS erwartet wirtschaftliche Besserung nicht vorwiegend davon, dass die gegenwärtige Praxis der Umverteilung von unten nach oben umgekehrt wird. Sie setzt auf Entlastung der Staatsfinanzen durch wachstumswirksame Innovationen, durch ökologischen Umbau, durch erfolgreiche Beschäftigungspolitik, Senkung der Verteidigungsausgaben und Verringerung des bürokratischen Aufwandes. Sie ist keine populistische Forderungspartei, wie ihr gern unterstellt wird. Aber sie ist allemal auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet eine Partei für soziale Gerechtigkeit. Wir stellen fest, dass in der Bundesrepublik das obere Fünftel der privaten Haushalte über mehr als 56 Prozent des Gesamtvermögens und 68,5 Prozent des Geldvermögens, das untere Fünftel dagegen über weniger als 7 Prozent des Gesamtvermögens und 1 Prozent des Geldvermögens verfügen. Die Steuern und Abgaben auf Arbeitseinkommen stiegen zwischen 1983 und 1993 von 29,9 auf 33,4 Prozent, die auf Gewinn- und Vermögenseinkommen verringerten sich im gleichen Zeitraum von 21,8 auf 17,9 Prozent. Dieser Trend wird gegenwärtig verstärkt.

Bei aller uns von den Wählerinnen und Wählern zugeschriebenen sozialpolitischen Kompetenz müssen wir auch auf diesem Gebiet immer wieder Lehrgeld zahlen. Franz Christoph, der uns diesbezüglich gern die Leviten liest, hat schon recht, wenn er

der PDS vorwirft, als Anwalt der sozial Schwachen die im Rahmen des Umbaus des Sozialstaates zunehmende Tendenz einer biologisch sanierten Gesellschaft zu ignorieren. «Will die PDS langfristig ihre sozialpolitische Kompetenz behalten, muss sie begreifen, dass Sozialpolitik mehr bedeutet als der ›linkssolidarische Klassiker‹ Verteidigung der finanziellen Ressourcen zugunsten sozial Schwacher.» Ja, lieber Franz Christoph, wir müssen uns um die gesetzliche Regelung der Organtransplantation, um Gentechnologie und -forschung, um die geplante Bioethik-Konvention endlich ernsthaft kümmern. Ich fordere alle, Betroffene wie Beteiligte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Politikerinnen und Politiker, auf, das Gespräch mit uns in und um die PDS zu diesen lebenswichtigen Themen zu führen.

Die PDS unterstützt das von kritischen Wissenschaftlern vertretene Projekt einer finanzpolitischen Umkehr durch Abbau der «Gerechtigkeitslücke». Sie votiert für einen echten Solidarpakt, der die Niedrigeinkommen entlastet und die wirklich Reichen mit gutem Grund weit stärker zur Finanzierung der ungelösten Aufgaben, vor allem der Reindustrialisierung im Osten, heranzieht. Das verlangt eine einschneidende Neugestaltung des Steuersystems. Bei Anhebung der Spitzensätze für Einkommens- und Körperschaftssteuern sollten zugleich die für die Schaffung neuer Arbeitsplätze eingesetzten Gewinne steuerlich entlastet werden. Noch immer dringlich sind die Vorschläge einer Investitionshilfeabgabe westdeutscher Unternehmen zur Förderung arbeitsplatzschaffender, umweltfreundlicher Investitionen in Ostdeutschland und einer Zwanganleihe bei Banken und Versicherungen zu einem mit der Inflationsrate identischen Zinssatz für das gleiche Ziel. Die großen Vermögen an Geld, Boden und durch Erbschaften sollen bei Sicherung angemessener Freigrenzen für geringe Vermögen und Erbschaften sowie Eigenheimbesitzer stärker und progressiv besteuert werden. Wenn wir beispielsweise beachten, dass der tägliche grenzüberschreitende internationale Güterverkehr etwa 13 Milliarden Dollar beträgt, der tägliche Devisenhandel jedoch 900 Milliarden bis eine Billion Dollar, so scheint darin das ganze parasitäre Ausmaß spekulativer Kapitalbewegungen auf den internationalen Devisen-, Geld- und Kapitalmärkten auf. Spekulationsgewinne aller Art müssen stärker und endlich international besteuert werden.

Ein derartiges Wirtschaftskonzept stößt auf den Widerstand großer Teile des Unternehmertums und der ihr verbundenen politischen Parteien und Kräfte, weil es Bewegung in den etablierten Machtstrukturen bringen würde. Es ist nicht ohne andauernde Kämpfe durchsetzbar. Aber es ist kompatibel mit langfristigen Existenzinteressen, die auf ökologischen Umbau, auf Sicherheit gegen weltwirtschaftliche und weltpolitische Turbulenzen im Gefolge von Unterentwicklung und auf einen sozialen gesellschaftlichen Konsens als überaus gewichtigem Standortfaktor zielen. [...]

Liebe Genossinnen und Genossen, Konzepte sind für Politik, und für linke Politik erst recht, wichtig. Aber sie verändern nicht die Welt. Das geschieht erst, wenn sie zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen und zum Ziel gesellschaftlicher Bewegungen werden.

[...] eine realistische Reformpolitik hier und heute, ohne die weiter gesteckten anti-kapitalistischen Ziele aus dem Auge zu verlieren, kann und darf unter keinen Umständen vernachlässigt oder gar als Abkehr von sozialistischen Grundsätzen denunziert werden. Nur wenn sie Erfolg hat, wird die bereits erwähnte Defensive der politischen Linken und die bedrohliche gesellschaftspolitische Blockade in der Bundesrepublik und im gesamten Westen überwunden werden können. Nur dann werden auch [...] Wege zu weitergehenden Alternativen geöffnet sein. Ohnehin sei jener Gedanke von Marx betont, dass jeder Schritt wirklicher Bewegung hundertmal wichtiger ist als ein noch so gutes Programm. [...]

Ich stelle mir die Frage, warum unser Eingreifen sich so oft in einer Presseerklärung oder einer Parlamentsrede erschöpft. Die PDS hat seit ihrer Gründung immer wieder den Zusammenhang globaler, regionaler und staatlicher Entwicklungen betont. Doch in unserer praktischen Wirksamkeit bleibt dieser Zusammenhang eher deklaratorisch und theoretisch, auch wenn wir inzwischen eine Vielzahl neuer Kontakte im internationalen Spektrum aufgebaut und bei einzelnen Initiativen in der Bundesrepublik immerhin Anwesenheit erzielt haben. Die PDS hat als erste Partei in der Bundesrepublik in Erklärungen kritisch auf den Tschetschenien-Krieg Jelzins und das peinliche Schweigen der Bundesregierung reagiert. Immerhin wurden und werden in diesem Krieg Menschenrechte mit Füßen getreten, es wird gemordet, und völkerrechtliche Verträge, vor allem im Rahmen der KSZE, in denen auch die BRD und Russland Mitglied sind, werden offen gebrochen. Wie man den Leserbriefen im *ND* entnehmen konnte, sind unsere Positionen aber selbst in die PDS-nahe Öffentlichkeit nicht gelangt – gar nicht zu reden davon, dass wir in der Lage gewesen wären, frühzeitig politische Aktionen gegen diesen barbarischen Krieg zu entwickeln.

Trotz der geringen Möglichkeiten einer 5-Prozent-Partei, international wirksam zu werden, muss es die PDS als wichtige Aufgabe ansehen, ihre internationalen Beziehungen und ihre außenpolitischen Vorstellungen zu entwickeln, um mehr praktisch relevante Vorschläge antimilitaristischer, solidarischer und ökologischer Politik mit anderen sozialistischen Parteien gemeinsam zu initiieren. Aufgaben gibt es in Hülle und Fülle, und nicht immer ist das leidliche Geldproblem ein Grund für Inaktivität. Boris Kagarlitzki von der Russischen Partei der Arbeit, der für Kohl natürlich kein Partner ist, da er sowohl bei Breschnew als auch bei Jelzin ins Gefängnis gesteckt wurde, hat uns kürzlich in einem Brief zu unseren Wahlergebnissen gratuliert. Und er hat gefragt, ob wir uns der Bedeutung dieses Erfolges auch für die ausländische Linke bewusst sind. Er schrieb: «Die PDS kann eine einmalige Brücke zwischen der westlichen und östlichen Linken darstellen» und schlug uns vor, gemeinsam ein breiteres internationales Netzwerk aufzubauen. Wenn wir dieser Verantwortung gerecht werden wollen – und wir müssen ihr gerecht werden –, ist auch auf außenpolitischem Gebiet viel Arbeit zu leisten. [...]

«PDS '95: Solidarisch, alternativ, bundesweit» – das verlangt von uns natürlich auch, einzuschätzen, dass wir in jeder der drei Richtungen längst noch nicht dort sind, wo wir sein wollen. [...] Diskutieren – ja, streiten – ja, Arbeit an program-

matischen Papieren – ja und ohne Abstriche. Aber machen, endlich loslegen, das Gedachte umsetzen – dreimal ja. Mir geht es darum, die praktischen Fragen zu diskutieren – zur Entwicklung unseres Parteicharakters und unseres politischen Profils, unserer Politikfähigkeit, der Öffentlichkeitsarbeit innerhalb und außerhalb der Partei, der PDS-Entwicklung in Westdeutschland, der personellen Verjüngung und der Wahlvorbereitung 1998/99. [...]

Die Arbeit der vergangenen fünf Jahre und die Wahlerfolge 1994 haben der PDS eine Chance eröffnet. Ob und wie sie diese Chance genutzt, ob sie zu einer dauerhaften politischen Kraft in der Bundesrepublik Deutschland werden wird, entscheidet sich in den nächsten vier Jahren. Sie werden, wenn man so will, die wichtigsten und schwierigsten in der bisherigen Geschichte der PDS. Das verlangt einen entscheidenden Wandel in der Entwicklung der PDS, ihrer Politik und ihrer politischen Kultur: Der Anspruch und die Fähigkeit, Politik und Gesellschaft mitgestalten zu wollen, müssen in den nächsten Jahren reale und umfassende Priorität erlangen. Die 2.066.176 Bürgerinnen und Bürger, die am 16. Oktober 1994 die PDS gewählt haben, erwarten von uns entschiedene Anstrengungen zur Verwirklichung unseres Wahlprogramms, zur Einlösung unserer Wahlversprechen. Die gesamte Partei und insbesondere die Vorstände und Fraktionen haben vor allem diese Aufgabe, die Umsetzung des Wahlprogramms in parlamentarische und außerparlamentarische Aktion und Bewegung, zu organisieren.

Die PDS muss sich auch dadurch von den anderen Parteien unterscheiden, dass ihre Wahlaussagen in der Alltagsarbeit aufrechterhalten werden. Wir haben keinen populistischen Wahlkampf geführt. Das Wahlprogramm vom 13. März 1994 ist daher unser Arbeitsprogramm bis 1998. Das erwarten wir auch von unserer Bundestagsfraktion und hoffen, dass anders als 1994 in ihrer Rechenschaftslegung 1998 die Wahlaussagen das entscheidende Kriterium der eigenen Arbeit sein werden. Die PDS muss sich sowohl als Partei als auch als eine Organisation entwickeln, die sich den gesellschaftlichen Bewegungen öffnet, die zu deren Entwicklung beitragen möchte und die als ein Dienstleistungszentrum für selbstbestimmte Politik von Betroffenen bereitsteht. Ein besonderer Stellenwert muss daher den Arbeits- und Interessengemeinschaften zukommen. Sie können und müssen analysieren, wie sich auf den konkreten Politikfeldern die Wirkungsbedingungen für die PDS entwickeln. Sie müssen und können die Fragen formulieren, die für die eigene konzeptionelle Tätigkeit und die theoretische Arbeit der Grundsatzkommission zur Strategie und Programmatik der PDS sowie für die Umsetzung des Partei- und Wahlprogramms bedeutsam sind. Sie sind Subjekt konkreter Bündnispolitik, der Organisation von externem Sachverstand und vor allem einer Politik zur Stärkung und Vernetzung emanzipatorischer Bewegungen und zur Gestaltung von Gegenkultur. Diese Ansprüche müssen durch sie selbst eingelöst werden, aber die Vorstände der Partei müssen ihnen die Voraussetzungen dafür schaffen.

Die PDS hat eine komplexe politische und gesellschaftspolitische Programmatik. Auch ihr politisches Leben ist vielfältig, von Land zu Land und von Kreis zu Kreis unterschiedlich. Dieser Reichtum und die Selbstständigkeit der Landes- und anderen

Organisationen der PDS müssen gewahrt und ausgebaut werden. Zugleich, so meine Überzeugung, muss die PDS in den nächsten Jahren fähig sein, ihre politischen, intellektuellen und kommunikativen Kräfte auf jene Fragen zu konzentrieren, die in besonderem Maße die Existenzprobleme der Menschen in der Bundesrepublik sind. Sie muss das meiner Meinung nach in einer Art und Weise tun, dass dabei nicht Provinzialisismus und deutsche Nabelschau herauskommen, sondern auch Beiträge zur Lösung der globalen Probleme. Sechs Fragen halte ich für besonders bedeutsam:

(1) Arbeit her! Die PDS wird sich nicht abfinden mit einer gesellschaftlichen Situation, die nun schon seit Jahrzehnten mit anhaltender Massenarbeitslosigkeit und der sozialen Ausgrenzung von Millionen gekennzeichnet ist. Wir verbinden, wie ich bereits versuchte deutlich zu machen, unseren Streit um Arbeitsplätze mit Vorstellungen zur Veränderung des Systems der Arbeit und der gesellschaftlichen Lebensweise.

(2) Die PDS ist im Februar 1990 mit ihrem ersten, von mir bereits zitierten Plakat in die Öffentlichkeit gegangen: Eine starke Opposition für die sozial Schwachen! Diese Verpflichtung müssen wir – im Übrigen auch gemeinsam mit sozial Stärkeren – ohne Abstriche einlösen: solidarisch, alternativ und bundesweit. [...] Die PDS wird niemals nachlassen, für die politische Solidarisierung mit den Schwachen und Schwächsten dieser Gesellschaft zu wirken und sie selbst zu praktizieren, mit den Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern, Flüchtlingen, Obdachlosen, alleinerziehenden Frauen.

(3) Im Ingolstädter Manifest hat sich Gregor umfassend damit auseinandergesetzt, dass in der BRD-Politik im Sinne von Gesellschaftsgestaltung abhandengekommen ist. Diese Blockade und Selbstblockade zu durchbrechen, wird nur gelingen, wenn die Betroffenen, die Menschen, die in diesem Land leben, einen größeren und direkteren Einfluss erhalten. Gregor stellte zu Recht fest: «Angesichts des Irrsinns von gegenwärtiger Politik macht der Vorwurf, das Volk sei zu dumm, sich selbst direkt zu regieren, erst recht keinen Sinn.» Wir schätzen und verteidigen die Möglichkeiten parlamentarischer Demokratie, aber Auswege aus der gesellschaftlichen und globalen Krise sind nur möglich, wenn die Vernunft der Betroffenen eine gesellschaftliche Chance erhält. Die dritte Stimme, die zweite Kammer, das erste und letzte Wort für die Bürgerinnen und Bürger! – diese Losung beschreibt Vorstellungen der PDS für die Weiterentwicklung des demokratischen Systems in der BRD.

(4) «Deutschland muss der erste Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten werden!» So haben es PDS-Politikerinnen und -Politiker in der Frankfurter Erklärung gefordert. Die Lösung der globalen Probleme, vor allem die Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen, globale Ökologie und eine solidarische Weltwirtschaftsordnung verlangen von uns die Fähigkeit, die Anfänge ihrer Lösung im heutigen und hiesigen politischen Alltag zu finden und gleichzeitig international mit linken und alternativen Bewegungen effektiv zusammenzuwirken. Die Öffnung der deutschen Grenzen für Flüchtlinge, eine moderne und humanistische Einwanderungsgesetzgebung und die Erleichterung der doppelten Staatsbürgerschaft gehören zu den aktuellen Schlüsselfragen dieser Verbindung von Politik in der BRD und globaler Orientierung. [...]

(5) Als von CDU, CSU, FDP und SPD noch der Anschluss der DDR ohne Berücksichtigung der Interessen und Erfahrungen der DDR-Bürgerinnen und -Bürger durchgepeitscht wurde, hat die PDS sich bereits für die Gewährleistung einer gleichberechtigten Rolle der Ostdeutschen eingesetzt, und zwar sowohl hinsichtlich der sozialen und wirtschaftlichen Interessen als auch ihrer Eigentums-, Nutzungs- und Rentenrechte sowie der Achtung ihrer Lebensläufe und Erfahrungen. Inzwischen hat die Politik von Regierung und SPD zur Zerstörung der wirtschaftlichen, vor allem der industriellen Strukturen in Ostdeutschland geführt und gefährdet zunehmend auch die kulturelle Struktur. Wir waren niemals für eine Verwestlichung des Ostens, sondern wollten die Erfahrungen der DDR-Bürgerinnen und -Bürger selbstbewusst in das neue Deutschland einbringen. Aber wir bestehen auf Gleichberechtigung und Gleichheit, wie sie im Grundgesetz verankert sind. Wir wollen ein Ende der Diskriminierung und des wirtschaftlichen Kahlschlags in Ostdeutschland, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der BRD zu bewahren und einen gemeinsamen politischen und gesellschaftlichen Wandel ganz Deutschlands möglich zu machen.

(6) Durch unsere Politik muss sich ein lila Faden ziehen – einer, der nicht übersehen werden kann, vor allem aber einer, der unsere Politik in allen Bereichen der Gesellschaft wirklich verknüpft. Ohne Frau geht nichts – hieß es in unserem Wahlkampf. Dabei bleibt es. Davon sind wir jedoch in unserer realen Politik und parteipolitischen Praxis sogar weiter entfernt als noch vor drei, vier Jahren. Wenn ohne Frau nichts geht, dann heißt das eben auch, dass in der PDS zurzeit ganz wichtige Dinge nur schwer und langsam und ungenügend gehen, dass unsere Bundestagsfraktion nicht mindestens zur Hälfte aus Frauen besteht, dass in Westdeutschland der Anteil von Frauen in der PDS beständig abgenommen hat, dass die PDS-Politik so wenig von entschiedenen, streitbaren Frauenpolitikerinnen geprägt wird – das sind Zeichen eines ernstesten Versagens der gesamten Partei. Wir haben gute programmatische Positionen, aber wir brauchen gemeinsam eine selbstkritische Analyse unserer Defizite und einen neuen praktischen Zugang zu feministischer und emanzipatorischer Politik quer durch die PDS.

Liebe Genossinnen und Genossen, [...] [wo] uns Hass entgegenschlägt, werden wir dennoch gelassen und kulturvoll bleiben. Jenen, die sich nicht abfinden können mit der Existenz einer politisch wirkungsvollen sozialistischen Partei in Deutschland und die jetzt mit ihrer Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht erneut versuchen, die PDS finanziell zu erdrosseln, wo es ihnen politisch nicht gelungen ist, denen möchte ich (wenngleich ohne Hoffnung, dass sie das endlich begreifen) mitteilen: Die PDS bleibt. Sie bleibt eine demokratische sozialistische Partei. Sie bleibt eine starke politische Kraft in der Bundesrepublik. Sie bleibt eine sehr selbstkritische Partei. Sie bleibt eine Partei für den Alltag und nicht nur für Wahltage. Sie bleibt eine Partei, die ihren politischen Gegnern nicht den Gefallen erweist, sich selbst zu zerstören. Die PDS bleibt und wird noch viel stärker eine Partei, die den Anspruch verwirklicht, solidarisch zu sein, alternativ – und das in der ganzen Bundesrepublik.



Käthe Reichel und Lothar Bisky vor der russischen Botschaft in Berlin.
Sie verurteilten auf einer Protestveranstaltung der PDS das Vorgehen Russlands
gegen Tschetschenien, 20. Januar 1996

DOKUMENT 7

PLÄDOYER FÜR EINEN LIBERTÄREN SOZIALISMUS

JANUAR 1996

Quelle: Utopie kreativ 63, Januar 1996, S. 21–31

Redaktionelle Anmerkung von Utopie kreativ: Prof. Lothar Bisky hat für die Reihe controvers, herausgegeben von der Grundsatzkommission der PDS, eine Broschüre zum Thema «Freiheit statt Sozialismus» geschrieben. Sie setzt sich mit den Gemeinsamkeiten und Gegensätzen der beiden großen politischen und sozialen Bewegungen, des Liberalismus und des Sozialismus, in den vergangenen 150 Jahren und mit der Notwendigkeit auseinander, diese beiden durchaus widersprüchlichen Ideen auf neuer Grundlage zusammenzubringen. Der Autor hat Utopie kreativ vorab den vierten und letzten Teil seines Manuskripts «Plädoyer für einen libertären Sozialismus» zur Verfügung gestellt. (Im ersten Teil werden Liberalismus und Sozialismus als gemeinsame Traditionen behandelt, im zweiten Teil geht es um die Auseinanderentwicklung beider Bewegungen im 20. Jahrhundert und im dritten Teil unter der Überschrift «Ende des Liberalismus?» um die neuen Herausforderungen an die gesellschaftliche Entwicklung nach dem Kollaps des Staatssozialismus.)

Nach dem Scheitern des DDR-Sozialismus sind gesellschaftliche Alternativen nicht überflüssig geworden, sie sind geradezu überlebensnotwendig. Für die sozialistische Linke ist das in besonderem Maße die Frage danach, ob trotz dieses Kollapses Sozialismus eine tragfähige Idee dafür bleibt. Ich selbst beantworte diese Frage positiv, denn Sozialismus war geschichtlich viel mehr als der undemokratische Versuch eines Staatssozialismus in Osteuropa (ich verwende diesen Begriff, um auf die zentrale Rolle der Verstaatlichung und die geringe der Vergesellschaftung von Eigentum und Macht hinzuweisen). Marx und Engels, Weitling, Saint-Simon, Owen, Bakunin, Bebel, Rosa Luxemburg, Gramsci und viele andere standen für emanzipatorisch geprägte Vorstellungen. Mein Festhalten an Begriff und Idee des Sozialismus hat aber auch einen höchst aktuellen Bezug. Die Erhaltung der Natur, der Existenzgrundlagen künftiger Generationen, Frieden, Zurückdrängung von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung, die Überwindung der entsetzlichen Not im Süden der Erde

und die Durchsetzung einer solidarischen Weltwirtschaft – das sind Aufgaben, die bei Dominanz der Kapitalverwertung, der privaten Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts nicht lösbar sind. Und umgekehrt: Diese Ziele zu realisieren – wovon das zivilisatorische Überleben abhängt – kann nur mit realer Hegemonie gesellschaftlicher Kräfte gelingen, deren Kampf auf die Lösung gesellschaftlicher und menschlicher Probleme gerichtet ist.

Ich nenne eine solche Entwicklung, eine solche Bewegung sozialistisch. Dominanz, Vorherrschaft bedeutet dabei natürlich nicht Alleinherrschaft einer Partei, einer Klasse oder eines Prinzips, und das ist gut so.

Marx war ein leidenschaftlicher Kritiker der kapitalistischen Gesellschaft. Das hielt ihn jedoch nicht davon ab, ihren zivilisatorischen Fortschritt und ihre Errungenschaften anzuerkennen. Für ihn und Engels war sie eine Gesellschaft, die sich grundlegend von den früheren Ordnungen unterschied – die erste moderne Gesellschaft. Vor allem in drei Besonderheiten gesellschaftlicher Entwicklung trat diese «Moderne» hervor:

Erstens war die kapitalistische Produktionsweise durch Entwicklungsoffenheit gekennzeichnet. Marx und Engels charakterisierten sie im «Kommunistischen Manifest» in prägnanter Weise:

«Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen.»¹

Zweitens: An die Stelle früherer persönlicher Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse traten sachliche, rechtlich regulierte wirtschaftliche und politische Herrschafts- und Machtverhältnisse, die im Manifest als «politischer Fortschritt» bezeichnet wurden:

«Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt. Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose «bare Zahlung.»²

Drittens: Die Grundwerte der französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) bedeuteten zwar in der Praxis ganz und gar nicht soziale Gleichheit und solidarische Verfasstheit der bürgerlichen Gesellschaft, waren aber durchaus auch Ausdruck eines realen Fortschritts.

1 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 465.

2 Ebd., S. 464.

Die Gesellschaften in den hoch entwickelten Industriestaaten sind von diesen Momenten geprägt, in diesem Sinne «moderne Gesellschaften». Wir haben in der PDS in den vergangenen Jahren diese Kennzeichnung sicherlich manchmal inflationär verwendet. Aber sie bewusst hinsichtlich dieser Eigenschaften zu benutzen, halte ich auch in Auseinandersetzung mit unseren Fehlern und den Defiziten der DDR-Gesellschaft für wichtig. Mit dieser Charakterisierung allerdings ist jedoch noch nichts über die sozialen, ökologischen, politischen Konsequenzen gesagt. Angesichts der Dominanz von Kapitalverwertung, Profitorientierung handelt es sich um eine Moderne mit bedrohlicher Entwicklungstendenz: Ausbeutung des Menschen und Ausplünderung der Natur, Expansion von Kapitalverwertung und Vermarktung sind offensichtlich ihr Daseinsprinzip. Das Geld ist noch weit mehr als in der Vergangenheit, zum Beispiel zu Marx' Zeiten, zum Regulativ, Maßstab aller gesellschaftlichen Beziehungen geworden; es dringt in alle Poren der Gesellschaft ein. Es ist der große Gleichmacher, denn Nahrungsmittel, Mieten, Gesundheit, Kunst, selbst viele zwischenmenschliche Beziehungen lassen sich in Geldwert ausdrücken. Und es ist der große Ungleichmacher: Nie hat sich so viel Reichtum in so wenigen Händen konzentriert, nie waren soziale Gegensätze so groß wie jene zwischen den Oberschichten im Norden der Erde und den Verhungerten im Süden. Die kapitalistische Moderne ist zerstörerisch, und kaum jemand, der dies noch nicht sieht. Ihre schrecklichen Seiten müssen überwunden, ihre expansive Tendenz gefesselt, ihre zivilisatorischen Errungenschaften sorgfältig gehütet werden. Was wie die Quadratur des Kreises anmutet, scheint mir die einzige Chance eines Ausweges zu sein. «Weiter so» geht es praktisch nicht mehr. Die Reproduzierbarkeit von Natur und menschlicher Kultur oder, wenn man so will, von außer- und innermenschlicher Natur, gerät spürbar an ihre Grenzen. Zurück zum Staatssozialismus à la DDR oder Sowjetunion geht es auch nicht. Er fiel im Wettstreit der Systeme vor allem in den siebziger und achtziger Jahren auf den meisten Gebieten immer weiter zurück und war im Übrigen auf einigen der wichtigsten viel zu wenig alternativ (Emanzipation als Selbstverwaltung und Selbstbefreiung, Ökologie, Überwindung der Wachstumsideologie zum Beispiel).

Beim Bedenken von Alternativen ist schließlich auch eine neue Erscheinung moderner Gesellschaftsentwicklung zu beachten (sie hat aber in die Ursprünge bürgerlicher Gesellschaftsentwicklung zurückreichende Wurzeln): Die heutigen entwickelten Gesellschaften sind hoch differenziert. Sie haben komplizierte soziale, politische, ökonomische und kulturelle Strukturen. Recht, Parlamente, Kommunen, Medien und Öffentlichkeit, Parteien, Kultur und Ideologie und vielfältige Institutionen spielen trotz der Dominanz von Kapital, Kapitalverwertung, Markt und Staat eine große und teilweise autonome (nicht unabhängige) Rolle. Diese politische, soziale und institutionelle Ausdifferenzierung nimmt weiter zu und teilweise sogar eine neue Qualität an.

Die Gesellschaft befindet sich in einem Umbruch, der auch ihre Sozialstrukturen, Klassen und Schichten umwälzt. Ich will – meinem Thema geschuldet – nur ein weiteres Problem benennen: Offensichtlich prägt sich die soziale Widersprüchlichkeit

der Gesellschaft noch weiter aus, werden Interessenlagen noch unterschiedlicher, spezifischer auch innerhalb gleicher Klassen und Schichten. Es zeigen sich eine enorme Heterogenität der sozialen Gruppen, soziale Zersplitterung und widerspruchsvolle Individualisierungstendenzen, zu denen auch zunehmender Egoismus und Abschwächung solidarischer, sozialer Wertvorstellungen gehören. Die Freiheit des Individuums findet in gewissem Sinne erweiterte Möglichkeiten. Das gilt jedoch praktisch nur für die Modernisierungsgewinner und geht einher mit wachsenden Schwierigkeiten, ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit, sozialer Chancengleichheit, gesellschaftlicher Solidarität zu erreichen.³ Große Teile der Bevölkerung werden dagegen durch Massenarbeitslosigkeit, neue Armut und Ausländerfeindlichkeit sozial ausgegrenzt. Die im Anfangsteil der Broschüre bereits zitierte Vision aus dem «Kommunistischen Manifest», die freie Entwicklung der Einzelnen (als Bedingung) mit der freien Entwicklung der Gesellschaft zu verbinden, scheint noch komplizierter als in der Vergangenheit. Individuum und Gesellschaft – in diesem Verhältnis liegt das komplizierte, bis heute ungelöste Problem der Vereinbarkeit von Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Die bürgerliche Gesellschaft konnte den dreifachen Anspruch der französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – nicht einlösen.

Meiner Meinung nach ist die Vision des «Kommunistischen Manifests» nicht nur eine knappe und das Wesen sozialistischer Gesellschaftlichkeit treffende Definition, sondern zugleich auch die vielleicht schwierigste Frage, die Sozialistinnen und Sozialisten zu beantworten haben: Ein Sozialismus ohne individuelle Freiheit, ohne Realisierung der Menschenrechte und ohne Demokratie ist zum Scheitern verurteilt und letztlich reaktionär. Ein libertärer Sozialismus, die Verbindung von Freiheit und solidarischer Kollektivität, ist meiner Meinung nach eine unabdingbare Schlussfolgerung. Doch lassen sich – und wie – freies Individuum und solidarische Gesellschaftlichkeit tatsächlich verbinden, ist das befreite Individuum überhaupt noch gemeinschaftsfähig? Mit der in der DDR gebetsmühlenartig behaupteten Übereinstimmung persönlicher und gesellschaftlicher Interessen hat man sich gerade in dieser Hinsicht in die Tasche gelogen. Ich halte es – zumindest theoretisch – für möglich, den Widerspruch zwischen individuellen Interessen und gesellschaftlichen Erfordernissen jeweils konkret und immer wieder neu zu vermitteln, aber nicht, ihn aufzulösen.

Die aktuellen sozialen Umbrüche und die derzeitige «Individualisierung» gehen jedenfalls zunächst mit einer Abschwächung sozialer und solidarischer Wertorientierungen einher. Die wissenschaftlichen Meinungen dazu sind unterschiedlich, und auch die empirischen Befunde sind nicht einheitlich. Der Mainzer Soziologe Stefan Hradil stellte jedoch folgende Gemeinsamkeiten fest:

3 Vgl. Afheldt, Horst: Ausstieg aus dem Sozialstaat?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 25–26/1995, S. 3 ff; Bäcker, Gerhard: Sind die Grenzen des Sozialstaates überschritten?, in: ebd., S. 13 ff.

«Der gemeinsame Tenor lautet, dass Modernisierungsprozesse im Grunde sowohl Rationalisierungs- als auch Ausdifferenzierungsprozesse darstellen. Geläufige Modernisierungstheorien laufen ferner darauf hinaus, dass der Einzelne: 1. in seinen subjektiven Kompetenzen, seiner Autonomie, seiner persönlichen Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit immer mehr gefördert, aber auch gefordert wird. Daraus wird nicht selten geschlossen, dass die Individuen auch tatsächlich immer eigenständiger, zweckrationaler, individueller, ich-bezogener, ja egoistischer leben und sich ihre Bindungen zu Gemeinschaften wie Familie, Gemeinde etc. immer mehr lockern.»⁴

Da ich mich auf das Verhältnis von Freiheit und Sozialismus konzentriere, will ich an dieser Stelle drei Überzeugungen benennen: Weder ist es möglich noch wünschenswert, Heterogenität und Widersprüchlichkeit von Gesellschaften, sozialen Gruppen und modernen Wirtschaftssystemen zurückzunehmen. Die Alternative wäre letztlich ein neuer Faschismus, den auch Dahrendorf als reale Gefahr sieht.⁵ Diese reale Widersprüchlichkeit muss die Autonomie (Freiheit) der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Subjekte und der Individuen gewährleisten. Es kann nicht um eine Gesellschaft mit Monosubjekt gehen (Ein-Parteien-System, zentralistische staatliche Verwaltung, hoch zentralisiertes Staatseigentum an faktisch allen Produktionsmitteln, ökonomische Regulierung als Kommandowirtschaft). Gesellschaftliche Höherentwicklung, an die ich immer noch glaube, bestand und besteht niemals nur im Bruch, und sie darf es auch nicht. Konkret bedeutet das für mich, im Streit für eine gesellschaftliche Alternative alles das aus der bürgerlichen Gesellschaft zu bewahren, was zivilisatorischer Fortschritt war und universalen Charakter für moderne Gesellschaften hat, sozialistische Perspektiven eingeschlossen.

Zunächst bedeutet das, individuelle politische Freiheiten konsequent zu schützen (z. B. gegen ihre staatliche Einengung mit dem beabsichtigten «großen Lausangriff») und auszubauen (z. B. Beteiligungsrechte). Aber auch parlamentarische Demokratie, Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive, Rechtsprechung), Freiheit der Medien etc. sind nicht nur zu respektieren, sondern müssen sogar gestärkt werden, umso mehr, als nicht selten Deformierungen ihre Rolle gefährden (Fraktionszwang in den Parlamenten, Kommerz-Fernsehen, um nur zwei Probleme zu nennen). Weitergehende Schritte sind jedoch längst erforderlich und möglich.

Erstens: In der Bundesrepublik und in den meisten anderen Staaten erleben wir eine zunehmende Politikunfähigkeit. Politiker wie der Vizepräsident der USA, Al Gore, oder der CDU-Ministerpräsident von Sachsen beschreiben realistisch die dramatischen Zustände in der Gesellschaft, sind aber weder fähig noch bereit, daraus alternative Politik zu entwickeln. Der Präsident des Worldwatch Institutes, Lester R. Brown,

4 Hradil, Stefan: Die Modernisierung des Denkens. Zukunftspotentiale und «Altlasten» in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 20/1995, S. 6.

5 Dahrendorf, Ralf: Der moderne soziale Konflikt, München 1994.

beschrieb diesen Zustand mit Worten des kanadischen Staatsmanns Pierre Trudeau: «Trudeau sagte vor ungefähr 15 Jahren, als er noch kanadischer Premier war: «In wachsendem Maße werden wir alle inkompetent aussehen angesichts der Probleme, die vor uns stehen.»⁶ Mit Blick auf die Bundesregierung und ihr doppelgleisiges Agieren in Umweltfragen (als Beispiel) – problembewusste Reden auf Gipfelkonferenzen und Umweltprobleme verschärfende praktische Politik – kann ich solcher Einschätzung nur zustimmen, möchte aber ergänzen, dass das politische Versagen Ergebnis bewusster Politik ist: Man will keine wirklichen Änderungen, die Einschränkungen kapitalistischer Verwertungsmöglichkeiten bedeuten würden. Folgerichtig droht auch die parlamentarische Demokratie in der BRD zu einer Verwaltung der selbstgeschaffenen Sachzwänge im Vierjahres-Wahlkampf-Rhythmus zu verkommen. Die Blockierung und Selbstblockierung von Politik muss daher von unten aufgebrochen werden. Dazu brauchen wir eine wesentliche Stärkung der Bürgerinnen- und Bürgerrechte in der Gesellschaft. Gregor Gysi hat in seinem «Ingolstädter Manifest» dafür interessante Ideen vorgeschlagen, die es wert wären, Gegenstand politischer Diskussion und politischer Kämpfe zu werden:

Eine dritte Stimme bei Wahlen «für nichtstaatliche Organisationen mit einzelnen Sachthemen wie Umweltschutz, Feminismus, Dritte-Welt-Problemen, Altersfürsorge, Drogenschutz usw.». In Abhängigkeit von der erreichten Stimmenzahl sollten diese Organisationen Gelder für ihre Arbeit erhalten. Ziel ist es, die unmittelbaren Bürgerinnen- und Bürgerrechte zu stärken:

«Anstatt über Benzin-, Alkohol- und Tabaksteuern Gelder in anonyme Fonds abzuziehen, auf die wir keinen Einfluss haben, deren Verwalter uns niemals Rechenschaft ablegen, sollten wir zunächst einmal fünf Prozent der öffentlichen Haushalte per dritter Stimme verteilen – direkt durch uns bestimmt und uns gegenüber abrechenbar.»⁷

Eine zweite parlamentarische Kammer sollte neben dem Bundestag der Parteien als Bundeskammer der sozialen Bewegungen und Interessenverbände gewählt werden.⁸ Die Ausgestaltung ihrer Rechte wäre sicherlich kein einfaches Problem, darf parlamentarische Demokratie doch meiner Meinung nach nicht gefährdet werden. Aber die von Gysi vorgeschlagenen konkreten Initiativen und Vetorechte und die Abgabe einiger Haushaltsentscheidungen an diese Kammer könnten durchaus dazu beitragen, die Verengung parlamentarischer Demokratie auf Parteienherrschaft und bürokratische Tendenzen aufzubrechen.

«Das erste und letzte Wort», so Gysi, gehöre den Bürgerinnen und Bürgern. Volkssenscheide und andere Formen unmittelbarer Demokratie werden vor allem von konser-

6 Brown, Lester R.: Wir brauchen einen Angstschub, in: Neues Deutschland, 14./15.10.1995, S. 9.

7 Gysi, Gregor: Ingolstädter Manifest. Wir mitten in Europa, Berlin 1994, S. 7.

8 Ebd., S. 8.

vativen Politikern der BRD gern mit Verweis auf ihren Missbrauch in der Weimarer Republik für Ziele der politischen Destabilisierung abgelehnt. Damit werden jedoch Ursache und Folge ausgetauscht, die Veränderungen politischer und sozialer Wirklichkeiten in den vergangenen sieben Jahrzehnten ignoriert und in typischer deutscher Borniertheit die positiven Erfahrungen mit unmittelbarer Demokratie in der Schweiz, in Frankreich, Schweden oder Dänemark missachtet, die allesamt stärkere demokratische Traditionen als Deutschland aufweisen. Natürlich ist auch die Ergänzung der Vertretungsdemokratie durch unmittelbare Demokratie kein Allheilmittel und verlangt eine wohlabgewogene rechtliche Ausgestaltung, eine Begleitung durch demokratische Medien und eine positive Entwicklung politischer Kultur. Auf kommunaler Ebene, in Bayern durch einen Volksentscheid im Oktober 1995 deutlich gestärkt, und in eher embryonaler Weise in anderen Bundesländern gibt es teilweise Möglichkeiten direkter Demokratie. Sie auszubauen, wesentlich zu stärken, scheint mir eine höchst dringliche Aufgabe. Ich stimme Gregor Gysi vor allem in der Auffassung zu, dass

«Durchbrüche aus den politischen Sackgassen einer Parteienherrschaft [...] nicht über wechselnde Mehrheit bei Wahlen zu erreichen [sind]. Das Volk selbst kann in öffentlichen Diskussionsprozessen über seine einzelnen Punkte wie soziale Grundsicherung, Sicherung des Rechts auf Arbeit und Wohnung oder Abschaffung des § 218 entscheiden. Schlechter kann es dadurch nicht werden. Besser allemal.»⁹

Zweitens: Die erforderliche Gesellschaftsveränderung kann, davon bin ich überzeugt, nicht darin bestehen und dadurch erreicht werden, dass «alle Mächte der alten Gesellschaft zerschlagen» werden, wie es bei Marx zu lesen ist (der sich im Übrigen an vielen anderen Stellen gegenteilig geäußert hat). Er war ja dezidiert der Meinung, dass sich die sozialistische Gesellschaft schon im Rahmen der kapitalistischen vorbereiten müsse. Mit der Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse durch eine Revolution sollte sie quasi freigelegt werden. Ich kann hier nicht auf die vielfältigen theoretischen und politischen Probleme einer solchen Vorstellung eingehen (z. B.: Wie alternativ und humanistisch kann eine Wirtschaftsweise sein, die sich in ihrer Struktur, Organisation, ihren Produktionsinhalten, ihrer Gebrauchswertseite, ihren Technologien, Produktionsinstrumenten im Kapitalismus entwickelt hat?), grundsätzlich meine aber auch ich, dass alternative, sozialistische Gesellschaftsentwicklung auch in Kontinuität zur bisherigen Geschichte steht. Zivilisatorische Ergebnisse bürgerlicher Entwicklung müssen aufgehoben werden (bei Hegel hieß das: aufgehoben als bewahrt, aufgehoben als emporgehoben/weiterentwickelt und aufgehoben als überwunden). Aus den Erfahrungen der DDR sind das für mich in besonderem Ma-

9 Ebd.

ße Ansprüche und Ergebnisse ursprünglicher Liberalität: Der Bürgerrechtsanspruch der französischen Revolution (der «Citoyen») und die damit verbundenen Freiheitsrechte, die Gewaltenteilung innerhalb der Gesellschaft, parlamentarische Demokratie (die durch unmittelbare Demokratie ergänzt, aber in großen und hoch komplexen Gesellschaften auch nicht durch sie ersetzt werden kann), Rechtsstaatlichkeit, Freiheit der Medien, Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Auf jedem dieser Gebiete wären durchaus radikale Wandlungen erforderlich. Insbesondere ginge es um soziale Grundlagen, die aus – realen – Rechten auch reale und gleiche gesellschaftliche Möglichkeiten machten. Aber diese Mächte, diese Institutionen abschaffen, zerschlagen zu wollen, könnte nur zurück zu autoritären, antiemanzipatorischen und undemokratischen Sozialismusvorstellungen führen.

Libertärer Sozialismus ist aber gerade in dieser Hinsicht auch ein umstrittener Begriff. Es gibt eine linke, sozialistische Richtung, die unter ihm einen antistaatlichen und antiparlamentarischen Sozialismus versteht und sich von staatlichen Institutionen befreien will (Bakunin war ein prominenter und besonders entschiedener Vertreter dieser Richtung). Angesichts der Erfahrungen mit staatlicher Macht, Parteien, Bürokratie, Gerichten usw. mag das zunächst verständlich erscheinen. Doch einfache Auswege gibt es meines Erachtens nicht. Freiheit ist ohne Recht, Regulierung (dort, wo z. B. die Freiheit anderer berührt wird), Institutionen nicht realisierbar. Wer sozialistische Ziele und die Freiheit des Individuums verbinden will, wird diesen schwierigen Weg ihrer Institutionalisierung gehen müssen. Das wird weniger Staat, mehr Gesellschaft (Zivilgesellschaft), wesentlich mehr Bürgerinnen- und Bürgerrechte bedeuten, aber nicht: keinen Staat, keine Verwaltung (Bürokratie), keine Vertretung (Parlamente), keine Herrschaft.

Es ist keine Frage von mangelnder Konsequenz und Entschiedenheit, wenn ich davon überzeugt bin, dass es eine wesentliche, aber natürlich auch überaus schwierige Chance einer erneuerten linken Bewegung ist, wegzukommen vom Schwarz-Weiß-Denken, vom Denken in zwei Polen: Entweder–Oder, wie einst in der SED, heute in der CDU und letztlich in vielen Fällen selbst in der SPD. Der Vorwurf, die PDS habe sozialdemokratisches und grünes Denken aufgegriffen, ist in dieser Hinsicht zutreffend und zeichnet die PDS gegenüber jenen aus, die sich selbst hauptsächlich über Aus- und Abgrenzung definieren. Der sozialistische Charakter der PDS und ihr Festhalten an antikapitalistischen Zielen bieten ausreichend Gewähr, dass aus Offenheit nicht Beliebigkeit und Anpassung werden.

Drittens: In diesem Jahrhundert war die Entwicklung der Gesellschaft und der Wirtschaftssysteme nicht zuletzt von einer Tendenz zu wachsender Differenziertheit und Komplexität gekennzeichnet. Die rasche Internationalisierung/Globalisierung von wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und sicherheitspolitischen Reproduktionsbedingungen hat diese Entwicklung zusätzlich beeinflusst und beschleunigt. Dieser widersprüchlichen Realität der heutigen Gesellschaften, der Wirtschaft, der sozialen Klassen und Schichten muss Rechnung getragen werden können. In der

Wirtschaft ist die Durchsetzung gesellschaftlicher Erfordernisse (soziale Gerechtigkeit in den Staaten und auf dem Erdball, Erhalt der Umwelt, Entmilitarisierung, humane und beherrschbare Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Kultur) dringend notwendig. Das verlangt eine gesellschaftliche Rahmenplanung für die Grundrichtungen wirtschaftlicher, sozialer und wissenschaftlich-technischer Entwicklung. Ein Planungs- und Wirtschaftssystem wie in der DDR hat sich dafür jedoch als ungeeignet erwiesen. Spätestens seit den sechziger Jahren wurde es zu einem Hindernis für effektive Wirtschaftsentwicklung (für mich umschließt «effektiv» gleichermaßen ökonomische wie humane und ökologische Kriterien). Spätestens in den achtziger Jahren versagte es dann auch als Planungsinstrument selbst. Ware-Geld-Beziehungen, Elemente einer Marktregulierung, wirtschaftliche Autonomie (bei gesellschaftlicher Definition und Verwirklichung der entscheidenden Entwicklungsrichtungen der Ökonomie) und eine Pluralität von Eigentumsformen (mit gesellschaftlicher und qualifizierter Mitbestimmung) werden Elemente eines wirtschaftlichen Wandels hin zu nachhaltiger (sozial- und naturverträglicher) Wirtschaftsentwicklung sein müssen. Nur auf Planung zu setzen, auf Formen der Selbstregulierung und des Wettbewerbs zu verzichten, würde wohl zwangsläufig zu Erstarrung, Bürokratismus, Gleichgültigkeit, Verschwendung und staatlichem Zentralismus wie in der DDR führen. Aber eine Fesselung des Marktes, insbesondere durch starke, institutionalisierte gesellschaftliche Gegenmächte ist erforderlich.¹⁰ Es geht um tiefe Eingriffe in das Prinzip der Kapitalverwertung, letztlich darum, seine Vorherrschaft in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu brechen. Es geht nicht um eine Gängelung staatlicher, genossenschaftlicher, kommunaler und privater Unternehmer. Das Prinzip der Kapitalverwertung und die neoliberale/neokonservative Wirtschaftspolitik heute sind in dieser Hinsicht sogar in zunehmendem Maße Hindernisse für schöpferisches Unternehmertum. Formen und Instrumente eines in solcher Weise sozialisierten (gesellschaftlich dominierten) Wirtschaftens hat Michael Brie einmal in knappster Form beschrieben, und ich möchte mich dem anschließen:

«Es bedarf eines Systems, wo neben einem in seinem Kern sozialisierten Banksystem als Repräsentant der Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen [...] die Arbeiter der Betriebe, die Kommunen, die Gebraucher der produzierten Güter, die Vertreter der Interessen am Erhalt der Naturressourcen und die Entwicklungsländer als verschiedene Eigentümer die gegensätzlichen Interessen austragen. An schon Erreichtes kann angeknüpft werden. Gemeinwohl existiert nur als solidarische Entwicklung aller. Und dies muss ausgekämpft werden.»¹¹

10 Vgl. Nick, Harry: Produktivkraftrevolution – Chancen und Gefahren, Reihe «Controvers» der PDS, Berlin 1995, S. 62

11 Brie, Michael, zit. nach: Demokratischer Sozialismus, Materialien der Konferenz der PDS vom 8. Juli 1990 in Berlin, Berlin 1990, S. 88.

Die theoretische Begründung solcher Vorstellungen und ihre praktische Ausgestaltung sind hochaktuell. Noch wichtiger (und schwieriger) wird es jedoch sein, politische Kämpfe für ihre Durchsetzung in Gang zu bringen.

Viertens: Auf widerspruchsvolle Weise bildet sich eine Weltgesellschaft heraus. Wirtschaftlich und finanzpolitisch hat sich die von Marx und Engels im «Manifest» gekennzeichnete «kosmopolitische Produktionsweise» durchgesetzt. Auch in fast allen anderen entscheidenden Bereichen sind die menschlichen Reproduktionsbedingungen heute globalisiert. Entsprechende globale ökonomische und politische Reproduktionsinstrumente sind aber nicht entwickelt worden. Auf regionaler Ebene versucht allenfalls die Europäische Union, solchen internationalen Erfordernissen bis zu einem gewissen Grade Rechnung zu tragen, allerdings ohne soziale und ökologische Orientierung. Die UNO und fast alle ihre Spezialorganisationen sind schon gar nicht in der Lage, diese Kluft zwischen Globalisierung der menschlichen und gesellschaftlichen Existenzbedingungen einerseits und fehlenden globalen Regulierungs- und Gestaltungsmechanismen andererseits zu überwinden. Insbesondere die westlichen Großmächte verhindern eine Demokratisierung und Ausgestaltung der UNO und sind bestrebt, sie entweder endgültig zu entmachten oder allein zum Instrument der eigenen Hegemonialpolitik zu machen. Angesichts gegenwärtiger Kräfteverhältnisse ist kaum daran zu denken, dass die UNO eine Institution zur demokratischen, solidarischen und zivilen Regulierung der globalen Prozesse wird. Ähnlich sieht es in Europa aus, wo die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) durch die westlichen Metropolenstaaten zu einem Schattendasein verurteilt wurde, während NATO und Europäische Union die Hegemonie der westeuropäischen Großmächte (und der USA) nun auch gegenüber und in Osteuropa durchsetzen sollen. Machtpolitisch mögen diese Konzepte wie im Golfkrieg oder in Bosnien zeitweilig aufgehen (Friedhofsordnung als Friedensordnung). Letztlich werden auf solche Weise Probleme lokal bzw. regional, einseitig (im Interesse der Großmächte) und zeitweilig «gelöst», die globalen, gemeinsamen (menschheitlichen) und langfristigen Probleme jedoch weiter verschärft.

Die Entfremdung des Menschen von seinen eigenen Existenzbedingungen hat eine ungeahnte Dimension angenommen. Der sächsische CDU-Ministerpräsident Kurt Biedenkopf ist das personifizierte Beispiel dafür, wie diese Entfremdung bis zu einer Art politischer Schizophrenie führt. In seinem Buch «Zeitsignale» schätzt er zutiefst realistisch ein, dass eine inhaltliche Begrenzung der Handlungsspielräume für die westliche Industriegesellschaft erforderlich sei. Er wirft eine oder sogar die Grundfrage moderner Liberalität und moderner Sozialität gleichermaßen auf: «Begrenzung in diesem Sinne heißt: Sie muss ihr gesellschaftliches und individuelles Handeln in einer Weise begrenzen, die enger ist als die Grenzen, welche ihr durch ihr jeweiliges tatsäch-

liches technisch-naturwissenschaftliches Können gezogen sind.»¹² Politisch und insbesondere wirtschaftspolitisch verfolgt Biedenkopf in seinem Verantwortungsbereich bekanntermaßen jedoch das genaue Gegenteil (ich erinnere nur an die Ansiedlung von Elektronikbetrieben in Dresdner Naturschutzgebieten und an die nach dem Willen der sächsischen CDU durch die Stadt zu schlagende Autobahn). Biedenkopf handelt eigenen Einsichten bewusst zuwider. Es mag eine Ironie der Geschichte sein, dass die kapitalistische Produktionsweise, deren Entwicklungsbedingungen in der politischen Praxis Biedenkopfs den Vorrang gegenüber seinen theoretischen Erkenntnissen und ethischen Maßstäben¹³ haben, sich heute auf solche Weise auch ihre Apologeten unterwirft (was aber nicht ganz neu ist).

Diese Ironie verweist jedoch auch auf die ungeheure Dramatik des Geschehens. Was Marx in einem seiner frühen Werke (den «Ökonomisch-philosophischen Manuskripten» von 1844) zur Entfremdung des Arbeiters vom Ergebnis seiner eigenen Tätigkeit schrieb, gilt heute letzten Endes allgemein, menschheitlich und existenziell (damit meine ich wirklich die Existenz betreffend) praktisch für die gesamte menschliche und gesellschaftliche Reproduktion:

«In der Bestimmung, dass der Arbeiter zum Produkt seiner Arbeit als einem fremden Gegenstand sich verhält, liegen alle Konsequenzen. Denn es ist nach dieser Voraussetzung klar: Je mehr der Arbeiter sich ausarbeitet, umso mächtiger wird die fremde gegenständliche Welt, die er sich gegenüber schafft, umso ärmer wird er selbst, seine innere Welt, umso weniger gehört ihm zu eigen.»¹⁴

Die Lösung der globalen Probleme und die Schaffung der dafür notwendigen innergesellschaftlichen und internationalen Voraussetzungen ist die eigentliche Herausforderung heutiger Gesellschaftspolitik. Sie muss Unterschiedliches und bisher sich antagonistisch Widersprechendes global miteinander verbinden: die Bewahrung der Natur, eigenständige Entwicklungsmöglichkeiten für die Länder des Südens, eine ökonomische und soziale Entwicklung (für zur Zeit fünf und bald acht Milliarden Menschen), die die Existenzgrundlagen künftiger Generationen erhält und verbessert, Fortschritt ohne schrankenloses Wachstum (insbesondere was seine stoffliche Seite betrifft) und unter Verzicht darauf, alles dem Menschen Mögliche auch zu machen ... Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Das Worldwatch Institute hat – bislang vergeblich – an die Staaten, Politikerinnen und Politiker appelliert, «über die Sicht von Umweltproblemen als isolierten Problemen hinauszusehen und anzufangen, die

12 Biedenkopf, Kurt: Zeitsignale. Parteienlandschaft im Umbruch, München 1989, S. 98.

13 Ebd. – «Letztlich geht es um eine Begrenzung durch eine Ethik der Verantwortung (Hans Jonas).»

14 Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEW, Ergänzungsband, Erster Teil, Berlin 1977, S. 512.

grundlegenden ökonomischen und sozialen Reformen anzupacken, die zur Rettung des Planeten notwendig sind. Das heißt, zur Rettung unserer selbst.»¹⁵

Meine Wertschätzung für dieses Institut und ähnliche Einrichtungen ist groß. Aufklärung ist dringend erforderlich. Veränderung aber wird nur durch reale politische und gesellschaftliche Bewegung möglich werden. Sie braucht den emanzipatorischen Impuls, den die libertären Ideen hinsichtlich der Individuen haben, und den emanzipatorischen Impuls, den die sozialistische Idee in Bezug auf die Gesellschaft besitzt. Libertärer Sozialismus wäre somit die Freiheit von Gleichen. Damit mir dies nicht als Gleichmacherei ausgelegt werden kann, will ich mit einer Notiz von Bertolt Brecht aus dem finnischen Exil (7. März 1941) enden:

«der große Irrtum, der mich hinderte, die lehrstückchen vom BÖSEN BAAL DEM ASSOZIALEN herzustellen, bestand in meiner definition des sozialismus als einer großen Ordnung. er ist hingegen viel praktischer als *große produktion* zu definieren. produktion muß natürlich im weitesten sinn genommen werden, und der kampf gilt der befreiung der produktivität aller menschen von allen fesseln. die produkte können sein brot, lampen, hüte, musikstücke, schachzüge, wässerung, teint, charakter, spiele usw. usw.»¹⁶

15 Brown, Lester R./Flavin, Christopher/Postel, Sandra: Zur Rettung des Planeten Erde, Frankfurt a. M. 1992, S. 11.

16 Brecht, Bertolt: Arbeitsjournal 1938–1955, Berlin/Weimar 1977, S. 156, Herv. i. O.

DOKUMENT 8

KOMMUNEN STÄRKEN - GESELLSCHAFT VON UNTEN VERÄNDERN.

ZUR POLITISCHEN SITUATION UND ZUR STRATEGIE
DER PDS BIS 1998. REDE DES BUNDESVORSITZENDEN
AUF DER 2. TAGUNG DES 4. PARTEITAGES DER PDS
AM 27. JANUAR 1996 IN MAGDEBURG (AUSZÜGE)

Quelle: ADS/RLS, Signatur 2003-A-51

[...] Liebe Genossinnen und Genossen,
wir befassen uns auf diesem Parteitag aus mehreren Gründen mit der Kommunalpolitik.

Dabei geht es vor allem und letzten Endes um dringende Veränderungen und Neuerungen in diesem Land. Und dies in jeder Hinsicht, auch von unten.

Erst in dieser Woche hat Städtetags-Präsident Seiler (CDU) die – unverschuldete – Ankunft der Kommunen im «Tal der Tränen» bekannt gegeben. Wir werden auf die Gründe und die Verantwortlichkeiten dafür noch zu sprechen kommen.

Aber an einem will ich von Anfang an keinen Zweifel lassen:

- dass die Folgen staatlichen Versagens und staatlichen Ehrgeizes gnadenlos abgewälzt werden bis nach unten, stramm nach dem Motto «Den Letzten beißen die Hunde ...» – damit muss Schluss sein!;
- dass die Kommunen bei Bund und Ländern kaum Gehör finden und vor allem auf Belehrungen und Anweisungen stoßen – auch damit muss Schluss sein!;
- dass die gewählten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker den eigenen Verwaltungen kaum noch Vorgaben machen können – das wollen wir ebenfalls nicht widerspruchlos hinnehmen.

Klipp und klar: Wir stehen für einen grundlegenden Wandel in der deutschen Kommunalpolitik und in der Politik gegenüber den Kommunen! Die Verhältnisse müssen vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Mit unseren Ansätzen begeben wir uns dabei bewusst auch in die Tradition alternativer Kommunalpolitik, wie sie im Westen seit Langem versucht wird. Gläserne Rathäuser, Hilfe für außerparlamentarische Bewegungen, Veränderung der Gesellschaft von unten und das Beste für die Bürgerinnen und Bürger herauszuholen – all diese Ansprüche an Kommunalpolitik sind bereits in der alten Bundesrepublik gewachsen.

Wir erfinden nicht täglich etwas Neues und haben immer noch viel aus den Erfahrungen der linken und grünen Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus dem Westen zu lernen.

Gemeinsam mit anderen aus dem Osten bringen wir aber auch die Erfahrungen und Ergebnisse einer Kommunalpolitik der Runden Tische aus der Wendezeit ein.

Unsere Kommunalpolitikerinnen und -politiker in den neuen Bundesländern haben zudem eines von Anfang an anders vorgefunden: Die starken PDS-Fraktionen in den Kreistagen, den Landtagen und eine Gruppe im Bundestag, die sie ohne Wenn und Aber unterstützt haben, die dies auch heute tun und künftig durchaus noch kräftiger tun könnten.

Im Westen entwickelte sich die alternative Kommunalpolitik in der Hochzeit der neuen sozialen Bewegungen. Mit den Erfolgen wie den Niederlagen der kommunalpolitischen Versuche, die Gesellschaft zu wandeln, verband und verbindet sich immer noch ein Anti-Parteien-Effekt. Als sich die Grünen langsam zur Partei mauserten, vernachlässigten sie Stück für Stück die Belange alternativer Kommunalpolitik – und je höher die parlamentarische Ebene, desto mehr. Sie waren im Sinne der «da unten» nicht mehr alternativ und nicht stark genug, um effektiv die Rahmenbedingungen zugunsten einer selbstbestimmten Kommunalpolitik zu verändern.

Was wir in Anbetracht der Geschichte alternativer Kommunalpolitik und der Grünen gelernt haben, ist, dass wir uns nicht politisch zähmen lassen dürfen – bei Strafe des Verlustes kommunalpolitischer Kompetenz und gesellschaftspolitischer Existenzberechtigung.

Im Westen konnte man lernen, dass es nicht weiterführt, wenn sich keine Partei der Kommunen annimmt.

Im Osten haben wir die Erfahrung gemacht, dass es weiterführen kann, wenn eine starke linke, eine sozialistische Partei sich der Sache der Kommunen annimmt.

Vielleicht können wir gemeinsam, in West und in Ost, daraus etwas lernen: Es kommt immer auf den nächsten Versuch an! Wir jedenfalls wollen bewusst Lobby der Kommunen, Lobby ihrer Bürgerinnen und Bürger sein.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in einer Zeit, in der wir uns wieder und wieder mit der Verantwortung der PDS in dieser Gesellschaft auseinandersetzen, müssen wir der Erfahrungen gewiss werden, die wir dort sammeln, wo wir auf spezifische Weise Verantwortung tragen: in den Städten und Dörfern.

Wenn der Zuspruch zur PDS gerade dort am stärksten ist, wo die Handlungsspielräume eng, die Gelder knapp und die Auflagen hart sind, dann muss sich die Partei schon intensiv Gedanken darüber machen, was da eigentlich läuft!

Für den sozial Bedrohten ist es offenbar nicht gleichgültig, wer die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister stellt und wie die es machen – bei allen Begrenzungen.

Nirgendwo sind die Parteien von der Bevölkerung konkreter zu erkennen als in den Kommunen.

Und nirgendwo im Lande verfehlen die Parteien ihren Verfassungsauftrag, an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken, so oft wie in den Kommunen!

Dazu kommt es immer dann, wenn Kommunalpolitiker eines ignorieren – nämlich: Parteipolitik muss immer auch Politik für die Kommunen sein – Kommunalpolitik hingegen darf niemals nur Parteipolitik sein.

Kommunalpolitik ist daher immer und für jede Partei ein konfliktträchtiger Vorgang! Das kann man wissen und zugleich gefasst und ohne selbstzerstörerische Emotionalisierungen oder persönliche Attacken damit umgehen. Und man muss es bedenken, denn nirgendwo in der Politik kann man so gut lernen wie dort, wo die Logik des Parteilebens und die Logik des Alltagslebens der Bürgerinnen und Bürger in einen latenten Konflikt geraten, weil die Politik dem wirklichen Leben nicht entfliehen kann!

Aus solchen und anderen Gründen also: Kommunalpolitik.

Damit wird es auch ein Parteitag des Aufeinander-Hörens, des Voneinander-Lernens und des Miteinander-Nachdenkens – also: ein Arbeitsparteitag.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Kommunalpolitik kann nur in der Gemeinde selbst bestimmt und gestaltet werden. Wir stellen nicht die Parteiinteressen über die Interessen der Bürgerinnen und Bürger.

Für uns ist die Kommune ein sozialer Raum – der Platz ökonomischen Handelns – ein ökologischer Verantwortungsbereich – ein Rahmen und ein Knotenpunkt gesellschaftlicher Kommunikation und Initiative – der Ort, wo sich die Tauglichkeit der Politikansätze aller Ebenen und aller politischen Kräfte im praktischen Leben erweisen muss. Die Kommunalpolitik muss gerichtet sein auf die Verbesserung der elementaren Lebensverhältnisse und die Demokratisierung des öffentlichen Lebens.

Wir nehmen die Verfassungslage sehr ernst: Die Kommunen gelten in der Bundesrepublik als «selbstverwaltet», wobei sie natürlich Bundes- und Landesrecht vollziehen. Und für sie gilt der Grundsatz der – wie es heißt – «Allzuständigkeit der Gemeinden».

Dazu gehört sehr viel. In den Kommunen bleibt ein Großteil dessen zu regeln, was auf unterschiedlichste Weise das tägliche Leben der Menschen prägt. Die Verantwortung reicht von der Müllentsorgung bis zu den Theatern.

Im Grunde stecken darin faszinierende Herausforderungen.

Denn: Hier, an ihrem Lebensort, sind die Menschen unterwegs in eine zivilere Gesellschaft. Sind sie es hier nicht, sind sie es nirgendwo.

Und: Die Kommune ist die erste Gesellschaft, die Heranwachsende erleben. Hier wird Leben geprägt.

Dazu meine Vision:

– Ich stelle mir Kommunen vor, in denen Menschen verschiedener Generationen nicht nur nebeneinander, sondern miteinander leben. In denen das Miteinander nicht eingeschränkt ist, weil es keine Kita-Plätze, keine Pflegekapazitäten, keine Jugendklubs,

keine Theater, keine Museen gibt. Wir wollen das lebendige Miteinander von Menschen, die der gegenseitige Kontakt bereichert und nicht belastet.

- Ich stelle mir Kommunen vor, in denen es Wohnungen für alle gibt. Und mehr noch: Kommunen, die auch als Ganzes wohnlich sind. Straßen sollen wieder Aufenthaltsräume für Menschen und nicht mehr nur Stauräume für Autos sein. Ich denke an Marktplätze und Kneipen und Tante-Emma-Läden und Boutiquen – und nicht an Konsumtempel oder Zentren für industrialisiertes Einkaufen auf ehemaligen Ackerflächen.
- Ich stelle mir Kommunen vor, in denen, was immer nur in Gemeinschaft geht, nicht aus vorgeschobenen Kostengründen privatisiert wird.
- Ich stelle mir Kommunen vor in einer gesunden Umwelt – nicht Steinwüsten, die sich in die Natur hineinfressen, die die Naturschätze auslaugen und Luft und Wasser vergiften.
- Ich stelle mir Kommunen vor, in denen das Leben Spaß macht, weil jeder Arbeit hat, und in denen die Arbeit gut von der Hand geht, weil das Leben Freude macht. Ich möchte, dass der Lebensraum von Menschen auch menschlich ist – und zwar nicht nur in kleinstädtischer oder dörflicher Idylle, sondern auch in den großen Metropolen mit ihren besonderen Problemen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

natürlich weiß ich, dass die Realitäten in diesem Deutschland diesen Visionen entgegenstehen. Aber das ist keine Legitimation dafür, sich einfach damit abzufinden.

Bemühen müssen wir uns sehr wohl und immer wieder – zum Beispiel um Wohnraum für die Obdachlosen genauso wie um die integrierte Unterbringung von Ausländerinnen und Ausländern.

Sicher: Politische Ziele der Partei treten gelegentlich in den Hintergrund, wenn der berühmte Sachzwang regiert.

Sozialistische Kommunalpolitik muss – und kann – dennoch aus dieser Logik ausbrechen.

Sie beginnt dort, wo BürgerInnen so ernst genommen werden wie BürgermeisterInnen, wo die gewählten VolksvertreterInnen das Sagen haben und nicht die Verwaltung allein, wo die Kommune gestärkt wird gegen die Regierenden im Land und im Bund.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir haben durchaus auch Anlass, uns bei unseren Nachbarn lernend umzutun. In Holland und in Dänemark z. B. besteht eine kommunale Selbstverwaltung, mit der die hiesige nicht mithalten kann. In Belgien, Großbritannien, Dänemark und Frankreich genießen die Kommunen eine finanzielle Eigenständigkeit, von der wir hier nur träumen können. Und eine Kulturstadt wie Amsterdam – haben wir in Deutschland etwas Vergleichbares?

In Deutschland gibt es – wie so oft – schöne Worte und eine ganz andere Welt hinter der Fassade.

Einerseits beschwört man die kommunale Selbstverwaltung, das Europa der Regionen und das Subsidiaritätsprinzip – andererseits sind einige Bundesländer der Meinung, dass die Kommunen im EU-Ausschuss der Regionen, der Vertretung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, schlichtweg nichts zu suchen haben. Das Ergebnis: Von den 24 deutschen Sitzen in einem solchen Gremium entfallen ganze drei auf das kommunale Lager.

Noch dramatischer wird es, wenn es ums Geld geht. Bund, Länder und Gemeinden teilen sich in das Steueraufkommen – indem sie unterschiedliche Steuern erheben und indem sie einen komplizierten Finanzausgleich praktizieren. Im Ergebnis hatten die bundesdeutschen Kommunen vor zehn Jahren am gesamten Steueraufkommen einen – gemessen an ihren Aufgaben – vergleichsweise bescheidenen Anteil von 14,1 Prozent. Mitte der 1990er-Jahre war dieser Anteil auf 12,7 Prozent gesunken, die Aufgaben aber haben sich deutlich ausgeweitet.

Vor allem der Bund holt sich von den Kommunen immer mehr Mittel, um seine eigenen Finanzprobleme zu lösen. So hat er sich während der Ära Kohl – also seit 1982 – durch Steuerrechtsänderungen Mehreinnahmen in Höhe von 46 Milliarden DM verschafft, während er den Kommunen im gleichen Zeitraum Einnahmemöglichkeiten in einem Umfang von rund 55 Milliarden DM entzog!

Gleichzeitig aber stehen die Kommunen für die Umsetzung von etwa 80 Prozent der Bundesgesetze und von etwa 90 Prozent der Landesgesetze gerade!

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Probleme erfordern eine grundlegende Gemeindefinanzreform, einen durchgreifenden Strukturwandel in den Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Was im Bund-Länder-Verhältnis gilt und eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, muss endlich auch im Verhältnis des Bundes zu den Kommunen gelten: Wer anderen Aufgaben zuweist, der muss auch die dafür notwendigen Mittel gleich mit überweisen. Das gehört im Zweifelsfall deutlich in das Grundgesetz geschrieben. Diese Forderung hört man von den kommunalen Spitzenverbänden – und ich denke, sie sollte auch unsere Forderung sein.

Für die ostdeutschen Kommunen freilich ist damit noch immer etwas offen – Stichwort: Altschulden.

Dazu braucht man nicht mehr viele Worte zu verlieren. Dass diese sogenannten Schulden keine Schulden der Kommunen sind, ist eine Binsenweisheit – auch wenn Theo Waigel vielleicht noch eine Weile braucht, bis er sich danach richtet. Die Sozialdemokraten aber verkünden sie nun, als hätten sie das «Ei des Kolumbus» gefunden – Manfred Stolpe hat das selbst so formuliert!

Teure Genossen von der SPD – das Ei war riesengroß und hat jahrelang direkt vor euch gelegen! Wie die Gebetsmühlen haben wir gepredigt, wie die Finanzwirtschaft

der DDR organisiert war – schließlich kannten wir uns da ja ein wenig aus. Über fünf Jahre und mehrere Vorsitzende habt ihr gebraucht, bis ihr es geglaubt habt. Nun lasst uns doch bitte Nägel mit Köpfen machen – im Bundesrat mit eurer Mehrheit und vielleicht auch im Bundestag. Da liegt nämlich immer noch der Antrag unserer Gruppe in den Ausschüssen, die sogenannten Altschulden in den Erblasten-Tilgungsfonds zu überweisen – genau die Idee, die ihr jetzt als Höppner-Stolpe-Idee anpreist.

Macht es schnell. Denn Realitätsverweigerung ist teuer. Im Fall der Altschulden hat sie bislang uns alle zusammen 4,9 Milliarden Mark gekostet. Das sind die Zinsen, die seit 1990 für den umstrittenen, auf Eis gelegten Posten aufgelaufen sind – etwa ebenso viel wie die Forderungen selbst. Profitieren können davon nur die Banken.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Es reicht nicht aus, nur mehr Geld in die Kommunen zu pumpen – die Städte und Gemeinden müssen dann auch größere Freiheiten haben, über die Verwendung der Mittel zu entscheiden!

Das ist eine alte Forderung der PDS. Und dabei sollten wir bleiben.

Dies umso mehr, als den Kommunen auf unterschiedlichste Weise und von unterschiedlichster Seite die Hände gebunden werden.

Da greifen zum einen mehr und mehr Richtlinien und Vorschriften der Europäischen Union, damit vor allem Unternehmer, Versicherungen und Immobilienmakler EU-weit dieselben Bedingungen vorfinden. Nötig aber ist es, die kommunale Selbstverwaltung stärker vor Eingriffen der EU zu schützen. Nötig ist es, das Prinzip der Subsidiarität (also der Entscheidung möglichst nahe am betroffenen Bürger) zugunsten der Kommunen zu ergänzen und zu präzisieren. Und nötig ist es schließlich drittens, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Kommunen im Ausschuss der Regionen zu stärken.

Ein ernster Verlust an Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten droht den Kommunen auch durch den massiven Privatisierungsdruck. Ich halte nichts davon, kommunales Eigentum, das langfristig auch Einnahmen verspricht, kurzfristig zu verscherbeln. Was als Mittel zur Haushaltsentlastung und zur Durchsetzung einer bürgernahen Verwaltungskultur angepriesen wird, kann zudem fatale Folgen haben: Kein privater Schwimmbadbetreiber kann auf Dauer von einer Gemeindevertretung zu Sondertarifen für sozial Schwache verpflichtet werden. Kein Käufer kommunaler Wohnungen muss begründen, warum er nicht an Alleinerziehende vermieten will. Kein privater Anbieter von Weiterbildungskursen kann gezwungen werden, Deutschkurse für türkische Mitbürgerinnen und Mitbürger anzubieten. Und, und, und. Kommt es so, dann haben nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Kommunen selbst ein Problem. Denn sie haften aufgrund ihrer fortbestehenden öffentlichen Verantwortung für die ordnungsgemäße Erfüllung von Aufgaben durch die privaten Betreiber. Es lässt sich eben wirklich nicht alles über den Markt richten, was sozial und menschlich geboten ist.

Das gilt aus meiner Sicht im Übrigen auch für die sogenannten Neuen Steuerungsmodelle, die derzeit in den Verwaltungen von rund 150 großen und mittleren Städten sowie Landkreisen erprobt werden. Unsere Partei hat sich ausdrücklich für eine Reform der Verwaltung ausgesprochen. Aber wo Kreativität zum Sparen und zum gestrafften Mitteleinsatz freigesetzt wird, da darf auf angemessene politische Einflussmöglichkeiten nicht verzichtet werden. Kaufmännisches Denken ist immer hilfreich, demokratische Kontrolle aber kann es nicht ersetzen. Und die Motivation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst auch nicht – ebenso wenig wie die notwendigen Spielräume, die Kommunalpolitik und Verwaltung brauchen, wenn sie ihrer Verantwortung vor den Bürgerinnen und Bürgern nachkommen wollen. Nicht radikaler Leistungs- und Stellenabbau kann die Lösung sein, sondern nur eine Neuorganisation von Verwaltungsabläufen. Abbau von Hierarchien, Delegation von Verantwortung nach unten, Komplettbearbeitung von Vorgängen – damit verkürzt man Entscheidungswege, damit macht man Verwaltung wirtschaftlicher und transparenter. [...]

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Geschichte hat uns Bescheidenheit gelehrt. Und das war gut so. Wir dürfen sie auch nicht aufgeben. Aber etwas mehr Selbstvertrauen und etwas mehr Selbstgewissheit sollten wir schon entwickeln.

Häufig erlebe ich Verunsicherung. Weil es diese Verunsicherung gibt, schreiben wir ja auch ständig Papiere und wieder Papiere. Und in jedem Papier soll möglichst immer alles und möglichst auf höchstem Niveau aufgeschrieben und möglichst umfassend diskutiert sein. Dabei vergessen wir oft das Papier von gestern, in dem doch auch Vernünftiges stand, auf das wir ungestraft zurückgreifen könnten. Und so behandeln wir die Papiere manchmal, als ginge es um Leben oder Tod.

Etwas mehr Gelassenheit täte uns gut.

Und eines stimmt auch: Wir haben genug Gegner in diesem Land; wir müssen nicht unbedingt in den eigenen Reihen welche suchen.

Wir haben unter uns sowohl Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die sich als Schadensbegrenzer verstehen, als auch solche, die fundamentale Veränderungen einklagen. Ich will dabei keinen Gegensatz aufmachen – sie alle setzen sich für die Interessen der Menschen ein.

So schmerzt es eben manche von uns in den Kreistagen oder Stadtverordnetenversammlungen, wenn sie aus der Partei heraus – etwa von den Jungen GenossInnen – erfahren, sie mögen doch stets programmatisch systemkritisch auftreten.

Freilich – und das bitte ich zu bedenken: Niemand von uns ist für ewige Zeiten gefeit gegen die Versuchung, auch einmal den bequemeren Weg des Kompromisses zu gehen, im Widerstand gegen konservative Politik nachzulassen oder dem Charme des sozialdemokratischen Genossen Sachzwang zu erliegen. Niemand ist fehlerfrei und hat schon immer die richtigen Antworten auf Fragen in der Tasche.

Und weil das so ist, sollten wir die demokratischen Korrektive unserer parlamentarischen Arbeit pflegen und lebendig halten.

Ich verstehe darunter, dass sich die gewählten VertreterInnen der PDS beständig den Fragen, Hinweisen, Kritiken und Vorschlägen ihrer Genossinnen und Genossen aus den Basisgruppen wie der Wählerinnen und Wähler ihres Wahlkreises stellen. Schließlich verstehen wir uns als Partei, die nicht nur für den Wahltag da sein will. Je intensiver also dieser Kontakt entwickelt ist, je lebendiger die demokratischen Korrektive arbeiten, desto eher werden die Abgeordneten und MandatsträgerInnen auch auf hilfreiche Kritik und auf Unterstützung bauen können. Unser Respekt vor den engagierten KommunalpolitikerInnen sollte ihnen allerdings auch als Schutz vor oberlehrerhaften Pauschalurteilen, besserwisserisch erhobenen Zeigefingern und fundamentalistischen Fleischwölfen dienen.

Im Übrigen sind die demokratischen Korrektive auch für die Information der Parteibasis wie der Wählerinnen und Wähler nahezu überlebensnotwendig.

Liebe Genossinnen und Genossen!

In unserem Parteiprogramm mahnen wir als sozialistische Oppositionspartei Veränderungen im Lande an – und das provoziert bei denjenigen, die genau solche Veränderungen nicht wollen, hysterische Reaktionen. Denn es soll ja alles so bleiben, wie es in der alten Bundesrepublik immer war. Das ist wirkliche Nostalgie – oder besser: Westalgie.

Wir sollten uns hier auf diesem Parteitag darauf verständigen, unser Programm offensiv zu verteidigen. Wir selbst haben bei seiner Annahme gesagt, dass es zu gegebener Zeit auch verbessert, präzisiert werden kann. Wir müssen seine Substanz aber auch offensiv schützen gegen demagogische Angriffe und konservative Kleingeisterei. Was unsere Gegner nicht ertragen, was sie zu Wutausbrüchen treibt, ist, dass wir – auch in Bezug auf unser Programm – ihr politisches Spiel nicht mitmachen wollen: hier ein bisschen zurücknehmen, da ein wenig entgegenkommen, hier einen kleinen Kompromiss, da ein größeres Zugeständnis. Die Strategie ist klar: Wenn wir so werden wie sie, sind wir zahnlos, bald eingemeindet und überflüssig. Auch deshalb: Verteidigen wir unser Programm!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Vor einem Jahr habe ich von Herrn Eppelmann und anderen verbale Prügel für meine Parteitagsthese bezogen, die alte, westdeutsch geprägte Bonner Republik sei am Ende und die nach der Vereinigung entstehende neue, die Berliner Republik, könne durchaus ganz anders aussehen, als die derzeit Herrschenden sich das wünschen.

Mittlerweile sind die Verhältnisse weiter in Bewegung geraten. Und ich bleibe bei meinem Satz.

Die Bonner Republik ist am Ende. Die Berliner kommt. Es besteht die Chance, dass sie nicht von Kohl und Schäuble dominiert wird, sondern dass sie ein reformfähiges und reformwilliges Gemeinwesen wird.

Wir haben die Herausforderung angenommen.

Bislang haben wir immer gesagt: Eine Ablösung der Konservativen wird an uns nicht scheitern. Dafür bereitzustehen – dies war eine Einsicht, die wir gewinnen mussten.

Das ist das eine.

Das andere ist: Auf absehbare Zeit wird die Ablösung der Konservativen in Deutschland ohne die PDS nicht wahrscheinlich sein – eine Erkenntnis, die SPD und Bündnis-Grüne wohl erst noch verarbeiten müssen. Sie haben uns nichts zu gewähren – sie brauchen uns, wie wir sie brauchen. Und wie uns alle zusammen dieses Land und seine Bürgerinnen und Bürger brauchen.

Denn: Die Berliner Republik zur Jahrtausendwende muss sein:

- freiheitlich und demokratisch, wie das Grundgesetz und der Souverän es wollen; mit einer weiterentwickelten parlamentarischen Demokratie, die mehr ist als nur Herrschaft weniger Parteien; wo auch die Möglichkeit des Plebiszits besteht und Ausländerinnen und Ausländer nicht nur Steuern abgeben dürfen, sondern auch ihre Stimme;
- ökologisch und sozial, wie die Vernunft und wirtschaftliche Notwendigkeit es vorschreiben. Dazu müssen die sozialreaktionäre Umverteilungspolitik der Regierung gestoppt und wirksame ökologische Maßnahmen durchgesetzt werden.
- modern und solidarisch, wie es die Veränderungen in der Welt erfordern. Statt Abschottung und Festungsmentalität brauchen wir liberale Asylgesetze und Erleichterungen bei der Einbürgerung. Die Öffnung nach Osteuropa und sinnvolle Beiträge zur Lösung globaler Probleme in der Umwelt, in der Wirtschaft und im sozialen Bereich sind dringend geboten.
- europäisch und kosmopolitisch, wie es das Zusammenwachsen der Regionen nötig macht. Die Berliner Republik muss einen aktiven Beitrag leisten zur Schaffung gesamteuropäischer, ziviler Sicherheitsstrukturen. Sie muss einen wichtigen Part übernehmen bei der Demokratisierung der bis dato undemokratischen Europäischen Union, sie muss dort soziale und ökologische Orientierungen durchsetzen und dafür Sorge tragen, dass der Osten und der Süden Möglichkeiten auch alternativer Entwicklungen erhalten und sie dabei unterstützt werden.
- antimilitaristisch und zivil, wie es unsere Geschichte und die Menschlichkeit verlangen. Rüstungsexporte gehören verboten und die Wehrpflicht abgeschafft. Parallel müssen Anstrengungen zu weitreichender Abrüstung unternommen werden. Deutsche Soldaten haben im Ausland nichts zu suchen.
- emanzipatorisch und zivilgesellschaftlich, wie es schon seit der großen Französischen Revolution auf der Tagesordnung steht. Die Rechte des Individuums müssen gegenüber dem Staat gestärkt und die der Kommunen ausgeweitet werden.

Dafür lasst uns streiten,

- kritisch – auch nach innen;
- kämpferisch – und zwar nach außen;
- und kompetent – denn sonst wird sich nichts ändern.

Also lassen wir uns nicht aufhalten.

Ich danke euch!



Immer im Blitzlichtgewitter: hier auf dem 5. Parteitag der PDS, 1. Tagung, 17. bis 19. Januar 1997 in Schwerin

DOKUMENT 9

DIE SOZIALE FRAGE UND DIE PDS

REDE DES BUNDESVORSITZENDEN AUF DER 1. TAGUNG DES 5. PARTEITAGES DER PDS AM 17. JANUAR 1997 IN SCHWERIN, ENTWURF (AUSZÜGE)

Quelle: ADS/RLS, Signatur 2003-A-52

Verehrte Gäste, liebe Genossinnen und Genossen!

Willkommen in Schwerin zu unserem Parteitag, dem Parteitag der sozialen Frage!

Es ist nicht nur der Frost, es ist letztlich die soziale Kälte, die in diesem Winter bereits Dutzende Menschen einen erbarmungslosen und einsamen Kältetod sterben ließ. Das ist eine Schande für ein reiches Land wie die Bundesrepublik Deutschland! Und es ist eine Schmach für uns alle, wenn wir das weiter zulassen.

Zum Jahreswechsel hat Kanzler Kohl ein Umdenken gefordert. Natürlich meint er nicht sich. Er meint die Bürger. Er meint uns. Die Menschen sollen sich unter der Umverteilungsknute ducken. Wer sich wehrt, wer soziale Gerechtigkeit fordert, der ist ein Gegner des Wirtschaftsstandorts. Schon so mancher ist dieser Heuchelei auf den Leim gegangen und hat sich ein schlechtes Gewissen einreden lassen. So mancher hat die Orientierung und den Mut verloren.

Wir nicht. Unsere Partei streitet für soziale Gerechtigkeit. Bei aller Auseinandersetzung: In diesem Punkt waren wir uns immer einig und werden auch in Zukunft einig bleiben.

Der Kanzler und sein Gefolge haben uns Gegnerschaft geschworen. Das dürfte die einzige politische Versprechung sein, auf die man sich überhaupt bei ihnen verlassen sollte. Die PDS nimmt diese Einladung an.

Auch wir wollen unbequeme Veränderungen! Aber unbequem für die richtig Vermögenden, die Reichen, und nicht länger für Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Kinderreiche, Menschen mit Behinderung und Kranke, also zulasten der sozial Schwachen!

Das wird Kohl und Co. niemals in den Sinn kommen! Darum stehen Demokratische Sozialisten und Neokonservative plus Neoliberale sich in der sozialen Frage diametral gegenüber!

Wir werden auf diesem Parteitag die Realitäten benennen und unsere Vorschläge und Konzepte zur Lösung sozialer Fragen vorlegen. Das haben wir die letzten Jahre erfolgreich getan, das erwarten viele Menschen von uns. Wir werden sie nicht enttäuschen. Wir nehmen die Herausforderung an!

Liebe Genossinnen und Genossen,
was veranlasst denn Intellektuelle, Theologen und Gewerkschafter aus Ost und West zu dem dramatischen Satz «Bis hierher und nicht weiter»? Was veranlasst sie, sich an Sozialdemokraten, Grüne und auch an uns mit einem politischen Appell zu wenden?

Ich teile die Einschätzung, die die Unterzeichner der «Erfurter Erklärung» getroffen haben:

- Es fehlen in der Bundesrepublik 6 bis 7 Millionen Arbeitsplätze.
- Es fehlt an Binnennachfrage und vorausschauendem Management.
- Die Schulden der einen sind die Gewinne der anderen.

In der Tat: Jede Schuldenmilliarde macht Bund, Länder und Kommunen abhängig von den Großbanken. Das ist das eine.

Das andere ist: Während immer mehr Menschen ihre Arbeit, ihre Existenzgrundlage verlieren, steigen die Aktienkurse der Unternehmen, die die Entscheidungen darüber gefällt haben. So werden «die Aktionäre zu Profiteuren der sozialen Perspektivlosigkeit», wie es in der «Erfurter Erklärung» heißt.

Eine solche Entwicklung dürfen, eine solche Entwicklung werden wir nicht hinnehmen!

Und ich sage es noch einmal: Die «Erfurter Erklärung» ist ein Signal aus den kritischen Teilen der Gesellschaft, an dem wir alle – demokratische Sozialisten, Sozialdemokraten und Bündnisgrüne – nicht vorbeikommen. Wenn sich erstmals seit Jahren führende Köpfe aus West und Ost so drastisch in die politische Debatte einschalten und wenn wir ihre Analyse teilen, dann hat die Politik einfach kein Recht, sich darüber hinwegzusetzen!

Es sind [...] [die] scheinbar kleinen Dinge, die den kleinen Leuten Sorgen bereiten. Der Anschlag auf die Brieftaschen versteckt sich hinter einem Gestrüpp von Gesetzen und finanzpolitischen Glitzerworten. Gepanzertes Herrschaftswissen, das die Menschen blenden soll. Jede Mark und jeder Pfennig, der ihnen gestohlen wird, ist quasi das Produkt höherer monetärer Regierungsweisheit, wie sie glauben machen wollen.

Gerade weil wir diese Sorgen in unserer Politik berücksichtigen und aufnehmen, haben wir zunehmend Vertrauen gewinnen können. Das ist ein schöner Erfolg und eine gute Gelegenheit: Ich möchte allen danken, die sich in der «Volkssolidarität» und anderen Wohlfahrtsverbänden und Vereinen engagiert haben. Ihr habt Mitmenschlichkeit gelebt!

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist *das* Markenzeichen von PDS-Politik: *Sozial und solidarisch – nicht nur den Worten nach, sondern auch in der Tat. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit!*

In der Bonner Regierungskoalition spreizt sich der kleinere Partner als «Steuersenkungspartei». Der größere Partner tut sich hervor als die Partei der Steuergeschenke – der Steuergeschenke an die Reichen, an die Großunternehmen.

Wir werden hier in Schwerin mit unseren Beschlüssen etwas anderes deutlich machen: Als *die* Partei der sozialen Gerechtigkeit sind wir auch die *Partei der wirklichen Steuergerechtigkeit!* [...]

Wir gehen heran an die Milliardäre, an die Millionäre und an die, die sich ums Steuerzahlen herumdrücken!

Auch darin sind wir uns mit dem Anliegen von Erfurt einig.

Und dann will ich an dieser Stelle auch noch etwas zu einem Dauerbrenner in den Schlagzeilen sagen: Angesichts dieser Prioritäten, die ich eben beschrieben habe, kann ich mir auch einen *differenzierten* Umgang mit der Mehrwertsteuer vorstellen. Das hieße: bei Kinderbedarfsartikeln runter damit, bei der Mercedes-S-Klasse rauf damit!

Liebe Genossinnen und Genossen,

man kann die Dinge drehen und wenden, wie man will: Die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, sind vielfältig, aber im Kern stets soziale Fragen. Die soziale Frage hat heute verschiedene Gesichter:

Arbeit: Ohne die Lösung des Beschäftigungsproblems entsteht unter den heutigen Bedingungen eine neue Unterklasse, die von dem entscheidenden Zugang zu Lebenschancen ausgeschlossen ist. Dazu kommt die wachsende Zahl derer, die trotz Arbeit arm sind. Arbeit steht weiter im Zentrum.

Die Erhaltung der *Umwelt* ist genau wie das Beschäftigungsproblem eine soziale Frage. Wir leben auf Kosten zukünftiger Generationen. Aber die Zerstörung der Natur trifft bereits in der Gegenwart zuerst und am meisten die sozial Schwachen in den armen und auch in den reichen Ländern. Der ökologische Umbau ist auch in anderer Hinsicht ein großer sozialer Prozess: Er ist Bedingung für das Abwenden von Klimakatastrophen und anderen existenziellen Bedrohungen, aber auch für Arbeitsplätze in zukunftsfähigen, umweltgerechten Beschäftigungsfeldern.

Neben Arbeit und Umwelt gehört ein weiterer Aspekt zur sozialen Frage: Ein erdumspannender sozialer Antagonismus verläuft zwischen der OECD-Welt und den *unterentwickelten* Ländern. Ökologischer Umbau und Strukturentscheidungen über künftige Arbeitsfelder müssen die Mitverantwortung der Industrieländer für die Überwindung der Unterentwicklung einschließen.

Dazu kommt: Auch und gerade nach dem Wegfall der Systemkonfrontation, heute, wo Kriege wieder als führbar gelten und Länder wie die Bundesrepublik wieder nach militärischer Macht greifen, ist die Erhaltung und Sicherung des Friedens ein Kernbestandteil der sozialen Frage. Ohne Frieden keine sichere menschliche Existenz! Militarismus ist keine Antwort auf die soziale Frage der Gegenwart! Das heißt auch: Die Produktion von Rüstungsgütern kann nicht der Preis für die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit sein!

Schließlich ein letzter wesentlicher Gedanke: Die soziale Frage wird nicht lösbar sein, wenn die patriarchalen Strukturen der gegenwärtigen Gesellschaft nicht überwunden werden. Es sind doch gerade diese Strukturen, die die soziale Frage in besonderer Weise zuspitzen! Hier in Ostdeutschland genügt ein einziger Blick: Die Frauen sind die Hauptverlierer einer Transformation in die herkömmlichen gesellschaftlichen Strukturen. Und es gibt innerhalb dieser Verhältnisse keinen Schimmer einer Hoffnung auf eine wirkliche Wende. Eine patriarchal funktionierende Gesellschaft ist zu einer grundsätzlichen Lösung der sozialen Frage nicht fähig.

Genossinnen und Genossen,

niemand hier im Saal unterliegt der Illusion, wir könnten auf diesem Parteitag alle Facetten der sozialen Frage ausreichend beleuchten. Wir müssen uns gar nicht scheuen, auch öffentlich festzustellen, dass wir Suchende sind. Wir stellen uns offen den Fragen der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft. Wir erheben nicht den Anspruch, die Schlaumeier und Oberlehrer der Nation zu sein. Aber wir sind bemüht, das Wesen herauszufinden. Die soziale Frage heute ist nicht nur an die traditionellen Verteilungskonflikte gebunden. Sie ist zu einer Menschenrechtsfrage geworden.

Es ist wichtig zu analysieren, was sich im engeren Sinne an der sozialen Frage geändert hat. Nach wie vor hängt sie ursächlich mit kapitalistischer Lohnarbeit zusammen. Das Neue besteht darin, dass sie nicht wie im 19. Jahrhundert auf die Arbeiterschichten begrenzt bleibt. Weit über traditionelle Arbeitermilieus hinaus geraten heute viele Haushalte unter Druck. Die kleinen und mittleren Einkommen gehen nicht nur real zurück. Sie sind auch das bevorzugte Objekt neokonservativer Politik beim Schließen staatlicher Finanzlücken und zugleich vielfältiger anderer Begehrlichkeiten (steigende Mieten, Preise, Tarife, Studiengebühren, Rezeptkosten ...). Vor diesem Hintergrund werden Solidarisierungen häufig blockiert.

Das alles sind Prozesse, die sich in Ost und West mittlerweile sehr gleichartig vollziehen. Mit einem Unterschied: Was großen Teilen Deutschlands blüht, wenn es so weitergeht, ist im sozialen Experimentierfeld Ost bereits zu besichtigen: [...]

Wir wollen *nicht*, dass die innere Einheit Deutschlands nach diesem Vorbild zustande kommt. Wir wollen eine innere Einheit, die auf einer großen Kraftanstrengung zur Lösung der sozialen Probleme beruht. In Ost wie in West gleichermaßen! [...]

Genossinnen und Genossen,

Die Zuspitzung und die neuen Dimensionen der sozialen Frage sind nicht gottgegeben. Natürlich haben sie Ursachen in sehr komplizierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen. Jedoch die Resultate, zu denen diese Wandlungen in der Bundesrepublik von heute führen, sind durchaus politisch bestimmt, politisch gewollt, politisch beeinflusst. Wir haben es bei der Abwärtsspirale, auf der sich dieses Land derzeit bewegt, nicht mit einem Schicksalsschlag zu tun, sondern mit dem Ergebnis einer ganzen politischen Strategie. [...]

- Wir wollen den Stopp der neoliberalen Restaurationspolitik.
- Wir wollen eine sozial gerechte Gesellschaft.
- Wir werden uns mit dem Skandal der chronischen Massenarbeitslosigkeit nicht abfinden.
- *Wir kämpfen dafür, dass der Schwache nicht länger schwach bleibt, der Einzelne nicht allein, der Fremde nicht fremd und der Abhängige nicht wehrlos!*

Wir sind für eine Mobilisierung breiter Schichten für einen qualitativ neuen Sozialstaat. Wir kämpfen für eine neue Kultur der Solidarität. Diese Gesellschaft kann sich mehr Solidarität leisten, als rechts von uns behauptet wird.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Es bleibt die Frage, ob SPD und Grüne bereit sind, eine solch radikale Alternative zur derzeitigen Politik mitzutragen – und ob sie bereit sind, sie *mit uns* zu gestalten.

Natürlich verschließen wir uns nicht vor den Realitäten: Wir sind bundesweit eine Fünf-Prozent-Partei. Das sollte als Hinweis genügen, uns aus dem Olymp unserer Träume auf die Erde zu holen.

Aber: Wir gehören zu den Wenigen, die die SPD zu einem ernsthaften Machtkampf in Bonn drängen könnten, die Druck von links auf sie ausüben. Wir sind diejenigen, die zur Mehrheit gegen Kohl die fehlende Motivation, fehlende Argumente und endlich auch Stimmen beibringen werden.

Dabei wissen wir: Die Abwahl des Kanzlers und seiner Koalition eröffnet nicht mehr als eine Chance auf einen anderen Weg.

Aber: Wenn Kohl bleibt oder wenn es eine Große Koalition gibt, dann besteht nicht einmal diese Chance.

Den Sozialdemokraten und den Bündnisgrünen möchte ich eines sagen: Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, durch eine bloße Umdeutung von Standortlogik, Maas-tricht-Kriterien und Globalisierungsmythos politische Handlungsräume erschließen zu können. So findet man aus Kohls Fahrwasser nicht heraus.

Und es stimmt: Wir, die PDS, haben zum traditionellen rheinischen Kapitalismus ein anderes Verhältnis als große Teile von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wir sind kritischer und radikaler. Wir haben in Ostdeutschland seit 1990 erlebt, dass auch dieses Modell keine tragfähigen Antworten auf die Fragen weiß, die die Geschichte 1989 auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Wir wissen mittlerweile aus eigener Erfahrung in diesem vereinten Deutschland, dass die – wie der Soziologe Ulrich Beck sagt – «Grundlagen der ersten Moderne» (Sozialstaat, Nationalstaat, gewerkschaftliche Macht, ökologische Hemmnisse privater Investitionsbereitschaft) «morsch» sind. Das ist das eine.

Das andere ist: Die Fähigkeit zur politischen Zusammenarbeit, zur gemeinsamen Gestaltung einer politischen Alternative kann nur aus dem Bemühen erwachsen, sich den gegenwärtigen Herausforderungen zu stellen, adäquate und zukunftsweisende Antworten zu finden und sich dabei selbst zu verändern. Wir haben dies für uns und

für unsere Partei mit dem Gedanken umfasst, dass die Erneuerung unserer Partei nicht 1989 oder irgendwann Anfang der 1990er-Jahre abgeschlossen war, sondern dass sie eine fortwährende Aufgabe für uns ist. Daran halten wir fest.

Die Unterzeichner der «Erfurter Erklärung» erwarten von uns, dass wir unsere «Positionen zum historisch gescheiterten Sozialismusmodell weiter [...] klären». Ihnen «geht es nicht um Demutsgesten und den Verzicht auf antikapitalistische Strömungen», sondern «um demokratische Zuverlässigkeit bei aller Entschiedenheit, eine demokratisch-sozialistische Kraft im Spektrum der Parteien zu sein». Wir werden auf diesem Parteitag zeigen, dass wir die Mahnung verstanden und aufgenommen haben. [...]

Das Desaster der deutschen Währungs- und Wirtschaftsunion ist gerade ein halbes Jahrzehnt her, da preisen die Bonner Regierungsparteien erneut die Segnungen eines Crashkurses dieser Art – diesmal für Europa. Im nächsten Jahr soll der Sprung in eine neue europäische Entwicklungslogik mit dem europäischen Währungs- und Finanzsystem vollzogen werden.

Wir fordern auch auf europäischer Ebene eine Korrektur des Integrationsmechanismus hin zu einer Sozial- und Beschäftigungsunion sowie zu einer Umweltunion. Dies ist unser alternativer Ansatz zur monetaristischen Rezeptur der Wirtschafts- und Währungsunion von Maastricht, zu den Tietmayer'schen Konvergenzkriterien und dem Waigel'schen Stabilitätspakt.

Und um sozialen und umweltbewahrenden Zielen eine Chance auf dem weiteren Weg des Zusammenwirkens europäischer Länder und Völker einzuräumen, fordern wir 1997 – gemeinsam mit anderen 18 europäischen Linksparteien: «Lasst die Völker über die Zukunft Europas selbst entscheiden!» Wir wollen in allen Ländern Referenden zu den wichtigen Schritten auf dem Weg der europäischen Integration, zu den Ergebnissen der Regierungskonferenz zur Überprüfung des Maastrichter Vertrages oder zur Einführung des Euro.

Ansonsten heißt es auf Deutsch wie Französisch oder Spanisch: Einebnung des Sozialstaates.

Der französische Intellektuelle Pierre Bourdieu hat europaweit zum Widerstand aufgerufen:

«Die Verfechter eines neoliberalen Denkens predigen den Abbau des Sozialstaates. Dem muss ein europäischer Sozialstaat entgegengestellt werden. [... Gegen ein Europa der Banken, gegen ein Europa der deutschen Bundesbank und gegen die hohen Priester des Euro gibt es kein anderes Mittel als die Schaffung eines europäischen «welfare state», so rasch wie möglich, durch Mobilisierung aller fortschrittlichen Kräfte, die auf diese Weise der falschen Alternative entgegen, die man ihnen aufzuzwingen versucht – zwischen einem wahren Nationalismus und einem falschen Internationalismus»¹

1 Bourdieu, Pierre: Warnung vor dem Modell Tietmeyer, in: Die Zeit 45/1996, 1.11.1996, unter: www.zeit.de/1996/45/Warnung_vor_dem_Modell_Tietmeyer/komplettansicht.

Bourdieu hat recht. Die europäische Linke hat bewiesen, dass eine alternative Reformpolitik möglich ist.

In Italien ist dafür der Grundstein durch die Verhinderung einer rechtsnationalen Regierung Berlusconi und der neofaschistischen Hilfstruppen durch das Zusammenwirken von PDS, Rifondazione Comunista und anderen gelegt worden. Und in Frankreich hat die FKP den klaren Willen bekundet, den Kurs der neokonservativen Regierung Chirac durch eine Alternative zu ersetzen – *gemeinsam* mit der sozialistischen Partei und anderen französischen Linkskräften, ohne Verwischung der eigenen Positionen. Sie alle wollen wie wir die Wende. Hin zu einer anderen, soziale und demokratische Werte bewahrenden Gesellschaft. Für ihr Land wie für Europa.

Die linkssozialistischen und reformkommunistischen Parteien sind dabei nicht allein: Soziale Bewegungen in Italien, Frankreich, Spanien, Portugal haben sich aufgemacht – genauso wie politische und gesellschaftliche Gruppen, Intellektuelle, Gewerkschaften und internationale Netzwerke. Ich denke z. B. an die Initiative des britischen Europaabgeordneten Ken Coates. Oder nehmt das Forum für eine Europäische Alternative. Mit dabei sind Sozialisten, Grüne, Alternative, Kommunisten, Trotzlisten, Gewerkschaftsvertreter*innen, Arbeitsloseninitiativen [...]

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Erfahrungen unserer europäischen Freunde sind für uns wegweisend. Sie zeigen, dass ein Aufbruch zu einer wirklichen Reformpolitik möglich ist und dass auch kleine linkssozialistische Parteien dabei eine wichtige Rolle spielen können – ohne auf ihre programmatischen Positionen verzichten oder daran auch nur Abstriche machen zu müssen. [...]

Genossinnen und Genossen!

Wir lassen uns vor allem von dem nach unserer Überzeugung fundamentalen *Recht eines jeden Menschen auf die Sicherung der existenziellen Grundlagen für sein Leben* leiten. Als demokratische Sozialist*innen sehen wir darin ein unveräußerliches Menschenrecht. Wir sind eine Menschenrechtspartei in diesem Sinne!

Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, seine individuellen Fähigkeiten auszubilden und in die gesellschaftliche Arbeitsteilung einzubringen, Einkommen zu erwerben und an Austauschprozessen teilzunehmen.

Wer dazu nicht in der Lage ist – aus welchen Gründen auch immer –, hat gegenüber dem Gemeinwesen einen Anspruch auf die Sicherung seiner sozialen Existenz.

Die natürliche Umwelt gehört zu den unveräußerlichen elementaren Grundlagen des Lebens *aller* Menschen. Wer aus der Natur besonderen Nutzen zieht, steht gegenüber den anderen auch in einer besonderen Pflicht.

Das Recht eines jeden Menschen auf die Sicherung der existenziellen Grundlagen für sein Leben ist unteilbar. Es gilt überall auf der Welt und unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe usw. Es postuliert die Pflicht zur Gleichstellung der Menschen

und zur Überwindung der patriarchalen Strukturen. Es beinhaltet die aktive und gleichberechtigte Teilnahme einer jeden/eines jeden am Wettbewerb um Einfluss auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Angelegenheiten. Menschenrechte werden erkämpft, nicht «gewährt». Es gibt keine überflüssigen Menschen, es gibt nur fehlerhafte gesellschaftliche Strukturen.

Der Wille, dieses Menschenrecht zu erkämpfen, steht in einer alten Tradition. Diese hat Sozialisten und Kommunisten immer verbunden und nicht getrennt. [...]

Genossinnen und Genossen,

Gerhard Schröder erklärte vor dem Jahresende, er wolle nicht mit PDS-Stimmen Kanzler werden. Wichtig ist vor allem seine Begründung:

«Man könne die Bundesrepublik nicht in einer Konstellation Rot-Grün plus PDS regieren, weil die ökonomische und große Teile der kulturellen Elite das nicht mitmachen werden. [...] Und deswegen könne man in einer solchen Konstellation zwar Kanzler werden, aber es nicht sein.»²

Das hat durchaus seine innere Logik. Und die macht eines deutlich: Kanzler werden ist nicht alles – es kommt darauf an, *wessen* Kanzler man ist oder werden will!

Herrn Schröder will ich eines antworten: Wenn Sie Kanzler jener Teile der herrschenden Eliten werden wollen, deren Kanzler jetzt Helmut Kohl ist, dann sehen Sie zu, wo sie die Mehrheiten dafür herbekommen! Einen sozialdemokratischen Kohl, Herr Schröder, braucht diese Republik *nicht!*

Die Frage, ob die SPD auf Bundes- wie auf Länderebene nicht doch lieber in den Schoß der Großen Koalition schlüpft, ist also längst nicht entschieden.

Genossinnen und Genossen!

Wir werden mit diesem Parteitag mehr inhaltliches politisches Profil gewinnen.

Wir verdeutlichen, dass die PDS für Alternativen, nicht nur für Variationen zur Bonner Politik steht.

Die Auseinandersetzungen werden hart und werden länger dauern. Und dafür brauchen wir die Bündelung aller Kräfte. Wir haben kein Recht, unsere Energien in innerparteilichen Querelen zu vergeuden. [...]

Liebe Genossinnen und Genossen!

Als sozialistische Partei bleiben wir gesellschaftliche Opposition in der Bundesrepublik Deutschland. Im euch vorliegenden Antrag des Bundesvorstandes «Grundsätze und Ziele zu den Wahlen 1998/99» haben wir uns unter definierten Voraussetzungen

2 Berliner Zeitung, 27.12.1996.

auch zu anderer als oppositioneller Verantwortung bekannt. Dafür gibt es gute Gründe, die in der Partei breit diskutiert wurden.

Ob wir unsere Verantwortung für Veränderungen und Reformalternativen in Opposition, tolerierend oder koalierend wahrnehmen werden, hängt nicht nur von uns ab. Das ist nun mal so.

Aber wir sollten es unseren politischen Konkurrenten auch nicht zu leicht machen, wenn sie sich in großen Koalitionen verstecken wollen – mit dem Argument, Alternativen seien nicht machbar. Wir sollten dafür sorgen, dass Alternativen zur neokonservativen Politik machbar werden.

Ich bitte euch um Zustimmung zu diesem Antrag des Bundesvorstandes, damit öffentlich deutlich wird, nach welchen Grundsätzen und Zielen die PDS unverzüglich nach diesem Parteitag an die Ausarbeitung ihrer Wahlprogramme geht. Und dabei sollte uns eines bewusst bleiben: Erst müssen handfeste Wahlergebnisse erzielt werden, bevor man weitergehende Überlegungen anstellt, erst müssen wir Wählerinnen und Wähler für unsere Wahlaussagen gewinnen. Das ist keine leichte Aufgabe. Aber wir sollten uns ganz entschieden dieser Aufgabe stellen: sozial, solidarisch, alternativ.

Tragen wir das Unsere dazu bei:

- damit die Linken in Europa den drohenden Abbau des Sozialstaates stoppen,
- damit der Abbau Ost beendet wird und sich den neuen Bundesländern neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen.

Es kommt auf uns an!

Wir haben eine Verantwortung!

Bleiben wir in unseren ideologischen Schneckenhäusern, wird man uns darin letzten Endes zertreten. Und vergessen wir nie: Miteinander ist es schon schwierig, gegeneinander haben wir keine Chance! Also gemeinsam heran an die spannenden Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft!

DOKUMENT 10

DEN BRANDENBURGER WEG NEU BESTIMMEN

REDE ZUR REGIERUNGSERKLÄRUNG VON MANFRED STOLPE AM 20. AUGUST 1997 (AUSZÜGE)

Quelle: Privatarchiv Thomas Falkner

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Herr Ministerpräsident!

Nun wissen wir es: Dort, wo Sie und Ihre Regierung wandeln und schreiten – dort führt der «Brandenburger Weg» entlang. Und nirgendwo sonst!

Wir wissen nun auch: [...] Mit Ihnen führt der «Brandenburger Weg» immer nach Berlin. Glückwunsch, Herr Ministerpräsident! Über ein Jahr haben Sie gebraucht, um die Niederlage mit dem Neugliederungsstaatsvertrag, auf die Sie nicht gefasst waren, konzeptionell zu überwinden. Und was kommt dabei heraus? Wieder eine Flucht in die Fusion.

Diese Tatsache macht am sinnfälligsten, was auch Ihre gesamte heutige Rede durchzieht: Das ist als politischer Neuansatz unbefriedigend. Was Sie uns heute vorgetragen haben, Herr Ministerpräsident, verdient die Bezeichnung «Den Brandenburger Weg neu bestimmen» nur sehr bedingt. [...]

Ihre Rede, Herr Ministerpräsident, verdient ihren Titel aber auch deswegen nicht, weil sie nichts mit dem «Brandenburger Weg» zu tun hat, den es hier einmal gab.

Dieser «Brandenburger Weg» zeichnete sich durch einen ausgeprägten politischen Willen aus, im Interesse und unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger zu politischen Lösungen zu kommen. Er hatte einen starken Nährboden in der demokratischen Erneuerungsbewegung des Herbstes 1989. Es ging um soziale und ökologische Verantwortung und darum, ostdeutsche Spezifika aufzunehmen. Höhepunkt war die gemeinsame Arbeit an der Verfassung. Schwerpunkte waren aber auch die Rolle Brandenburgs als Tor zum Osten, die Einführung von LER [Lebenskunde–Ethik–Region], die Sicherung der Agrargenossenschaften, die aktive Gestaltung des zweiten Arbeitsmarkts und die sozialen Leistungen.

Herr Ministerpräsident,

an diesem Anspruch messen wir alle Vorstellungen für einen neuen «Brandenburger Weg». Diese Art von Politikgestaltung wollten wir wiederbeleben, als wir Ihnen vor der Sommerpause einen Offenen Brief mit den aus unserer Sicht zentralen Problemen in diesem Land übergeben haben. So wollten wir der vielfältigen – und nicht allein von den Kirchen vorgetragenen – Mahnung aus der Gesellschaft begegnen, die Politik dürfe sich nicht das Heft des Handelns aus der Hand nehmen lassen. Wir meinten und meinen, nicht nur die Hochwasserkatastrophe an der Oder müsse die demokratischen politischen Kräfte und die Menschen zum Miteinander führen, sondern auch die vielen existenziellen Katastrophen im Alltag: die hohe Arbeitslosigkeit, die hohe Zahl der Insolvenzen, die Zunahmen der Armut, das Reißen der sozialen Netze [...]. Um diese Dinge ging und geht es uns – nicht um Buhlen am Hofe oder um Koalitionständeleien. [...]

Herr Ministerpräsident,

Sie bemächtigen sich eines Begriffes, von dem Sie schon einmal abgelassen hatten und der wegen eines ganz anderen Inhalts lebendig geblieben ist. Sie gaukeln sich und uns einen Neuansatz vor, wo ein tatsächlicher Neuansatz nötig ist. Mit diesem nur scheinbar gegangenen Schritt werden Sie nicht glücklich werden. Warum?

Erstens: Die gesamtgesellschaftlichen Ressourcen werden immer knapper. Sie brauchen einen Politikansatz, der für die unverzichtbaren Transferleistungen gesellschaftliche Akzeptanz sichert.

Sie brauchen aber offenkundig auch einen neuen politischen Konsens, um die Handlungsfähigkeit in den eigenen Reihen wiederherzustellen. Die Herausforderung des Oder-Hochwassers hat nur kurzzeitig darüber hinwegtäuschen können, wie tief die Konflikte schon in Ihrem Kabinett sind, wie sehr bei den Ministern die Nerven bloßliegen.

Schließlich, Herr Ministerpräsident, ahnen Sie wohl doch, dass die derzeit glanzvollen Umfrageergebnisse¹ für Ihre Partei den wahren Zustand der Gesellschaft nur begrenzt erfassen. Sicher haben Sie die Protestaktionen und Demonstrationen im Umfeld der letztjährigen Haushaltsdebatte nicht vergessen.

Herr Ministerpräsident,

wenn wir über eine zweite Chance für den «Brandenburger Weg» sprechen, so meinen wir nicht eine offensivere Präsentation der bisherigen SPD-Politik, sondern eine tatsächliche Neuordnung von Beziehungsgeflechten im Land.

Was ist damit gemeint?

1 Die SPD regierte damals in Brandenburg mit absoluter Mehrheit, die sie zwar 1999 bei den Landtagswahlen verlor, was sich aber zwei Jahre vorher in den Umfragen noch nicht andeutete.

(1) Der «Brandenburger Weg» der frühen 1990er-Jahre fand seinen deutlichsten Ausdruck im Verfassungskonsens. Ohne eine Wiederbelebung dieses Konsensus wird es keinen neuerlichen «Brandenburger Weg» geben. Beweisen muss sich diese Wiederbelebung in der praktischen Umsetzung der Staatsziele, die unsere Verfassung vorgibt: Arbeit, Wohnen, Umwelt [...]. Regierung und Opposition stehen in der Pflicht, ihre Überlegungen gegen die Arbeitslosigkeit, beginnend mit der Beseitigung der Ausbildungsplatzmisere, zu bündeln – und sich nicht aus Eitelkeit, Bequemlichkeit oder um vermeintlicher parteitaktischer Vorteile willen an diesen Fragen zu zerstreuen.

(2) Politik muss soziales Gewissen nicht nur reklamieren, sondern beweisen. Meine Damen und Herren, niemand weiß besser als wir, was der von Bonn ausgehende Sozialabbau bedeutet – und wie damit Ländern und Kommunen die Hände gebunden werden. Aber wir werden dabeibleiben, dass Potsdam sich nicht hinter Bonn verstecken darf!

Vergessen wir doch eines nicht: Gegenüber der Bonner Koalition sind Sozialdemokraten und demokratische Sozialisten im Bund gleichermaßen Opposition. Das muss man dann aber auch merken – in der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, bei der Gewährleistung innerer Sicherheit und Freiheit, bei den Chancen und den Angeboten für die Jugend, bei der Gemeindefinanzierung, bei der Wahrnehmung originär landeshoheitlicher Aufgaben im Schul-, Kultur- und Wissenschaftsbereich.

(3) Der «Brandenburger Weg» war stets ein Weg der Offenheit und der Kooperation – auch in der Region. Das müssen unsere Nachbarn – die Berliner, die Sachsen und die Mecklenburger genauso wie die Polen – wissen und erleben können. Wir wollen einen «Brandenburger Weg», auf dem mit allen Nachbarn zum gegenseitigen Vorteil neue Potenziale durch Kooperation zu erschließen sein werden. Wir sind offen für die Idee einer Neugliederung der Bundesländer – die mehr ist und klüger gestaltet wird als das gescheiterte Fusionsprojekt.

(4) Die brandenburgische SPD kann sich nach wie vor auf ein stabiles Mandat der Bürgerinnen und Bürger zur Ausübung der Regierungsgeschäfte stützen. Eine Aufforderung der Brandenburgerinnen und Brandenburger, deswegen von Gedankenaustausch, Diskurs und sachdienlicher Zusammenarbeit mit allen oder auch nur einzelnen anderen demokratischen Kräften abzusehen, ist dies nie gewesen.

Ich hoffe, Sie beginnen, dies zu verstehen. Das Versprechen aus der Dresdner Erklärung von 1994, die Ostdeutschen fänden die Lösung all ihrer Probleme «allein im Regierungshandeln der SPD», blieb uneingelöst – auch und gerade durch Ihr Regierungshandeln, meine Damen und Herren Sozialdemokraten in Brandenburg! Und die Schuld dafür liegt bei Weitem nicht ausschließlich bei Helmut Kohl und der Bonner Koalition.

Herr Ministerpräsident,

wir haben Ihnen bereits mit unserem Offenen Brief vom Juli versichert, dass die von ihnen damals bereits skizzierten Grundpfeiler Solidarität, Regionalität und Innova-

tion sowie die von Ihnen benannte Vision eines offenen, toleranten und modernen Landes nach unserer Auffassung tragfähige Ausgangspunkte eines neuen «Brandenburger Wegs» sein können.

Heute steht deren Tragfähigkeit auf dem Prüfstand. Dabei geht es uns um folgende Fragen:

- Welche Verbindlichkeit soll die Solidarität haben?
- Welche horizontalen und vertikalen Verknüpfungen bewahren die Regionalität davor, dass Regionen und Kommunen auf sich allein gestellt sind?
- Welche Richtung und welchen Charakter wird die Innovation haben?
- Welchen Platz werden die Bürgerinnen und Bürger bei der Politikgestaltung haben?
- Und mit welcher Konsequenz werden Sie umsetzen, was Sie heute verkündet haben? [...]

Das erste Jahrzehnt des vereinten Deutschland neigt sich seinem Ende zu, aber die Spaltung der Deutschen ist noch nicht überwunden worden – allen Jubelreden der letzten Wochen zum Trotz. Was im Vereinigungsprozess schiefgelaufen ist, spülen weder Oder- noch Spendenflut fort.

Der «Aufbau Ost», wie ihn die Bundesregierung betrieben hat, ist zum Milliardengrab und zur Goldgrube für die Immobilienbranche und für windige Geschäftemacher geworden. Die versprochenen Grundlagen für einen selbsttragenden Aufschwung blieben aus, die ostdeutsche Industrie verschwand, aus nominellen Inhabern von Volkseigentum wurde die große Mehrheit der Ostdeutschen nicht nur ihrer Vermögenslage nach zu «Deutschen zweiter Klasse».

Herr Ministerpräsident,

es ist noch gar nicht lange her, da haben Sie in einem Interview gesagt, in Ostdeutschland wachse ein besonderer «Enttäuschungsschub» heran. Und Ihre Antwort sei, «dass es nichts nützt, die Faust in der Tasche zu ballen, sondern Veränderung angesagt ist».

Nun denn, Herr Ministerpräsident, zur Sache! Wir wissen mindestens so gut wie Sie, dass sich mit dem Versprechen von «blühenden Landschaften» im Osten so bald kein deutscher Politiker mehr vor ein Mikrofon wagen darf. Aber Gerechtigkeit und Würde für alle – darunter ist eine sinnvolle Zukunft im vereinten Deutschland nicht zu haben.

Also: Wo bleiben Ihre Vorschläge zu Chancenausgleich und Gleichstellung für Ostdeutsche?

Zum Beispiel zur Stärkung der Kapitalbasis im Osten – für die Stabilisierung und den Aufbau einer eigenständigen, lebensfähigen ostdeutschen Wirtschaftsstruktur? Dabei geht es doch nicht nur um Risikokapital, sondern um die Bereitschaft des Landes, der Kapitalthröcke durch eine Veränderung der Beteiligungs- und Bürgerschaftspolitik, der Bodenpolitik, durch einen Ausbau der Liquiditätssicherungsprogramme entgegenzuwirken.

Oder wie ist es mit der Entlohnung? «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» – das ist ein hehres Ziel in der Tradition unserer beiden Parteien, auf der Basis von 100 Prozent West derzeit jedoch für viele ein Traum. Dürfen wir uns damit abfinden, dürfen wir dies gar begrüßen wie die Standort-Deutschland-Strategen? Oder sind nicht Ihre wie unsere Überlegungen gefragt, wie den Menschen beim Auseinanderklaffen von westdeutschen Lebenshaltungskosten einerseits und ostdeutschen Einkommen andererseits geholfen werden kann und muss?

Und: Wie soll es denn mit dem Chancenausgleich für Ostdeutsche weitergehen, damit diese sich gegenüber westdeutschen Berufsbiografien behaupten können? Für die Bundesverwaltung gibt es landsmannschaftliche Quoten – warum nicht auch für die ostdeutschen Länder? Und wann eigentlich, Herr Ministerpräsident, entsenden sie die ersten Märker als Berater nach NRW?!

Noch immer schließlich gibt es Nachteile und existenzielle Bedrohungen für Ostdeutsche aus DDR-Biografien. Wir haben auf dem «Brandenburger Weg» dabei zu dem Anspruch gefunden, «mit menschlichem Maß» an solche Dinge heranzugehen. Nun muss aber auch endlich klarwerden, wie dieser Anspruch für alle Betroffenen in der Realität Gültigkeit erlangt.

Und ich will noch etwas deutlich – und rechtzeitig – sagen: Bald zehn Jahre nach der Wende in der DDR ist die kritische Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in der DDR und mit den im System steckenden wie mit den individuellen politischen Fehlern und Versäumnissen unvermindert aktuell und wichtig. Aber unbeschadet dessen sage ich auch: Bald zehn Jahre nach der Wende können, nein: dürfen DDR-Biografien nicht mehr länger allein mit dem Blick auf Akten und Bescheide der Gauck-Behörde bewertet werden! Mit menschlichem Maß – das verlangt uns nunmehr auch allen ab, auf den persönlichen und politischen Lebensweg der Betroffenen in diesen vergangenen zehn Jahren zu schauen und die dabei erworbene (demokratische) Reputation in Rechnung zu stellen, ehe über einen Menschen der Stab gebrochen wird oder nicht.

Meine Damen und Herren, vor uns liegen die 50. Jahrestage der Gründung von BRD und DDR. Die PDS will, dass 50 Jahre nach der staatlichen Spaltung Deutschlands der Geist der Teilung überwunden wird und die Vision eines wirklich vereinten, eines der Zukunft zugewandten und den Herausforderungen der Zukunft gewachsenen Deutschland Wurzeln schlägt.

Die Diskussion darüber ist eröffnet: Die «Erfurter Erklärung», die «Berliner Rede» des Bundespräsidenten und die darauf erfolgte kritische Erweiterung renommierter Wissenschaftler um Hans-Peter Dürr, Jens Reich und Hans-Jürgen Fischbeck stecken das Feld der Auseinandersetzung ab.

Wir wollen eine bundesweite intensive öffentliche Debatte über den Grundkonsens der Deutschen für den Eintritt in das 21. Jahrhundert: sozial und demokratisch, freiheitlich und zukunftsorientiert, ökologisch und wirtschaftlich effizient, europäisch und gewaltfrei, geschichtlich geläutert und in Toleranz vereint. Wir wollen, dass

Brandenburg – mit einer Debatte über einen neuen «Brandenburger Weg» – dafür bundesweit die Initiative ergreift und Zeichen setzt.

Aber so wie Sie, Herr Ministerpräsident, es heute versucht haben, wird das nicht gelingen. Sie hatten den Unterzeichnern der «Erfurter Erklärung» kaum etwas zu sagen. Und im Spannungsfeld zwischen Roman Herzog und Hans-Peter Dürr werden Sie mit dieser Rede keine herausragende Rolle spielen. [...]

Herr Ministerpräsident,

in ihren Gedanken zum «Brandenburger Weg» taucht auch die Formulierung «Solidarität mit der Jugend» auf. Was heißt das?

Teilhabe an Politikgestaltung nicht – das haben wir schon gesehen.

Ich wiederhole unsere auch heute unbeantwortet gebliebene Frage vom Juli: Warum macht eine SPD-Landesregierung nicht Ernst mit gesetzlichen Initiativen zu einer umlagefinanzierten Berufsausbildung, einer Herabsetzung des Wahlalters oder eines Ausbaus gesetzlich abgesicherter Mitbestimmungsmöglichkeiten?

Zu den Realitäten im Land Brandenburg gehört die ernste Gefahr, dass für die Kinder und Jugendlichen Raum zum Erfahren und Erleben von Wissen und Können, Fähigkeiten und sozialer Kompetenz, Freizeit, Muße, Spaß und Erholung zunehmend verlorengeht, weil Kindertagesstätten, Schulstandorte und Einrichtungen der Jugendarbeit aus Kostengründen geschlossen werden bzw. ihr Angebot einschränken müssen. Zum Alltag gehören übervolle Hörsäle und Klassen, fehlende Lehrmittel, Stundenausfall in dramatischen Größenordnungen, Angriffe auf den zweiten Berufsschultag – und das, obwohl z. B. Lehrerinnen und Lehrer oft bis an die Grenzen ihrer physischen Kräfte arbeiten.

Solidarität mit der Jugend, wie Sie sie bislang verstehen, verhindert eben nicht, dass vor allem jene Leidtragende Ihrer Politik sind, die die Zukunft Brandenburgs verkörpern.

Das ist einer der Anlässe dafür, dass wir sagen: Zukunftsverantwortung muss ein eigenständiger Grundpfeiler des künftigen «Brandenburger Weges» sein!

Dem muss man sich nicht nur stellen, dem kann man sich auch stellen. Überall im Bildungsbereich gibt es die Bereitschaft zur Reform, die Bereitschaft, Schule und Hochschule neu zu machen, von innen umzugestalten, zu demokratisieren. Auf diese Bereitschaft aufzubauen – und sie nicht zur kurzatmigen Haushaltssanierung zu missbrauchen –, muss Kernelement jeder dialogorientierten Politik sein. [...]

Nur schöne Worte und wohlklingende Versprechungen bewegen nichts. Vertrauen ist auf Dauer mehr als eine Imagesache – es muss durch Handeln erworben und gerechtfertigt werden. Und genau daran krankt es bei Ihnen.

Meine Damen und Herren,

nachdem wir vor der Sommerpause dem Ministerpräsidenten einen Offenen Brief zu der heutigen Regierungserklärung übergeben hatten, hieß es vonseiten der Landes-

regierung großmütig, wir hätten die richtigen Fragen gestellt. Immerhin! Wie schön wäre es gewesen, die Regierung hätte heute die richtigen Antworten gegeben! Leider ist das nicht passiert.

Es wird noch eine ganze Reihe öffentlicher Debatten brauchen, ehe wirkliche Alternativen deutlich werden.

Dabei wissen wir eines – und diese Überzeugung prägt die PDS Brandenburg:

«Demokratischen Wandel wird es nur geben, wo Menschen über die Begrenztheit von Parteien hinaus die Kraft aufbringen, Identitätsstiftung und Selbstveränderung miteinander zu verbinden, auf neue Aufgaben auszurichten und mutig auf die Gesellschaft mit ihren zentralen Problemen zuzugehen.» (aus dem Initiativantrag auf dem jüngsten PDS-Landesparteitag in Schönhagen)

Umgehen lässt sich diese Herausforderung nicht. Es gibt nur eine Gefahr: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

Ich danke Ihnen!

DOKUMENT 11

5 JAHRE PROGRAMM DER PDS

ERKLÄRUNG DES BUNDESVORSITZENDEN VOM 10. FEBRUAR 1998

Quelle: PDS-Pressedienst, Nr. 7, 13.2.1998

Vor fünf Jahren wurde das Programm der PDS angenommen. Das ist Anlass, die Frage nach seiner Aktualität und seinen Realisierungschancen in aller Schärfe zu stellen. Es geht dabei nicht um eine Veränderung, um Anpassung unseres Parteiprogramms an eine Gesellschaft mit gewachsener und wachsender Kapitaldominanz, sondern um die Weiterführung des Projektes «moderne sozialistische Partei PDS».

In den letzten fünf Jahren wurden wirksame außerparlamentarische Aktionen organisiert, realitätsnahe solide Konzepte zu Schwerpunkten sozialistischer Politik erarbeitet, parlamentarische Initiativen zur Stärkung gesellschaftlichen Drucks von unten gegen die herrschende Politik realisiert. Als Beispiele seien nur genannt: mietenpolitische Aktivitäten, die Schweriner Parteitagbeschlüsse, Anfragen und Gesetzesanträge zu Abwasserpreisen.

In antifaschistischen Aktionen, in den Kommunen, in der SeniorInnenarbeit und Rentenpolitik u. a. ist die PDS im Alltag erlebbar.

Erfolgreiche Mitgliedergewinnung und Wiedereinzug in den Bundestag – diesmal in Fraktionsstärke – sind von existenzieller Bedeutung für die Partei. Dies hat keineswegs mit der Geringschätzung oder Abschaffung des Sympathisantenstatus zu tun bzw. mit Überschätzung des Parlamentarismus. Es bleibt bei der Aussage im Parteiprogramm: «Die PDS hält den außerparlamentarischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen für entscheidend.»

Parlamentarische Präsenz der PDS hat zur vorrangigen Aufgabe, emanzipatorische Bewegungen zu initiieren und zu stärken. Ebendarum ringt die Partei um parlamentarische Stärke. Diese bestimmt keinesfalls unwesentlich die Arbeitsbedingungen der Partei. Ohne PDS-Fraktion im Bundestag gibt es keinen Aufbau der Partei im Westen, keine Finanzmittel für die parteinahe Stiftung für Gesellschaftsanalyse und politische Bildung, wenig Chancen für aktive Mitgliedergewinnung und Medienarbeit.

Ohne Stiftungsgelder leidet die wissenschaftliche Fundierung des Herausfindens von alternativen Entwicklungswegen.

In diesem Kontext wollen wir zum einen das Wahlprogramm 1998 diskutieren, zum anderen setzen wir die Arbeiten zu alternativen Reformstrategien fort. Schließlich geht das Wahlprogramm von sozialistischer Vision aus an die Verteidigung sozialer, demokratischer und ökologischer Standards und zeigt konkrete, im Verlaufe von vier Jahren machbare Ansätze für positive gesellschaftliche Veränderungen auf. Ohne Reformalternativen können gerade im parlamentarischen System keine Anknüpfungspunkte zwischen den Alltagsproblemen der Menschen hier und heute mit Ansätzen zur Lösung globaler Probleme gefunden, entwickelt und realisiert werden. Dafür öffentliches Bewusstsein sensibilisieren, um Mitglieder der PDS und mit dem demokratischen Sozialismus Sympathisierende gewinnen kann nur eine Partei, die im Ringen um gesellschaftliche Veränderungen auch sich selbst verändert, sich als sozialistische Partei modernisiert. Es geht um eine politische Kultur, in der die Mitglieder sozialistische Werte leben und in aktiver Auseinandersetzung mit der Gesellschaft die Politik der Partei von der Basis her entwickeln können. Diese Modernisierung bedeutet die freie Entfaltung des Mitglieds als Bedingung für erlebbare sozialistische Politik der Partei. Diese Erlebbarkeit ist Bedingung sowohl für einen erfolgreichen Wahlkampf als auch für die Umsetzung des Parteiprogramms.

DOKUMENT 12

KULTURELLE IDENTITÄT UND KOMMUNIKATIONSPROBLEME IN DER PDS

MANUSKRIFT VOM 22. MÄRZ 1998

Quelle: Privatarchiv Thomas Falkner

«Dagegen sollte man sich freuen, dass das mächtige und schwerfällige Deutschland – das trotz des Stachels der alternativen Bewegungen immer mehr dazu neigt, auf dem weichen Ruhkissen seines wirtschaftlichen Erfolges einzuschlafen – in den Mittelpunkt der Wahrheitsprobe gestellt wird. Dort findet die Konfrontation zwischen den Realitäten des kapitalistischen Paradieses und jenen Bestrebungen und Forderungen statt, die in den Köpfen der ostdeutschen Bürger die sozialistische Rhetorik zurückgelassen hat.

So ist die Geschichte im Moskau der dreißiger Jahre nicht merklich zum Stillstand gekommen. Die Forderungen und Hoffnungen, deren Botin die neue Bewegung ist, sowie vor allem die gewaltigen, uns von dieser scheinbaren Zeit der Geschichte hinterlassenen Widersprüche können ein wirklich befreiendes Denken und eine befreiende Politik in Bewegung setzen.»¹

Die Transformation in Ostdeutschland erfolgte im Vergleich zu anderen osteuropäischen Staaten unter den Bedingungen des raschen Anschlusses an die Bundesrepublik. Als weitere Besonderheit ist die gemeinsame Sprache sowie der Bezug auf eine – wenngleich vierzig Jahre erheblich modifizierte – gemeinsame historische Kulturtradition (Kulturerbe) zu erwähnen sowie eine zwar partielle, aber doch vorhandene Fernsehgemeinschaft. Alles schien unter diesen und unter den materiellen Voraussetzungen für die Hoffnung der konservativen politischen Kräfte zu sprechen, den Graben zwischen Ost und West im Duft der blühenden Landschaften rasch vergessen zu machen. Der Bruch mit den Verhältnissen der DDR und das Einleben in die neuen der alten Bundesrepublik schien nicht problemlos, aber dennoch rasch und auf einem Kontinuum zu verlaufen.

1 Bourdieu, Pierre: Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg 1992, S. 164.

Erst seit ungefähr 1994 beginnt der Sand im Vereinigungsgetriebe zu knirschen. Würden die ersten Anzeichen spürbaren Meinungswandels noch mit politischen Kampfbegriffen wie DDR-Nostalgie bzw. Ostalgie im siegessicheren Politvokabular verordnet, so wird inzwischen ernsthafter über die neue kulturelle Identität, die sich im Osten bildet, nachgedacht und geforscht.

Eine mächtige Medienmaschinerie, unterstützt und benutzt durch die Akteure der politischen Klasse, hat jahrelang einseitig die repressive Seite des Realsozialismus absichtsvoll einzuhämmern versucht und sieht sich einem tendenziell wachsenden Publikum gegenüber, das widerständig eine kulturelle Ost-Identität behauptet.

Die Kultur- und Kommunikationsgemeinschaft Ost bildet das Milieu, in dem die PDS als originär ostdeutsche Partei ihre Erfolge feiert. Zugleich haben beträchtliche Anstrengungen der PDS, den Ost-Partei-Geruch loszuwerden und in den alten Bundesländern stärker Fuß zu fassen, nicht den durchschlagenden Erfolg gebracht. Sie blieb im Westen fremd und wird für ihren Westaufbau lange und mühsame Wege gehen müssen. Das Dilemma der PDS, mit großer Intensität gesamtdeutsche Partei werden zu wollen und zugleich immer stärker in ein sich entwickelndes Ost-Milieu integriert zu werden, hat ganz offensichtlich mit objektiven Prozessen zu tun, die sich einer einfachen Wertung entziehen, auch aufgrund ihrer inneren Widersprüchlichkeit.

[...] könnten sich einige der bislang rückständig erscheinenden Strukturen im Denken und Handeln der Menschen Ostdeutschlands nunmehr als ganz und gar nicht zurückgeblieben und schon überhaupt nicht als Modernisierungsbremse erweisen. Sowohl die Netzwerke und Gemeinschaften, die noch aus DDR-Zeiten bestehen und gerade heute in Zeiten des Umbruchs wirksam werden, als auch die im Zuge der Transformation gestärkten Wir-Gefühle und regionalen Identitäten könnten sich im Gegenteil sogar als Motor des Modernisierungsprozesses herausstellen.»²

Aufgrund ihrer pluralen Zusammensetzung teils ambivalenter kultureller Identitäten wie auch ihrer regionalen Verankerung steht die PDS vor erheblichen Kommunikationsproblemen.

«Dem Erbe von Marx und Engels, den vielfältigen Strömungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie anderen revolutionären und demokratischen Bewegungen kritisch verbunden und dem Antifaschismus verpflichtet, will sich die PDS als Oppositionskraft profilieren und eine neue innerparteiliche Kultur entwickeln, in der Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Andersfühlenden und Anderslebenden, die

2 Hradil, Stefan: Die Modernisierung des Denkens. Zukunftspotentiale und «Altlasten» in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 20/1995, S. 12 f.

Gleichstellung aller Mitglieder sowie Solidarität, Transparenz, Ehrlichkeit und Vielfalt selbstverständlich sind.» (Programm der PDS)

Der letzte Satz des Programms enthält die Willensbekundung, eine neue innerparteiliche Kultur entwickeln zu wollen. Kultur wird hier offensichtlich im wertenden Sinne als der anzustrebende Zustand gebraucht, also nicht deckungsgleich mit einem weiten, marxistischen Kulturverständnis. Herausgehoben sind Qualitäten kultureller Kommunikation, des Umgangs miteinander in der PDS. Im Wissen, dass man nicht in einer Kultur leben und zugleich unberührt von ihr bleiben kann, unterstellt der Programmtext eine mit Toleranz, Gleichstellung, Solidarität, Transparenz, Ehrlichkeit und Vielfalt gekennzeichnete Qualität kultureller Kommunikation in der Partei, wissend, dass genau jene Wertigkeiten im Alltag der Gesellschaft abhandenzukommen drohen. Insofern handelt es sich bei dieser Formulierung eher um den Anspruch, als linke Partei die künftigen solidarischen, kulturvollen Umgangsformen einer demokratisch sozialistischen Gesellschaft zu antizipieren, denn um eine Aussage über die gegenwärtigen innerparteilichen Kommunikationsprozesse.

Auf einige Probleme der politischen Kommunikation in der PDS soll näher eingegangen werden: Politische Kommunikation soll im Folgenden (etwas vereinfacht) als Prozess der Verständigung mit dem Ziel gemeinsamen (politischen) Handelns verstanden werden. Es geht also um einen Lebensnerv politischer Willensbildung in der Partei.

Das scheinbar so Selbstverständliche, Alltägliche, der Prozess der Verständigung, ist ein äußerst kompliziertes Geschehen. Deshalb gibt es im Regelfall auch keine einfachen Lösungen komplizierter Sachverhalte. Dies sei vorausgeschickt, um der Gefahr einfacher Therapien entgegenzuwirken. Beginnen wir mit der Bestimmung wesentlicher Problemfelder.

I.

Zum Gründungskonsens der PDS gehörte der Verzicht auf eine einheitliche Lehre. Geschöpft wurde jetzt aus mehreren wissenschaftlichen Quellen. Je weiter die Distanzierung von der SED und der einstigen wissenschaftlichen Weltanschauung angestrebt wurde und auch gelang, desto deutlicher wurde der Verfall der politischen Sprache, die – so im Bewusstsein der Mehrheit der Mitglieder – fundiert war durch eine einheitliche, in sich geschlossene Theorie. Aber nicht nur die Theorie, mit der DDR entschwand auch der lebenswirkliche Kontext der Sprache. Eine einfache Substitution der politischen Sprache durch die von anderen Konzepten und gesellschaftlichen Kontexten der BRD gestützte war für die Mitglieder der PDS wie für andere Ostdeutsche nicht ohne Weiteres möglich. Sprache aber ist das Werkzeug der Verständigung. Zugespitzt formuliert wurden mit dem Verfall der politischen Sprache aus der DDR aus den Werkzeugen Krückstöcke der Verständigung auf der Suche nach einer neuen politischen Identität. (Diese Krückstöcke schlägt man sich in manchen Diskussio-

nen heftig um die Ohren.) Immerhin gelangen mit dem Statut und dem Programm bemerkenswerte Dokumente, wichtige Zwischenstationen. Es bleibt aber wichtig, sich der sprachlichen Situation gerade in der Politik bewusst zu sein. Verständlich bleibt in diesem Zusammenhang der Ruf nach präzisen Definitionen. Noch ist die Erfahrung nicht vergessen, dass eine von vielen klugen Köpfen entwickelte Definition des Sozialismus und seine wissenschaftliche Lehre die Defizite des realen Sozialismus keineswegs schmälerte. Es sei nur angemerkt, dass mit der Sprache auch die Medien abhandenkamen, wie es beispielsweise mit der machtpolitischen Zerschlagung von Funk und Fernsehen der DDR geschah.

Lebenswirkliche wie theoretische Kontexte von Sprache haben sich in dramatisch kurzer Zeit erheblich verändert. Wen wundern die Verständigungsprobleme? Sich ihrer bewusst zu sein, wäre möglicherweise hilfreich, um allzu langes Aneinander-vorbei-Reden zu vermeiden und neben dem Reden sein Pendant, das Zuhören, zu pflegen.

Eine Entwicklung der politischen Sprache und Begrifflichkeit als Werkzeug politischer Verständigung in der PDS bleibt allerdings nicht nur eine Frage der theoretischen Definitionen, sondern des kommunikativen Handelns in der politischen Praxis ebenso. Verständigungsprobleme in der PDS entstehen darüber hinaus aus der Pluralität ihrer Mitgliedschaft. Wenn Sprache mit Lebenserfahrung und kulturellen Zusammenhängen der Individuen zu tun hat, so ist das Sprachproblem zwischen den Generationen in der PDS nicht überraschend. Es äußert sich keineswegs nur in Geschichtsdebatten. Hinzu kommen unterschiedliche theoretische und begriffliche Bezugspunkte zwischen den IGs [innerparteiliche Interessengemeinschaften lt. Statut – d. Hrsg.], AGs und Plattformen. Auch das Ost-West-Sprachproblem geht nicht spurlos an der PDS vorüber. Unterschiedliche Begrifflichkeiten, Erfahrungen, Stile der Auseinandersetzungen werden zwar nicht mehr vordergründig sichtbar, spielen aber dennoch eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die vereinfachten Bilder vom harmoniebedürftigen Ossi und streithungrigen Wessi kennzeichnen nur äußerst oberflächlich Sprachunterschiede, die sich in jahrzehntelanger unterschiedlicher kultureller und sozialer Erfahrung tief eingegraben haben.

Verständigung zum Zwecke gemeinsamen Handelns stellt die PDS insofern vor echte Herausforderungen, derer man sich bewusst sein sollte. Das ist keineswegs nur als leidiges Problem zu diagnostizieren. Diese Situation bietet auch die Chancen echter Diskurse, folgenreicher Verständigung, von Innovationen und Lernprozessen. Aus unterschiedlichen historischen, sozialen, kulturellen, theoretischen Zusammenhängen gespeiste linke Diskurse können Einseitigkeiten, Erstarrungen, Dogmatisierungen im politischen Denken durchbrechen und neue Handlungsmöglichkeiten erschließen. In diesem Sinne produktive Diskussionen setzen allerdings voraus, dass die über Kommunikation hergestellten Bedeutungstransfers auf verständigungswillige und -fähige Kommunikationsteilnehmer treffen. Sprachliche Defizite können manchmal leichter überbrückt werden als Störungen im Beziehungsgefüge der Kommunikation, die als Kommunikationsblockaden bezeichnet werden können.

II.

Kommunikation, auch politische, hat immer einen Bedeutungs- und einen Beziehungsaspekt. Der Austausch der Bedeutungen wird durch die Beziehungen der Kommunikationspartner erheblich beeinflusst. Emphatische Zustimmung zu einem Redner bzw. seine absolute Ablehnung mögen das Spektrum andeuten. Im Extrem kann der Beziehungsaspekt Verständigung blockieren. Eine sehr umfangreiche wissenschaftliche Literatur gibt Einblick in komplexe emotionale und kognitive Faktoren, die Sympathie-Antipathie-Beziehungen, Glaubwürdigkeit und anderes konstituieren.

Und es ist gerade dieser Beziehungsaspekt in der politischen Kommunikation, der sie fernab aller übermittelten Bedeutungen zum ernststen Problem werden lässt. Wer einen Redner für unglaubwürdig hält, muss ihm gar nicht erst zuhören. Wer ihm tief misstraut, wird in dessen Rede selektiv die sein Misstrauen stützenden Segmente besonders wahrnehmen. Negative Beziehungen zwischen Kommunikationspartnern führen auch in der PDS zu schier unüberbrückbaren Blockaden. Vereinfachte Klischees sind ihre hilfreichen Diener, liebgewonnene Ismen leisten Blockadehilfen. Nicht wenige Diskussionen klären so nach stundenlanger Debatte erfolgreich die Missverständnisse, die es ohne sie gar nicht gegeben hätte – oder verstärken sie gar.

Aus der Vielzahl kommunikativer Beziehungen soll die denunziatorische Kommunikation herausgegriffen werden. Denunziatorisch nennen wir eine Kommunikation, die völlig unabhängig von einer Information oder Bedeutung den Kommunikationspartner als Quelle verunglimpft und folglich den Prozess der sachlichen Informationsaufnahme wie des -austausches blockiert. Es gibt eine lange Geschichte denunziatorischer Kommunikationen – und es gibt ihre lebendige Gegenwart.

Stalin eben war ein Meister denunziatorischer Kommunikation, der in einer real vorhandenen Vielfalt wirklicher politischer Gegner mittels Verdächtigungen und Verschwörungstheorien solche stets auch bei jeglicher missliebiger, abweichender Meinung entdeckte, nicht zuletzt bei einer Vielzahl von Kommunisten. Die abweichende Meinung als feindlich zu verdächtigen bzw. zu denunzieren, war eine der größten Blockaden in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Der vom Kanzler wiederbelebte Ausdruck von rotlackierten Faschisten mag als Beleg für die lebendige Gegenwart denunziatorischer Kommunikation gelten. Geschichtlich und gegenwärtig kann es eine Befreiung von denunziatorischer Kommunikation nur geben, wenn ihre Stützen kritisch infrage gestellt und beiseitegelegt werden. Diese Stützen sind: vor Prüfung einer Bedeutung deren Bewertung vorzunehmen, Klischees und Ismen pejorativ zu besetzen, Verdächtigungs- und Verschwörungstheorien gegen Kommunikationsteilnehmer einzusetzen. Die in diesem Jahrhundert bestimmenden heißen und kalten Kriege haben im Ergebnis eine Vielzahl von Kommunikationsblockaden produziert und bilden weiterhin den Humus denunziatorischer Kommunikation.

Denunziatorische Kommunikation aber in der PDS? Es gibt sie, und häufiger als man denkt. Historisch ist immerhin bemerkenswert, dass gerade in der Arbeiterbe-

wegung und ihren Parteien ganze Kampfbrigaden von diversen Ismen beständig einsatzbereit waren, um Andersdenkende in Schubkästen zu verbannen, in die sie sicher nur selten wirklich hineingehörten. Nachwirkungen dessen erschweren gegenwärtige Verständigungsprozesse.

Sozialdemokratismus und wahre Lehre stehen sich – ironischerweise – auch heute noch in Debatten unversöhnlich gegenüber, während Sektierertum, Opportunismus, Anpassung und Klassenkämpferisches wie in einem löchrig gewordenen Alt-Netzwerk durch die Gespräche geistern. Es hilft nichts an der Erkenntnis vorbei, dass in linken Kommunikationszusammenhängen die erbittertsten Attacken gegeneinander und nicht wider den konservativen Zeitgeist geführt werden. Dagegen scheint kaum ein Kraut gewachsen, und ebendies bleibt die Achillesferse. Sicher ist das der dramatischen historischen Niederlage der sozialistischen Kräfte geschuldet, aber nur zum Teil. Denn eine Ursache der Verwerfungen des realen Sozialismus war ja unzweifelhaft sein Unvermögen, Andersdenkende als produktiven Widerpart akzeptieren zu können, sondern sich beständig auf die eine allein seligmachende Linie zu kaprizieren. Nachbeben großer Erschütterungen also wenigstens teilweise.

Niemand sage, all dies fände in der PDS nicht statt. Manche Gruppierungen verhandeln nur noch miteinander wie mit feindlichen Emissären.

Botschafter von Vermittlungsversuchen geraten schnell in ein zermürbendes Getriebe. Es herrscht nicht selten eine gespenstische Rechthaberei. Sie wird an Worthülsen und Theorieversatzstücken festgemacht und dem Kontrahenten wie ein Felsbrocken angekettet, während er schwimmt.

Man könnte beruhigt zur Tagesordnung übergehen und alles als psychologische Begleitmusik abtun. Politik aber ist auch Psycho-Logik, d. h. keineswegs nur durch die Strenge der theoretischen Beweisführung fundiert. Letztlich deutet schon das Motivationsproblem, warum «mensch» sich in sozialistische Politikzusammenhänge hineinbegeben soll – mit allen Folgen – die Grenzen reiner Logik an. Und ebendeshalb – und nicht nur wegen ihrer offenen Listen und ihres offenen Charakters – ist die bewusste Entwicklung einer denunziationsfreien kritischen Diskussionsatmosphäre eine politische Aufgabe ersten Ranges für die PDS. Abschreckend für Außenstehende wie für PDS-Aktivisten wirkt nicht die Heftigkeit von Debatten, sondern deren verbohrt Verstocktheit, die als heftigste Verbalattacken sehr wohl die Reinkarnation der Muster kalten Krieges darstellen.

Der Beziehungsaspekt der Kommunikation aber beeinflusst nicht nur die Verständigung; deren Art und Weise schafft zugleich neue Beziehungsgefüge. Wenn der Informations- bzw. Bedeutungsaustausch das Nervensystem der PDS sind, dann können gestörte Beziehungen zwischen den Kommunikationsteilnehmern nur noch als Nervenfieber und nur bedingt als Nervosität gekennzeichnet werden.

III.

Man kann nicht in einer Informationsgesellschaft leben und zugleich frei von ihr sein. Die Mediengesellschaft wirft ihre Schatten erst voraus, ihre Folgen sind eine grundlegende Veränderung der Kultur. Das politische Ordnungsbild von den Medien als der vierten Gewalt, die sich den drei ersten zugesellt, ist zunächst plausibel, verdeckt indes die Tatsache, dass eine über Medien hergestellte Öffentlichkeit alle Gewalten der Gesellschaft zumindest beeinflusst. Und was die Legislative anbelangt, so ist das Bild von den Medien als Instrument von Politik zumindest einseitig. Eine Interaktion von Medien und Politikern scheint die Situation zutreffender zu kennzeichnen: Die Instrumente instrumentalisieren auch die vermeintlichen Akteure. Die Fernsehkamera ist nicht nur ein Aufnahmeinstrument, vor ihr agieren die Politiker, als hätte die Kamera das Sagen. Die Politiker benutzen längst nicht mehr nur die Medien als Instrumente, sie zappeln auch an den Medienstrippen.

Es wäre vermessen, behaupten zu wollen, die PDS sei gegenüber dieser Mediengesellschaft immun. Ohne in eine generalisierende Medienschelte verfallen zu wollen, ist doch eines klar: Das Gros der Medien ist bestimmt von kommunikationspolitischen Selbstverständlichkeiten der Bonner Republik und ist deshalb der PDS als einem störenden Stachel im Fleisch Bonner Politik gegenüber unfreundlich, um nicht gegnerisch sagen zu müssen. Auch das Bemühen einzelner Journalisten um Sachlichkeit gegenüber der PDS ändert nichts am Grundtenor des Nachrichtenstroms. Der *common sense* im Bonner Journalismus stellt die PDS als Fremdkörper in die Ecke, die innere Zensur hindert nicht wenige an Objektivität.

Das Medienproblem der PDS aber ist nicht die Nachrichtengebung über sie, sondern deren Aufnahme in der PDS selbst. Die heftigsten Kritiker der Medien – auch in der PDS – nehmen Gedrucktes teilweise mit der Naivität von Schulkindern der unteren Klassen für bare Münze. Absichtsvoll gestaltete Nebensätze von Artikeln einzelner Journalisten lösen in der PDS mittlere Nervenkrisen aus. Ein souveräner Umgang mit den kommunikativen Handlungen von Journalisten liegt in weiter Ferne. Genüsslich heizen so die Meister journalistischer Darstellungskünste von außen das Feuer an: An ihren Worthülsen und Sprachinszenierungen arbeiten sich manche Leser emotional hoch und ab. Der Mechanismus scheint zu funktionieren, vor allem deshalb, weil das Korrektiv einer souverän-kritischen Rezeption von Mediennachrichten zunehmend verkümmert, statt sich durch immer reichere Erfahrung aufzurichten. So bleibt als Korrektiv häufig nur die Debatte in kleineren oder größeren Kreisen. Sie wird zunehmend belastet durch das zeitaufwendige Abarbeiten vermeidbarer Missverständnisse, das dann die erforderliche Verständigung unter permanente Zeitnot stellt. Verständigung aber darf nicht zu einer Marginalie von Debatten in der PDS verkommen. Sie ist vielmehr deren hauptsächliches Anliegen.

Die bewusste Stärkung einer souveränen, kritischen Medienrezeption steht auf der Tagesordnung, um der Gefahr politischer Manipulierbarkeit zu entgehen.

IV.

Zwangsläufig gerät die politische Kommunikation in der PDS in die Situation, im Informationsdschungel der Mediengesellschaft ihre eigenen Inhalte und Formen sowohl zu stärken als auch auszubauen, obwohl nur spärliche Mittel vorhanden sind. Die in der PDS vorhandenen und genutzten Informationsbeziehungen sind unterentwickelt. Ihnen fehlt Systematik und Beständigkeit. Sie müssen zwingend als effektive Informationskanäle vertikal und horizontal ausgebaut und genutzt werden. Das Feedback darf nicht vollends fehlen.

Streitbare, produktive und denunziationsfreie Kommunikation ist die Lebensader für politische Handlungsfähigkeit der PDS. Für sie gibt es keine Rezepte. Sie wird sich nur in politischen Diskussionen und Aktionen herstellen können. Dazu gehört, die Probleme politischer Kommunikation anzunehmen, ihre kritische Reflexion selbst zum absichtsvollen Gegenstand von Kommunikation zu machen, um Barrieren und Blockaden abzubauen. Verständigung kann nur erleichtert werden, wenn man sich ihrer Probleme und Tücken, ihrer Schwierigkeiten, Voraussetzungen und Bedingungen bewusst wird und aktiv mit ihnen umgeht. Politische Kommunikation als Verständigungsprozess zu gestalten, ist die Herausforderung und das Einfache, das so schwer zu machen ist. Die Pluralität wird ihre unnötigen Opfer fordern, wenn Verständigungswille wie -bereitschaft nicht die politische Kommunikation dominieren.

Die PDS steht in einer neuen Kommunikationssituation, die durch grundlegende Veränderungen der sozial-ökonomischen und kulturellen Bedingungen gekennzeichnet ist. Sie muss sich dieser Situation problembewusst stellen oder sie wird von ihr beherrscht. Sie kann dies nur durch aktive Kommunikation, die sich in den zahlreichen Debatten ausdrückt. Diese Debatten sind die Folge der veränderten Kommunikationssituation, sie sind auch deren Ausdruck. Vieles, was spontan und emotionalisiert verläuft, kann zu bewussterer Gestaltung von Verständigungsprozessen führen. Voraussetzung dafür ist nur die Lernfähigkeit. Sie war bisher vorhanden, sie versiegt hoffentlich nicht. Kommunikationsfähigkeit (im Sinne einer aktiven Gestaltung politischer Kommunikation) kann nur in Kommunikation erworben wie entwickelt werden. Das macht die Schwierigkeit aus, zeigt aber auch die Chance, Defizite der Kommunikation abzubauen.

V.

Kommunikationsprozesse in der PDS sind zugleich identitätsstiftend. Die häufige Ermahnung zu einem kulturvollen Streit und Umgang miteinander bezieht sich nicht nur auf sprachliche Ausdrücke (man denke nur an die kräftigen Ausdrücke in den Schriften von Marx und Engels), sondern im Kern auf das solidarische Verhalten. Bei unterschiedlichen Meinungen gemeinsam zu handeln und die Andersdenkenden als Handlungspartner zu akzeptieren und zu wollen, gründet sich auch auf die Umbrucherfahrungen in Ostdeutschland. Dies deutet zugleich auch darauf hin, dass die sich entwickelnde neue kulturelle Identität in Ostdeutschland durchaus keine Mentali-

tät zur Bewahrung der DDR-Kultur darstellt. Sie speist sich sowohl aus Erinnerung (an Bewahrenswertem) als auch aus Erfahrung und Lernprozessen in den Umbruchzeiten. Sie ist widerständig gegenüber der kritiklosen Übernahme jetzt vorfindbarer Umgangsformen und sucht neue, die antizipatorisch solidarische Kultur ausdrücken, freilich erst bruchstückhaft, aber dennoch bestimmt. Ihre Entwicklung wird davon abhängen, wieweit es gelingt, neue Identitäten in anders gearteten Kulturprozessen zu behaupten.

Die politische Verständigung in der DDR – offen und öffentlich – ist nicht als Selbstzweck zu verstehen. Sie schafft Voraussetzungen für politische Handlungsfähigkeit.

«Die PDS will Voraussetzungen umfassender Gesellschaftsveränderungen entwickeln und sie zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen machen. Dazu bedarf es der Fähigkeit, Ideen und Erfahrungen anderer emanzipatorischer Bewegungen aufzunehmen, beständige politische Bildungs-, programmatische und strategische Arbeit zu leisten, die innerparteiliche Kommunikation zu entwickeln und die Öffentlichkeit für die eigenen Zielvorstellungen zu gewinnen.» (Programm der PDS)

Welche Möglichkeiten gibt es, die Öffentlichkeit zu gewinnen? Eine Antwort auf diese Frage ist schwierig, zumal es sich um die Öffentlichkeit in einer Mediengesellschaft handelt, die in sich zerklüftet ist. Nachrichtenagenturen, Presseerzeugnisse und ein Großteil von Funk und Fernsehen sind in privater Hand. Die öffentlich-rechtlichen Funk- und Fernsehanstalten haben im dualen System in den letzten Jahren an Einfluss verloren und stehen vor großen Schwierigkeiten. Der Parteeinfluss in den Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten zementiert ohnehin den Prozess des parteipolitischen Status quo. Werbung ist die dominierende Finanzierungsquelle der privaten Medien, sie wird mit jeweils tendenzgestützten redaktionellen Mänteln eingehüllt. Es dominiert eine Schlagzeilenkultur. Unterhaltung dominiert die Angebote. An die Stelle von Diskursen ist deren Gegenteil getreten: die Talkshow. Dokumentarfilme und Kultur sind weitestgehend abgespeckt und nur noch in Programmischen zu finden. Je mehr Programme im Angebot, die einig gleiche unterhaltungsorientierte Versatzstücke bieten, desto häufiger zappen sich die Zuschauer und Hörer im Slalomlauf durch die Total-Show. Die Medien heften wie Kletten von früh bis spät an ihren potenziellen Nutzern, sind in alle Zeitporen des Alltagslebens geschlüpft. Allabendlich wird dann die Andacht der Millionen vor dem Fernseh-Altar zelebriert. Längst ist Fernsehen selbst die Botschaft, nicht mehr Inhalte. Sozialisation erfolgt heute von klein auf mehr durch Medien als durch Schule, Familie, Kirchen. Weltbilder bilden sich aus Medienbildern.

Welche Chancen hat unter solchen Bedingungen eine sozialistische Partei, die Öffentlichkeit für die eigenen Zielstellungen zu gewinnen? Sie hat partielle Chancen in Nachrichtensendungen, in Artikeln und auch in thematisch interessanten Auseinan-

dersetzungen zu Inhalten. Sie begibt sich dabei jedoch auch in die beständige Gefahr, auf Schlagzeilen zu verkürzen, aufklärerische Ziele mit anti-aufklärerischen Methoden durchsetzen zu müssen. Dennoch bleibt die Suche nach Wegen in die Medien hinein unverzichtbar.

Die Neuen Medien bieten weitere Möglichkeiten, auch interaktive. Sie entschlossen für die innerparteiliche Kommunikation und nach außen zu nutzen, ist eine aktuelle Herausforderung. Linke haben stets auf eine Gegenöffentlichkeit gesetzt. Das ist auch heute die wichtigste Aufgabe. Die Mediendominanz erzeugt auch eine Gegentendenz: Kritische Leser, Hörer und Zuschauer suchen nicht selten nach Möglichkeiten einer interaktiven Kommunikation. Gespräche, Diskurse, intensive Diskussionen werden auch als Gegengewicht zum Alltag der Medien genutzt.

Die PDS selbst ist Teil einer Gegenöffentlichkeit zu den herrschenden Mediengiganten. Dazu zählen die vielen kleinen Kreiszeitungen, Infoblätter usw. bis hin zur Mailbox. Öffentlichkeit gewinnen zu wollen heißt in erster Linie, öffentlich präsent zu sein, nicht nur in Medien, in ihnen aber auch. Es gehört ohne Zweifel zu den wichtigsten Leistungen in der kurzen Geschichte der PDS, dass sie in Teilöffentlichkeiten ihre Präsenz durch ein zunehmend eigenes Profil erreichen konnte. Ein öffentliches Gegengewicht zur kulturellen Hegemonie der Konservativen in der BRD zu erreichen, gehört zu den Aufgaben der PDS. Allerdings gilt auch, dass sie gerade ihre öffentliche Wirksamkeit erhöhen muss, wenn nicht die schönsten Konzepte und Inhalte versanden und die interessanten Persönlichkeiten unentdeckt bleiben sollen. Die Kommunikationsstrategie der PDS steht deshalb neben der inhaltlichen und programmatischen Arbeit weit vorn in der politischen Prioritätenliste.

DOKUMENT 13

FÜR EINE GERECHTE VERTEILUNG VON ARBEIT UND REICHTUM - FÜR EINEN STARKEN OSTEN IN EINER GERECHTEN REPUBLIK

REDE DES BUNDESVORSITZENDEN AUF DEM WAHLPARTEITAG DER PDS AM 3. APRIL 1998 IN ROSTOCK (AUSZÜGE)

Quelle: ADS/RLS, Signatur 2003-020-016

[...]

Wir hingegen wollen mit den innerdeutschen Ungleichheiten umgehen, indem wir darauf ein «Pilotprojekt Ost» begründen, das ein Zusammenwachsen von Ost und West erst ermöglicht – ein gemeinsames Hineinwachsen in eine Zukunft, die in vielem offen ist und darum auch die Möglichkeit bietet, neue Antworten auf bislang ungelöste soziale und ökologische Fragen zu finden.

Das wird ein hartes Stück Arbeit.

Ausgefeilte Modelle und minutiöse Fahrpläne dafür gibt es nicht; ohne Experimente wird es nicht nach vorn gehen. Ja: Der Osten wäre im Zuge dieses Pilotprojekts noch einmal «Experimentierfeld» – allerdings nicht für Sozial- und Demokratieabbau, sondern für soziale, politische und kulturelle Neuerungen in ganz Deutschland.

Es gibt die Möglichkeit einer neuen politischen Mehrheit in dieser Bundesrepublik. Wir wollen mit ganzer Kraft dafür wirken, dass aus dieser Möglichkeit auch ein wirklicher Politikwechsel wird. Dieser Politikwechsel aber wird seinen Namen nur verdienen, wenn sich damit ein neues Herangehen an die deutsche Einheit verbindet. Für ein solches neues Herangehen haben wir die nötigen Vorstellungen und die nötige Kompetenz.

Wir bekennen uns zur Notwendigkeit von Experimenten, aber stürzen uns nicht in diese neue Politik ohne detailliert ausgearbeitete, durchdachte und durchgerechnete Konzepte – die es der Politik ermöglichen, ihre soziale Verantwortung vor den Menschen uneingeschränkt wahrzunehmen.

Unser Pilotprojekt Ost stützt sich auf:

- einen Wandel des wirtschaftlichen Ordnungsrahmens und auf Innovationsprogramme «Sozial-ökologischer Umbau Ost» in den ostdeutschen Ländern,
- neue politische Handlungsräume, vernünftige Finanzverteilung und Stärkung der ostdeutschen Selbstbestimmung,

– Solidarität und Wettbewerb als Wege des Hineinwachsens von Ost und West in eine gemeinsame Zukunft und Vollendung der Wende/Emanzipation des Ostens. Dazu ist es unverzichtbar, die transformationsbedingten Transferleistungen bis 2004 zu verstetigen, die Entscheidungskompetenzen der ostdeutschen Länder und Kommunen sowie der Betroffenen selbst bei der Verwendung der Mittel deutlich zu stärken, die Finanzkraft der Kommunen insgesamt zu verbessern, ostdeutsches Eigentum zu bilden und zu sichern sowie Gerechtigkeit und Würde für alle zu gewährleisten.

Dieses Programm wendet sich an alle, die vor den Realitäten im vereinten Deutschland von heute nicht die Augen verschließen und die nach gerechten Lösungen für die damit verbundenen Probleme suchen. Es verteilt keine neuen Lasten, sondern es sucht neue Chancen. Es ist ein Programm der Gerechtigkeit und der Fairness in einem von Konflikten zerrissenen Land. Es sieht nicht das Ziel des Ostens im Nachbau alter westdeutscher Ungerechtigkeiten, sondern strebt ein Miteinander von Ost und West in neuer Gerechtigkeit an – d. h. mit Chancengleichheit für alle als der gesicherten Möglichkeit, bestehende Chancen auch wahrzunehmen. Es ist ein Programm der politischen und sozialen Aktion in einer von Blockaden, Inkonsequenzen und einseitiger Parteinahme zugunsten der Mächtigen bestimmten politischen Landschaft. Es verteidigt nicht die einen Besitzstände gegen andere, nicht die alte DDR gegen die alte BRD, sondern es strebt danach, Chancen für die Zukunft zu verteidigen und zu eröffnen – ohne jegliche Ausgrenzung und ohne jegliche Privilegierung.

Wenn wir ein «Pilotprojekt Ost» in die öffentliche Debatte einbringen, so deshalb, weil das erneute Abkoppeln des Ostens nicht durch Einzelmaßnahmen zu bekämpfen ist. Damit wollen wir einen neuen Schritt gehen, einen für die PDS wie für die gesamte deutsche Politik neuen Ansatz für Politik in, aus und für Ostdeutschland markieren. Ich wiederhole aber in diesem Zusammenhang, was schon immer unsere Grundposition war: Erst die Beseitigung der ostdeutschen Diskriminierung macht den Weg dafür frei, die historische Energie der Ostdeutschen mit dem Vereinigungsprozess zu verbinden und daraus Zukunft für ganz Deutschland, für den Weg von der Bonner zur Berliner Republik zu gewinnen! Hält dieses Deutschland an der Diskriminierung ostdeutschen Lebens, an der Zweitrangigkeit des Ostens fest, wird es weder eine innere Einheit noch ein funktionierendes «Pilotprojekt Ost» geben. Deswegen ist die Forderung nach Gerechtigkeit und Würde für alle ein integraler Bestandteil unseres Konzepts für eine neues «Pilotprojekt Ost».

Auch hier haben wir Grund zur Zuversicht. Unter dem Druck der PDS, unter dem Druck ihrer Wählerinnen und Wähler wie ihrer Sympathisantinnen und Sympathisanten hat sich bereits einiges zum Besseren gewendet – ich erinnere nur an die Teilrevision des Strafrechtensystems. Noch immer bleibt jedoch eine Menge zu tun. Und deswegen sage ich hier und heute auch mit aller Deutlichkeit:

– Wir setzen uns weiterhin konsequent für die Nutzungsrechte ein und engagieren uns gegen die Vertreibung von Grundstücksnutzern infolge fortgesetzter Pachterhöhungen.

- Wir bleiben bei unserer negativen Haltung zur massenhaften Enteignung von erworbenen Rentenansprüchen und fordern die Beendigung politischer Strafverfolgung.
 - Wir sind gegen die Berufs- und faktischen Berufsverbote, die auch im achten Jahr der staatlichen Vereinigung Hunderttausenden nicht nur den freien Zugang zu öffentlichen Diensten versperren, sondern auch zur ungehinderten Teilnahme an wissenschaftlicher Tätigkeit und Bildungsarbeit.
 - Wir kämpfen weiter für einen differenzierten Umgang mit ostdeutschen Biografien. Es muss Schluss gemacht werden mit der Diskriminierung und Diffamierung der Ostdeutschen und mit der völlig unnötigen Demütigung Tausender Menschen im Osten. Wir fordern Gleichbehandlung. Wir fordern das Ende politischer Ausgrenzung.
- [...]

DOKUMENT 14

DIE PDS BEREITET SICH AUF IHRE NEUE BUNDESPOLITISCHE ROLLE AB HERBST 1998 VOR

**ERKLÄRUNG VOR BUNDESTAGSKANDIDATEN
AM 16. AUGUST 1998 IN BERLIN-RAHNSDORF**

Quelle: PDS-Pressedienst, Nr. 34, 21.8.1998

Am Sonntag, den 16. August, trafen sich in Berlin-Rahnsdorf 40 Kandidatinnen und Kandidaten der PDS, die bei dem zu erwartenden Wahlergebnis von 5 Prozent plus X voraussichtlich die zukünftige Bundestagsfraktion der PDS stellen werden. Diskutiert wurde über die letzte Phase des Wahlkampfes sowie über Schlussfolgerungen aus der Arbeit der jetzigen PDS-Bundestagsgruppe für eine zügige Arbeitsaufnahme der neuen Fraktion.

Mit der folgenden Erklärung wandte sich PDS-Vorsitzender Lothar Bisky an die Bundestags-KandidatInnen:

I. Den politischen Wechsel sichern – keine Tabus!

Am Beginn der «heißen» Wahlkampfphase rückt die für den 27. September entscheidende Frage mit neuer Dramatik in den Vordergrund: Politischer Wechsel – ja oder nein? Die Stimmungen und Erwartungen im Lande signalisieren, dass SPD und Bündnisgrüne im Begriff sind, die Chance des politischen Wechsels zu verspielen: Schröders Lavieren und seine Fixierung auf die «neue Mitte» haben keine neue Mehrheit stabilisiert; die anhaltende Selbstdemontage der Bündnisgrünen untergräbt die Chancen der rot-grünen Alternative.

Es ist höchste Zeit für alle Parteien diesseits der Union, von Nebenschauplätzen abzugehen und mit ganzer Konsequenz auf den politischen Wechsel im Bund zuzusteuern. Das heißt – auch für die PDS: Alle Kraft für den politischen Wechsel! Keine Tabus!

II. Keine fundamentalen Unterschiede zwischen landes- und bundespolitischen Optionen

Für die PDS wird der 27. September 1998 eine weitere Zäsur bringen. Wir werden ab dem Herbst eine neue, eine stärkere politische Rolle in der Bundesrepublik Deutsch-

land ausfüllen. Zwischen unseren politischen Möglichkeiten in Landes- und Bundespolitik wird es dann keine fundamentalen Unterschiede mehr geben: Wir sind sowohl in den ostdeutschen Landtagen als auch im Bundestag mit eigenen Fraktionen vertreten. Die gesellschaftliche und politische Isolation der PDS ist bereits weitgehend überwunden; der nächste Bundestag wird in dieser Hinsicht nachziehen.

Unser Versprechen ist: Die bewährte, radikale wie machbare und über mehrere Parteitage (Magdeburg, Schwerin, Rostock) ausgefeilte PDS-Sachpolitik wird auf dieser Grundlage im Interesse der Bürgerinnen und Bürger neue, zusätzliche Wirkung entfalten – mit zunehmendem bundespolitischen Gewicht.

III. PDS sucht Mehrheiten

Die PDS ist – ungeachtet ihrer Rolle als Volkspartei in Ostdeutschland – eine Partei in der Minderheit und eine Partei, die Minderheiten vertritt. Dies zu wissen, macht einen wichtigen Teil unserer politischen Souveränität aus. Wir suchen Mehrheiten – aber nicht für uns oder im Dienst anderer Parteien, sondern zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und zur Umsetzung politischer Projekte.

Die Zwei-Drittel-Gesellschaft der alten Bundesrepublik polarisiert sich immer stärker – eine Tendenz, die wir nicht instrumentalisieren werden. Die Formel ist falsch: Wer die Probleme der oberen zwei Drittel akzeptiert, hat die Gesellschaft im Griff. Den gesellschaftlichen Herausforderungen wird nur gerecht, wer die Probleme aller Drittel ernst nimmt und den Schwächsten eine Stimme gibt. Das ist und bleibt unser Ansatz.

IV. Kein Regierungsprogramm, sondern konkrete politische Projekte

Wir haben die PDS nicht als Selbstzweck geschaffen und am Leben erhalten, sondern in Opposition zu den Realitäten der Bundesrepublik und um die Lage im Land zum Besseren wenden zu helfen.

Das heißt: Opposition zum Heutigen bringen wir zur Geltung, indem wir den Anspruch auf politische (Mit-)Gestaltung erheben und danach handeln. Das ist der tragende Gedanke unserer Auffassung «Alternativen sind machbar», das ist drängende Oppositionspolitik, das ist «linker Druck».

Wir sind vor diesem Hintergrund im August vergangenen Jahres auf der Bundeswahlkonferenz mit der Idee in die Wahlkämpfe gegangen, eine überschaubare Zahl von politischen Projekten in den Vordergrund zu rücken:

- Wir wollen Arbeitszeitverkürzungen und den Aufbau eines gemeinwirtschaftlichen Sektors, eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der zwar wirtschaftlich arbeitet, aber nicht den Zwängen der Profitmaximierung unterworfen ist.
- Wir wollen ein Verfassungsrecht auf berufliche Erstausbildung, eine solidarische Umlagefinanzierung für die Berufsausbildung und ein öffentlich finanziertes Sofortprogramm zur Schaffung von Beschäftigungsverhältnissen nach der beruflichen Erstausbildung sowie für derzeit arbeitslose Jugendliche.

- Wir wollen eine Steuerreform, die die öffentliche Hand wieder handlungsfähig macht und anstelle der Umverteilung von unten nach oben eine Umverteilung von oben nach unten setzt.
- Wir wollen eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen, die mit der Entsorgung von Haushaltsproblemen in Bund und Ländern zulasten der Kommunen Schluss und die Städte und Gemeinden wieder handlungsfähig macht.
- Wir wollen mit einem «Pilotprojekt Ost» den sofortigen Einstieg in einen langfristigen bundesweiten sozial-ökologischen und demokratischen Reformprozess vollziehen.

Dieser Linie werden wir auch nach den Wahlen folgen – und die Ressourcen der Fraktion wie die Erfahrungen der parlamentarischen Arbeit nutzen, um diese Projekte weiter auszuarbeiten.

V. Grundgesetz ist Verfassung einer offenen Gesellschaft

Wir streben Veränderungen innerhalb der Ordnung des Grundgesetzes und nicht dagegen an. Daran haben die PDS insgesamt und keiner ihrer Teile jemals einen Zweifel gelassen. Das Grundgesetz ist die Verfassung einer offenen Gesellschaft – das ist einer seiner großen Vorzüge. Dieser Vorzug eröffnet jenen, die dazu willens und fähig sind, den Weg in eine andere, eine gerechte Republik. Wir wollen ihn gehen.

DOKUMENT 15

SOZIALISTISCHE POLITIK ZUR JAHRTAUSEND- WENDE - IN EINER GLOBALISIERTEN WELT, IN EINEM SOZIALDEMOKRATISCH DOMINIERTEN EUROPA, ALS TEIL DER NEUEN MEHRHEIT IN DER BUNDESREPUBLIK

REDE DES BUNDESVORSITZENDEN AUF DER 1. TAGUNG
DES 6. PARTEITAGES DER PDS AM 16. JANUAR 1999
IN BERLIN (AUSZÜGE)

Quelle: ADS/RLS, Signatur 2003-20-167

[...]

Liebe Genossinnen und Genossen,

[...] lasst uns gemeinsam bedenken: Was ist das für eine Welt, in die wir nun mit gewachsener Stärke gestellt wurden? Wie ist ihr aktueller Zustand – global, europäisch, in Deutschland – West wie Ost? Welche Handlungsbedingungen gibt die Welt der neuen Regierung und uns vor? Ist sie in Bewegung gekommen? Und wohin wendet sie sich?

Dazu will ich ein paar Überlegungen unterbreiten: [...]

Die Kohl-Regierung, für die die Globalisierung Anstoß und Rechtfertigung für Sozialabbau, für Umbau des Gemeinwesens zugunsten enger Interessen bestimmender Teile der Wirtschaft war, ist abgewählt.

Damit sind aber nicht die veränderten (welt-)wirtschaftlichen Realitäten abgewählt, die u. a. unter dem Stichwort Globalisierung reflektiert wurden.

Auf die damit verbundenen ökonomischen, sozialen und nicht minder politischen Fragen müssen wir andere, praktikable Antworten finden. Mit dem Widerstand gegen die Art, wie Union und FDP damit umgingen, ist es nun nicht mehr getan. Und auch nicht mit der Entlarvung jener Tendenzen der rot-grünen Bundesregierung, die in einer gewissen Kontinuität zu dieser Art von Politik zu stehen scheinen.

Womit also haben wir es zu tun? Zunächst sei eines gesagt: Mit einem Prozess,

- der seit nahezu zwei Jahrzehnten läuft,
- der seine Wurzeln in der Internationalisierung des Kapitals einerseits und in einer neuerlichen Revolution der Produktivkräfte andererseits hat und
- der von den wichtigsten Regierungen und Institutionen des Westens forciert, beeinflusst und interessenorientiert gesteuert wurde und wird. Helmut Schmidt, der frühere Bundeskanzler, macht zu Recht darauf aufmerksam, dass zu den gefallen Grenzen und dem technologischen Sprung «ein historisches Höchstmaß an Libe-

ralisierung des Handels, vor allem aber des Geld- und Kapitalverkehrs»¹ gekommen ist.

Wir haben es zu tun mit einer gewaltigen Revolution der Produktivkräfte, die sich unter der Dominanz der Logik des großen Kapitals durchsetzt.

Das macht die Widersprüchlichkeit des Vorganges aus.

Wir sollten uns hüten, im Stile der Maschinenstürmer den technologischen Fortschritt an sich zu geißeln und zu bekämpfen oder in sehnsüchtiger Verklärung die Wiederkehr der goldenen 1960er-Jahre zu erhoffen. Dergleichen hat in der Geschichte noch nie zu etwas geführt.

Die Frage lautet: Welchen Umgang mit der Globalisierung streben Sozialistinnen und Sozialisten an?

Wir brauchen eine Vorstellung von den konkreten Punkten, an denen umgesteuert werden muss und kann. Und wir müssen sagen, wo wir selbst einen realen Einfluss auf die Dinge auszuüben bereit und in der Lage sind!

Genau darum geht es mir.

Erstens. Die Entwicklungen der letzten beiden Jahrzehnte haben zu einer außerordentlichen Differenzierung jenes Bereiches geführt, der gemeinhin als «die Wirtschaft» angesehen wird.

«Seit 1980 stieg das Börsenkapital der Weltaktienmärkte um 1.388 Prozent. Doch die Wirtschaftsleistung der Industriestaaten [...] legte im gleichen Zeitraum nur um 60 Prozent zu. [...] Inzwischen beträgt der tägliche Umsatz im Handel mit den Währungen das 50-Fache dessen, was an Gütern und Dienstleistungen über die Grenzen geht.»²

Diese Zahlen verdeutlichen zweierlei. Zum einen: Die Finanzwirtschaft und die Realwirtschaft – also Produktion und Dienstleistungen – klaffen immer weiter auseinander. Zum andern: Die Finanzmärkte dominieren mittlerweile fast alles. Waren die Börsen früher Seismograf der Realwirtschaft, so sind sie heute deren Scharfrichter. [...] Über die Firmenstrategie bestimmt unter diesen Umständen nicht mehr der Unternehmer, nicht einmal der Aktionär, sondern irgendein anonymer Analyst oder Fondsmanager einer großen, weltweit agierenden Bank. *Der Spiegel* schreibt: «Noch nie hatten diese anonymen Besitzergruppen so viel Macht wie heute.»³ [...]

Zweitens. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf gibt es derzeit weltweit rund 40.000 multinationale Konzerne, von denen wiederum ungefähr 250.000 verbundene Unternehmen abhängig sind. Für den gesamten Komplex arbeiten etwa 200 Millionen Menschen.⁴ [...] Neben den Machtkonglomeraten der

1 Schmidt, Helmut: Zeit, von den Pflichten zu sprechen!, in: Die Zeit 41, 3.10.1997.

2 Der Spiegel 43, 1997.

3 Der Spiegel 17, 1998.

4 Die Zeit 24, 1998.

internationalen Finanzwelt sind diese Multis die zweite wesentliche Komponente der kapitalistischen Globalisierung. Die gebündelte finanzielle und ökonomische Potenz verleiht dem Großkapital die Kraft zu eiliger und völlig ungebundener globaler Mobilität – was traditionelle nationale und damit auch soziale Bindungen auflöst. [...] Die letztlich Leidtragenden sind die abhängig Beschäftigten. [...]

Diese Revitalisierung des Kapitalismus aber ist die zentrale Herausforderung sozialistischer Politik von heute. Gerne sprechen Linke in solchen Zusammenhängen von umfassenden gesellschaftlichen Alternativen, die man entwickeln, die man durchsetzen, für die man Mehrheiten mobilisieren muss. Ich bin sehr dafür. Aber ich sage auch: Die Herausforderung beginnt heute. Sie beginnt nicht mit einer sozialistisch geführten Mehrheit, aber mit einer Mitte-links-Mehrheit in diesem Land! Das ist eine Chance!

Und das heißt: So gern wir über komplexe Zukunftsentwürfe nachdenken und so sehr wir wissen, dass es ohne eine Vision, ohne eine Utopie keine sozialistische Politik gibt – so sehr müssen wir uns dessen bewusst sein, dass es diese umfassende Alternative nie geben wird, wenn wir nicht in der Gegenwart präzise den Punkt finden, wo die bisherige Entwicklungslogik aufbricht, wo sie am schärfsten mit den realen Problemen kollidiert, wo sie am meisten Menschen aufschreckt und wo die Weiche – zunächst vielleicht nur ein kleines bisschen – umgestellt werden kann und muss.

Wenn wir es nicht verstehen, vor allem und zum richtigen Zeitpunkt hier mit Vorschlägen zur Stelle zu sein, hier an der Bildung neuer Mehrheiten mit unserem politischen Gewicht und überzeugenden Ideen mitzuwirken, wird die Utopie zur Illusion oder zum Abenteuerium. An die Stelle der demokratischen Mitgestaltung eines notwendigen Umbruchs träten selbstgefällige Isolation und bzw. oder Umsturzabsichten ohne jede demokratische Grundlage. [...]

Drittens. Der «revitalisierte Kapitalismus» führt zu Konsequenzen [...]: Immer weniger Reiche werden immer reicher, während immer mehr Menschen arm und ärmer werden. [...] Die eigentliche soziale Sprengkraft wird aber erst in der globalen Dimension deutlich. Armut in Deutschland heißt z. B.: Reichlich ein Fünftel der Bevölkerung in Brandenburg und Berlin hat ein Monatseinkommen von unter 1.000 DM.⁵ [...] Armut global bedeutet, dass rund ein Viertel der Menschheit von weniger als einem Dollar pro Tag leben muss. Fast drei Fünftel der Menschen in den Entwicklungsländern leben in Siedlungen ohne sanitäre Grundausstattung, fast ein Drittel hat kein einwandfreies Trinkwasser.⁶

Aber weniger als ein Hundertstel der jährlichen weltweiten Rüstungsausgaben würde ausreichen, in den Entwicklungsländern Grundbildung für alle zu organisieren. Und weniger als ein Zehntel dessen, was die Weltbevölkerung pro Jahr für Alkohol ausgibt, würde genügen, um Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen für alle

5 Nach einer isda-Studie zur Armut, 1998

6 Berliner Zeitung, 15.5.1998.

Menschen in den Entwicklungsländern zu schaffen.⁷ So dringend ist Umverteilung – ein Kernanliegen sozialistischer Politik – und mit so vergleichbar kleinen Schritten könnte so viel bewegt werden. [...]

Viertens. [...] Je mehr Hightech, desto weniger menschliche Arbeitskraft. [...] Angesichts der aktuellen Wachstumsprognosen sind alle Aussagen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland im Grunde außerordentlich unbestimmt. Unter herkömmlichen Voraussetzungen – Bemühungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit vor allem auf den ersten Arbeitsmarkt orientiert – sinkt die Arbeitslosigkeit erst bei einem Wirtschaftswachstum zwischen 2,3 Prozent und drei Prozent.⁸ Legt man diese Prämisse zugrunde, so sind durchschlagende Erfolge der rot-grünen Koalition bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zunächst eher unwahrscheinlich.

Der Umbau der Arbeitsgesellschaft – einerseits durch die Umverteilung von Arbeit, andererseits durch die Neuorganisation gesellschaftlich notwendiger Arbeit als Erwerbsarbeit – ist auf die politische Tagesordnung gerückt. [...]

Fünftens. Die Revitalisierung des Kapitalismus führte schon wenige Jahre nach ihrer totalen Entfesselung zum drohenden Kollaps. Japan und die sogenannten Tiger-Staaten kamen unversehens ins Taumeln – und damit genau jene Staaten, die Anfang bis Mitte der 1990er-Jahre noch als Vorbild für Westeuropa, geradezu als Inkarnation der Zukunft in einer globalisierten Welt gepriesen worden waren. Es folgten Russland – und nun auch noch Brasilien. Was daraus wird, wissen wir noch nicht. [...]

Wie auch immer die Prognosen lauten – das deutsche Wirtschaftswachstum dürfte 1999 geringer ausfallen, als es die alte Bundesregierung ihren Haushaltsplanungen zugrunde gelegt hatte. Weniger Wachstum – weniger Einnahmen. Eine echte Bewährungsprobe für Oskar Lafontaine!

Für die Politik der PDS sehe ich zwei Schlussfolgerungen:

Einerseits: [...] wir können natürlich dort, wo wir in der Verantwortung stehen, nur real vorhandenes und nicht virtuelles Geld aus vorerst nicht realisierten PDS-Konzepten ausgeben.

[...] andererseits: Solange es im Prinzip bei der vorhandenen, zudem unsicheren Finanzmasse bleibt, setzen wir auf eine Umverteilung innerhalb dieser Menge – und zwar den Prämissen nach, dem konkreten Zweck nach und der Entscheidungskompetenz nach. [...]

Wunder können wir nicht bewirken – und deswegen auch niemandem versprechen. Nicht einmal uns selbst. Wir haben es angesichts der Tiefe der Probleme, der Beschränktheit der Mittel und der anhaltend hohen Blockaden mit sehr langen Zeiträumen zu tun, auf die wir uns einstellen müssen.

Sechstens. Die Revitalisierung des Kapitalismus ist nicht nur sehr schnell in eine ernste Krise geraten – sie hat auch an bestimmten Stellen der Welt noch schneller

7 Ebd.

8 Nach dpa, 18.6.1997.

äußerst zerstörerisch gewirkt. Eine Region, die von diesen Wirkungen hart betroffen wurde, ist Ostdeutschland – unbeschadet der hohen Aufwendungen für den «Aufbau Ost». Die politischen Voraussetzungen für die Verwendung dieser Mittel haben einfach nicht gestimmt.

Eine wirkliche Trendwende ist nicht in Sicht – auch keine Linie der Regierungspolitik, die speziell darauf orientieren und Erfolg versprechen würde. [...]

Die PDS hat in erster Linie als sozialistische Partei auf die zugespitzten Probleme in Ostdeutschland zu reagieren. Für die Substanz ihrer Politik ist ihre spezifisch ostdeutsche Verankerung in gewisser Hinsicht sogar zweitrangig. Für die praktische Umsetzung ist ihre Stärke im Osten aber eine gewaltige Chance – und zwar für ganz Deutschland!

Das ist die Dialektik des Lebens und sozialistischer Politik in Deutschland.

Siebtens. Seit dem 1. Januar 1999 leben wir im «Euro-Land». [...] Selbst für den Internationalen Währungsfonds ist «das Versäumnis, die europäischen Arbeitsmärkte zu reformieren, [...] eindeutig die Achillesferse des Euro-Projekts».⁹ Der Euro ist also weniger ein Reformschritt selbst als ein weiteres Erfordernis für die Einleitung von Reformen in Wirtschaft und Sozialleben. Insbesondere die Stärkung der Inlandsnachfrage und der Abbau der Massenarbeitslosigkeit sind geradezu Voraussetzungen dafür, mit der neuen Währung fertigzuwerden.

Achtens. Natürlich bieten die weltwirtschaftlichen Entwicklungen auch Chancen. Aber: [...] Damit einher geht aber auch die Übernahme, letztlich also die Globalisierung der nachteiligen sozialen und ökologischen Wirkungen des traditionellen westlichen Modells. Der drohenden sozialen und ökologischen Katastrophe wird damit nicht gegengesteuert – sie wird, im Gegenteil, sogar forciert.

Nachhaltige Entwicklung und Globalisierung im Zeichen einer Revitalisierung des Kapitalismus schließen sich also aus. Das heißt: Der innere Zusammenhang zwischen sozialistischer Politik und der Orientierung auf nachhaltige Entwicklung in der Welt muss verstärkt werden. Wir können das schaffen. Unsere durchaus tragfähigen Ansatzpunkte habe ich bereits genannt. Aber wir müssen das auch schaffen wollen – theoretisch und vor allem in unserer praktischen Politik, da, wo wir mitregieren und mitgestalten!

Neuntens. [...] Die bundesdeutsche Außenpolitik steht zudem schon seit Längerem vor der sehr spezifischen Notwendigkeit einer konzeptionellen Neuorientierung – zumindest angesichts des Endes des Ost-West-Konflikts und der deutschen Teilung sowie der damit verbundenen Tatsache, dass dieses Land jetzt wirklich ein internationaler Akteur ist. [...]

Deshalb müssen wir uns mehr als bisher einmischen, müssen wir stärker – d. h. vor allem sehr konkret und gemeinsam mit der europäischen Linken – unsere Forde-

9 Nach dpa, April 1998.

rungen nach Zivilisierung und Demokratisierung der Außen- und Sicherheitspolitik, nach internationaler Solidarität und nach gerechten internationalen Wirtschaftsbeziehungen zur Geltung bringen.

[...] Außen- und Sicherheitspolitik ist Interessenpolitik. [...] Dazu haben wir eine ganz klare Position: Es sollen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Landes vertreten werden – und zwar ganz eindeutig in ihrer Verknüpfung mit internationaler Solidarität und mit der Bereitschaft zu weltöffener Kooperation. Wenn wir also künftig stärker auch außenpolitische Forderungen erheben und Aktivitäten einleiten, dann sollten wir dabei diese Interessen und die damit verbundenen Erfordernisse und notwendigen Einsichten benennen. Wenn dazu noch höchste Transparenz und die weitestmögliche Einbeziehung von Organisationen, Initiativen, Bündnissen sowie Einzelpersonen kommen, dann wäre das alles in allem schon ein gutes Stück Demokratisierung der Außenpolitik.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Folgen der Revitalisierung des Kapitalismus sind so elementar, dass seit einiger Zeit eine neue Kapitalismuskritik zu beobachten ist, die weit über den Rahmen der traditionellen, der sozialistischen Linken hinausgeht. Selbst ein Mann wie George Soros vertritt nun plötzlich die These, vor 1989 sei der Kommunismus der größte Feind der offenen Gesellschaft gewesen, jetzt aber sei es der Kapitalismus!¹⁰

Natürlich: Die neue Kapitalismuskritik ist in weiten Teilen in ihrer Konsequenz nicht sozialistisch – aber sie ist dennoch, auch in ihrem Selbstverständnis, eine Kapitalismuskritik. [...]

Allerdings: Die neue Kapitalismuskritik entfaltet sich über weite Strecken an den Sozialisten (nicht nur der PDS!) vorbei.

Das darf so nicht bleiben. Unser Bemühen muss sich darauf richten, die Diskurse zu verkoppeln. Das verlangt aber auch, unseren eigenen kapitalismuskritischen Diskurs fortzuführen, zu aktualisieren und die Fragen und Vorschläge einzubeziehen, die andere debattieren. [...]

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ralf Dahrendorf hat in seinem Essay über die Globalisierung und die damit verbundenen sozialen Fragen von einem «neuen Regionalismus» als einem «Symptom der Gegenbewegung gegen die Globalisierung» gesprochen. Die partielle Auflösung der klassischen Nationalstaatlichkeit vollzieht sich nicht nur in einer Richtung, nicht nur nach oben, nach außen, in die Welt – sondern auch die Regionen gewinnen in diesem Prozess an Gewicht. Regionalisierung und Internationalisierung stellen zwei Seiten einer Medaille dar. Das verdeutlicht ihren Zusammenhang, aber auch ihre Unterschied-

10 Die Zeit 4, 1997.

lichkeit, ihre Unersetzlichkeit. Lebenskraft haben vor allem historisch gewachsene, dynamische, zunehmend aus eigener Kraft leistungsfähige Regionen.

Das andere ist: Ich habe bewusst von einer «partiellen» Auflösung der klassischen Nationalstaatlichkeit gesprochen. Regionalisierung und Globalisierung sind wichtige Trends – aber dazwischen gibt es weiterhin viel Leben. Und auch politischen Gestaltungsraum. Ein deutscher Bundeskanzler wird noch auf lange Zeit eine wichtige politische Größe sein – und sicher keine Marionette der EU-Kommission oder eines deutschen Länder-Ministerpräsidenten werden. Dieter Klein hat schon vor längerer Zeit auf einen ganz wesentlichen Aspekt nationalstaatlicher Handlungschancen aufmerksam gemacht, als er sagte: «Nationalstaaten haben beachtliche Freiräume für Entscheidungen über die Zielhierarchien in ihrem Hoheitsraum. In der Bundesrepublik werden diese Räume mit Verweis auf die Weltmarktkonkurrenz bei Weitem nicht ausgeschöpft.» Auf die Ordnung dieser Zielhierarchien richtet sich PDS-Politik in sehr großem Maße. [...]

Liebe Genossinnen und Genossen,

man muss die Welt verstehen, damit man zu Hause Politik machen kann. Dies darf man nicht vergessen: Dass man Politik wirklich nur dort betreiben kann, wo man lebt, wo man präsent ist, wo man Zuspruch findet und darauf Einfluss gründen kann.

PDS-Politik kann nur betrieben werden, wo es eine starke PDS gibt. Deswegen lasst uns jetzt über unsere Partei reden. Sie müssen, sie wollen wir bewahren und stärken, festigen und weiterentwickeln. Ich möchte mit einer These beginnen:

Wir befinden uns seit den letzten Bundestagswahlen in einer Phase der politischen Gebrauchswertbestimmung.

Wir sind ein stabiler Faktor im deutschen Parteiensystem geworden. Das schließt nicht aus, dass manche uns noch immer gern verschwinden sehen würden. Aber alles in allem gilt (und zwar auch für jene, die uns gar nicht wollen): Was auch immer man von der PDS hält – man muss sich auf ihre Existenz, auf ihren Einfluss, auf ihr Handeln einstellen und strategische Antworten formulieren. Was taugt diese Partei? Wozu taugt sie? Was kann man mit ihr anfangen? Das sind die Fragen, die die anderen sich jetzt stellen und zu beantworten suchen.

Wir – das will ich vorab sagen – dürfen uns das nicht zu Kopf steigen lassen. Wir haben aber auch Erfahrungen mit solchen Situationen, in denen sich unser politisches und gesellschaftliches Umland mit uns befasst. Wir wissen daher: Wir werden vom Gerede der anderen nicht größer und nicht kleiner. Wir sind ein Teil dieser Gesellschaft – wir stehen nicht über, nicht unter, nicht neben ihr.

Wir halten das, was derzeit diskutiert wird bzw. sich im Regierungshandeln abzeichnet, eher für unbefriedigend – gemessen an Vorstellungen von sozialistischer Politik. Dies sind aber nicht die Vorstellungen aller, nicht einmal einer Mehrheit.

Wir wollten und wollen einen grundsätzlichen Politikwechsel – in der Bevölkerung sind zwar 37 Prozent auch dieser Meinung, aber immerhin 54 Prozent wollten und wollen lediglich einige Kurskorrekturen, aber keine prinzipiellen Änderungen.¹¹

Wir meinen, so richtig gebe es gar keinen Politikwechsel. Anderswo sieht man das ganz anders. Ich zitiere: «Nach ihrer Wahl postuliert die neue deutsche Regierung Kontinuität. Doch was sie jetzt vorstellt, ist ein gravierender Politikwechsel, mit dem die Nachkriegsgeneration die Paradigmen ihrer Väter bricht.» Das schrieb die *Washington Post* Ende vergangenen Jahres unter Bezug auf Lafontaines internationale Finanzpolitik und auf Fischers Vorstoß zur Beendigung der NATO-Doktrin vom atomaren Erstschlag.¹²

Schließlich stehen wir – wie große Teile der politischen Eliten, wenn auch aus unterschiedlichsten Gründen – kritisch zum Start der Schröder-Regierung. Vier Fünftel unserer eigenen Wählerschaft aber halten den Start der neuen Bundesregierung für gelungen – in keiner anderen Wählergruppe gibt es einen so hohen Anteil!¹³

Was lehrt uns das? Drei Dinge: Den Respekt vor der anderen Meinung, den Respekt vor der Realität als Ganzem und den Respekt vor der Pluralität politischer Auffassungen und Überzeugungen.

Deswegen sagen wir: Es bleibt für sozialistische Politik viel zu tun – das ist aber auch und gerade eine inhaltliche Anforderung an eine solche Politik! Wir haben noch viel zu tun, vieles neu zu bedenken, vieles erst in der Gesellschaft zu vermitteln, zu erklären, abzuwägen.

Wir müssen sehr ernsthaft daran arbeiten, den politischen Platz der PDS nach Zeit, Raum und Ort präzise und «stundengenau» zu bestimmen – und vor allem auszufüllen. [...]

Liebe Genossinnen und Genossen,

Aufgabe des neuen Parteivorstands wird es auch sein, die strategische Arbeit der Partei und ihrer Gliederungen zu leiten. Das heißt: Einen Prozess in Gang zu setzen und zu leiten, indem politische Strategien ausgearbeitet, präzisiert, abgestimmt und durchgesetzt werden. Auch die Koordinierung der Landesverbände verstehen wir in diesem Sinne als strategische Aufgabe – nicht als Feinsteuerung aus der Bundeszentrale!

Worum geht es in der strategischen Koordinierung? Ein Beispiel: Der Druck auf die SPD wächst – auch im Umfeld des PDS-Parteitag. Und zwar durch sehr einfache und daher wirksame Argumente:

- «Natürlich braucht man politische Zusammenarbeit – aber mit denen doch nicht! Die klauen, kiffen, kungeln!»
- «Lafontaine unterdrückt die Debatte über das Verhältnis zur PDS.»

11 Vgl. Berliner Zeitung, 25./26.7.1998.

12 Vgl. Berliner Zeitung, 7.12.1998.

13 Nach n-tv, 20.11.1998.

Die SPD-Führung erwehrt sich derzeit dieser Anwürfe, aber sie ist nicht in der Offensive. Wir aber müssen ein Interesse daran haben, dass die gegenüber der PDS aufgeschlossenen Kräfte in die Offensive kommen! Das verlangt von der gesamten Partei sachpolitisch orientierte, präzise gezielte Angebote abgestimmt und überall!

Auf solche Herausforderungen muss strategische Arbeit ausgerichtet sein – langfristig und koordiniert. Und in diesem Sinne muss die gewünschte politische Koordination erfolgen.

Strategie ist nicht Ideologie, nicht Agitation, nicht politische Bildung. Sie ist auch nicht Wissenschaft und auch nicht «Wissenschaft» wie zu SED-Zeiten. Sie ist theoretisch begründete und begründbare Konzipierung politischen Handelns, also Gerüst der politischen Führung! Strategie ist nicht Rechtfertigung von Politik, sondern Vorleistung und Begleitung von Politik!

Wer Strategie für Ideologie etc. hält, der verurteilt sie zur Folgenlosigkeit. Wer Strategie folgenlos bleiben lässt, degradiert sie zu Ideologie etc.

Die Folgenlosigkeit vieler strategischer Ansätze aber ist unser Hauptproblem. Aus beiden eben genannten Gründen ist das nicht nur ein Effizienzproblem, sondern es beinhaltet die Gefahr der politischen Degeneration der Partei. Wenn es mit der Strategie nicht klappt, werden wir inhaltlich auf die Ideologie im schlechten Sinne zurückgeworfen. [...]

DOKUMENT 16

80. JAHRESTAG DER WEIMARER REICHsverfassung

REDE AUF EINER FESTVERANSTALTUNG IN WEIMAR
AM 18. APRIL 1999 (ENTWURF)

Quelle: ADS/RLS, Signatur 00 A 0165

Gegenwärtig nähern sich die Deutschen auf sonderbare Weise dem Verfassungsthema: Verfassungen, so scheint es heute, atmen nicht in erster Linie wirkliches Leben – sie zementieren Verhältnisse, auch indem sie Realität verklären, indem geschriebenes (Verfassungs-)Wort als gelebte Realität ausgegeben wird. Das ist eine Erfahrung, die auf besondere Weise die Ostdeutschen mit in die Einheit gebracht haben.

Es ist aber auch eine Erfahrung, die alle Deutschen so oder so in den 1990er-Jahren gemacht haben. Und das hängt mit der Art und Weise zusammen, wie die deutsche Vereinigung verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch gehandhabt wurde. Verfassung – das hieß: Alles dafür zu tun, dass die neue Bundesrepublik die alte Bonner Republik bleibt. Dass soziale, demokratische und ökologische Impulse der ostdeutschen Wende von 1989 bestenfalls gefiltert und auf die Bonner Welt hin interpretiert zur Geltung kamen.

Die Deutschen haben in den 1990er-Jahren aber auch eine andere verfassungspolitische Erfahrung gemacht: Verfassung wird geändert, wenn das Asylrecht eingeschränkt oder der Lauschangriff ermöglicht werden soll. Verfassung wird (um-)interpretiert, wenn die Politik nicht weiterweiß oder keine hinreichende Einigung findet.

Das erste Jahrzehnt nach der deutschen Einigung hat ein desparates Verfassungsverständnis erzeugt. Zwischen Dogma und Instrumentalisierung – dies hat die Verfassungswirklichkeit beschädigt. Der großen Idee des Verfassungspatriotismus, die auch und gerade für die Ostdeutschen identitätsstiftend auf dem Weg in und mit der deutschen Einheit hätte sein sollen, ist Schaden zugefügt worden. Bang erhebt sich die Frage, ob das Grundgesetz, das die alte Bundesrepublik als stabiles demokratisches und soziales Gemeinwesen verfasste, auch das vereinte Deutschland in eine solche Zukunft zu tragen vermag.

Umso besorgter richten sich die Blicke auf die historische Erfahrung – auf die Erfahrungen der Deutschen mit ihrer ersten demokratischen Verfassung in diesem Jahr-

hundert. Bonn ist nicht Weimar – das war in den 1990er-Jahren eine Gewissheit, die vielen leicht von den Lippen ging. Aber wie ist das mit der Berliner Republik? Wird auch sie gefeit sein gegen die Gefahren, denen die Weimarer Republik erlag? Der Kampf um die Bestimmung dessen, was die Berliner Republik ausmachen wird, ist lange entbrannt. Die öffentliche Debatte – auch die verfassungsrechtliche – hinkt den realen Auseinandersetzungen hinterher. Es werden Tatsachen geschaffen, nicht Konsense erstritten. Konsens – das heißt in der beginnenden Berliner Republik: veränderte Tatsachen akzeptieren.

Zitat Prof. Dr. Jutta Limbach:

«Was sind Verfassungen anderes als Antworten auf die Herausforderungen ihrer Zeit? Insbesondere das Formulieren von Grund- und Menschenrechten ist eine intellektuelle Weise, eine kritikwürdige Vergangenheit aufzuarbeiten und gegenwärtig Erreichtes festzuschreiben. Vor allem aber ist das Bekenntnis zu Grundrechten ein Versuch, das künftige Zusammenleben von Menschen gerechter und humaner zu gestalten.»¹

Meine Damen und Herren,
die Weimarer Reichsverfassung – und darin sehe ich vor allem noch heute ihre Bedeutung für demokratische Sozialisten – hat bewusst und eindeutig die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zur Disposition der Gesetzgebung des demokratisch organisierten Staates gestellt. Mit dem Verfassungsrechtler Wolfgang Abendroth stimme ich völlig darin überein, dass «die Weimarer Verfassung ihrem normativen Inhalt nach als eine Verfassung der rechtsstaatlichen sozialen Demokratie, als ein zu demokratischer und sozialistischer Umgestaltung der Wirtschaftsgesellschaft ermächtigendes Rechtssystem zu werten [ist]».²

Verfassungen kann man nicht selektiv handhaben – auch im Nachhinein nicht. Stärken und Schwächen stehen nicht nur nebeneinander, sondern gerade in Verfassungen wirken sie besonders ernsthaft aufeinander ein. Und wie stets im Leben sind die Schwächen zumeist stärker – denn sie sind in der Lage, die Entfaltung der Stärken zu blockieren.

So war es wohl auch mit der Weimarer Verfassung.

Was wir heute im Sozialen im weitesten Sinne als Vorzüge gegenüber dem Grundgesetz empfinden mögen, hat die Weimarer Republik nicht stabilisieren, eine dauerhafte Identifikation einer Mehrheit mit dem auf der Weimarer Verfassung fußenden System nicht herstellen können.

Was wir an demokratischen Potenzialen in der Weimarer Verfassung loben, hat die Demokratie nicht gegen den Nationalsozialismus immunisieren können. Weimar

1 Jutta Limbach, zit. nach: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Deutschland in neuer Verfassung, Bonn 1991, S. 117.
2 Abendroth, Wolfgang: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der Weimarer Republik, in Mück, Josef (Hrsg.): Verfassungsrecht, Opladen 1975.

mag sich in manchen Passagen demokratischer lesen als das Grundgesetz – als parlamentarische Demokratie jedoch ist Weimar nicht erst am 30. Januar 1933, dem Tag von Hitlers Machtergreifung, gescheitert, sondern bereits drei Jahre zuvor. Dies wiederum war möglich, weil die Weimarer Verfassung eben nicht nur ein stringent umgesetzter demokratischer Traum war, sondern weil sie den Versuch nicht bewältigt hat, verschiedene Strukturelemente aus deutschen und internationalen demokratischen Traditionen zusammenzuführen. Parlamentarische, präsidentiale und plebiszitäre Strukturen gerieten in strukturelle Konflikte, die die Demokratie zu sprengen erlaubten.

Gleichwohl waren es wohl nicht die Verfassungsparagrafen an sich, die zum schnellen Niedergang der Weimarer Republik führten. Die «Schuld der Gesetzgeber», so bewertet es der Historiker Arthur Rosenberg, «liegt nicht darin, dass sie die Paragrafen schrieben, sondern darin, dass sie ihre Paragrafen nicht mit dem Leben vereinigen konnten.»

Die Weimarer Verfassung ist ein ambivalentes Erbe, dem sich die deutsche Geschichte seit der Befreiung vom Faschismus im Grunde nie hat entziehen können.

Auch die DDR nicht. Ihre erste Verfassung aus dem Jahre 1949 war eine bürgerlich-demokratische in der Tradition von Weimar. Dieses Erbe wurde verspielt – ich will das in diesem Zusammenhang feststellen, ohne hier differenziert darauf eingehen zu können.

Doch noch einmal zurück zu Weimar und zu dem Satz «Bonn ist nicht Weimar.» Die Selbstgewissheit der Bonner Republik wurzelt darin, dass die Väter des Grundgesetzes jene strukturellen Konflikte und Defizite der Weimarer Verfassung im neuen Verfassungstext überwunden hatten, die bereits deutlich vor dem Eintritt in die faschistische Diktatur die parlamentarische Demokratie hatten scheitern lassen.

Das Grundgesetz wandelte das semipräsidentiale Regierungssystem von Weimar in ein streng parlamentarisches Regierungssystem um.

Während in der Weimarer Republik unbeschränkt Änderungen der Verfassung möglich waren, dürfen im Grundgesetz die grundsätzlichen Bestimmungen – jene zur föderalen Gliederung des Bundes, zur Unantastbarkeit der Menschenwürde und zum Schutz von Grundrechten – nicht angetastet werden.

Das Grundgesetz spitzte die demokratische Ordnung auf eine streng repräsentative Demokratie unter Abkehr von Volksbegehren und Volksentscheiden zu – und stärkte zugleich die Verfassungsordnung durch ein unabhängiges Bundesverfassungsgericht.

Heißt das nun aber alles, dass die demokratische Ordnung in Deutschland heute unangreifbar und ungefährdet ist? Dürfen wir uns in Sicherheit wiegen?

In diesen Tagen des NATO-Krieges gegen Jugoslawien aber werden die Gefährdungen auch ganz ohne hypothetische Fragen sichtbar.

Grundgesetz und aktuelle Lage (Krieg)

Wir würdigen den 80. Jahrestag der Weimarer Reichsverfassung in einem Land, das Krieg führt. Die Beteiligung deutscher Streitkräfte an den Kriegshandlungen gegen

die Föderative Republik Jugoslawien entbehrt jeder rechtlichen Legitimation. Sie ist ein Verstoß gegen das geltende Verfassungs- und Völkerrecht:

- Der Verteidigungsfall nach Artikel 115a Grundgesetz liegt ersichtlich nicht vor. Das Bundesgebiet ist weder mit Waffengewalt angegriffen worden, noch stand ein solcher Angriff unmittelbar bevor.
- Die militärischen Handlungen deutscher Streitkräfte finden auch in Artikel 24 Abs. 2 Grundgesetz keine Grundlage, da die völkerrechtlichen Voraussetzungen fehlen, die in der UN-Charta niedergelegt sind und an die die NATO nach ihrem eigenen Vertrag gebunden ist.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag zur Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit bestimmt in Artikel 2, «dass das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen».

Es ist offenkundig, dass die Beteiligung deutscher Streitkräfte an Kriegshandlungen gegen die Föderative Republik Jugoslawien dem Grundgesetz und der Charta der Vereinten Nationen widerspricht.

Es kann keine Friedensordnung außerhalb des Rechtes geben!

Welches Interesse hat eigentlich Deutschland an einem Krieg auf dem Balkan – jenseits der zweifelhaften und strittigen von der Regierung vorgebrachten Gründe für den Kriegseintritt? Nirgendwo sind nationale Interessen dieses Landes unter solchen Aspekten wirklich ernsthaft und umfassend diskutiert oder gar detailliert festgeschrieben. Bindend in dieser Hinsicht ist vor allem die Präambel des Grundgesetzes und damit der klare Wille, «als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen». Der Krieg aber trennt Europa und eint es nicht. Er dient nicht dem Frieden der Welt, denn Krieg ist Krieg und nicht Frieden. Und der Krieg macht Deutschland nicht zu einem gleichberechtigten Glied in einer Gemeinschaft, sondern zum Vollstrecker äußeren Willens – gebunden scheinbar an das NATO-Bündnis, faktisch aber an die Entscheidungen der NATO-Vormacht USA. Die deutsche Politik hat sich in der letzten Woche bemüht, wenigstens teilweise die Diplomatie wieder in die Balkan-Krise zurückzuholen – doch am Tag des EU-Gipfels mit Kofi Annan kündigte US-Präsident Clinton eine «neue Phase» des Krieges an – und am Abend war der deutsche Friedensplan vom Tisch. Den Interessen der USA war Genüge getan. Und in der Tat: Die USA als einzig verbliebene Supermacht haben natürlich ihre machtpolitischen Interessen am Krieg. Nach dem 1. Weltkrieg zogen sie sich auf sich selbst zurück und verfielen für lange Jahre in Isolationismus. Nach dem 2. Weltkrieg begründeten sie ihre Vorherrschaft über mehr als die halbe Welt. Und jetzt, nach dem Kalten Krieg und hoffentlich nicht eingangs eines 3. Weltkrieges, schicken sie sich an, ihre Weltherrschaft zu zementieren. Und dafür ist natürlich die Einverleibung eines geostrategisch so wichtigen und noch dazu in historischer Verbindung mit Russland stehenden Gebietes wie Serbien und dem Balkan eine zentrale Frage. Diesen Interessen folgt die deutsche Politik – jenseits des grundgesetzlichen Regelungsumfangs.

Meinen Damen und Herren,
vielleicht sind wir demokratischen Sozialisten mit ostdeutscher Biografie an dieser Stelle besonders sensibel.

Wir haben auch allen Grund dazu: Es gehört unauslöschbar zu unserer Geschichte, dass 1968 die Breschnew-Doktrin der Interessensicherung im Ausland unter Einsatz aller Mittel höher stand als Staats- und Völkerrecht. Es gehört zu unseren bitteren Erfahrungen, dass auf dieser Grundlage und mit Zustimmung der SED-Führung Streitkräfte des Warschauer Vertrages den «Prager Frühling» und damit den vielleicht hoffnungsvollsten Versuch eines demokratischen Sozialismus beendeten.

Wir haben aber im Zuge der Erneuerung unserer Partei aus sehr viel prinzipielleren Gründen der Breschnew-Doktrin und damit jeder Politik eine klare Absage erteilt, die vermeintliche Interessensicherung im Ausland unter Einsatz aller Mittel und gegebenenfalls auch gegen Staats- und Völkerrecht zu betreiben sucht – also auch dem, was uns heute als Clinton-Doktrin begegnet.

Wir haben aus dem Kalten Krieg eine Lehre gezogen, die wir für universell halten: Wir sehen allein in der Zivilisierung und Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen einen gangbaren Weg in die Zukunft; Völker- und Menschenrecht sind dabei die Bezugspunkte unserer außenpolitischen Konzeption.

Wir setzen auf die Stärkung der zivilen internationalen Einrichtungen, angefangen bei den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen und bei der OSZE, sowie auf die Herausbildung vielfältiger, vertraglich geregelter Kooperationsbeziehungen. Wir wollen einen Interessenausgleich zwischen entwickelten und weniger entwickelten Ländern; wir wollen die Zivilisierung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen – nicht ihre Unterminierung, nicht ihre Ersetzung durch ein Recht des Stärkeren. Und schon gar nicht in Gestalt einer Weltordnungsmacht NATO.

Dies ist der Weg, der zur Umsetzung der Menschenrechte in der Welt führen kann und wird. Was wir stattdessen derzeit an praktischer Politik der westlichen Führungsmächte und ihrer Allianz erleben, ist die Instrumentalisierung der Empörung über Menschenrechtsverletzungen und der Idee der Menschenrechte an sich mit dem Ziel, genau das Gegenteil von Zivilisierung und Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen zu erreichen. Menschenrechte werden als dem geschriebenen Recht übergeordnet hingestellt, um das geschriebene Recht auszuhebeln.

Das ist Missbrauch. Es beschädigt die Menschenrechte. Denn: Mit militärischen Mitteln kann man nur eines – Demokratie und Menschenrechte beschädigen und beseitigen. Und deswegen entstehen und reifen Menschenrechte auch nicht unterm Bombenhagel. Menschenrechte haben eine zivile, keine militärische Logik. Es geht nicht an, dass Menschen und ihre Rechte im Namen der Menschenrechte bedroht und vernichtet werden. Das zumindest bleibt unsere Position.

Dies alles sind große Fragen – auch große Fragen an eine Verfassung eines Staates. Sie sind natürlich auch Fragen an eine Weltverfassung – was niemanden verleiten sollte, sie aus dem nationalen Raum auszugliedern.

Und wir sollten schließlich den Wert der Bestimmungen des Grundgesetzes nicht geringerschätzen. Was das Grundgesetz sagt – und dass es überhaupt etwas sagt – gehört auch zu den Lehren aus der Weimarer Reichsverfassung. Ich folge da durchaus dem renommierten Historiker und Linkssozialisten Arthur Rosenberg und seiner Einschätzung, dass die Arbeit der Weimarer Nationalversammlung in ihrer realen Politik auf drei Gebieten völlig «unfruchtbar» war – auf den Gebieten der Räte, der Sozialisierung und eben des Militärs. Zwar hatte es in Deutschland eine Revolution gegeben, die Monarchie war hinweggefegt, der administrative, richterliche und militärische Apparat des alten Obrigkeitsstaates aber bestand weiter. Die Weimarer Nationalversammlung hatte dagegen nicht nur nichts unternommen, sondern diesen Zustand sogar in der Verfassung sanktioniert.

Im Wissen, was auf der Basis von Nicht-Regelung bzw. stillschweigender Duldung alter Zustände entstanden ist, sollten wir das, was heute geregelt ist und Verfassungswirklichkeit war/ist, besonders hochhalten.

Meine Damen und Herren,
dennoch haben wir in Sachen Verfassung Handlungsbedarf. Und das nicht erst seit heute.

Ansätze für Verfassungsreform:

Die heutige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin hatte auf dem Verfassungskongress der Friedrich-Ebert-Stiftung im März 1991 bereits klar Position bezogen. In Auseinandersetzung mit dem Verfassungskonservatismus von Rupert Scholz erhob sie damals dezidiert die Forderung,

«den Prozess der staatlichen Einheit jetzt auf der Ebene der Verfassungsgebung fortzusetzen [...]. Dazu brauchen wir eine breite und öffentliche Diskussion [...] [Dies] läuft darauf hinaus, das Grundgesetz zur Grundlage zu nehmen, Anregungen aus dem Verfassungsentwurf des Runden Tisches zu berücksichtigen und beides zur Diskussion zu stellen.»

In der Sache rückte Frau Däubler-Gmelin in den Mittelpunkt:

Die Überarbeitung und Präzisierung der Staatsziele, wie sie Artikel 5 EV [Eini-gungsvertrag] anregte – und zwar insbesondere bezüglich des Umweltschutzes, der Konkretisierung des Sozialstaatsgebotes und der Friedensverpflichtung Deutschlands.

Den Ausbau der Bürgerbeteiligung «auch auf Bundesebene durch Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid» sowie durch den Ausbau der Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die Neudefinition der «Rolle der größeren Bundesrepublik nach außen»³

Zehn Jahre deutsche Einheit, Vereinigung und Ausgestaltung des vereinten Landes haben ihren Impuls durch eine von der Mehrheit der Ostdeutschen herbeigeführten

3 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Deutschland in neuer Verfassung, Bonn 1991, S. 87.

Wende im kleineren Teil des heutigen Gemeinwesens erhalten. Seither ist Legitimität von Vereinigung und Ausgestaltung des vereinten Landes im Wesentlichen über Deutungen des Volkswillens und über Entscheidungen von Repräsentanten – nicht durch direkte Artikulation des Volkswillens hergestellt worden.

Nun geht es nicht darum, die deutsche Einheit infrage zu stellen – im Gegenteil: Gerade um die deutsche Einheit geht es. Denn die Vereinigung der Deutschen ist in den staatsrechtlichen Formen und Strukturen steckengeblieben – gesellschaftlich hat sie sich nur sehr bedingt vollzogen.

Schon 1991 hatte der frühere Bundesverfassungsrichter Helmut Simon dafür geworben, «die ererbte verfassungsrechtliche Ordnung darauf zu überprüfen, ob sie dem neuesten Stand der Erfahrungen und Einsichten genügt» und – wie viele andere – betont: «Eine möglichst breite Diskussion darüber [...] dürfte geeignet sein, die Integration des neuen gesamtdeutschen Staates und die Identitätsfindung des vereinigten Volkes zu fördern.»⁴

Ansätze für eine bundesdeutsche Verfassungsreform fanden sich damals nicht nur im öffentlichen Raum – sondern sie bestanden auch als vertraglich gebundener Impuls aus dem Vereinigungsprozess: Artikel 5 des Einigungsvertrages empfahl den gesetzgebenden Körperschaften, sich binnen zwei Jahren mit den «im Zusammenhang mit der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes» zu befassen.

Das ist formell mit der Arbeit der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat erledigt – in der Sache jedoch nur bedingt. Denn: Die im Einigungsvertrag aufgeworfenen Fragen waren das Bund-Länder-Verhältnis, Neugliederung Berlin-Brandenburg, Aufnahme von Staatszielbestimmungen.

Insbesondere bezüglich des Bund-Länder-Verhältnisses und vor allem der Staatszielbestimmungen blieben viele Fragen offen und erlangten neue Aktualität.

Die SPD ist hier im Grunde noch in der Pflicht. Einerseits war sie selbst mit dem Ergebnis der Gemeinsamen Verfassungskommission unzufrieden, andererseits hat sie sich in besonderer Weise – in Person der jetzigen Justizministerin Herta Däubler-Gmelin – um die Formulierung des Artikel 5 EV bemüht. Die SPD ist also auch der deutschen Einheit in diesem Sinne verpflichtet.

Die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit einer deutschen Verfassungsdebatte ergibt sich aber nicht nur aus Defiziten und Schiefen, die Anfang der 1990er-Jahre entstanden. «Die Verfassung ist immer auch eine Zustandsbeschreibung der Gesellschaft, die diesen Staat trägt», sagt Hans Otto Bräutigam.⁵ Die Bundesrepublik ist im zurückliegenden Jahrzehnt in vielerlei Hinsicht eine andere geworden – die vor allem von den Konservativen betriebene Bindung des neuen Gemeinwesens an den Verfassungstext der alten Bundesrepublik und die von ihnen zugleich selektiv forcierte

4 Ebd., S. 110.

5 Ebd.

Aufhebung positiver Traditionen dieser alten Bundesrepublik in Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit haben einen Verfassungsrahmen hinterlassen, der der Entwicklung des Gemeinwesens zwar nicht diametral entgegensteht – wohl aber die heutigen deutschen Realitäten nicht mehr hinreichend aufnimmt und regelt:

Zunächst: Am Ende des ersten Jahrzehnts nach der Vereinigung ist Deutschland kriegführende Macht. Dies ist zum einen durch weitgehende Grundgesetz-Revisionen in den letzten Jahren vorbereitet worden – zugleich ist die Verfassungsmäßigkeit des deutschen Kriegseintritts (geline gesagt) umstritten. Der weit über die unmittelbare Zeit nach dem 2. Weltkrieg und die Zeit der deutschen Teilung hinausreichende Konsens, wonach von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, ist obsolet. Das berührt aber auch die Verpflichtung, die die Deutschen 1990 im Zuge ihrer Vereinigung mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag international übernommen haben! Ein neuer Konsens über eine deutsche Friedensverantwortung ist noch nicht in Sicht; die Suche danach wird zudem durch die durch den Jugoslawien-Krieg in Auflösung geratene internationale Friedensordnung überlagert. Deutschland aber muss sich einen solchen Konsens über seine Friedensverantwortung erarbeiten und geben – das ist Sache einer Verfassungsdebatte. Andernfalls schreiten die schleichende Revision des Grundgesetzes und die Herstellung einer neuen Verfassungswirklichkeit durch politisches Handeln fort.

Zu den zentralen Erfahrungen aller Deutschen in den letzten zehn Jahren gehören die Tendenzen einer Auflösung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund erlangt die Aufnahme sozialer Grundrechte respektive Staatsziele in die deutsche Verfassung neue Bedeutung. Verfassungen können sicher nicht soziale Probleme lösen, aber sie können gesellschaftliche Ziele vorgeben und Verbindlichkeit bei der Verfolgung dieser Ziele durch Politik und Gesellschaft herstellen. Hans Otto Bräutigam beschrieb dies 1991 auf dem Verfassungskongress der Friedrich-Ebert-Stiftung mit den Worten, soziale Staatsziele seien «als politische Handlungsrichtlinien zu verstehen. Der Staat soll darauf verpflichtet werden, eine aktive Beschäftigungspolitik zu betreiben, ein soziales Mietrecht zu schaffen und diesen Zielen Vorrang vor anderen Interessen einzuräumen.»⁶ Das ist ein gänzlich anderes Verständnis als die Logik, die der bisherigen Interpretation von Globalisierung und Standort-Deutschland-Politik entspringt. Dieses andere Verständnis ist es, was Deutschland für die absehbare Zukunft braucht – und was im derzeitigen Grundgesetz so nicht zu finden ist.

Deutschland ist heute ein Land mit zwei Teilgesellschaften. Dies ist lange Zeit als vermeintliche und vermeintlich vorübergehende Bedrohung tabuisiert worden – heute geht es darum, die Differenz als Chance zu begreifen und nutzbar zu machen. Das aber ist nicht auf der Ebene von Beschwörungen zu erreichen. Ideen wie ein «Pilotprojekt Ost» und die damit verbundenen Folgerungen für eine spätere Reform des

6 Ebd., S. 96f.

Gemeinwesens bedürfen der verfassungsrechtlichen Begleitung und Absicherung. Die Fragen nach dem Bund-Länder-Verhältnis, nach der föderalen Staatsordnung insgesamt, auch nach der Rolle der Kommunen, stehen damit neu.

Der Verfassungsprozess der 1990er-Jahre war zudem mit dadurch gekennzeichnet, dass er wichtige und legitime verfassungspolitische Bedürfnisse aus Ostdeutschland nur sehr begrenzt oder gar nicht aufnahm. Schon 1991 beklagte Reinhard Höppner als damaliger Vorsitzender des Verfassungsausschusses des sachsen-anhaltinischen Landtages,

«dass der Versuch, unsere Erfahrungen einzubringen in unsere Länderverfassung, von vornherein überfremdet wird durch herbeieilende westliche Berater, die streng denkend in den Parteistrukturen, die hier verfestigt worden sind, versuchen, uns unsere Erfahrungen wegzuwischen.»⁷

Der gesellschaftliche Konsens der Deutschen, dessen geronnene, abstrakte Form die Verfassung sein müsste, ist damit unter Dominanz einer Seite entstanden und ausgeformt – nicht durch eine breite Diskussion und konkrete Willensbildung des Volkes vollzogen. Dies gilt es nachzuholen – formell und inhaltlich. Der Schlüssel zum Inhaltlichen kann und sollte das Formelle sein: ein Volksentscheid über eine gemeinsame Verfassung der Deutschen, die die Traditionen des Grundgesetzes, den Verfassungsentwurf des Runden Tisches und die Erfahrungen der Deutschen im ersten Jahrzehnt ihrer Einheit aufnimmt.

Schließlich bleibt das große Thema der Interessenartikulation, -gewichtung und Willensbildung. Im Grundgesetz heißt es, die politischen Parteien «wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit». Daraus ergibt sich allerdings die Frage, wie weit das Volk an der Machtausübung der Parteien mitwirkt – anstatt sich von ihnen immer wieder bevormunden zu lassen. Denn die politischen Parteien überlagern heute praktisch die fünf Verfassungsorgane, ohne selbst diesen Rang zu besitzen und ohne selbst einer Kontrolle zu unterliegen. Nach 50-jähriger Existenz des Grundgesetzes droht sich das Verhältnis von Zweck und Mittel (Machtbesitz) umzukehren. Den Machtinteressen von Parteien wird mehr und mehr untergeordnet. Diese Instrumentalisierung macht auch vor dem Grundgesetz nicht halt.

Meine Damen und Herren,

vor 80 Jahren stand am Beginn der Arbeit an der Weimarer Reichsverfassung ein gemeinsames Ziel von Nationalversammlung und Reichsregierung: «Das neue Deutschland soll aufgebaut werden im Wege energischer organischer Ausgestaltung

7 Ebd., S. 88.

zum sozialen Volksstaat. Den wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertretungen soll dauerhafter Einfluss auf die Gestaltung des Staatslebens eingeräumt werden.»⁸

Es ist an der Zeit, diesen Anspruch neu zu befragen. Und möge niemand Sorge haben, er verfallt linken Gesellschaftszerstörern – die Formulierung, die ich eben zitierte, stammt aus der Feder von Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Scheidemann. Haben wir also keine Scheu voreinander.

Der «Sinn einer Grundgesetzreform», so erklärte der schleswig-holsteinische Innenminister Bull (SPD) Anfang der 1990er-Jahre, «liegt ganz wesentlich darin, sich neue Klarheit über Grundfragen zu verschaffen, über verfassungsrechtliche Folgerungen aus Veränderungen der sozialen, ökonomischen und ökologischen Realitäten und neue Staatsaufgaben, neue Staatsziele, neue Akzente staatlichen Handelns zu bestimmen: mit der gebotenen Grundsätzlichkeit und Verbindlichkeit für zukünftiges staatliches Handeln – in einer weiteren Zukunft, nicht in einem engen zeitlichen Rahmen.»⁹

Im Land Brandenburg war die PDS aktiv an der Ausarbeitung der häufig als modern gelobten Landesverfassung beteiligt, gewissermaßen verfassungsgebende Partei. Sie verteidigt diese Landesverfassung konsequent und hat die Erfahrung gemacht, dass es eine langfristige Aufgabe ist, den Verfassungstext zum Verfassungsalltag werden zu lassen, besonders in Bezug auf die Staatszielbestimmungen.

Und weil dieser Tage so viel von Menschenrechten und internationaler Gemeinschaft die Rede ist, will ich mich abschließend gern jener Auffassung anschließen, die damals die niedersächsische Justizministerin Heidrun Alm-Merk äußerte:

«In der Öffentlichkeit wird das Wort Menschenrechte fast ausschließlich im Zusammenhang mit den sog. bürgerlichen und politischen Menschenrechten verwendet. [...] Der Katalog von Menschenrechten, wie er in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in den internationalen Pakten festgelegt ist, umfasst aber neben den bürgerlichen und politischen Rechten auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte. Die Menschenrechte müssen daher heute als ein allgemeines und verbindliches Wertesystem begriffen werden: Freiheits- und Schutzrechte garantieren die Unantastbarkeit der menschlichen Würde; Gleichheits- und Sozialrechte schaffen die formalen und materiellen Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben; Teilhaberechte garantieren Mitwirkung und Mitbestimmung als grundlegendes Element aller Ordnungsstrukturen in demokratischen Staaten. Nur wenn diese Rechte als gleichwertig und einander bedingend respektiert werden, ist der Kern aller Menschenrechte, die Würde des Menschen, garantiert.»

8 Vgl. Appell von Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Scheidemann an die Nationalversammlung vom 15. April 1918.

9 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Deutschland in neuer Verfassung, Bonn 1991, S. 123.

Meine Damen und Herren,

ich habe dieser schon einige Zeit zurückliegenden, gleichwohl aber keinesfalls veralteten Aussage einer kompetenten Sozialdemokratin nicht viel hinzuzufügen – nur eine wesentliche historische Erfahrung: Die Kraft von Verfassungsnormen ist maßgeblich dadurch bedingt, inwieweit soziale und demokratische Bewegungen sich für ihre Realisierung und Konkretisierung einsetzen. Die Kraft von Verfassungsnormen ist abhängig von der politischen Kraft jener gesellschaftlichen Kräfte, deren Gegenwarts- und Zukunftsinteressen in diesen Normen ihren Ausdruck finden.

Diese Erfahrung haben wir in der deutschen Geschichte immer wieder gemacht:

Schon bei den Auseinandersetzungen um die Paulskirchenverfassung Mitte des vorigen Jahrhunderts war es so, dass es – wie Friedrich Engels schrieb – «denjenigen, denen es ernst war mit der Bewegung, [...] nicht ernst mit der Reichsverfassung [war], und denen es ernst war mit der Reichsverfassung, denen war es nicht ernst mit der Bewegung.»¹⁰

Ähnlich war es auch 1919. Die Linken um die USPD, die KPD und die Berliner Obleute sahen in der Weimarer Verfassung vor allem ein Instrument, mit dem Rätedemokratie und Sozialismus verhindert werden sollten. Die Parteien der Weimarer Koalition nahmen es zwar ernst mit einer auf soziale Demokratie, parlamentarische und unmittelbare Demokratie sowie auf sozialistische Umgestaltung orientierenden Verfassung, aber sie taten in der Realität nichts – zumindest nichts Positives –, um soziale Demokratie und Sozialisierung über die Gesetzgebung in der Gesellschaft zu verwirklichen. Diese Ausgangspositionen hatten es ungemein erschwert, von links den Kampf um die Weimarer Verfassung zu führen.

Die Tradition eines gebrochenen Verhältnisses der Linken und breiter Kreise der Bevölkerung zur Weimarer Verfassung erleichterte es nach 1945 in Ostdeutschland und später in der DDR einerseits, die Inkonsequenzen von Weimar bei der Entmachtung des alten Staatsapparates und des großen Kapitals nicht zu wiederholen – andererseits blieb die Auseinandersetzung um Macht und Ohnmacht von Volksvertretungen für die gesellschaftliche Realität des DDR-Staatssozialismus im positiven Sinne weitgehend folgenlos. Erst – aber immerhin! – 1989 formierte sich eine breite Bewegung, die die Worte der DDR-Verfassung ernst nahm und mit der Losung «Wir sind das Volk», aber auch sehr konkret vor Ort das Volk in seine Rechte als Souverän einsetzte.

Diesen Geist gilt es auch für die Ordnung des Grundgesetzes wachzuhalten – gerade heute. Der zweimalige amerikanische Präsident Thomas Jefferson hat nicht umsonst vor einer allein parlamentarischen Demokratie gewarnt, weil er in dieser Ausschließlichkeit die Gefahr eines auf Wahlen beruhenden Despotismus sah. Und Rosa Luxemburg führte in ihrer Auseinandersetzung mit der russischen Oktoberrevolution an, alle geschichtliche Erfahrung beweise, dass «das lebendige Fluidum der Volks-

10 MEW, Bd. 7, S. 196.

stimmung beständig die Vertretungskörperschaften umspülen, in sie eindringen, sie lenken» muss.

«Das Grundgesetz [...] von heute», so der brandenburgische Verfassungsrichter Karl-Heinz Schöneburg, «verschließt sich seit den Beratungen des Parlamentarischen Rates von 1948/49 bis zu den [...] Beschlüssen der Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat diesen Argumenten.»¹¹

Nehmen wir diese Mahnung ernst.

Ich danke Ihnen.

¹¹ Zit. nach: Spannung im Verfassungsbogen, hrsg. von der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg, Potsdam 1998, S. 87f.



Backstage: Lothar Bisky und der Literaturwissenschaftler Hans Mayer,
Kulturforum in Berlin 1996

DOKUMENT 17

WENN WIR UNS MIT DEM BESCHÄFTIGEN, WAS WAR, IST IMMER BESONDERS WICHTIG, WAS WIR DARAUS LERNEN

**REDE AUF DER MATINEE «VORWÄRTS UND NICHT
VERGESSEN?» AM 7. OKTOBER 1999 IM «TRÄNENPALAST»
IN BERLIN (AUSZÜGE)**

Quelle: PDS-Pressedienst, Nr. 41, 15.10.1999

Dies hier ist sicher kein Ort für Festveranstaltungen. Und es ist auch keine Festveranstaltung, die uns hier zusammenführt. Wohl aber ist es ein Moment des Innehaltens, ein Moment der Erinnerung – 50 Jahre nach dem Gründungstag der DDR und im 50. Jahr des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland. Also: Kein Tag des Jubels, aber auch kein Tag der Trauer.

Der «Tränenpalast» ist heute kein Ort des Tränen-Vergießens mehr – zumindest nicht mehr des politisch motivierten oder politisch verursachten Tränen-Vergießens. Er ist aber sehr wohl ein symbolträchtiger Ort – und deswegen sind wir hier: Dieser Ort lag in der DDR – und doch jenseits von ihr.

Wer hier stand, wo ich jetzt stehe, der hatte den Westen schon fest im Blick und die DDR-Wirklichkeit noch im Hinterkopf und in den Kleiderritzen.

Doch er ließ die DDR hinter sich. Nur die Wenigsten der hier Durchreisenden kehrten auf Dauer in die DDR zurück. Dafür hatte die DDR selber gesorgt, denn von denen, die ihre Heimat in der DDR hatten, traten nur die Wenigsten ihre Reisen über Orte wie den «Tränenpalast» an.

Der Aufbruch der Vielen schließlich vollzog sich 1989 in der Hauptstadt nicht kontrolliert durch die Schleusen des «Tränenpalastes», sondern stolz und selbstbestimmt auf dem Berliner Alexanderplatz – nicht auf den Westen schielend, sondern selbstbewusst und einen reformierten, modernen, demokratischen und auch sozialistischen Staat im Blick.

Heute ist der «Tränenpalast» ein Platz ganz in der Nähe des neuen Regierungsviertels – vor allem aber ein Symbol der wirklichen neuen Mitte von Berlin: Hier treffen sich jene, die sich nicht mehr in Osis und Wessis geteilt sehen wollen, die nicht allein in der Tradition der Bonner Republik stehen wollen. Jene, die eine neue Kultur leben – die in beiden deutschen Kulturen und in einer Weltkultur wurzelt.

In Blickweite von hier, am anderen Ufer der Spree, hat ein Stück deutscher und Weltkultur sein Domizil: das Berliner Ensemble, das Brecht-Theater. Der große deutsche Dichter hatte seinen Schritt in die DDR wohl abgewogen und ganz bewusst vollzogen – als unabhängiger Geist, aus tiefer innerer Überzeugung und nach ernster Abwägung.

«Wie es einem hier in Berlin oder noch besser in seinem östlichen Sektor und in der Ostzone gefällt», so hatte Jacob Walcher Ende November 1947 an Brecht in Zürich geschrieben, «hängt ja bekanntlich ganz von der inneren Einstellung ab. Es gibt da welche, die sich todunglücklich fühlen, und andere, die – erfüllt von dem Gedanken, wir bauen eine neue Welt – voller Zuversicht sind, obwohl die Gegenwart sehr hart und die Schwierigkeiten ganz außerordentlich sind. Du wirst dich also hier bestimmt wohl und ganz am Platz fühlen. Also sieh' zu, dass du bald kommst. Wir brauchen dich.»¹

Brecht kam und wurde gebraucht – wenn auch nicht immer gewollt mit dem, was er tat, was er dachte, was er schrieb. Die «Obrigkeit» im Lande wollte sich zwar mit ihm schmücken, aber mit der politischen und intellektuellen Unabhängigkeit dieses überzeugten und geradlinigen Kommunisten kam sie nicht klar. Man wollte erziehen, nicht lernen. Man wollte belehren, nicht diskutieren. Auch das Publikum, die Menschen im Lande, lebten möglicherweise besser mit der späteren Legende als mit dem realen Menschen und seinem Werk. «Die Literatur muss wiederum ohne nationalen Widerhall auskommen, und sie bekommt den der Arbeiterklasse nur mit abscheulichen Nebengeräuschen», klagte Brecht Anfang der 1950er-Jahre. Diese Tatsachen markieren nicht nur die Tragik im Leben Brechts, sondern auch viel von der Tragik der DDR und der Tragik der Menschen, die in ihr lebten und für sie lebten. Bertolt Brecht hat diesen Teil der «deutschen Misere» selbstbewusst und aufrecht gekontert. Man «muss [...] die Kritik nie fürchten», ermunterte er seinen Freund Paul Dessau, «man wird ihr begegnen oder sie verwerten, das ist alles.» Und sein Satz «Ich habe meine Meinungen nicht, weil ich hier bin, sondern ich bin hier, weil ich meine Meinungen habe», war schließlich ein Leitbild selbstbewussten Auftretens vieler Sozialistinnen und Sozialisten und vieler ihnen nahestehender Menschen, die in der und für die DDR eine stabile und bessere Zukunft wollten.

Tragik, so sagt Sophokles sinngemäß, ist die unangemessen große Bestrafung des Menschen für selbst verursachte Schuld. Wenn das so ist, dann bedarf das Wort von der Tragik der DDR einer Präzisierung. Das geht nicht ohne eine kritische Bilanz jener Art von Auseinandersetzung mit der DDR, wie sie die ersten zehn Jahre nach ihrem Ende dominierte. Vor einigen Monaten hat die *Berliner Zeitung* ein Geschichtsforum in Potsdam resümiert – und damit freiwillig oder unfreiwillig auch weit darüber hinaus gewiesen. Es war zu lesen:

1 Zit. nach: Schumacher, Ernst: Leben Brechts, Leipzig 1984, S. 248.

«Statt an Muße fehlt es an tragfähigen Kategorien zur Aufarbeitung der DDR-Erfahrungen. Die utopischen Antriebe der ›Versuchsordnung DDR‹ wurden auch von den ost-deutschen Teilnehmern alle unter dem Siegel ihres Resultats, der Einparteien-Diktatur, wahrgenommen und damit vergessen. Hier hat die Totalitarismus-Theorie, die die Diktatur ebenso formal beschreibt wie die Demokratie, ganze Arbeit geleistet. [...] Es ist die [...] anhaltende Entpolitisierung des Denkens, die die bewusste Aneignung der Geschichte der DDR erschwert, sowohl die ihres Beginns als auch die ihres Endes, als sich die DDR-Bevölkerung für die radikale Änderung der ökonomischen Gesellschaftsgrundlagen entschied. Wie, warum, mit welchen Intentionen das geschah, darüber scheinen unter den damaligen Akteuren die Meinungen weiter auseinander zu gehen als im Westen.»²

Nimmt man diese Kritik ernst, dann ist Schuld nicht auf das enge Täter-Opfer-Schema zu reduzieren, in das Biografien und Lebensentscheidungen aus der DDR-Zeit nach dem Ende der DDR gepresst wurden. Tragik bestimmt sich dann aus dem Scheitern utopischer Antriebe und sehr konkret menschlicher – humanistischer – Absichten. Und die Schuldfrage ist die Frage nach der persönlichen politischen Verantwortung dafür, dass diese Absichten nicht dauerhaft und tragfähig zur Geltung kamen. Das ist – fünfzig Jahre nach Gründung und zehn Jahre nach dem Scheitern der DDR – die Frage an Sozialistinnen und Sozialisten.

Was hat uns, die wir aus der SED kommen, über allen Frust und alle Einsicht in die Mängel des DDR-Systems hinweg, dazu gebracht, an der DDR und an ihrer Art Sozialismus als Basis festhalten zu wollen?

- Der DDR-Sozialismus hatte dafür gesorgt, dass jeder mit seiner Hände Arbeit seine Existenz gewährleisten konnte – vor unserer westlichen Haustür entwickelte sich Massenarbeitslosigkeit.
- Der DDR-Sozialismus hatte weithin gleiche soziale und kulturelle Standards für die überwiegende Mehrheit gewährleistet und Mann und Frau rechtlich, in ihrer Menschenwürde sowie weitgehend als Werktätige gleichgestellt – er kannte keine himmelschreienden sozialen und geschlechtsspezifischen Unterschiede wie im Westen. Die Schattenseite bildeten sanktionierte Privilegien für Angehörige gehobener Schichten, faktische Privilegien für die Verwalter des Mangels sowie die auch soziale Ausgrenzung jener, die den vom System für die Teilhabe an der sozialen Gleichheit geforderten Preis – die ideologische Loyalität und Unterwerfung im Zweifelsfall – nicht zu zahlen gewillt waren.
- Der DDR-Sozialismus war ein Friedensfaktor in Europa und der Welt, er galt in Ost und West – ob geliebt oder ungeliebt – als wichtiger Baustein der Nachkriegsordnung, und er zeichnete sich durch eine durchaus flexible internationale Politik in diesem Sinne aus.

2 Jähner, Harald: Konflikt der Gedächtnisse, in: Berliner Zeitung, 1.6.1999.

Die Konstruktionsfehler des Systems – sein undemokratischer Charakter, die autoritäre Herrschaft, die allumfassende geistige Enge, die politische Überfremdung und Deformation der Wirtschaft – galten vielen Menschen als überwindbar. [...] War die Reform des realen Sozialismus eine Illusion? Hat man politisch eine solche Reform für möglich halten und also sein Verhalten daran ausrichten dürfen? Das ist eine der großen Fragen, die wir uns stellen müssen und die wir uns stellen lassen müssen.

Man wird mit ihr nicht allein aus der Perspektive des Herbstes 1989, aus der alleinigen Sicht auf die letzten Jahre des Niedergangs der DDR oder auf die gravierenden Systemfehler zurande kommen. Denn zum einen setzt jede tiefgreifende Umgestaltung in einer Gesellschaft – und das waren die kommunistisch geführten Veränderungen ohne Frage – auch neue Potenzen in unterschiedlichen Bereichen frei und ermöglicht damit auch Bewegungsräume. Zum anderen aber haben solche tiefgreifenden Umwälzungen, auch wenn sie sich etabliert haben, über die Zeitläufe hinweg immer wieder offene Phasen oder Momente, gelangen sie an Scheidewege, an Scheidepunkte, von denen aus auch andere als die bis dahin absehbaren und akzeptierten Entwicklungsrichtungen zumindest möglich sind. Wann treten solche Momente ein? Wenn die Entwicklung in Politik und Gesellschaft, in Wirtschaft und Technologie national oder international neue Fragen aufwirft:

- Fragen, die in der Tendenz mit den alten Mitteln nicht mehr zu lösen sind,
- Fragen, in deren Licht früher als unmöglich Geltendes plötzlich in greifbare Nähe rückt,
- Fragen, die immer weniger Diskussion und immer mehr Entscheidung verlangen.

Solche Situationen hat auch die DDR immer wieder durchlebt. Dies nährte nicht nur die Vision, sondern markierte auch die Herausforderung an uns, mit dem Ausbruch aus der Enge des realen Sozialismus den Grundstein zu legen für eine sozial gerechte Leistungsgesellschaft, für eine ökologisch und ethisch verantwortliche Gesellschaft, für eine umfassend demokratisierte Gesellschaft, die historisch bewährte Formen wie den Parlamentarismus mit erweiterten Formen der Volksherrschaft von der Öffentlichkeit nicht nur exekutiver Prozesse bis zu Gestaltungsräumen für Bürgerinitiative wie für Basisstrukturen überhaupt verbindet. Wir sind dem nicht gerecht geworden. Der frühere stellvertretende Vorsitzende der DDR-Plankommission, Siegfried Wenzel, schrieb in seinem bemerkenswerten Buch «Plan und Wirklichkeit»:

«Die DDR ist untergegangen. Die Mehrheit des Volkes hat sich von ihr abgewandt. War es deshalb ein «umsonst gelebtes Leben», wie ein ehemaliger Generaldirektor eines führenden Kombines der DDR schrieb? Es kann mit der Formel «gewagt und verloren» beschrieben werden; aber nach dem Verlorenen kommt noch etwas, nämlich die Gewinnung von Erkenntnissen und Erfahrungen.»³

3 Wenzel, Siegfried: Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen, St. Katharinen 1998, S. III.

Ich stimme dem zu. Mit der Formel «was Gutes gewollt, aber Pech gehabt» können und dürfen wir uns nicht aus der Affäre ziehen. Zumindest zwei Grundirrtümer, mit denen wir uns selbst blockiert haben, will ich hier und heute klar benennen.

Der eine bestand darin, dass wir die Missstände, mit denen wir uns konfrontiert sahen, als – wie Brecht notierte – «Kinderkrankheiten, nichts Schlimmeres» betrachteten und damit geringschätzten. Wir beruhigten uns in unzulässiger Weise selbst: Kinderkrankheiten sind schlimm, aber bei guter Pflege zu überstehen. Und wenn der Mensch erwachsen ist, sind sie von selbst ausgestanden. Genau das war der Irrtum. Es handelte sich nicht um Kinderkrankheiten, sondern um die Wirkungen ernster, dauerhafter Defekte. Und deswegen war nicht Pflege angesagt, sondern Tiefentherapie. Wir haben sie nicht geleistet.

Der zweite Grundirrtum bestand darin, dass es tatsächlich und immer sinnvoll und notwendig sein könnte, Debatten, Kritik und Auseinandersetzung um jeden Preis zu vermeiden. Brecht ist deswegen niemals zu seinem Rosa-Luxemburg-Stück gekommen, das wir vielleicht so dringend gebraucht hätten. «Ich bin über ein Vorspiel nie hinausgekommen», erklärte er 1952 seinem Biografen Ernst Schumacher.

«Ich habe mich mit anderen besprochen. Wir sind zu der Meinung gelangt, dass eine wahrheitsgetreue Bearbeitung nur den Zwiespalt in der Arbeiterbewegung vertiefen, alte Wunden wieder aufreißen würde. Das war angesichts der Reaktion, angesichts der Notwendigkeit, die eigenen Reihen zu festigen, nicht zu verantworten. [...] Ich hätte in bestimmter Weise gegen die Partei argumentieren müssen.»⁴

Genau das hätten wir tun müssen – viel öfter und viel konsequenter.

Mit diesen selbstkritischen Tönen will ich meine Besinnung auf die DDR beenden. Ich glaube zutiefst, der von mir hochverehrte Brecht würde angesichts dessen mit Milde und Zustimmung auf mich herabsehen. Denn eines wusste er: «Schönfärberei und Beschönigung sind nicht nur die ärgsten Feinde der Schönheit, sondern auch der politischen Vernunft.»⁵ Wie wahr.

Lassen Sie mich also zum Abschluss noch einmal den Blick aus dem «Tränenpalast» heraus und über das Haus am Schiffbauerdamm hinweg werfen. Wenn wir uns mit dem beschäftigen, was war, ist immer besonders wichtig, was wir daraus lernen. «Die wichtigste der Lehren», so resümierte Brecht sein politisches Leben, «bestand darin, dass eine Zukunft für die Menschheit nur «von unten her», vom Standpunkt der Unterdrückten und Ausgebeuteten aus, sichtbar wurde. Nur mit ihnen kämpfend, kämpft man für die Menschheit.»⁶

4 Zit. nach: Schumacher, Ernst: Leben Brechts, Leipzig 1984, S. 330.

5 Zit. nach: ebd., S. 340.

6 Zit. nach: ebd., S. 365.

DOKUMENT 18

REDE DES BUNDESVORSITZENDEN AUF DER 3. TAGUNG DES 6. PARTEITAGES DER PDS

AM 7. APRIL 2000 IN MÜNSTER, ENTWURF (AUSZÜGE)

Quelle: ADS/RLS, Signatur 2010-020-016

[...]

Liebe Genossinnen und Genossen,

damit dieser Parteitag gute Arbeit leisten kann, sollten wir Stolpersteine, die an uns selbst liegen, gleich am Anfang aus dem Weg räumen. Meinen Beitrag dazu will ich gleich zu Beginn leisten: Es betrifft die Debatte um die Statutenänderungen, insbesondere die Frage der Amtszeitbegrenzungen.

Ich habe damals aus Überzeugung für dieses moderne Parteistatut und damit auch ganz bewusst für diese Regelung gestimmt. Ich habe mein Amt als Parteivorsitzender in der Gewissheit angetreten, dass politische Ämter stets nur die Übergabe von Macht und Verantwortung auf Zeit sind – und dass das Maß dafür in unserer Partei acht Jahre beträgt. Das heißt: Ich wusste und ich weiß, dass meine Zeit als Parteivorsitzender zu Ende geht – und dass wir auf dem 7. Parteitag eine neue Vorsitzende oder einen neuen Vorsitzenden wählen werden.

Ich könnte mir vorstellen, dass der Sinn der Amtszeitbegrenzung erreicht ist, wenn wir sie auf Bundes- und Landesebene für die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter*innen zwingend beibehalten – für alle anderen Funktionen und Ebenen sie aber entweder fallenlassen oder – nach dem Vorbild einiger Anträge – die Latte für eine Amtszeit länger als acht Jahre höher legen. Der politische Sinn der Amtszeitbegrenzung verkehrt sich schließlich in sein Gegenteil, wenn das Ganze zur Killer-Regelung gegen Fachleute und andere wird, die wir ja brauchen.

Und noch eines: Es gibt auch in dieser Frage keinen Vorteil ohne Nachteile. Es geht immer um eine Güterabwägung. Beschließen wir keine Änderung, verlieren wir für bestimmte Parteiämter wertvolle Genossinnen und Genossen. Beschließen wir die Änderung, gewinnen wir sie für eine weitere Zeit.

Was wir umgekehrt bei einer Beibehaltung der jetzigen Regelung gewinnen und bei einer Änderung verlieren würden, vermag ich nicht sicher zu sagen. Eines aber kann

euch und auch mich erleichtern: Wie immer ihr entscheidet, eine «Lex Bisky» kann es damit auf diesem Parteitag gar nicht geben.

Niemand muss sich Sorgen machen, dass ich damit zu wenig in der PDS zu tun hätte. Ich werde mich erstens auf meine politische Arbeit im Land Brandenburg konzentrieren. Zweitens brauche ich mehr Zeit für die Leitung der Programmkommission. Drittens habe ich das große Bedürfnis, mich stärker um die Entwicklung der politischen Kultur innerhalb der PDS zu kümmern. Sie droht auf den Hund zu kommen. Das tut mir echt weh. Bald aber wird jede Unterschriftenliste zur «ideologischen Altstoffsammlung» mit meinem energischen Gegen-Engagement zu rechnen haben. Und wenn die Partei dann hoffentlich wieder mehr Humor hat und Spaß verstehen kann, würde ich dazu in Bad Godesberg ein Sonderbüro errichten. Und wir hätten wieder mehr politische Kultur, wenn der Genosse Gerhard Branstner sich um die Leitung dieses Sonderbüros bewerben würde. Da wir in unserer Mitgliedschaft viele bewährte Professor*innen für «Bad Godesbergistik» haben, könnten wir eine Berater-Fachkommission bilden, deren Leitung ich ohne Zögern in die Hände von Michael Benjamin legen würde. Fußnote für den linken deutschen ideologischen Bierernst: Dies sollte ein Spaß sein. [...]

Liebe Genossinnen und Genossen,

zu alternativer linker Reformpolitik muss natürlich konstruktives Wirken für eine europäische Union der neuartigen Vollbeschäftigung, hoher sozialer Standards und der Solidarität mit den Völkern im Süden und Osten, für ein ziviles Europa statt einer Wende der west- und nordeuropäischen Union vom rheinischen zum angelsächsischen Kapitalismus gehören. Und an zentraler Stelle die Fortsetzung und Qualifizierung der antimilitaristischen Friedens- und Sicherheitspolitik der PDS gegen die neue NATO-Strategie und gegen den Aufbau auch westeuropäischer Eingreiftruppen zu weiteren selbstmandatierten Kriegen.

Wir haben bei SPD und Bündnisgrünen erlebt, dass tatsächlich starkes Friedensengagement ausgehöhlt werden kann und im Zweifelsfall einer Kriegspolitik nicht mehr entgegensteht. Aber es ist schon böse, wenn Sozialistinnen und Sozialisten einander einfach unterstellen, sie würden den Weg von Schröder und Fischer gehen, wenn man ihnen nur erlauben würde, sich konkret auf die Wirklichkeit einzulassen. Das Leben, liebe Genossinnen und Genossen, besteht nun einmal aus einer Abfolge, aus einem Nebeneinander und aus einer nicht immer einfachen Wechselwirkung von «Einzelfällen». Um damit klarzukommen, braucht man Grundsätze – aber die Grundsätze ersetzen doch nicht die Auseinandersetzung mit den Einzelfällen, sondern machen sie erst möglich!

Ich möchte drei Anmerkungen zu diesem typischen PDS-Streit machen:

(1) In der PDS-internen Debatte der letzten Monate ist der Konsens aus der Zeit des Kosovo-Krieges verschüttgegangen. Das ist schlimm. Wir diskutieren, als hätten wir diese Erfahrung nie gemacht – die auch eine vertrauensschaffende Erfahrung mit

uns selbst, mit unserer Fähigkeit zu politischer Aktionseinheit über unterschiedliche Sichten hinweg war. Noch mit der Programmthese haben wir versucht, an diesen Konsens anzuknüpfen und die aktuellen Fragen auf dieser Grundlage zu diskutieren. Sollten wir daran nicht anknüpfen? Sollten wir nicht auch endlich wieder dazu zurückfinden, mit ganzer Kraft gegen Scharping, Schröder und Fischer zu opponieren, gegen die neue NATO und die Aufwertung des Militärischen in der EU? Glaubt irgendjemand von euch ernsthaft, es ist unseren Partnern in der europäischen Linken tatsächlich eine Hilfe, wenn die PDS sich über Monate hinweg durch Unterstellungen in den eigenen Reihen selbst blockiert und als antimilitaristische Kraft in Deutschland kaum noch wahrnehmbar ist? Glaubt irgendjemand von euch, ich hätte an der von UN-Truppen gesicherten Demarkationslinie zwischen dem türkischen und dem griechischen Teil Zyperns auch nur im Ansatz Verständnis für unsere Debatte über die militärischen Komponenten in der UNO-Charta finden können? Hüten wir uns vor den schnellen Antworten, die einem in deutschen Sitzungssälen so leicht über die Lippen kommen – und die in dieser Welt so schnell als Zynismus enden.

(2) Die Debatte der letzten Monate hat uns alle sehr stark dazu verleitet, vor allem als «Völkerrechtler» und UNO-Reformer zu argumentieren – und zugleich immer mehr von der eigentlichen Herausforderung abzusehen. Die lautet: Sozialistinnen und Sozialisten dürfen sich nicht in einer Position einbetonieren, die sie zwingen würde, den Einsatz der Vietnamesen gegen Pol Pot, die Eröffnung der zweiten Front gegen Hitlerdeutschland und den Kampf gegen den Holocaust abzulehnen. Dieser Herausforderung muss man sich stellen – und zwar unabhängig davon, welche Interessenvielfalt in den konkreten historischen Fällen eine Rolle spielte, was Weltorganisationen dabei leisten konnten oder wollten und auch unbeschadet dessen, dass andere Parteien an dieser Herausforderung gescheitert sind oder sie für Zwecke instrumentalisiert haben, die wir ablehnen und missbilligen. Diese Fragen stehen auch vor uns – und wir lösen sie nicht, indem wir eine eigene Antwort verweigern, weil die anderen falsche Antworten geliefert haben.

(3) Schließlich, liebe Genossinnen und Genossen: Wenn wir ernsthaft glauben, Beschlüsse dieses Parteitags könnten aus der Welt schaffen, dass auf dieser Welt unabhängig von unserem Willen Kriege angezettelt und geführt werden, dann müssen wir hier in Münster einen solchen Beschluss fassen. Dann erinnere ich allerdings zuvor mit allem Ernst daran, dass der NATO-Krieg gegen Jugoslawien nicht durch einen PDS-Parteitagsbeschluss beendet wurde. Im Übrigen auch Milosevics Treiben im Kosovo nicht. Und auch die Eskalation in einen Bodenkrieg wurde nicht dadurch verhindert, dass die PDS tapfer jedes Denken und Handeln in militärischen und Kriegführungskategorien ablehnte – aber sehr wohl mit dadurch, dass wir uns mit einer klaren Analyse und mobilisierenden Argumenten am europäischen Protest gegen diesen Krieg beteiligt haben.

Und noch etwas: Man kann ja auch etwas anderes glauben. Man kann glauben: Wenn denn schon Kriege geführt werden, dann muss ich mich möglichst ganz, ganz

fern davon halten. Denn ich lehne ja das Denken in militärischen und Kriegführungskategorien ab. Also: «Stell dir vor, es ist Krieg – und keiner geht hin!» Dieser Satz hat mittlerweile aber zwei Bedeutungen:

Er ist einerseits Hoffnung: «Stell dir vor, sie rufen zu den Waffen und die Rekruten sagen: Da mache ich nicht mit. Da gehe ich nicht hin. Ich möchte mich an einem Krieg nicht beteiligen.»

Er ist aber auch Befürchtung: «Stell dir vor, irgendwo in der Welt ist Krieg und die Bürger sagen: Das interessiert mich nicht, das ist nicht mein Problem. Ich möchte von diesen Problemen gar nichts wissen. Ich weiß ohnehin schon alles.»

Ich glaube, dass unsere Politik sich beiden Seiten stellen muss.

Also zuerst und vor allem: kämpfen und nochmals kämpfen für die Ächtung des Krieges, für die Verweigerung des Griffs zur Waffe, für Konfliktvorbeugung und friedliche Konfliktbeilegung – sowohl seitens der Staaten als auch seitens der einzelnen Menschen.

Aber auch: nicht-weg-sehen, wenn Krieg geführt und Gewalt ausgeübt wird. Jeder Krieg, jede militärische Aktion hat ihre Opfer. Deswegen wollen wir sie von vornherein ausschließen. Aber wenn sie nicht auszuschließen waren, dann gehören wir doch wohl auf die Seite der Opfer – wohin denn sonst! Und mit Solidarität und ziviler Hilfe, indem wir für die sofortige Beendigung der Kämpfe streiten und für eine dauerhafte und stabile Friedenslösung, die vor allem von den Betroffenen – nicht zuvörderst von externen Mächten – getragen wird.

Was das im konkreten Fall heißt, werden wir nur klären können, indem wir uns intensiv mit jedem Einzelfall befassen – das ist doch ganz logisch und unausweichlich!

Und deswegen ist es so fatal, wenn jetzt das Wort «Einzelfallprüfung» in unseren Debatten zum Synonym für PDS-gestützte Militäreinsätze gemacht wird!

Es kann doch nicht darum gehen, dass wir uns der Einzelfallprüfung verweigern.

Es muss doch wohl darum gehen, dass bei der Einzelfallprüfung alle Positionen, alle Denkansätze, alle Bestrebungen in unserer Partei zur Geltung kommen. Und dass danach alle wissen: Ehe es zur Entscheidung kam, ist meine Sicht, ist mein Anliegen, meine Sorge, mein Bedenken, mein Bestreben mit abgewogen worden. Es ist eingeflossen und abgewogen worden, ehe entschieden wurde. Darum müssen wir miteinander streiten – nicht darüber, ob analysiert, abgewogen und schließlich entschieden werden darf! [...]

DOKUMENT 19

300 JAHRE PREUSSEN.

**DER ALTE UND DER NEUE UNTERTAN ODER DIE VERSÖHNUNG
DES GROSSEN BRUDERS MIT BIG BROTHER. REDE AM POLITI-
SCHEN ASCHERMITTWOCHE, 28. FEBRUAR 2001 (MANUSKRIFT)**

Quelle: Privatarchiv Alrun Kaune-Nüßlein

Im Januar dieses Jahres fand ich noch Argumente, jenen Huldigungsritualen zu 300 Jahren Preußen im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt fernzubleiben, in denen sich berufen fühlende Staatsmänner in der Regel gelangweilten Zuhörern bedeutungsschwangere Texte verlesen. Zuhören muss man nicht, aber man muss ernst und bedeutend (nur wo angesagt auch mal heiter) dreinschauen: Denn man sitzt in der Versammlung nationaler Wichtigkeiten. So feiern sich Frau und Mann Redner und Frau und Mann Zuhörer wechselseitig als wichtig.

Die Wichtigkeiten der Nation also hatten sich versammelt, um 300 Jahre preußischer Spuren auf unserem Planeten, im Weltraum und darüber hinaus zu gedenken. So seriös brandenburgisch-preußisch wie Manfred Stolpe, dachte ich, kann ich ohnehin nie aussehen! Und stärker als bei den Reden des Regierenden Bürgermeisters – diesmal zu Preußen, aber egal wozu – kann ich mich ohnehin nicht langweilen ... Also kam mir ein anderer Termin zu Hilfe, und so konnte ich einem Stammesritual entsagen, das mir ohnehin eher Schweißperlen auf die Stirn treibt als Vergnügen bereitet. Eifrig nahm ich deshalb im Januar fünf andere wichtige Empfänge wahr (sonst meine Jahresration), um mein Fehlen auf der einen Versammlung der nationalen Wichtigkeiten zu Ehren des 300-jährigen Preußen zu kompensieren. Doch gerade dort fragte man mich, ob ich denn und wenn ja, zu Preußen stehe. Ende der Empfänge für dieses Jahr zu Ehren des 300-jährigen Preußen, dachte ich mir und eilte zu Versammlungen der meinen, die sich sicherlich mit den wichtigen sozialen und nicht mit den nichtigen preußischen Fragen befassen, dachte ich. Und irrte. Erst mahnend zurückhaltend, allmählich lauter werdend, um schließlich kräftig meine Meinung zu 300 Jahren Preußen herausfordernd. Selbst bei Spaziergängen auf der Straße fragten die meinen plötzlich: Wie stehen wir eigentlich zu Preußen? Und rasch entfaltete sich der Druck: Die Linke muss eine Meinung zu Preußen haben, sonst wird alles durch die anderen besetzt; denn wo nicht wir sind, da sind unsere politischen Nichtfreun-

de – und wozu in der Welt sollte sich die Linke überhaupt äußern, wenn nicht zu Preußen! Und wenn wir es nicht tun, dann tut es die kommunistische Plattform mit Sicherheit. Die Linke muss doch eine viel innigere Beziehung zu Preußen haben als alle Nichtlinken zusammengenommen, und wie machen wir das öffentlich? Und warum wissen die Bürger nichts über unsere Haltung zu Preußen? Und auf keinen Fall wieder Medienschelte. Wir haben zwar keine Meinung zu Preußen, aber die Medien sind nicht schuld, wenn sie unsere nicht vorhandene Meinung zu Preußen nicht übermitteln. Die Bürger ahnen richtig, dass die nichts rüberbringen, weil sie die eindeutig nicht vorhandene Position der PDS nicht rüberbringen wollen, und deshalb müssen wir doch unsere Position entwickeln ... vor allem aber müssen wir sie rüberbringen, so viel hat doch jeder von uns gelernt. Da sollten wir gar nicht erst fragen, was ..., denn rüberbringen ist alles und beschränkt sich keinesfalls auf das einst so berühmte kleine Westpaket.

Ich gestehe, dass ich bei Preußen immer an Diederich Heßling denke, den Untertanen, von Heinrich Mann literarisch so überzeugend gezeichnet. Die preußischen Tugenden passen auf ihn wie die Faust aufs Auge. Speichelleckend dient er der Obrigkeit. Mit seiner Moral kann ich den Kosovo bombardieren, mit Uran-Mantelgeschossen, wenn auch nicht deutsche Soldaten, so doch serbische Zivilbevölkerung verseuchen und immer treu und brav der Obrigkeit dienen, auch wenn sie in Washington sitzt und mal wieder Lust hat, die Iraker zu bombardieren. Das ist alles O.K. und dient *freedom and democracy* und natürlich den Menschenrechten oder den rechten Menschen und nicht den falschen. Der Untertan der Gegenwart – das ist (frei nach Heinrich Mann) der freiheitlich demokratische, rechtsstaatsgläubige, selbstbestimmte Untertan.

Als im März 1933 Reichspräsident Hindenburg am «Tag von Potsdam» Hitler, dem Nichtpreußen, die Hand zum Bündnis hinhält und die vorbeidefilierenden Soldatentiefel das Glockenspiel der Garnisonskirche mit dem Klang «Üb' immer treu und Redlichkeit» aufnehmen (auftrampeln), nimmt das preußisch-deutsche Verhängnis seinen Lauf. Gut einen Monat später meldet am 20. April 1933 der SA-Sturmbannführer Werner Schäfer von der SA-Standarte 208, dass das erste Konzentrationslager in Preußen in Oranienburg zur Aufnahme von Häftlingen bereit sei.

Zum Bild gehört, dass auch ein Henning von Tresckow am «Tag von Potsdam» im preußischen Stechschritt an der Garnisonskirche vorbeimarschiert, einer der bekanntesten Männer des 20. Juli 1944. Die Großwildjagd auf Kommunisten lief bereits auf Hochtouren ebenso wie der Missbrauch Preußens in der Propaganda der Nazis.

Spätestens an dieser Stelle ersuche ich nun Autoritäten um Unterstützung. Ernst Engelbergs international herausragende Bismarck-Biografie Band II erscheint 1990 mit zwei Zitaten als Klappentext. Otto von Bismarck: «Die Einheit Deutschlands hat so viel neue Energien entwickelt, neue Interessen und Gesichtspunkte geschaffen. Ach! Die soziale Frage! Die macht alle Regierungen schaudern.» Und das zweite Zitat: «Das Reich wird in Lebensgefahr gebracht durch seine preußische Grundlage». Das

jedenfalls behauptete der Unternehmer Friedrich Engels. Sein Freund Karl Marx war ja wegen der üblen Situation um die Presse- und Redefreiheit in Preußen nicht in der Lage, vor Ort die viel und falsch ausgelobte Toleranz der Preußen zu genießen. Sie hätten ihn eingesperrt, wie sie unter anderen Wilhelm Liebknecht und August Bebel einlochten. Der preußische Polizeiknüppel begrenzte die Toleranz, die die Majestäten dort duldeten, wo immer es ihnen nicht wehtat.

Engelberg jedenfalls markiert den vorläufigen Höhepunkt eines differenzierteren Preußenbildes aus marxistischer Sicht. Ich zitiere ihn:

«Auf der Negativseite im historischen Wirken Bismarcks blieben seine Feindschaft gegenüber allen demokratischen Kräften, insbesondere in der Arbeiterbewegung, und sein eingefleischter Royalismus, der ihn am Ende lähmte gegenüber Wilhelm II. So konnte dieser zur Symbolfigur einer nicht nur von Unternehmern, Bürokraten und Militärs, sondern auch von bürgerlichen Parteien getragenen Politik der Herausforderung anderer traditioneller Mächte werden. Damit wurde das bedeutendste politische Erbe Bismarcks, Umsicht im europäischen Kräftefeld walten zu lassen, schlechterdings vertan. Diese Tragik einer reich entwickelten Persönlichkeit wurde zur Tragik der deutschen Nation.»¹

Ich halte dies für eine treffende Einschätzung und für sehr aktuell.

Wir im Osten sprachen zu DDR-Zeiten stets vom «Großen Bruder», wenn wir inoffiziell über die Sowjetunion redeten. Das hatte emotional positive, aber auch ironisierende, gelegentlich auch abwertende Bedeutung. Damit deutete der kleinere Bruder gelegentlich auch seine Ohnmacht gegenüber dem größeren Bruder an. Man konnte eine leichte, eine ganz leichte Distanzierung offiziell nur dort anbringen, wo es gänzlich falsch war, wo sich die Anti-Gorbatschow-Haltung der Betonköpfe glücklich mit peinlichst schönfärberischem Eigenlob traf. Jedenfalls war man mit dem großen Bruder irgendwie schicksalhaft verbunden und suchte neben dem offiziellen Sprachgebrauch eine leichte Distanzierung.

Für uns, die wir nun alle in der Bundesrepublik leben, ist erstaunlich, dass der Große Bruder jetzt als Big Brother erscheint und die deutsche Regierung alles tut, was im Weltcontainer das von Big Brother diktierte Regelwerk hergibt. Die vorausseilenden Ergebnisadressen eines deutschen Außenministers gegenüber Big Brother in Washington konnte ein Heinrich Mann nicht ahnen, sonst wäre die literarische Gestalt des Diederich Heßling mit ganz anderen Berufen versehen worden. Es bleibt der fade Beigeschmack: Nichts ist beständiger in der deutschen Politik als der Fleisch gewordene Opportunismus.

Wenn ich nun also mich der Frage nach 300 Jahren Preußen öffne, dann mit Engelberg im Gepäck und im Bemühen, Einseitigkeiten loszuwerden. Indes ist gerade

1 Engelberg, Ernst: Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990, S. 648f.

das nicht so einfach für jemanden von meiner Generation, der an und zum Glück mit den Schriften von Georg Lukács geschult wurde. Unvergessen ist sein Buch «Schicksalswende. Beiträge zu einer neuen deutschen Ideologie», dem das 1943 geschriebene Kapitel «Über Preußentum» beigelegt ist. Er schrieb gar von einer Polarität von Preußentum und Demokratie, obwohl er – relativierend – «die wellenmäßige Wechselwirkung beider Grundsätze in der deutschen Geschichte» sah.² Und: «Die wirkliche Verpreußung Deutschlands beginnt mit den Siegen von 1866 und 1871.»³ Hier ist nicht der Ort, Lukács' strenges literatursoziologisches Theoriegebäude kritisch zu hinterfragen. Seine Sicht auf die deutsche Literaturgeschichte, einflussreich in der DDR, aber nicht nur da (wurde er doch eifrig und dankenswerterweise von Luchterhand gedruckt, der manchen seiner Texte, die dann in der DDR nicht mehr gedruckt wurden, eben auch in ihr über den westdeutschen Umweg lesbar machte); das hat also auch mit einer kritischen Sicht auf preußische Geschichte zu tun und hat im Übrigen manchem deutsche Literatur und Dichter erst nahegebracht.

Weimar versus Potsdam «bezeichnet tatsächlich die beiden Pole des deutschen Wesens, sowohl den kulturellen Gipfel als auch den Tiefpunkt der deutschen Entwicklung», so schrieb Lukács.⁴

In seinen Dichtern können wir die ganze Widersprüchlichkeit Preußens erleben. Der oft unterbewertete Heinrich von Kleist lässt in «Prinz Friedrich von Homburg» sagen: «Das Kriegsgesetz, das weiß ich wohl, soll herrschen, Jedoch die lieblichen Gefühle auch.»

Die preußische Pflichtethik hat zeitweise oder auch lebenslange Verehrer des Preußentums wie Theodor Fontane und in gewissem Sinn auch Thomas Mann umgetrieben.

«Fontane schildert also, wie die verschiedenen Typen des preußischen Junkers sich modernisieren, wie sie Menschen der heutigen bürgerlichen Gesellschaft werden. Aber alles, was sie an Gefühl und Erleben, was sie sich als Kultur angeeignet haben, prallt an ihrer mechanisch-fatalistisch funktionierenden preußischen «Haltung» ab. Mögen sie auch privatim, in ihren Gefühlen Menschen, mitunter sogar warme und innerlich anständige, feinfühlig Menschen sein, in ihren Handlungen bleibt die Unmenschlichkeit der preußischen Moral bestehen und herrscht unbedingd, ohne dass die Menschen imstande wären, zwischen ihren Gefühlen und ihren durch die Haltung vorgeschriebenen Taten eine Brücke zu schlagen. So erhebt hinter der zuweilen glänzenden, oft anständigen, immer strammen Fassade eine Innenwelt der vollständigen Haltlosigkeit, der resignierten Verzweiflung, des sentimental oder kalt streberischen Zynismus. Die Lebenswerte gehen zugrunde, echt gefühlte Liebesbande werden aufgelöst, Menschen in Duellen erschossen, über Existenzen wird hinweggeschritten, ohne dass eine wirkliche Überzeugung, weder

2 Lukács, Georg: Schicksalswende. Beiträge zu einer neuen deutschen Ideologie, Berlin 1956, S. 331.

3 Ebd.

4 Ebd., S. 333.

im Guten noch im Bösen, vorhanden wäre. Indem Fontane dies alles realistisch darstellt, wird aus dem Sänger der Preußenglorie ein tiefer Skeptiker, ein humorvoll sarkastischer Betrachter der Zersetzung.»⁵

Es stimmt wohl, dass in «Schach von Wuthenow» die Skepsis Fontanes zum Preußentum klar zum Ausdruck kommt. Der Held verführt ein Mädchen aus guter Gesellschaft, welches er aus ästhetischer Eitelkeit nicht heiraten will. Als das Mädchen schwanger ist, ihre Mutter mit dem König spricht und die Intervention des Königs Schach von Wuthenow an seine preußische Pflicht erinnert, verlobt er sich (pflichtgemäß) mit dem Mädchen und erschießt sich kurz darauf. (Mich wundert bis heute, wie man diese Perversion von Pflicht verehren kann.)

Preußen in seiner ganz außerordentlich widersprüchlichen Geschichte zu sehen heißt auch, die Reformer zu loben (von Stein, Gneisenau, Scharnhorst u. a.), die Brüder Humboldt und andere zu ehren, Bismarcks Sozialistengesetz und seine Politik des Gleichgewichts in Europa zu sehen, den «Tag von Potsdam» wie die Gruppe des 20. Juli 1944 nicht zu vergessen. Schinkel freilich und die Schlösser. Zu den Königen fällt mir kaum etwas ein, was andere nicht besser wüssten. Ich finde sie überwiegend stinklangweilig, aber das liegt an mir.

Tucholsky hat die Lächerlichkeit der preußischen Pickelhauben hinreichend gewürdigt. Er meinte in einem seiner unvergesslichen Lieder, die sollten mal in ihren Pickelhauben über den Boulevard in Paris gehen («selbst Hitler wünsch ich dies: Mensch einmal auf den Boulevard, Mensch einmal nach Paris»).

Eine differenzierte Aneignung und Auseinandersetzung mit dem Preußentum entwickelte sich erst in der späten DDR. Bücher von Ernst Engelberg und Ingrid Mitzenwei, der Alte Fritz, unter die Linden verbracht, im DDR-Fernsehen Fernsehfilme zu Persönlichkeiten der preußischen Geschichte, das Pilsener aus Potsdam hieß wieder «Rex»). (In der DDR wurde ja manches, was anfangs verboten war, dann heimlich geduldet und schließlich zur Pflicht. – Was wäre wenn?)

Und nachdem ich mich nun durch allerlei Bücher, neue Schriften und mancherlei Artikel gewälzt habe, bin ich mir sicher: Gebraucht wird ein differenzierter Umgang mit der preußischen Geschichte. Die schreit vor Widersprüchen. Ich habe wenig Lust, die bluttriefende preußische Geschichte durch politische Instrumentalisierung als Kampfkeule in die gegenwärtigen Auseinandersetzungen einzuführen. Das Überzeugendste, was die Linke einzubringen hat, sind bereits vorliegende herausragende marxistische Analysen zur preußischen Geschichte (hier darf ich Franz Mehring nicht vergessen) und die Erinnerung an große Kunstwerke (vom Spottlied bis zum Fernsehfilm).

5 Ebd., S. 344.

Weil es sonst garantiert niemand tun wird, will ich in diesem Zusammenhang im Preußenjahr ganz ausdrücklich an das Spottlied «Sendschreiben an das arme Pack» erinnern. Dieses Spottlied des in Genthin (also Preußen) geborenen Gold- und Silberschmiedes Friedrich Ludwig Bisky handelt vom ersten Kommunistenprozess (auch gegen Friedrich Ludwig Bisky) in Berlin und legt Zeugnis davon ab, wie wachsam die preußische Polizei auch in den Revolutionswirren 1848/49 blieb. (Immerhin hatten sich mehr als zwanzig Handwerksgesellen in einem Kneipenhinterzimmer kritisch geäußert, eine tödliche Gefahr also für den preußischen Staat). Unter Leitung von Born und Friedrich Ludwig Bisky wurde die Berliner Organisation zur aktivsten und stärksten Bezirksorganisation der Arbeiterverbrüderung. Dank der Wachsamkeit der preußischen Polizei musste Friedrich Ludwig Bisky 1849 Deutschland verlassen und konnte noch am amerikanischen Bürgerkrieg teilnehmen, wo er leider im Kampf – übrigens auf der richtigen Seite – fiel. Ärgerlich bleibt nur, dass ich ihn nicht befragen kann, ob er mein Urgroßvater war, zumal mein Opa plötzlich in Westpreußen, mein Vater in Hinterpommern auftaucht (also preußischer gehts gar nicht).

Eine vernünftige Erinnerung an Preußen sollte die literarische Gestalt des Untertanen nicht vergessen machen. Ich gebe es ja zu: Der Glanz der Schlösser und Gärten, die Kleiderpracht der Preußenköniginnen und der Kaiser, die brutalstmögliche Einfalt der Junker, die Unterschiede zwischen West- und Ostpreußen, Pommern und Märkern, wären mir nicht so wichtig, wenn denn endlich von Preußen nur noch Frieden ausgehen könnte. Ein Preußen ohne Säbelrasseln, eine Stärkung und Aktivierung der Tradition der Toleranz und Weltoffenheit, das Ablegen jeglicher Arroganz gegenüber den osteuropäischen Völkern – das wäre anzustreben für eine sinnvolle Osterweiterung der EU. Die Lehren aus der preußischen Geschichte wären richtig gezogen, wenn wir uns mit Bescheidenheit und Achtung vor der Kultur anderer Völker und mit der Akzeptanz von deren Kulturen in die Osterweiterung einbrächten. Wenn wir Preußen auf gleicher Augenhöhe mit unseren östlichen Nachbarn partnerschaftlich den Untertanen zu Grabe tragen könnten, wäre viel gewonnen und unseren Nachbarn die Angst vor dumpfen Strömungen aus der preußischen und deutschen Geschichte genommen. (Dafür aber muss neben dem Preußen der Könige, Kaiser und Schlösser auch, um einen berühmten Gelehrten zu beleihen, der Alltag des preußischen Volkes in den verschiedenen Jahrhunderten aufgearbeitet werden – welche bedeutende Aufgabe für die Linke!)



Demonstration gegen Sozialabbau, Berlin am Rosa-Luxemburg-Platz, 1. November 2003

DOKUMENT 20

AUFBRUCH: SELBSTKRITISCH UND SELBSTBEWUSST

ERKLÄRUNG ZUM 116-TAGE-PROGRAMM AUF DER PRESSEKONFERENZ AM 1. JULI 2003 (AUSZÜGE)

Quelle: PDS-Pressedienst, Nr. 29, 18.7.2003

Der Parteitag hat der PDS eine neue Chance gegeben. Er war durchaus ein Aufbruch aus der Krise, aus der Selbstbeschäftigung. Die Bundespartei ist wieder auf dem Weg in die Politik, in die Gesellschaft, hin zu den Menschen.

Der Parteitag hat dennoch auch die Probleme und Defizite der PDS noch einmal verdeutlicht. Sie sind noch nicht gelöst. Die eigentlichen Aufgaben stehen noch bevor. Das Scheitern des IG-Metall-Streiks hat noch einmal sichtbar werden lassen: Es ist kompliziert, selbst für vernünftige soziale und solidarische Alternativen und für die seit 13 Jahren überfällige Gleichbehandlung der Ostdeutschen einzutreten. Vor allem geht es um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, um die längst überfällige Angleichung der Lebensverhältnisse.

Das ist auch für die PDS schwierig. Anders aber als in den vergangenen Monaten wird die Partei durch die klaren Parteitagsentscheidungen und durch einen fast neuen, stark verjüngten und teamfähigen Parteivorstand in der Lage sein, auf anstehende politische Fragen einzugehen und sie anzupacken.

Dieses Land braucht eine sozialistische Partei, braucht wenigstens eine Alternative zum neoliberalen Einerlei in der alten und neuen Mitte. Dieser Verantwortung muss und wird die PDS gerecht werden!

Einhundertsechzehn-Tage-Programm

In den nächsten einhundertsechzehn Tagen bis zum 26. Oktober, an dem die Partei des Demokratischen Sozialismus ein neues Programm beschließen wird und an dem in Brandenburg Kommunalwahlen stattfinden, stehen folgende Aufgaben im Mittelpunkt:

- Noch im Juli wird – beginnend mit der Vorstandsklausur am 6. und 7. Juli – eine straffe und professionelle Arbeits- und Führungsfähigkeit des Parteivorstandes und der Bundesgeschäftsstelle vorbereitet und hergestellt.
- Im Juli/August werde ich auf Kommunal- und Sozialtour gehen. Begleitet von Mitgliedern des Parteivorstandes und weiteren PDS-Politikerinnen und -Politikern geht die Tour durch ostdeutsche Kommunen. Vereinbart sind Treffen mit Bürgermeistern, Besuche von Baubetrieben, sozialen Beratungsstellen etc. Dabei steht die Diskussion über das von Helmut Holter, Harald Wolf und den Landtagsfraktionsvorsitzenden erarbeitete «Innovationsprojekt Ost» im Mittelpunkt.
- Ebenfalls im Juli/August wird es kreative, populäre und öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen die Agenda 2010, für sozial und wirtschaftlich vernünftige Alternativen sowie für die Einberufung eines bundesweiten SozialKonvents (orientiert an der Idee und Arbeitsweise des Europäischen Verfassungskonvents) geben. Ich erachte es für notwendig, auf der Grundlage des Parteitagsbeschlusses und anderer Dokumente kreative und gleichermaßen realistische und wirtschaftlich vernünftige Alternativen der PDS populär zu machen (zum Beispiel die Vorstellungen zur Wertschöpfungsabgabe, zur Bürgerversicherung, zum SozialKonvent).
- Bis Ende September wird die PDS ihre Strategie für Politik und Entwicklung der Partei bis 2004 (Europawahl) und 2006 (Wiedereinzug einer sozialistischen Fraktion in den Bundestag) vorlegen. Dieses «Projekt 04–06» wird weit über die Wahlerfordernisse hinausgehen und auf die Bestimmung und Sicherung des Platzes der PDS in der Gesellschaft und im deutschen Parteiensystem gerichtet sein. Dazu wird noch im Juli eine Strategieguppe «PDS plus», berufen, für die ich unter anderem Michael Brie, Michael Chrapa, Rosemarie Hein, Petra Pau, Angelika Gramkow, Paul Schäfer, Rolf Kutzmutz, Wolfgang Gehrcke und Christa Luft, aber auch parteilose Intellektuelle gewinnen möchte.
- Ohne dem Europaparteitag der PDS und seiner Wahlliste Anfang 2004 vorzugreifen, werde ich dem Parteivorstand im September die Bildung eines Europateams der PDS vorschlagen. Die enorme Rolle europäischer Politik und die aktuellen Herausforderungen (Erweiterung der EU, Europäische Verfassung, Verhältnis zu den USA) lassen das ebenso geboten erscheinen wie die große Bedeutung der Europawahlen für die PDS und die weithin anerkannte und erfolgreiche Arbeit der PDS im Europäischen Parlament. Die Europapolitik der PDS muss dringend wirksam personalisiert werden. Mit Sylvia-Yvonne Kaufmann, der einzigen deutschen Frau im Europäischen Verfassungskonvent, Helmuth Markov und Landespolitikerinnen und -politikern wie zum Beispiel Ingrid Mattern und Karsten Neumann stehen dafür zweifellos kompetente Menschen aus der PDS zur Verfügung.
- Einer sehr gründlichen, langfristigen und transparenten Vorbereitung durch den Parteivorstand und die Programmkommission bedarf der Programmparteitag am 25. & 26. Oktober 2003 in Chemnitz. Dazu soll spätestens Anfang August eine Vorbereitungsgruppe unter der Leitung von Gabi Zimmer und mir gebildet wer-

den. Der Parteivorstand wird den Parteitagsdelegierten bis zum 30. August den auf der Grundlage der Diskussionen und Anträge überarbeiteten Vorschlag für das Parteiprogramm vorlegen.

- Der diesjährige «Einheitsmarkt der PDS» am 3. Oktober sollte daher unter dem Motto «Ein Programm für Menschen» stattfinden. Mit Kultur, Gesprächen, verständlichen Informationen und nicht zuletzt mit Zuversicht und Selbstbewusstsein wollen wir Tausenden Bürgerinnen und Bürgern unsere programmatischen Positionen und unsere Politik vorstellen. Im Vorfeld des 3. Oktober könnten Basiskonferenzen der PDS bundesweit die Bilanz der bisherigen Programmdiskussion ziehen.
- Bis Mitte September werde ich gemeinsam mit dem Parteienforscher Michael Chrapa und Verantwortlichen aus Landesvorständen in Ost- und Westdeutschland dem Parteivorstand ein Konzept vorlegen, wie die notwendige Parteireform der PDS praktisch und strategisch in Gang gebracht werden kann.
- Der September und der Oktober sind Monate des Kommunalwahlkampfes in Brandenburg. Bürgerinnen und Bürger werden primär über die Kommunalpolitik und die Kommunalpolitikerinnen und -politiker der PDS vor Ort entscheiden. Sie sollen aber auch den Neustart und Aufbruch der Bundespartei positiv erleben können. [...]

**EIN NEUES PROGRAMM WIRD UNS
ZUVERSICHT UND MUT FÜR UNSEREN
KAMPF UM EINE ALTERNATIVE
«AGENDA SOZIAL» GEBEN**

REDE DES BUNDESVORSITZENDEN AUF DER 2. TAGUNG
DES 8. PARTEITAGES DER PDS AM 25. OKTOBER 2003
IN CHEMNITZ

Quelle: ADS/RLS, Signatur 2010-020-40

I.

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste, liebe Freunde!

Der Bürgermeister von Chemnitz hat uns schon daran erinnert. Chemnitz erlebte 1912 einen sozialdemokratischen Parteitag. Max Müller sagte damals in seiner Eröffnungsrede am 15. September 1912: «Wenn je ein Parteitag sort darauf Anspruch machen konnte, historischer Boden für die Arbeiterbewegung zu sein, dann Chemnitz in erster Linie. Hier hat sich ein gewaltiges Stück Arbeiterbewegung abgespielt [...]» Ein guter historischer Boden also für den zweiten Parteitag einer linken Partei hier in Chemnitz, ein guter Boden für einen Programmparteitag demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten. Im Polizeibericht über den damaligen Parteitag 1912 steht zu lesen, ich zitiere:

«Es wurde manches harte Wortgefecht geführt; wenn sich aber auch die Genossen des Öfteren recht ungeschminkt die Wahrheit sagten und dabei in der Partei zweifellos bestehende Gegensätze [...] deutlich zutage traten; so nahm das Redetourenier im Allgemeinen doch einen ruhigen, oft beinahe monotonen Verlauf.»

Wer auch immer über unseren Parteitag berichtet: Ich wünschte mir, sie/er könnte Gleiches feststellen und das «monotonen» durch «lebendigen Verlauf» ersetzen.

Die erste politische Botschaft, die von diesem Parteitag ausgeht, sollte heißen: Nehmt die Rentenkürzungen zurück! Diese Maßnahme ist sozial ungerecht und außerdem Gift für die Binnenkaufkraft. Die zweite politische Botschaft, die von diesem Parteitag ausgeht, heißt: Die PDS lehnt die Agenda 2010 ab und setzt ihre «Agenda sozial» dagegen. Und die dritte politische Botschaft sollte lauten: Die PDS hat sich ein neues Programm gegeben. Dafür jedenfalls engagiere ich mich. Würden diese drei politischen Botschaften kommen, dann würde öffentlich wahrnehmbar sein: Die

PDS ist ernsthaft dabei, sich aus ihrer Krise herauszuarbeiten, und steht als Partei der sozialen Frage wieder in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung.

In den letzten 115 Tagen war ich in Riesa und Paris, in Frankfurt am Main und in Frankfurt an der Oder. Ich habe mich mit Landwirten, mit Theaterleuten, mit Bürgermeistern auch anderer Parteien über die Förderpolitik der EU unterhalten, über die Zerstörung aktiver Arbeitsmarktpolitik, über die Ideen und Sorgen in den Kommunen und Landkreisen. Ich werde im November verstärkt in den Westen der Republik reisen, z. B. auch nach Offenbach zur Kommunalpolitischen Konferenz der PDS. Ich bin engagierten Frauen aus der PDS begegnet, zu denen junge Leute mit Lernschwierigkeiten und ohne Lehrstellen kommen. Die PDS-Bürgermeister in Artern, in Prenzlau, in Hoyerswerda und andernorts genießen Achtung und Unterstützung in ihren Städten. Trotz hoher Arbeitslosigkeit, trotz Abwanderung und trotz leerer Kassen gehen sie auf die Menschen zu, weil wir realistische Visionen eines solidarischen und friedlichen Zusammenlebens wachhalten. Unsere Wurzeln, liebe Genossinnen und Genossen, liegen vor Ort, sie liegen in der Kommunalpolitik. Morgen zum Beispiel finden die Kommunalwahlen in Brandenburg statt. Und alle, die dort für die PDS antreten, sollten wissen, dass wir sie nicht nur für den Wahltag, sondern langfristig unterstützen.

Mir geht manches in der PDS zu langsam.

Wir haben keine Zeit, Stunden, tagelang über ein Problem zu diskutieren, ohne zu einer Lösung zu kommen. Wir haben keine Zeit, Misstrauen unter uns Linken zu pflegen. Ich bin es leid, immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert zu werden, wir wollten ein sozialdemokratisches Programm verabschieden. Aus der PDS heraus erhoben, zeugt ein solcher Vorwurf nicht gerade von besonders exzellenter Kenntnis unseres Programmtextes oder der real existierenden SPD. Und natürlich brauchen wir keine zweite sozialdemokratische Partei, eine wäre da schon wichtig, wenn ich an die gegenwärtige Situation denke. Ich werde auch nicht um Vergebung bitten, dass wir manche Formulierungen aus dem Programm der DKP nicht übernommen haben. Das hat gute Gründe, denn wir sind eine eigenständige demokratisch-sozialistische Partei.

Und ein solches eigenständiges Programm einer eigenständigen PDS liegt uns zur Beratung und Verabschiedung vor ... und sonst gar nichts! Sicher, wir haben unsere Krise noch nicht überwunden. Sicher ist aber auch, dass wir sie nicht überwinden können, wenn wir fortwährend auf andere starren und die eigenen Lösungen vernachlässigen. Ich sage das, damit wir uns auf unser sozialistisches Profil und in diesen Tagen der harten Auseinandersetzungen um den Sozialstaat auf die Aufgaben einer sozialistischen Partei konzentrieren. Ich sage das, damit wir gemeinsam und jeden Tag einen intelligenten und entschlossenen politischen Widerstand gegen Sozialabbau leisten.

Wir als Sozialistinnen und Sozialisten wollen Reformen, mit denen die Grundlagen des Sozialstaates erhalten und erneuert und die nicht zu Lasten der kleinen Leute durchgeführt werden. Ich sehe weit und breit im Moment keine andere politische

Partei in Deutschland, die die vielen Initiativen und die Hoffnungen aufgreifen wird, in denen eine Zukunft für alle Menschen lebendig ist. Ich wiederhole: Mir geht das alles noch viel zu langsam. Wir brauchen etwas mehr Selbstbewusstsein (keine Selbstgefälligkeit) und etwas mehr Entscheidungsfreude, um uns auf unsere eigenen Stärken zu besinnen und sie aktiv einzubringen in die politischen Auseinandersetzungen dieser Tage.

Am 1. Juli ist das teuerste Rüstungsprojekt der Bundesrepublik von Struck als «Meilenstein» gefeiert worden. 13 Tage später präsentiert uns die Bundesregierung die Kürzung der Arbeitslosenhilfe unter das Sozialhilfeniveau als Reformvorschlag und als Bruch mit ihren eigenen Wahlversprechen. Während zwei Milliarden Euro für 60 Militärmaschinen bereitstehen, rechnen von Hartz bis Herzog alle Kommissionen aus, dass die Gesundheit der Bevölkerung, dass ein Altern in Würde, dass qualifizierte Arbeit und Kultur nicht mehr bezahlbar seien. Im Depressionsjahr 2002 hat Deutschland einen Exportüberschuss von 83,3 Milliarden Euro erzielt. Deutschland ist Exportweltmeister. Wer die Bremsen wirtschaftlicher Entwicklung in zu hohen Steuern, zu hohen Lohnnebenkosten und einem hinderlichen Sozialstaat diagnostiziert, hat sich die Brille von Exportunternehmen, von Großkapitalisten aufgesetzt. Deutschland ist kein Opfer der neoliberalen Globalisierung, sondern einer der Motoren. Mit dieser Politik von Rot-Grün beteiligt sich Deutschland an einem gefährlichen internationalen Verdrängungswettbewerb statt an einer demokratischen Weltwirtschaftsordnung.

Die Agenda 2010 ist das Ergebnis politischer Erpressung der großen Unternehmerverbände. Und der Kanzler gibt den Druck täglich weiter an die eigene Fraktion, an Arbeitslose, an Rentnerinnen und Rentner.

Was ist eigentlich los in einem Land, in dem von Norbert Blüm bis zu Gewerkschaftsvertreterinnen Menschen mit einem sozialen Gewissen als Bremser, als ewig Gestrige ausgemacht werden, Menschen, die sich nicht damit abfinden, dass andere ausgebremst werden? Was ist eigentlich los in einem Land, in dem Horst Seehofer gegen Rot-Grün sozialstaatliche sozialdemokratische Grundpositionen verteidigt?

Während sich 10 Prozent der privaten Haushalte in diesem Land 40 Prozent des gesamten Privatvermögens teilen, teilt sich die untere Hälfte aller Haushalte knapp 5 Prozent. «Für die Bundesrepublik ist die Existenz von Armut, Unterversorgung und sozialer Ausgrenzung in einem wohlhabenden Land eine Herausforderung». Das steht im Armutsbericht der Bundesregierung.

Wer in diesem Land nicht mehr über Vermögensteuern redet, hat aufgehört, für eine Politik sozialer Gerechtigkeit Mehrheiten zu gewinnen.

Frau Merkels Zukunftsentwurf – in ihrer Rede «Quo vadis Deutschland?» – endet vorerst bei einer Führungsrolle der Deutschen in Europa. Angesichts eines völkerrechtswidrigen Krieges gegen den Irak spricht sie deutlich aus, worum es ihren Parteifreunden geht: «[...] nicht um Pazifismus, sondern um Freiheit und um Menschenwürde, um Demokratie und um Werte» ginge es.

Die Position der PDS ist: Deutschland sollte nur in einem einzigen Punkt eine führende Rolle in Europa einnehmen, nämlich im Friedenskampf.

Und wer in diesem Land verkündet, dass ein Umsteuern nur mit «Heulen und Zähneklappern» zu haben ist, wer die Zukunft mit hausgemachten demografischen Vorgaben zu pflastert, sollte den demokratischen Vorschlag, die Tobin-Steuer einzuführen, endlich ernsthaft prüfen. Weder Aufrüstung, noch die Steuergeschenke an große Kapitalunternehmen, noch Billiglöhstrategien haben der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land irgendeinen Aufschwung gebracht.

Wieso ruft die übergroße Koalition herrschender Politik, die immer vom schlanken Staat träumt, nur nach staatlicher Kontrolle, wenn zur Jagd auf die in den angeblich üppigen sozialen Hängematten geblasen wird? In diesem Land, in dem sich Firmen offenbar vertraglich vor der Leistung die Gegenleistung vom Staat sichern, Parlamente vielleicht, aber nur vielleicht, einmal mündlich oder häppchenweise unterrichtet werden, wie sorgsam mit öffentlichen Investitionen umgegangen wurde, in einem solchen Land, da sollte man den Namen Tollcollect als Synonym für eine gute alte Zeit, die die CDU so vehement ablehnt, verwenden. Wer tilgt denn nun in diesem Tollhaus die verlorenen Millionen – oder sind es bald Milliarden – von Tollcollect? Darauf erwarten wir eine Antwort, bevor auch diese Rechnung noch den kleinen Leuten vorgelegt wird. Vorher ist jede Gerechtigkeitsdiskussion demagogisch und verlogen.

II.

Mit der Verständigung auf ein unverkennbar demokratisch-sozialistisches Programm ergreifen wir auf diesem Parteitag die Chance, in der öffentlichen Debatte über Reformen in Deutschland und gegen den praktischen Prozess des Sozialabbaus ein unüberhörbares, deutliches, überzeugendes Zeichen des Widerstandes zu setzen. Ein Zeichen der Solidarität mit allen – ob in Gewerkschaften, Sozialkonventen, Kirchen oder sozialen Bewegungen – die gegen den antisozialen Charakter rot-grüner Reformpolitik Protest erheben. Der Programmentwurf, der hier zur Diskussion steht, enthält Leitideen und Maßstäbe für zeitgemäße Reformen, die dem neoliberalen Inhalt der an uns gegenwärtig exekutierten Reformen ganz und gar widersprechen. Dieses Programm legt den Maßstab der Gerechtigkeit an der Reformpolitik an.

Unser Programmentwurf misst Grundwerten des demokratischen Sozialismus erhebliches Gewicht für die Orientierung der praktischen Politik bei. Der Programmentwurf fordert als Bedingung für die Freiheit der Einzelnen, über ihr Leben in Solidarität mit anderen selbst zu bestimmen, mehr soziale Gleichheit just in dem Moment ein, in dem aufseiten der SPD Olaf Scholz auf Wolfgang Clements Forderung nach mehr «gerechter Ungleichheit» zurückgreift, die dieser in der Grundwertedebatte der SPD entwickelt hatte.

Der Streit geht nicht darum, ob Ungleichheiten – etwa der persönlichen Einkommen – als Entgelt unterschiedlicher individueller Leistungen für die Gesellschaft gerechtfertigt sind. Differierende individuelle Leistungen führen auch zu differenzierten

Einkommen. Der Streit geht darum, zu verhindern, dass an die Stelle der Kämpfe um mehr soziale Gleichheit eine Politik wachsender Ungleichheit, d. h. sozialer Polarisierung gesetzt wird.

Die Bundesrepublik braucht nicht weniger, sondern mehr soziale Gleichheit der Teilhabe an existenzsichernder Arbeit. Die empörende Ungleichheit im realen Zugang zur Bildung muss durch mehr soziale Gleichheit der Teilhabe an Bildung abgelöst werden, d. h. auch durch besondere Förderung Benachteiligter und durch die Förderung besonders Begabter zugleich. Zwar hört man all überall die Binsenweisheit, die Bildungspolitik sei auch die beste Sozialpolitik. Doch spürt man davon wenig in der politischen Praxis. Wir brauchen nicht noch mehr Schritte in die Zwei-Klassen-Medizin, sondern soziale Gleichheit bei der Versorgung mit hochwertigen medizinischen Leistungen.

Kurz: Wir wollen, dass an die Stelle der Profitdominanz in politischen Entscheidungen ein Richtungswechsel nach einem ganz anderen Maßstab tritt, nach dem Maß der Gerechtigkeit. Denn, so heißt es im Programmentwurf:

«Freiheit ist der Bezugspunkt sozialistischer Politik. Gleichheit ist für diese Politik das Maß der Teilhabe an grundlegenden Freiheitsgütern. Freiheit ist für uns die Möglichkeit, das eigene Leben und die Gesellschaft – gemeinsam mit anderen – zu gestalten. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt von Gerechtigkeit.»

Wir haben aus der eigenen Herkunft gelernt: Wo alternatives Denken ausgeschlossen wird, naht das Ende gestaltender Politik.

Drei Mythen sollen die Deutschen zur Akzeptanz der sozialen Abwärtsspirale bewegen:

Mythos Nr. 1: Die Lohnnebenkosten für die Unternehmen seien zu hoch und würden ihre Wettbewerbsstärke unerträglich belasten. Sie müssten gesenkt werden, mit der Folge der Rücknahme sozialer Leistungen und erhöhter Belastungen für die Arbeitnehmer.

Aber das Lohnnebenkostenargument geht daneben. Die Lohnstückkosten nämlich (von denen die Lohnnebenkosten nur ein Teil sind) steigen in der Bundesrepublik seit 20 Jahren weniger stark an als in allen anderen Industrieländern mit Ausnahme Japans und Österreichs. Die Zahlen der EU-Kommission belegen das eindeutig. Für viele kleine Unternehmen sind die Lohnnebenkosten wirklich ein Problem. Darauf müssen Förder- und Steuerpolitik reagieren. Aber im Volkswirtschaftsmaßstab ist die Geschichte von den zu hohen Lohnnebenkosten nichts weiter als ein neoliberaler Mythos.

Mythos Nr. 2: Die Unternehmenssteuern in Deutschland seien zu hoch. Her mit vorgezogenen Steuersenkungen also! Wer hört das nicht gern – und übersieht allzu leicht, dass die Einnahmelücken in den Staatshaushalten zu neuen Sparrunden führen werden, die vor allem die Lohnabhängigen und sozial Schwachen treffen.

Und überdies, auch diese Aussage selbst ist falsch. Die reale Steuerbelastung der deutschen Unternehmen, die Steuerquote, liegt mit knapp 20 Prozent im unteren Drittel unter allen Industrieländern. Die Story von der extremen Steuerbelastung deutscher Unternehmer ist ein Mythos.

Mythos Nr. 3: Der deutsche Sozialstaat sei überfordert, seine Leistungen eine Hän-gematte für Faulenzer. Nicht Leistung, sondern Faulheit würde belohnt. Der Rückbau der Sozialleistungen sei ein Gebot der Stunde, damit die Arbeitslosen endlich Arbeit annehmen – Arbeit, so muss hinzugefügt werden, die nicht da ist auf dem gegenwärtigen Arbeitsmarkt.

Wahr ist dagegen, dass der Anteil staatlicher Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt, die Sozialleistungsquote, seit 25 Jahren trotz der stark gestiegenen Arbeitslosigkeit und der ungelösten sozialen Probleme in Ostdeutschland nahezu gleichgeblieben ist. Er liegt in Westdeutschland sogar unter dem Niveau von Mitte der 1970er-Jahre und wurde pro Kopf der Unterstützungsbedürftigen auf vielen Gebieten absolut verringert. Der Exportweltmeister soll ein überforderter Sozialstaat sein – ein Mythos! Deshalb heißt es im Programmentwurf:

«Die herrschende Wirtschaftspolitik unterwirft Wirtschaft und Gesellschaft immer rücksichtsloser den Marktgesetzen, baut den Sozialstaat ab, beschränkt die Binnennachfrage, führt zu hoher Arbeitslosigkeit und blockiert soziales und ökologisch nachhaltiges Wachstum. [...] Die Grundannahmen der herrschenden Wirtschaftspolitik zur Begründung dessen beruhen auf Fehldiagnosen.»

Ständig wird uns vom Schweizer Steuersystem vorgeschwärmt. Überall werden Boris Becker und die Müllermilcherben bemüht, um auf die angeblich entsetzlich hohen Steuern in Deutschland zu verweisen. Keine Statistik belegt diesen Mythos vom Hochsteuerland Deutschland. Vom Schweizer Rentensystem hört man hingegen viel weniger. Vielleicht kann man davon auch etwas in Deutschland verwenden. Vielleicht nimmt man endlich die Hand von den Augen – auch im Kreise der herrschenden Politikerinnen und Kommissionsmitglieder – und sieht plötzlich ein paar mehr Beitragszahler in der Landschaft herumstehen, die bisher gar nichts in die Sozialkassen eingezahlt haben. Allein im vergangenen Jahr ist die Zahl der deutschen Euro-Millionäre um 25.000 auf 755.000 gestiegen. Anders ausgedrückt: Auf sechs Arbeitslose kommt ein Millionär. Durch den Verzicht auf die Vermögenssteuer werden den Millionärinnen mehr Steuern geschenkt, als der Bund für die ganze Arbeitslosenhilfe aufwendet. Das ist ein Skandal. Es ist kein Geld da – heißt es! Hat das Volk Politikerinnen und Politiker gewählt oder eine Expertokratie, die auf Kosten der leeren Staatskassen immer zu ein und demselben Ergebnis kommt: Das Renteneintrittsalter soll raufgesetzt werden, Kürzungen und die Zerstörung der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungen sind kein Tabu mehr?

Es gibt viele, die wissen, so kann es nicht weitergehen. Es gibt viele Menschen – ob in Gewerkschaften, Sozialkonventen, in Kirchen und sozialen Bewegungen –, die sich ihre Reformwilligkeit nicht so auslegen lassen werden, dass uns zukünftig 5 Millionen Sozialhilfeempfänger oder eine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes angeblich neuartige Arbeitsplätze oder gerechte Bildungschancen ermöglichen werden.

Es gibt viele Menschen, die wissen, für wessen und welchen Reichtum sich Rot-Grün im Verein mit der CDU/CSU und der FDP zum Terminator des Sozialstaates aufspielen. Es gibt viele Menschen, die wissen, dass unsere Löhne zu niedrig, unsere Erwerbsarbeitszeiten zu lang und dass tatsächlich alle Arbeiten – von der Kindererziehung über die Pflege bis zum gesellschaftlichen Engagement zwischen Männern und Frauen – ungerecht verteilt sind.

Beinahe geräuschlos, im «Windschatten» der Hartz-III- und -IV-Gesetze ersetzte man am letzten Freitag im Bundestag das geltende Bundessozialhilfegesetz. Nun soll im neuen Sozialgesetzbuch XII die Leistungserbringung an die Leistungsfähigkeit der Kommunen angekoppelt werden. Bei der Lage der Kommunen wird man da wohl demnächst gleich noch etwas zum Sozialamt mitbringen müssen, wenn man darauf angewiesen ist, einen Antrag zu stellen. Damit ist das Bedarfsdeckungsprinzip gänzlich ausgehebelt. Es ist erneut versäumt worden, die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen in ein eigenständiges Bundesleistungsgesetz umzuwandeln.

Es ist ein weiterer Grundgedanke des Programmentwurfs, den demokratischen Sozialismus als einen Prozess sozialer Reformen mitten in der bürgerlichen Gesellschaft mit der Perspektive der Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus zu verstehen.

Von manchen ist in unserer Programmdiskussion der Vorwurf erhoben worden, dass die vorgeschlagenen Schritte nur auf einen regulierten und etwas sozialeren Kapitalismus hinausliefen oder dass die Reformangebote einfach neben der Forderung nach Überwindung der Profitdominanz und der ihr zugrunde liegenden Eigentumsverhältnisse stünden.

Solche Einschätzung verkennt nach meiner Überzeugung, dass demokratischer Sozialismus heute nicht mehr allein als die Gesellschaft der Zukunft verstanden werden kann. Die Umriss einer künftigen sozialistischen Gesellschaft werden – Anregungen des Genossen Hermann Klenner folgend – in der Präambel des Entwurfs gezeichnet. Zugleich ist demokratischer Sozialismus als ein Prozess kleiner und größerer Veränderungen und Brüche zu verstehen, von Kämpfen um Verbesserungen im Leben der Bevölkerungsmehrheit, als ein Prozess, der mehr und mehr die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft verändert, sie zugunsten der Lohnabhängigen, der bisher ins Abseits Gedrängten und der solidarisch denkenden Bessergestellten verschiebt, gegen die Profitdominanz gerichtet, demokratische Entscheidungshoheit für Gegenkräfte erfordert und in das heute Machbare den Anschluss an weiterreichenden Wandel über die Grenzen des Kapitalismus hinaus aufnimmt.

Immer geht es um beides: gestaltendes Eingreifen gemeinsam mit anderen demokratischen Akteuren einerseits, um mehr Demokratie von unten, mehr sozial gleiche

Teilhabe an Bildung, Information und Kultur, an medizinischen Leistungen und sozialer Sicherheit zu erreichen. Und andererseits um Erkennbarkeit sozialistischer Politik als Politik der Gerechtigkeit, als alternative Politik, die dem Reformprozess eine andere emanzipatorische, sozial-ökologische Richtung gibt. Gestaltende Politik und Grenzüberschreitung! Beides zusammenzuführen zu einem Prozess – das ist der Geist, in dem der Programmentwurf geschrieben wurde. Beides zusammenzuführen – das haben SPD und Grüne ad acta gelegt. Das hat eine Leere im Parteienspektrum geschaffen – eine Leere, die die PDS zurzeit jedoch nicht ausfüllt. Sich dazu selbst zu befähigen – das ist die Aufgabe, die das Programm der Partei stellt.

Solange die ökonomisch Mächtigen und die Regierenden jedoch die Konzerne, Großbanken und Großvermögen immer mehr aus der Mitfinanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben entlassen, solange in der Haushaltspolitik vorwiegend an Sozialausgaben gespart und die Einnahmenseite absichtsvoll zugunsten der Reichen vernachlässigt wird, haben Mandatsträger und mitregierende Vertreter der PDS schlechte Karten für eine derartige alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wir wissen alle, dass mit einem sozialistischen Programm der Widerspruch zwischen dem Wirken mitten in der bürgerlichen Gesellschaft für ihren Wandel und dem Ziel, die Grenzen des Kapitalismus selbst zu überschreiten, nicht aufgelöst ist. Aber drei Zugänge im Umgang mit diesen für die PDS womöglich existenziellen Problemen werden im Programm hervorgehoben:

- (1) «Wir streiten für Steuergerechtigkeit, die hohe Einkommen und Privatvermögen stärker belastet, ihrer Abwanderung in Steueroasen und ihrer spekulativen Anlage entgegenwirkt. [...] Steuermissbrauch ist zu bekämpfen. Die PDS fordert die Wiedererhebung einer neuausgestalteten Vermögenssteuer, eine gerechtere, in den oberen Bereichen angehobene Erbschaftssteuer auf große Privatvermögen, die Einführung einer gewinnabhängigen Körperschaftssteuer, die Aufhebung der Steuerfreiheit aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen und die Besteuerung von Devisentransaktionen und Börsengewinnen.»

Sozialistische Alternativen laufen nicht – wie oft unterstellt – in erster Linie auf Verteilungsfragen hinaus. Wir suchen innovative Problemlösungen im Umbau der Arbeitswelt, in einer demokratischen Bildungs- und Hochschulreform durch gestaltende Wissenschafts- und Technologiepolitik, durch sozial-ökologische Rahmensetzung für den Markt und strategisch angelegte Wirtschafts-, Struktur-, Regional- und Kommunalpolitik. Aber ohne Umverteilung von oben nach unten läuft Regierungsbeteiligung der PDS auf Länderebene und Verantwortung auch in den Kommunen große Gefahr, zur Politik der geringeren von allen möglichen Übeln herabzusinken. Und trotz aller Mühen um soziale Problemlösungen wird die PDS unter solchen Bedingungen öffentlich allzu leicht als Partei wie alle anderen eben auch wahrgenommen, ohne erkennbaren besonderen Nutzen für Wählerinnen und Wähler.

Deshalb gehört mit verstärktem Gewicht Verteilungsgerechtigkeit zu den Alternativen, die wir programmatisch vertreten und politisch erstreben – in großer Übereinstimmung mit gewerkschaftlichen Forderungen.

(2) Vertreterinnen und Vertreter der PDS, die sich in kommunaler Verantwortung und in Landesregierungen mit größtem Einsatz Tag für Tag mit ungezählten Problemen herumschlagen und dabei stets zu politischen Kompromissen genötigt sind, bedürfen der Begleitung der Parteivorstände und der ganzen Partei, um in der Mühsal der Tagespolitik ihre Verantwortung für ein öffentlich deutlich erkennbares sozialistisches Profil der Partei wahrnehmen zu können. Deshalb heißt es im Entwurf:

«In offener und kritischer Auseinandersetzung und im direkten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir prüfen, ob die gewählten Mittel unserem wichtigsten Ziel entsprechen, einen Richtungswechsel der Politik herbeizuführen, der die sozialen und demokratischen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Die Gremien der PDS haben die Aufgabe, die Arbeit in Parlamenten und in der Exekutive in Übereinstimmung mit den strategischen Zielstellungen unserer sozialistischen Partei zu sichern.»

(3) Der Spielraum sozialistischer Politik wird vorerst auch bei vereinten Mühen sehr eng bleiben. Umso wichtiger ist deshalb der Politikstil selbst. Die eigenen Entscheidungen für die Öffentlichkeit durchschaubar zu machen, Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsfindungen zu beteiligen, Rechenschaft vor ihnen abzulegen – das kostet wenig Geld, wenn auch viel Mühe und Gedanken. Aber das ist unverzichtbar für eine demokratisch-sozialistische Partei.

Ein Grundgedanke im Programmentwurf kommt besonders im Abschnitt III zu Ausdruck: Wer helfen will, die Gesellschaft zu verändern, muss realistische Politikangebote vorlegen, die die Bürgerinnen und Bürger als nützlich für sie selbst erkennen können.

Im Programmentwurf werden daher auf entscheidenden Politikfeldern der Regierungspolitik alternative Politikangebote entgegengesetzt und Orientierungen für praktische sozialistische Politik entwickelt.

Das erste dieser Felder heißt Demokratie. Dem liegt unsere Überzeugung zugrunde, dass an die Stelle obrigkeitlich geregelter Unterwerfung der Geschicke des Gemeinwesens unter die ökonomischen Zwänge der Weltmärkte die Ausweitung individueller und kollektiver Rechte der Bürgerinnen und Bürger treten muss. Alternative Reformen werden entweder im Verlauf der Erneuerung der Demokratie durch mehr Einfluss demokratischer Akteure Wirklichkeit, oder sie werden nicht stattfinden.

Wir wollen die repräsentative Demokratie mit wirksamen Formen direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an wichtigen Entscheidungen verbinden. Deshalb ist die PDS auch für eine Volksabstimmung zur Europäischen Verfassung.

Wir wollen dabei sein, wenn Menschen sich im Mühen um Projekte ihres Interesses selbst ermächtigen, ihre eigenen Dinge in die eigenen Hände zu nehmen. Beispielsweise in der Haushaltspolitik über den Einsatz der Finanzen in der Kommune so zu entscheiden, wie es für die Menschen vor Ort am besten ist.

Allemaal ist unsere Überzeugung, dass Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie, ohne mehr Arbeiterrechte eine amputierte Demokratie bleibt.

Und als Internationalisten wissen wir, dass eine Demokratie, in der der «Norden» dem «Süden» mit den Auflagen von WTO, IWF und Weltbank jede Chance souveräner Politik zum sozialen Wohl der eigenen Bevölkerung nimmt, eben höchst begrenzt bleibt. Wer diktiert, ist nicht demokratisch. Das Programm enthält deshalb Grundaussagen über unsere Vorstellungen von einer demokratischen Weltordnung.

III.

Der Programmentwurf der PDS ist der einer konsequenten Antikriegspartei. Sozialistische Außen- und Sicherheitspolitik – präziser – sozialistische Friedenspolitik ist zu einem Markenzeichen der PDS geworden. Zwar gewinnt eine Partei selten mit außenpolitischen Themen Wahlen, aber zum Wahlsieg Gerhard Schröders hat nicht unwesentlich seine Festlegung, keine deutschen Soldaten in den Irak-Krieg zu schicken, beigetragen. Für die PDS ist zumindest die Schlussfolgerung, dass es keine Themen gibt, die wir sozusagen gepachtet haben, nötig. Kompetenz und Vertrauen gilt es immer wieder zu erwerben, unter Beweis zu stellen und auf Entscheidungsfragen zuzuspitzen. Gerade aus den Erfahrungen der Bewegung gegen den Irak-Krieg, die eine der außerparlamentarischen Massenbewegungen der letzten Monate war, an der wir einen großen Anteil hatten, ist für uns dauerhafter Friede ohne Gerechtigkeit, weltweite Abrüstung und Völkerrecht nicht vorstellbar. Für die PDS ist Krieg nicht die Ultima Ratio – denn wer den Krieg einplant, wird für den Krieg rüsten und ausbilden und allzu oft beim Krieg letztlich wirklich landen. Krieg und Vernunft schließen sich ebenso aus wie Krieg und Menschenrechte. Die deutsche Sicherheit und Freiheit werden eben nicht am Hindukusch verteidigt, sondern können nur durch sozialen Ausgleich, kulturelle Toleranz, Weltoffenheit und Abrüstung erworben werden. Die Differenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik zwischen Rot-Grün, Schwarz-Gelb und PDS-Rot sind derzeit nicht zu überbrücken.

In unserer Friedenspolitik spielen eine Stärkung und Reform der Vereinten Nationen eine wichtige Rolle. Leider reduziert sich diese notwendige Debatte oft auf Schlag- und Stichworte wie «Münster» und «Gewaltmonopol» und schließt schon deshalb viele, deren Rat wir wollen und brauchen, aus der Diskussion aus. Aber wie steht die PDS zu diesen Problemen?

Ja, der Begriff «Gewaltmonopol» steht nicht in der Charta der Vereinten Nationen, aber Inhalt und Geist der Charta ist es, Gewalt aus den internationalen Beziehungen zu verbannen. Dies wollen wir unterstützen und stellen es deshalb in unserem Programmentwurf deutlich heraus. Gleichzeitig ist es unser Eindruck, dass der Weltsi-

cherheitsrat immer mehr dazu neigt (genauer: die Großmächte, die seine ständigen Mitglieder sind), das allein ihm gegebene Recht, auch militärische Mittel, wenn alle zivilen ausgeschöpft sind, durch Mandatierung zu missbrauchen. Davor warnen wir und dringen darauf, Staaten aus Afrika, Lateinamerika und Asien als ständige Mitglieder in den Weltsicherheitsrat zu berufen. Deutschland erhebt mehr oder weniger unverhohlen einen Anspruch, «ständiges Mitglied» zu werden. Mir wären Länder wie Südafrika oder Vietnam, welche die Erfahrungen der Apartheid und eines Befreiungskrieges einbringen können, wichtiger. Darüber hinaus: Völkerrechtlich ist das Privileg des Weltsicherheitsrates, einzig und allein über den Weltfrieden zu wachen, ein Fortschritt, weil er dieses Recht den Nationalstaaten entzieht. Das Völkerrecht gegen die USA, Großbritannien und andere Staaten durchzusetzen, ist eine Herausforderung der weltweiten Friedensbewegung, und dazu unterbreiten wir Vorschläge.

Das ist der Standpunkt des Programmentwurfs, und der Vorwurf, wir würden die PDS für Militäreinsätze öffnen wollen, ist falsch. Er ist denunziatorisch und widerspricht dem parlamentarischen und außerparlamentarischen Handeln der Partei. Wie und wann und wer aus der PDS hat einer Kriegspolitik die Hand gereicht? Das gibt es nicht und wird es nicht geben. Frieden als Auftrag und Programm der PDS ist unsere politische Aussage.

IV.

Wirtschaftspolitik und Politik für eine andere Arbeitswelt – das ist ein weiteres Feld im Programmentwurf und von großer Aktualität für den Richtungsstreit über Reformen in Deutschland, den wir aufnehmen wollen.

Nicht, weil die Lohnabhängigen bisher zu viel kassiert hätten und weil die Sozialleistungen zu hoch waren, dümpelt die Wirtschaft nur eben dahin, sondern weil die Kaufkraft auf dem Binnenmarkt zu schwach ist. Das Hauptdefizit besteht in mangelnder Nachfrage. Wir stimmen darin mit den Gewerkschaften voll überein.

Deshalb kommt es darauf an – so wie es auch Arbeitslosen- und Sozialverbände sehen –, den Widerstand gegen jedwede Absenkung von Lohnersatzleistungen und Sozialeinkommen zu verstärken. Denn solche Absenkung nimmt bei denen, die es am dringlichsten brauchen und die den größten Anteil ihrer Einkommen sofort wieder für den Kauf des Notwendigen ausgeben. Hier zu sparen, ist ebenso wirtschaftsschädigend wie asozial.

Wir unterstützen die gewerkschaftlichen Kämpfe zur Verteidigung der Flächentarifverträge und gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten. Die PDS setzt sich für die Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung ein, für ein Arbeitsrecht, das sozial und familienverträgliche Arbeitszeiten garantiert und Geschlechtergleichheit in der Arbeit erleichtert. Flexibilität ja, aber eine solche, die von den Tarifparteien gesundheits-, kinder- und partnerschaftsfreundlich ausgehandelt und vor allem von den Betroffenen selbst mitbestimmt wird.

Wir bejahen die Einführung von Mindestlöhnen statt der Ausweitung des Niedriglohnbereiches. Wir halten die Ausschöpfung der Verteilungsspielräume durch die Gewerkschaften für wirtschafts- und sozialpolitisch unverzichtbar.

Die Verkürzung der Arbeitszeit gewinnt größte Bedeutung für eine gerechte Verteilung der Arbeit, nicht zuletzt auch zwischen Männern und Frauen.

Alle diese Schritte rühren nicht an die herrschenden Verhältnisse. Wohl aber gilt: Wenn tarifvertraglich gesichert würde, dass Arbeitszeitverkürzung statt zu vermehrter Arbeitshetze tatsächlich zu Neueinstellungen und zu einer stärkeren Position der Arbeitsuchenden führt, dann läge das quer zu Tendenzen des sogenannten «flexiblen Kapitalismus».

Wenn neue Arbeitsplätze durch ökologischen Umbau geschaffen werden sollen, entspricht das weithin erkannten Überlebensfordernissen. Da dies aber langfristig gestaltende Politik, eingreifende Strukturpolitik, sozial-ökologische Rahmensetzung für den Markt und Druck von unten verlangt, gewinnt solches Vorhaben entschieden alternative Züge. Es läuft auf einen anderen als den profitdominierten Regulierungsmechanismus hinaus.

Erst recht gilt dies für die Schaffung vieler Arbeitsplätze durch entschiedenen Ausbau humanorientierter Dienstleistungen. Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) im Rahmen der Welthandelsorganisation/WTO leitet einen Generalangriff des internationalen Kapitals auf öffentliche Güter und auf ihre Bereitstellung durch ein öffentliches Gesundheits- und Bildungswesen ein, es leitet einen Angriff auf die öffentliche Verantwortung für Umweltschutz, Wasser- und Energieversorgung und öffentlichen Nahverkehr ein. Das Ziel ist die Unterwerfung auch dieser Bereiche unter den Profitmaßstab. Das Recht der Bürger auf öffentliche Daseinsvorsorge soll in den Anspruch von Kunden verwandelt werden – und zwar von jenen Kunden, die Geld haben und zahlen können. Das ist eine erstrangige Gefahr, gegen die vor allem die kapitalismuskritischen globalen Bewegungen mobilmachen. Die PDS nimmt ihre Warnungen und Forderungen auf. Wir haben im Programmentwurf die Verteidigung der öffentlichen Güter und den Ausbau humanorientierter Dienstleistungen zu unseren Zielen erklärt, von deren Durchsetzung wir einen Rückgang der Arbeitslosigkeit erwarten. Hier geht es um zentrale Kämpfe. Um den künftigen Entwicklungsweg, um noch mehr Neoliberalismus oder um Alternativen, die an den Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben aller in sozialer Sicherheit orientiert sind.

Und mehr noch: Schon heute existiert ein Dritter, ein Non-Profit-Sektor, der in Deutschland 2,2 Millionen Menschen zu Tarifbedingungen außerhalb der Kapitalverwertung beschäftigt. Wir wollen eine Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung zwischen Markt und Staat. Aber auch das liegt quer zur neoliberalen Privatisierung und Deregulierung und würde Wandel in den Eigentumsstrukturen bedeuten.

An solchen alternativen programmatischen Ideen lassen sich dann z. B. auch die Ansätze gemeinnütziger, aktiver Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern

messen. Die Initiativen der Arbeitsminister und Wirtschaftssenatoren der PDS, Helmut Holter und Harald Wolf, für Arbeit, Ansiedlung und Aufträge und das Programm «Herausforderung 80» sind keine aktionistischen Vorschläge für den Problemdruck im Osten der Republik, sondern ernst zu nehmende Lösungsangebote einer neuen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik mit europäischer Dimension. Das Programm «Herausforderung 80» zielt auf eine Umgestaltung der Transferpolitik selbst und damit langfristig auf eine finanzielle Entlastung der gesamten Gesellschaft. Die EU-Verträge bieten Spielräume, die die deutsche Politik nicht ausreichend zugunsten der neuen Länder nutzt. Auch in anderen strukturschwachen Gebieten Europas geht es ohne staatliche und europäische Investitionsförderung, ohne Kapitalhilfeprogramme und ohne offensive Infrastrukturpolitik nicht weiter. Wir brauchen eine Modellregion Ost mit einer Bildungs- und Forschungsförderung, eine kommunale Investitionszuschusspauschale, die Anerkennung des Ostens als Zielgebiet 1 oder etwas Vergleichbares auch nach 2006 und wir brauchen auch die Nutzung des beachtlichen kulturellen Reichtums des Ostens. Um die Chancen der EU-Erweiterung zu nutzen, halten wir die Ansiedlung von Firmen und Bundesbehörden im Osten der Republik für eine geeignete Förderung. Mit diesen Vorschlägen kann man zugleich den wachsenden strukturellen Problemen im Westen der Republik Rechnung tragen und nicht, wie Frau Merkel glaubt, gleiche Lebensbedingungen herzustellen, indem man im Westen länger arbeitet, sondern indem man im Osten kürzer arbeitet.

Hinter den Hartz-Gesetzen schimmert ein altbackenes, visionsloses Arbeitskonzept hervor, das den vollbeschäftigten und möglichst ausschließlich männlichen Normalverdiener zum mehrfachen Billiglohnjobber mutieren lässt. Es ignoriert nicht nur die Probleme des Ostens, sondern ignoriert auch die Chancen des Ostens für die ganze Republik gleich mit. Wir brauchen keine weitere «Verhartung» des Ostens. Mit den Hartz-Gesetzen sind 2004 vielleicht drei Arbeitsmarktstatistiken schöner, der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit etwas ausgeglichener und ein Jobcenter erweist sich als eine sinnige Idee der Entbürokratisierung – aber ein Rezept, weder ein kurzfristiges noch ein langfristiges, zur Schaffung von circa 7 Millionen fehlenden Arbeitsplätzen und existenzsichernden Beschäftigungen sind die Hartz-Gesetze nicht.

Kurz, der Programmentwurf skizziert eine Wirtschafts- und Arbeitspolitik, die realistisch am Gegebenen ansetzt, aber auf Richtungsänderung der Politik zielt, auf einen Prozess der Öffnung hin zu einer gerechten Gesellschaft.

V.

Im Zusammenhang damit ist ein anderer Grundgedanke des Programms entwickelt: Demokratischer Sozialismus wird dann und nur dann erfolgreich einen alternativen Entwicklungsweg mitbestimmen können, wenn es gelingt, das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft entschieden zugunsten demokratischer alternativer Kräfte zu verändern.

Im Programmentwurf heißt es dazu:

«Wir lassen uns davon leiten, dass Veränderungen in der Gesellschaft nur bewirkt werden können, wenn Betroffene und mit ihnen Solidarische ihre Angelegenheiten auch selbst in die Hand nehmen und sich selbstbewusst in die notwendige Auseinandersetzung einbringen. In diesem Ensemble gesellschaftlicher Kräfte ist eine moderne sozialistische Partei notwendig.»

Das erfordert eine einschneidende Veränderung in der Orientierung der Arbeit der PDS. Mehr und mehr hat sich ihre konkrete Arbeit in die Parlamente, zu den Verantwortungsträgern in Kommunalverwaltungen und auf Landesebene auch in Regierungen verlagert. Natürlich sind viele PDS-Mitglieder in Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen, Frauenbewegungen, in Arbeitsloseninitiativen, in Sozial-, Mieter- und Verbraucherverbänden, in antifaschistischen, antirassistischen und antimilitaristischen Gruppierungen engagiert. Aber das Hauptgewicht der Partearbeit hat sich in den letzten Jahren in den parlamentarischen, Verwaltungs- und Regierungsraum verlagert – in jenen Raum, in dem die äußeren Zwänge und die Notwendigkeit von Kompromissen besonders groß sind.

Damit keine Missverständnisse entstehen, in dieser Arbeit haben viele Parteimitglieder dringlich notwendige Kompetenzen erworben. In dieser Sphäre wurde für Bürgerinnen und Bürger mehr erreicht, als wir vermochten, in der Öffentlichkeit wahrnehmbar zu machen. Ministern, Senatoren, besonders den KommunalpolitikerInnen und Parlamentsabgeordneten gebührt dafür der Dank der PDS und ihre weitere Unterstützung. Wenn es aber gelingen soll, die vielen einzelnen ausgehandelten Ergebnisse dieser angestregten Arbeit zu einem entschieden deutlicher erkennbaren Profil der PDS zu verdichten als bisher, wenn im Ergebnis von Regierungsbeteiligungen die Stimmen für die PDS nicht weiter sinken, sondern steigen sollen, dann bedarf es der entschiedenen Verstärkung des außerparlamentarischen Drucks für alternative Projekte, damit sich unsere Genossinnen und Genossen in der parlamentarischen, Regierungs- und Verwaltungsarbeit darauf stützen können.

Deshalb heißt es im Programmentwurf: «Wir wollen, dass die Mitglieder der PDS stärker noch als bisher in demokratischen, sozialen und politischen Bewegungen wirken.»

Für die PDS gilt wie für die gesamte Linke in Europa, dass sie an ihre eigenen Grenzen stößt. Sie besitzt in Ostdeutschland wichtige Voraussetzungen für ein Wirken als linke Volkspartei: eine relativ starke soziale Verankerung, eine breite Aktivistenschaft mit praktischer Orientierung und sozialistischen Überzeugungen, Verantwortungsträgern in Parlamenten, Verwaltungen und Vorständen, die über große Erfahrungen verfügen. Aber die Mobilisierungsfähigkeit der Partei stagniert und ist zum Teil rückläufig.

In Westdeutschland liegt noch weit mehr auf der Hand, dass die bisherige Strategie nicht ausreicht für eine tiefere Verankerung der PDS in der Gesellschaft. Wir brauchen eine neue Offenheit, eine glaubwürdige große Bereitschaft zu Lernprozessen gemeinsam mit anderen, eine innerparteiliche Kultur, die davon nicht abschreckt, sondern dafür gute Bedingungen bietet.

Die PDS will mit einem zu schärfenden eigenen Profil die Gemeinsamkeit mit anderen in bisher nicht erreichtem Maße suchen. Das ist unverzichtbar für Alternativen in der Bundesrepublik wie für das Überleben der PDS selbst. Dies würde zu neuer außerparlamentarischer Verankerung auch der parlamentarischen Arbeit und der Verantwortung in Regierungen auf Landesebene führen und auf neue Weise unterschiedliche Kräfte in der PDS zusammenführen können.

Das neue Programm der PDS verdeutlicht die eigene Identität der Partei und vermag gerade dadurch die Grundlagen für ein entschieden intensiveres Zusammenwirken mit anderen zu festigen.

Politik ist nicht für Alternativlosigkeit, sondern für Alternativen zuständig. Ich habe einen konzentriert arbeitenden neuen Vorstand kennengelernt, der mit seinen Aufgaben wächst: Und ich weiß jetzt: Eine Krise kann auch eine Chance sein.

Stefan Heym, der in Chemnitz geboren wurde, hat vor fast genau neun Jahren als Alterspräsident des Deutschen Bundestages zu dessen Konstituierung darauf aufmerksam gemacht:

«Zwar hat die Mehrheit [...] sich von der hemmenden Last des Stalinismus und Poststalinismus befreit. Aber die Krise, von der ich sprach, eine Krise nunmehr der gesamten Industriegesellschaft, tritt dadurch nur umso deutlicher in Erscheinung. Wie lange wird der Globus, der einzige, den wir haben, sich die Art gefallen noch lassen, wie diese Menschheit ihre tausenderlei Güter produziert und konsumiert? Und wie lange wird die Menschheit sich die Art gefallen lassen, wie diese Güter verteilt werden?»¹

Wir haben in Ost und West geschichtliche Lehren zu verarbeiten, und deshalb ist der Gründungskonsens dieser Partei eine konsequente Entscheidung für den demokratischen Sozialismus gewesen.

Doch eine Partei des demokratischen Sozialismus hat nicht nur an glücklichen Wahlabenden ihr weiteres Existenzrecht zu feiern, sondern wir sind dafür angetreten, ein unverkennbares Profil und eine strategische Orientierung auf einen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf für einen politischen Richtungswechsel zu führen. Es geht um einen Richtungswechsel, in dem die Fragen über eine Zukunft aller – die Stefan Heym an den Deutschen Bundestag gestellt hat – von vielen und überall gestellt werden. Dazu zählt ebenfalls, dass sie auch wieder im Deutschen Bundestag zu hören sind, und zwar nicht nur zwei- sondern mehrstimmig, mit einer ganzen Fraktion der PDS. Wobei wir alle uns heute an genau dieser Stelle bei den zwei Stimmen für ihr mutiges und hörbares Engagement bedanken wollen. Danke Gesine, danke Petra!

1 Heym, Stefan: Rede zur Eröffnung des 13. Deutschen Bundestages, 10.11.1994, unter: www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/konstituierende-sitzung-des-13-deutschen-bundestages-ansprache-des-alterspraesidenten-801394.

Eine Programmdiskussion ist eine ernste, einschneidende Angelegenheit, ein entscheidender Teil unserer notwendigen Lernprozesse, aber genau wie die kommenden Wahlkämpfe kein Selbstzweck.

Wir werden doch nach einer über fünf Jahre währenden, offenen und ausgewogenen Programmdebatte einen realistischen, modernen und entschieden sozialistischen Programmentwurf, der uns hier zur Abstimmung vorliegt, annehmen können, und wir haben als Delegierte eines Programmparteitages der PDS allen Grund, uns für diesen weiteren Schritt unseres Weges zurück in die Politik zu entscheiden.

Hier hat eine Programmkommission – ab 2000 – unter Leitung von Gabi Zimmer, die allein nur in diesem Jahr über 500 Zuschriften im Text verarbeitet hat, Enormes geleistet. Ich möchte mich nicht nur dafür bedanken (auch stellvertretend für viele andere bei Bernd Ihme und Tanja Behrend), sondern auch unbedingt darauf aufmerksam machen, dass wir um viele neue Ideen, streitbare Ansätze und kluge Argumentationen gegen diesen neoliberalen Einheitsbrei reicher geworden sind.

Und wir müssen langfristig an von uns entwickelten Konzepten weiterarbeiten, ob es sich um den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor oder um eine Reform der Steuern handelt.

Der langfristige programmatische Vorschlag – «den Arbeitgeberbeitrag zu den Sozialversicherungen von der Lohnsumme auf die Bruttowertschöpfung umzustellen» – gibt arbeitsintensiven Branchen eine Chance, nimmt die wirkliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zur Grundlage und belohnt nicht den Abbau von Arbeitsplätzen zugunsten wachsender Kapitalintensität.

Ein weiteres «zentrales Element für die Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme stellt für die PDS die schrittweise Einführung einer am Bedarf orientierten sozialen Grundsicherung dar. [...] Die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung schließt Armut aus und ist dem in Deutschland geschaffenen geistigen, kulturellen und materiellen Reichtum angemessen. Um der Grundsicherung den Weg zu ebnen, unterstützt die PDS die Forderung nach Einführung von Mindestlöhnen.»

Wir verfallen nicht sofort dem neoliberalen Zeitgeist, wenn wir unternehmerisches Handeln und Gewinninteresse im Programm ansprechen. Viele kleine Unternehmen und Selbstständige fühlen sich von den großen Unternehmerverbänden überhaupt nicht mehr vertreten.

Unternehmerische Kreativität begründet nicht gleich und unmittelbar dasselbe wie eine profitdominierte Kapitallogik großer Konzerne, die wir unbedingt zurückdrängen wollen.

Wir verzichten an keiner Stelle des Programms auf eine Qualifizierung unserer Kapitalismuskritik und auf eine Kritik der Eigentumsverhältnisse, die mit ihrer unkontrollierten Verfügungsgewalt Einzelner das Anwachsen gesellschaftlicher Probleme verschärfen. Durch Spekulationen und eine ausschließliche Kapitallogik werden

menschliche Begabungen und Fertigkeiten – selbst unternehmerische Kreativität – vernichtet.

Wir haben im Programmentwurf die Verteidigung der öffentlichen Güter und den Ausbau humanorientierter Dienstleistungen zu unseren Zielen erklärt, und hier sind umfassende Vorschläge enthalten, die z. B. im «Potsdamer Appell» vom 20. September dieses Jahres auf der Internationalen Konferenz der linken Fraktion – GUE/NGL – im Europäischen Parlament zu den «Auswirkungen der EU-Liberalisierungspolitik auf die öffentliche Daseinsvorsorge» konkretisiert wurden.

Ich kann mich nicht entsinnen, von uns selbst verlangt zu haben, eine Bibel der ewigen Wahrheiten oder einen Warenhauskatalog der Beliebigkeit linker Geisteskraft zu verfassen. Wir wollten ein streitbares, mehrheitsfähiges Programm, und das liegt uns vor.

Wäre es nicht Streitbar, hätten wir mit dem Programmentwurf den ausgesprochen unsinnigen Versuch unternommen, den Pluralismus in der PDS nun auch programmatisch zu beerdigen.

Dieses Programm ist entschieden sozialistisch und zwar, dies hatte ich eingangs schon angedeutet, auf einem Niveau sozialistischen Denkens, welches Geschichte verarbeiten kann.

Die programmatische Ausgangsfrage «Was braucht jede und jeder Einzelne für ein selbstbestimmtes Leben?» verlangt einen kritischen und zugleich differenzierten Umgang mit der Geschichte des sozialistischen Versuches.

Unsere Kritik gilt nicht den unterschiedlichen Erfahrungen, den Irrtümern und schon gar nicht den großen sozialen Leistungen in der DDR, dem Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger.

Wir kritisieren das strukturelle Defizit an demokratischer Mitbestimmung, auch gewachsen aus außenpolitischen Bedingungen des kalten Krieges.

Unter anderem auch daraus sind Fehlentwicklungen und ein bevormundendes Klima entstanden, welche die Reformfähigkeit des Sozialismus in der DDR untergraben haben.

Dieses Programm ist zugleich entschieden sozialistisch, weil es die Welt nicht vom Paradies her definiert, sondern konsequent aus den realen Widersprüchen ableitet und darin Reformalternativen sucht und findet und vor allem auch Menschen anspricht, mit uns gemeinsam Reformalternativen zu finden.

«Sozialismus entsteht in unserem Verständnis nicht in der Folge eines abstrakten Geschichtsplans, sondern er geht von den wirklichen Interessen und Bedürfnissen der Menschen aus.»

Mit einem neuen Programm sind auch ein neuer Politikstil der Offenheit und eine Kultur des produktiven Streits gefordert. Diesen Politikstil müssen wir auch leben, und dazu gab es viele spannende Impulse, die nicht nur auf der Parteireformkonferenz in Leipzig Anfang September diskutiert worden sind. Und gerade jetzt, nach dem überraschenden Tod von Michael Chrapa, will ich euch erinnern, mit welch

kritischen Analysen, humorvollen Weltansichten und programmatischen Ideen Michael Chrapa uns alle und andere bereichert hat.

Wir entscheiden hier nicht nur über einen Programmwurf. Wir entscheiden hier, ob wir in der Lage sind, uns mit einem mehrheitsfähigen Programm in eine öffentliche Debatte um eine sozial gerechte, solidarische Zukunft einzumischen. Und deshalb brauchen wir die Entscheidung für ein neues modernes Programm jetzt.

Machen wir uns nichts vor. Zur nüchternen Beurteilung der Lage gehört die Feststellung: Die Konservativen sind europaweit im Vormarsch, die Sozialdemokratie verliert. Die Linke neben der Sozialdemokratie gewinnt europaweit nicht einfach den Raum, den andere verlassen, auch nicht in Deutschland. Wir müssen uns diesen Raum Millimeter für Millimeter erkämpfen. Und wir unterstützen deshalb auch eine europäische Linkspartei, die die vereinzeltten Kräfte in den Ländern der EU für ein friedliches, demokratisches und soziales Europa zu einer wichtigen, dynamischen Kraft vereinigen kann. Dieses für die links neben der Sozialdemokratie angesiedelten europäischen Parteien offene Projekt wird nach intensiven Beratungen mit befreundeten Parteien in Europa im November im Parteivorstand gründlich behandelt.

In der vorigen Woche ist eine Broschüre zu Agenda 2010 mit unserer Kritik und unseren Vorschlägen der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Auch im Parteivorstand wissen wir wohl, dass eine Broschüre allein nicht ausreicht, aber sie wird vielen helfen in der eigenen Argumentation, im täglichen Gespräch mit anderen, auch an den Info-Ständen. Nutzen wir also diese Broschüre. Und niemand ist daran gehindert, ihre Argumentation zu verbessern, sie als Drehbuch zu nutzen, damit wir auch stärker im Fernsehen vorkommen [...]

In der vorvorigen Woche wurde durch unsere Europafraktion eine Massenzeitung für ein friedliches und soziales Europa herausgegeben. Ich erwähne das mit der Bitte an euch, die Dinge, die wir produzieren – und dazu gehören auch der Disput und der Pressedienst – auch zu nutzen.

Mit der Arbeit in den Kommunen, durch die europäische Dimension unserer politischen Praxis und durch die intensive Auseinandersetzung mit der Arbeit in den Koalitionen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern begeben wir uns als Partei in Lernprozesse, in denen wir uns mit unserer anspruchsvollen Programmatik zugleich ernst nehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir gehören 2006 in den Deutschen Bundestag und wir werden 2004 einen anspruchsvollen Wahlkampf in den Ländern und für den Einzug in das Europäische Parlament als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten führen. Die Teilnahme an den Kommunalwahlen in den alten Bundesländern wird in den nächsten Jahren zu einem Gradmesser unseres Erfolges und ein Zeichen dafür, dass wir – trotz aller Schwierigkeiten – den Aufbau West der PDS wollen und tatkräftig unterstützen.

Viele Mitglieder der PDS gehen am 1. November 2003 zur großen Demonstration vieler Initiativen und Bündnisse gegen den sozialen Kahlschlag in Berlin auf die Straße [...] In der Resolution, die dem Parteitag zur Beschlussfassung vorliegt, steht: «Wir werden es nicht bei Konzepten und Erklärungen bewenden lassen [...]. Wenn nicht jetzt, wann dann braucht dieses Land eine starke sozialistische Opposition?» Diese Resolution, die der Parteivorstand ausgearbeitet hat, liegt euch schriftlich vor, weil aus einer Reihe von Basisorganisationen der Vorschlag kam, wir sollten uns auch zu den aktuellen sozialen Fragen äußern. Die Resolution greift in die aktuelle Situation ein, und sie wäre der aktuelle politische Diskussionsbeitrag der PDS aus Chemnitz. Wir haben den Text, da er aus Zeitgründen nicht ausführlich diskutiert werden kann, so formuliert, dass ihn aus unserer Sicht alle Delegierten mittragen können. Dennoch ist es natürlich eure Entscheidung, ihn per Akklamation anzunehmen oder nicht oder ihn nach einer Für- und Widerrede abstimmen zu lassen.

In unserem Programm ist formuliert, was uns als Partei im Inneren zusammenhält.

In unserem Programm sind öffentlich unsere Ziele nach mehr sozialer Gerechtigkeit, sozialer Chancengleichheit und Solidarität formuliert. Unser Programm zeigt Wege in eine Zukunft ohne Kriege, und das ohne jedes Wenn und Aber! Die Partei des Demokratischen Sozialismus hat ihre Lehren gezogen. Sie weist die falschen Gegenüberstellungen und Entgegensetzungen aus der Geschichte zurück. Wir demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten wollen Freiheit UND Sozialismus.

In dieser für unsere Partei nicht einfachen Phase ihrer Entwicklung wird uns ein neues Programm Zuversicht und den nötigen Mut für unseren Kampf um eine alternative «Agenda sozial» geben. Wir werden jetzt dringend in den sozialen Auseinandersetzungen gebraucht. Ein langer Atem ist gefragt. Konzentrieren wir uns deshalb auf unsere Aufgaben in diesen sozialen Auseinandersetzungen, langfristig mit unserem Programm und täglich vor Ort.

Wir alle gemeinsam!

DOKUMENT 22

DER PLATZ DER PDS IST IM ALLTAG DER MENSCHEN

REDE AUF DEM LANDESPARTEITAG DER PDS BRANDENBURG AM 29. NOVEMBER 2003 IN BLOSSIN

Quelle: PDS-Pressedienst, Nr. 49, 5.12.2003

Nach zwei Bundesparteitagen 2003 – dem außerordentlichen Parteitag Ende Juni in Berlin und dem Programmparteitag Ende Oktober in Chemnitz – erleben wir eine PDS, die ihre verbliebene Chance nutzt, selbstkritisch und selbstbewusst. Dafür gibt es nicht wenige Signale. Wir haben in den vergangenen Monaten Mut und Entscheidungsfreude bewiesen. Das muss so bleiben!

Wir sind von der lähmenden Selbstgerechtigkeit in innerparteilichen Debatten den viel spannenderen Weg gegangen, die soziale Gerechtigkeit wieder in den Mittelpunkt unserer Arbeit, in den Mittelpunkt des Austausches mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Medienvertretern und Bündnissen und in den Mittelpunkt der eigenen strategischen Entscheidungen zu rücken.

Wir haben uns ein neues Selbstvertrauen erarbeitet und entschieden, dass wir uns mit einem modernen mehrheitsfähigen Programm in die Politik zurückmelden. Auch in Brandenburg gilt: Die PDS ist nicht tot. Die PDS ist wieder da!

Man wird zugleich das Gefühl nicht los, dass es in der Bundesrepublik Deutschland fünf vor zwölf ist, dass sozialstaatliche Gewissheiten zu Grabe getragen werden und viele Macher der Medienöffentlichkeiten Ausgrenzung und Entdemokratisierung propagieren und eine Welt der sozialen Kälte als Naturgesetz verkaufen.

Umso wichtiger sind unsere Mühen der vergangenen Monate um ein belebendes Selbstbewusstsein, um die Überwindung einer PDS, die sich selbst genügt und die endlich eine Orientierung verabredet hat, dass die PDS im Kampf um soziale Gerechtigkeit gebraucht wird. Der Platz der Partei demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten ist im Alltag der Menschen.

Am 1. November haben wir bei der Demonstration in Berlin nicht nur der medialen Öffentlichkeit gezeigt, dass wir wach und aktionsfähig sind, wir haben auch innerhalb der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und Initiativen gezeigt, dass wir ein verlässlicher Partner in Bündnissen gegen den Sozialabbau sein werden, dass

wir dafür den Austausch suchen und auch viel einzubringen haben. Gleich zwei Wochen später konnte ich diesen Ansatz beim Europäischen Sozialforum in Paris weiterverfolgen. 60.000 Menschen haben sich dort für ein demokratisches, friedliches und soziales Europa eingesetzt.

Schockartiger Sozialabbau im Westen

Ich bin gerade auf der Kommunal- und Sozialtour in den westlichen Bundesländern gewesen, und dort herrscht in den Städten des Ruhrgebiets genau wie in Hessen ein schockartig erlebter Abbau sozialer Rechte. Mit einer Verzögerung von 14 Jahren nach der Wende wird die schrittweise Beerdigung des Kapitalismus rheinischer Prägung erlebt, ein Prozess, der vor 20 Jahren begann und erst heute vor Ort im Westen deutlich spürbar wird. [...] Jetzt gibt es symptomatische Entwicklungen in den westlichen Bundesländern, die schlicht neuartig erlebt werden:

- Betriebsräte sehen sich international agierenden Konzernleitungen gegenüber, die auf abenteuerliche Weise tarifrechtliche Errungenschaften boykottieren.
- Städtische und freie Träger erwägen erstmalig den Ausstieg aus tarifrechtlichen Arbeitsverhältnissen, eine Entwicklung, die den gesamten zweiten Arbeitsmarkt im Osten seit Mitte der 1990er-Jahre prägte.
- Erfahrene Bildungsträger sehen sich in neuartigen Konkurrenzsituationen bei öffentlichen Ausschreibungen, in denen Qualität gegen Billiglohn geopfert wird.
- Städtische Bühnen und Theater diskutieren Überlebensmodelle und schauen dabei auf Berlin oder mit Entsetzen nach Weimar und auf die schon stattgefundenen Schließungen, wie in Brandenburg.
- Kommunen und Städte verkaufen ihr Tafelsilber und verlieren Stück für Stück einer Substanz, die die Voraussetzung ist, diese Entwicklung umzukehren.

Mein Eindruck ist, dass der Westen gerade eine Welle von Damnbrüchen und Entsolidarisierungen zwischen unterschiedlichen Interessenvertretungen erlebt. Da bröckeln nicht nur die sozialstaatlichen Gewissheiten, da gibt es Verunsicherung, Orientierungslosigkeit, Ängste auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft, eine wachsende Arbeitslosigkeit in den Großstädten und die große Sorge, dass diese Entwicklungen zu mehr sozialer Kälte, zum weiteren Abbau demokratischer Rechte in der Arbeitswelt und den kommunalen Spielräumen führen. [...]

Deutlich wird auch, dass wir eine neuartige Solidarität und Zusammenarbeit zwischen Ost und West brauchen, sonst haben wir verloren. Von unseren kleinen westdeutschen Landesverbänden müssen wir gleichermaßen einen riesigen Erfahrungsschatz für die Politik in den östlichen Landesverbänden auswerten. Die starke kommunalpolitische Orientierung der Westverbände ist von einem tiefen Verständnis der Verwobenheit und des unmittelbaren Zusammenhangs aller Politikebenen geprägt. Kommunalpolitik hat dort ganz klar eine internationalistische Dimension, deutlich im Kampf gegen die Cross-Border-Leasing-Geschäfte.

Europäische Entwicklungen sind dort immer zugleich in den lokalen Auseinandersetzungen gegenwärtig und in der Landespolitik – wie zum Beispiel im Aktionsbündnis «Stoppt den Hessischen Kahlschlag». Dort wird der Widerstand gegen den Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge und gegen den bundespolitisch forcierten Sozialabbau gemeinsam mit einer differenzierten Debatte um mehr Bürgerbeteiligung geführt. Dort werden die bundespolitischen Forderungen der PDS zur Gemeindefinanzreform genauso offensiv vertreten wie eine Stärkung der Stellung der Kommune im Staatsaufbau der Bundesrepublik, in der Politik der Länder. Es ist nunmehr gesicherte Erfahrung: Die PDS im Westen wächst von unten oder sie wächst gar nicht!

Landesthemen mit Einfluss auf Landtags- und Europawahlen

Ich denke, auch die Brandenburger Kommunalwahl hat ganz deutlich gezeigt, dass die bundespolitischen sozialen Themen auf das Wählerverhalten durchschlagen und dass Landtagswahlen keine autarken Veranstaltungen sind, die gänzlich unbeeinflusst von bundespolitischen Entwicklungen bleiben werden. Gleiches lässt sich jetzt schon für die Europawahlen 2004 voraussagen.

Die Agenda 2010, darin die Gemeindefinanzreform, die Entwicklung der Steuerreform werden die regionalen Arbeitsmärkte und die Chancen wirtschaftspolitischer Landesprogramme nachhaltig prägen.

Wir haben gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes deutlichen Widerstand gegen die Zementierung sozialer Benachteiligung, gegen die Umverteilung von unten nach oben, gegen die nicht befriedigende Bildungssituation, gegen eine Bundeswehr in «Out-of-area»-Einsätzen zu entfalten. Wir haben nicht nur in Brandenburg Wege gegen die Abwanderung, gegen ein Ausbluten der strukturschwachen Regionen, gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und den Ausverkauf des sozialen Zusammenhalts in Bildungs-, Jugend-, Kultur- und Sozialprojekten sichtbar zu machen. Das Ende der Chipfabrik in Frankfurt dokumentiert erneut: Was immer die Regierung der Großen Koalition in diesem Lande auch anpackt – es geht schief, manchmal auf tragische, manchmal auf lächerliche Weise.

Wir werden mit dem neuen Programm, mit unserer «Agenda sozial» nach den eigenen Lösungen gefragt.

Wir werden verstanden, wenn wir uns mit Offenheit und einem eigenen Profil in den Kommunen, in die bundespolitische Auseinandersetzung, in die Debatte um den europäischen Vereinigungsprozess mit klaren Perspektiven einmischen.

Nur funktioniert dies nicht mit Versprechungen, die keiner halten kann, sondern mit einer Gewissheit, dass wir unsere Alternativen nicht allein durchsetzen können, sondern dafür viele gewinnen wollen, viele, die eigene Ideen mitbringen und auch viele, die ein Rezept gegen Mutlosigkeit und Depression, soziale Ängste und Ausgrenzung, in gemeinsamen Bündnissen, in Aktionen und Veränderungsbereitschaft sehen. [...]

Brückenbauer im Wahlmarathon

Wir müssen dabei jetzt nicht nur über sieben Brücken gehen, sondern gleich bei acht Kommunalwahlen in Ost und West, bei vier Landtagswahlen, bei denen wir antreten werden, sowie der Wahl zum Europäischen Parlament wirklich als bundespolitische Partei Brücken bauen. Als regionale Ostpartei, die in Landtagen präsent und aktiv ist, verspielen wir unsere historischen Erfahrungen in Ost und West. Der Impuls, den wir in den vergangenen Monaten aufgebaut haben, wird nur stärker, wenn wir uns kulturell höchst unterschiedlichen Milieus, Jungen und Alten gleichermaßen öffnen. Die PDS hat die Weichen gestellt, den Abwärtstrend zu stoppen und im Jahr 2004 den Trend für sich positiv umzukehren. Illusionen über das, was vor uns liegt, sind allerdings nicht hilfreich. [...]

Ich finde es daher angemessen, mich beim Antrag «Leitbild für eine Parteireform», den ich nur im Zusammenhang zu einem engagierten Landeswahlkampf verstehen kann, in produktiver Kritik zu üben, eben weil ich seinen Beschluss für bedeutsam halte. Der Antrag macht mich ungeduldig. Mir geht es so, wie ich es auch eingangs auf dem Chemnitzer Parteitag formuliert hatte: Manches geht mir in dieser Partei einfach zu langsam. Während wir seit vier Jahren im Beschreiben der Aufgaben festzustecken scheinen, ändern sich dafür in einem erschreckenden Maße die Zahlen, die in den Tabellen im Anhang Auskunft über die Mitgliederentwicklung, Beitragszahlung, Altersstruktur usw. geben. Gerade darum müssen wir von der Aufgabenbeschreibung endlich zum Handeln kommen. [...]

Widerstand gegen Ausverkauf in den Kommunen

Wegen der besonderen Situation der PDS in Brandenburg, einer großen Koalition aus SPD und CDU gegenüberzustehen, haben wir auch eine besondere, eigenständige Verantwortung, als Partei des dringenden politischen Richtungswechsels aufzutreten. Wie kommen wir von der selbstgerechten Großen Koalition im Lande zu mehr sozialer Gerechtigkeit – das ist wohl eine der wichtigen Fragen, die wir zu beantworten haben.

In den Kommunen wächst bundesweit der Widerstand gegen den Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge, gegen den Sozialabbau.

Wir werden eine differenzierte Debatte um mehr Bürgerbeteiligung führen, so wie es auch auf der Konferenz in Offenbach geschehen ist oder wie es in Berlin in zwei Bezirken praktisch geplant ist. Wir stehen dabei für eine echte Demokratisierung statt für neoliberale Konzepte einer «Bürgerkommune», die oft dann erprobt werden, wenn das Tafelsilber schon verkauft wurde. Gerade auch nach der Kommunalwahl in Brandenburg müssen wir uns mehr um die Kommunalpolitik kümmern. Und wir müssen über die

- Stellung der Kommunen in der Bundesrepublik verhandeln,
- die wirkliche Tragweite einer Gemeindefinanzreform aufzeigen,
- wir brauchen die Kommunen als Investor für regionale Beschäftigungsbündnisse,

- wir brauchen Kommunen mit großem Spielraum für Wirtschaftsförderung, Bildung und Kultur.

Die PDS fordert gemeinsam mit vielen anderen: Die GATS-Verhandlungen müssen endlich in aller Öffentlichkeit geführt und diskutiert werden. Dazu gehört auch eine schonungslose Auswertung bisheriger Privatisierungen.

Alternativen für den Arbeitsmarkt

Die PDS sagt JA zu sozial gerechten und wirtschaftlich sinnvollen Alternativen für den Arbeitsmarkt. Aktuell haben wir wesentliche Forderungen in unserer Petition an den Deutschen Bundestag aufgeführt:

- JA zu einer Reformpolitik, die die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Vordergrund gesetzgeberischen Handelns stellt!
- JA zur Erschließung folgender Finanzquellen für neue Arbeitsplätze: keine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes, intensive Unterbindung des Umsatzsteuerbetrugs, schärfere Kontrollen zur Verhinderung von Steuerflucht statt Amnestie der Steuerflüchtlinge!
- JA zu einer gesetzlichen Ausbildungsumlage, die jungen Leuten Perspektiven öffnet!
- JA zu gesetzlich geregelter Überstundenabbau und zur Verkürzung der Arbeitszeit!
- JA zu einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor! Und hier haben wir nicht nur Vorschläge als linke Opposition entwickelt, sondern in Mecklenburg-Vorpommern mit dem landesgeförderten GAP-Programm erste Erfahrungen gesammelt, die die ostdeutschen Arbeitsminister und Wirtschaftssenatoren auch auf der Bundesebene auswerten.
- JA zur Anhebung der öffentlichen Investitionsquote auf europäischen Durchschnitt, unter anderem durch ein kommunales Infrastrukturprogramm mit Schwerpunkt Ostdeutschland!

Die PDS fordert eine echte Gemeindefinanzreform ein:

- Wiederauflage einer kommunalen Investitionspauschale durch Abschmelzen der Goldreserve (3 Mrd. Euro),
- Stärkung der finanziellen Situation der öffentlichen Kassen durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer (5 Mrd. Euro),
- Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz (wer Leistungen bei den Kommunen «bestellt», der bezahlt),
- Vereinfachung der Förderpolitik durch Abbau von Bürokratie und Reduzierung der Zweckbindung für Fördermittel.
- Wir brauchen einen breiten Diskurs über Inhalte öffentlicher Daseinsvorsorge und klare Kompetenzabgrenzung zwischen den politischen Ebenen.
- Die Kommunen brauchen einen Ausgleich für die vorgezogene Steuerreform, durch die sie weitere 3,5 Milliarden Euro Einnahmeausfälle zu befürchten haben.

Die PDS tritt für ein Europa der Kommunen ein. Die Frage nach der Stellung der Kommunen im Staatsaufbau stellt sich im Moment so drängend wie nie. Zum einen ist die Kommune durch ihre finanzielle Schwäche nicht mehr in der Lage, die ihr von der Verfassung zugeschriebene Rolle zu erfüllen, zum anderen eröffnet die Europäische Einigung Chancen und Risiken. Die neue EU-Verfassung verteidigt ausdrücklich die Subsidiarität. Das ist gut. Auf der anderen Seite werden kommunale Handlungsspielräume massiv bedroht durch die europäische Liberalisierungs- und Militarisierungspolitik, wie sie in der EU-Verfassung festgeschrieben ist.

PDS als wichtige Stütze des sozialen Protestes

Die PDS muss ihren Widerstand gegen den Ausverkauf unserer Kommunen also mit einer europaweiten Perspektive und mit unseren europäischen Partnerinnen und Partnern führen. Im Wahljahr 2004 mit acht Kommunalwahlen, davon vier in Westdeutschland, plus der Europawahl haben wir die Chance, die kommunale und die europäische Ebene zusammenzubringen und gemeinsam mit Linken in anderen Ländern Formen des Widerstands zu erproben:

Die westdeutschen Kommunalwahlen 2004 sind für die PDS von herausragender Bedeutung. Die PDS ist auch im Westen, und das zeigen gerade die Bündnisse vor Ort, eine wichtige Stütze des sozialen Protests.

Die PDS kommt nur in die Parlamente, ja, sie kommt überhaupt nur zu attraktiven und aussichtsreichen Wahlbündnissen, wenn sie glaubwürdig und verbindlich in und mit sozialen Bewegungen zusammenarbeitet und dort als interessante Partnerin begriffen wird. Und gleichzeitig gilt: Schafft sie es in die Parlamente, dann hat sie ihren außerparlamentarischen Partner*innen natürlich auch mehr anzubieten.

Das heißt nicht, dass wir ohne eigene Inhalte in die Wahlkämpfe gehen sollen, sozusagen als bloße Protestpartei. [...]

Lasst mich abschließend für unser Selbstverständnis hervorheben: Wir verfügen mit dem neuen Parteiprogramm über eine gemeinsame Basis als sozialistische Partei. Das ist zugleich auch eine Herausforderung, damit mehr und mehr Menschen augenscheinlich und praktisch die Erfahrung machen: Die PDS ist wieder da.

In den jüngsten Parteivorstandssitzungen sind die Brücken ins Jahr 2004 geschlagen worden. Priorität hat für uns der Widerstand gegen die Kanzler-Agenda-2010, der wir unsere «Agenda sozial» entgegensetzen. Wir öffnen unsere Geschäftsstellen für Bürgerinnen und Bürger, die praktischen Rat suchen zum Beispiel gegen die unsoziale Renten- und Gesundheitspolitik der Bundesregierung. Unser wichtigstes Ziel ist der Wiedereinzug der PDS in den Deutschen Bundestag 2006.

Vorschlag für Landtagswahlen: Dagmar Enkelmann auf Platz 1

Vor sechs Monaten wurde ich zum Vorsitzenden der Partei gewählt, um die Partei aus ihrer Krise herausführen zu helfen. Das habe ich als Auftrag der Delegierten verstanden, das bleibt mein Auftrag ... und sonst gar nichts.

Alles andere, was ich noch tue, ist demgegenüber zweitrangig. Ich habe mich, um mich auf diese Aufgabe zu konzentrieren, von manch anderen liebgewonnenen Tätigkeiten ehrenamtlicher Art konsequent getrennt. Ich habe gründlich und lange überlegt, ob ich, wie vorgeschlagen wurde, Spitzenkandidat zu den Europawahlen werde. Ich habe mich dazu mit nicht wenigen Freundinnen und Freunden in- und außerhalb der PDS verständigt.

Es gibt gute Gründe, die dafür sprechen. Es gibt gute Gründe, die dagegen sprechen. Als Parteivorsitzender werde ich an der Spitze des Europawahlkampfes stehen. Aber ich gehe nicht ins Europäische Parlament: Ich bitte alle meine politischen Freunde um Verständnis für diese Entscheidung. Wer sich wie ich noch einmal für den Parteivorsitz gestellt hat, dem sollte man bitte jetzt auch gestatten, nicht an weitere Spitzen zu treten. Ich bin kein Spitzensportler.

Wir haben zudem in Brandenburg zur Landtagswahl eine Situation, die unserer besonderen Aufmerksamkeit und Energie bedarf. Vor einem Jahr habe ich gesagt, dass ich als Spitzenkandidat für die Landtagswahl nicht mehr zur Verfügung stehe. Diese Entscheidung war und ist richtig. Ich schlage euch heute vor, auf diesem Parteitag dem Duo Platzeck/Schönbohm ein PDS-Gewicht gegenüberzustellen, damit wir den selbstgerechten Großkoalitionären – mit ihrem einfallslosen Chip-Chip-Hurra – rechtzeitig und unübersehbar eine Persönlichkeit entgegenstellen, die für soziale Gerechtigkeit steht und im Lande dafür bekannt ist.

Und deshalb schlage ich euch vor, auf diesem Parteitag eine Spitzenkandidatin zu nominieren. Von allen persönlichen, intellektuellen, politischen Voraussetzungen her schlage ich euch dafür Dagmar Enkelmann vor. Wir alle kennen und schätzen sie. Und wenn ihr das dann auch so seht, dann werde ich mich als die Nummer 2 bewerben. Im Parteivorstand ist Dagmar meine Stellvertreterin, im Landtagswahlkampf werde ich dann ihr Stellvertreter sein.

Natürlich vorausgesetzt, wir werden auf der Wählervertreter*innenkonferenz gewählt.

Mit eurer aller Hilfe sollten wir Schönbohm das Fürchten lehren.

Die PDS ist wieder da. Auch in Brandenburg. Kämpfen wir gegen die Große Koalition der verpatzten Großprojekte und des Sozialabbaus, kämpfen wir für mehr Arbeit, für mehr soziale Gerechtigkeit. Stellen wir auch in Brandenburg der Agenda 2010 unsere «Agenda sozial» gegenüber. Stellen wir den Sonntagsreden über Bildungsoffensiven ein Konzept sozialer Chancengleichheit in der Bildung entgegen. Kämpfen wir wieder stärker für eine Kultur für alle. Und sorgen wir vor allem dafür, dass junge Menschen wieder eine realistische Arbeits- und Lebensperspektive haben und in Brandenburg bleiben. Und blockieren wir uns nicht gegenseitig, sondern streiten wir miteinander, wir alle gemeinsam!



Gründung der Partei der Europäischen Linken am 8. Mai 2004 in Rom

DOKUMENT 23

DIE DIGITALE SPALTUNG DER GESELLSCHAFT

**LOTHAR BISKY UND JÜRGEN SCHEELE, SEPTEMBER 2007
(AUSZÜGE)**

Quelle: Utopie kreativ 203, September 2007, S. 821 ff.

[...]

Strategien zur Überwindung der digitalen Spaltung

Die Teilhabe an den durch das Internet möglichen Anwendungspotenzialen – zu nennen sind insbesondere die Wachstumsbereiche E-Consumes und E-Commerce, E-News und E-Information, E-Politics und E-Government – allen in Form eines «Breitband-Internet für alle» zu ermöglichen, wurde einleitend als demokratische Notwendigkeit bezeichnet. Durch die empirischen Befunde zur sozialen und räumlichen Dimension der digitalen Spaltung, sowohl in nationaler als auch in internationaler Perspektive, wird diese Notwendigkeit noch untermauert. Aus unserer Sicht bestehen zu ihrer Überwindung prinzipiell drei Möglichkeiten:

Die *erste* Möglichkeit nennen wir die neoliberale oder US-amerikanische Variante. Sie läuft darauf hinaus, den Digital Divide durch das freie Spiel der Marktkräfte regulieren zu lassen. Paradigmatisch für diese Variante steht die Äußerung des Vorsitzenden der Federal Communications Commission (FCC), Michael Powell, aus dem Jahr 2001. Er wurde mit den Worten zitiert, ebenso wie ein Digital Divide bestehe auch ein «Mercedes divide»: «I'd like to have one; I can't afford one» – bei Einführung einer neuen Technologie könne, das sei charakteristisch für ein auf den Gesetzen des Marktes basierendes Wirtschaftssystem, nicht jede und jeder sofort in gleichem Ausmaß partizipieren.»¹

Dass der Markt allein die Aufhebung der digitalen Kluft nicht bewirkt, belegen die empirischen Befunde. Nicht ausgemacht ist damit allerdings, ob er dies – ließe man ihn, wie von den Vertretern des Neoliberalismus gefordert, vollkommen dereguliert

1 Zit. nach Gehrke, Gernot/Tekster, Thomas: Zwischen Digitaler Teilung und Integration. Neue Befunde zum Stand der Nichtnutzung von Internet und Online-Diensten. Zum Hintergrund der Debatte um Teilung und Integration, ECMC 2004, S. 6.

und möglichst rein agieren – nicht zukünftig bewerkstelligen kann. Dem wiederum widerspricht alle Erfahrung: Das US-amerikanische Modell des Kapitalismus mit seinen *working poor*, fehlender Kaufkraft der Unterschichten und unzureichender sozialer Daseinsvorsorge zeigt sich zu einer solchen sozialpolitischen Integration nicht in der Lage. Von seinen Grundbedingungen her, die in zunehmendem Maße – hervorgerufen durch die einseitige Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre – auch in Deutschland anzutreffen sind, erlaubt es einer großen Zahl von Menschen finanziell nicht, an den Potenzialen des Internets zu partizipieren.

Die *zweite* Möglichkeit nennen wir die neokorporatistische oder deutsche Variante. Sie läuft darauf hinaus, die digitale Spaltung unter den Bedingungen der Förderung des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu überwinden. Dieser Argumentation zufolge hat breitbandige Kommunikation positive Effekte auf die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, Branchen und der deutschen Wirtschaft insgesamt. Werde die Informations- und Kommunikations-Industrie (IuK) als maßgeblicher Antrieb auf dem Weg zur Wissensgesellschaft und zu einer wissensbasierten Ökonomie nicht heute gefördert, drohe künftig ein Zurückfallen hinter Konkurrenten im internationalen Wettbewerb. Standortpolitik ist demnach Unternehmenspolitik zur Förderung der IuK-Branche und entsprechender Arbeitsplätze in Deutschland. Neokorporatistisch ist sie deshalb, weil sie die Interessenvermittlung lediglich zwischen Staat und Wirtschaft organisiert und andere Interessen außen vor lässt.

Dass Standortpolitik die Aufhebung der digitalen Kluft nicht bewirken wird, ist aus zwei Gründen ersichtlich. Einerseits kann die sozialpolitisch wünschenswerte Verbilligung des Internetzugangs nach dieser Maxime nur durch die Intensivierung von Wettbewerb auf den IuK-Märkten erfolgen. Wie gezeigt wurde, ist es im ländlichen Raum und in weniger entwickelten Regionen aber gerade das ökonomische Kriterium mangelnder Rentabilität, das erforderliche Investitionen in die digitale Infrastruktur entweder verhindert oder sie aufgrund der Höhe dieser Investitionen in privatwirtschaftlicher Trägerschaft – das heißt, ohne Umverteilung zwischen dicht und dünn besiedelten Räumen bzw. kaufkraftstarken und kaufkraftschwachen Regionen nur zu hohen Endkundenpreisen möglich macht.

Andererseits findet Standortpolitik ihre Grenzen dort, wo der Wettbewerb durch monopolartige Strukturen selbst eingeschränkt ist. Gerade im Bereich der digitalen Infrastruktur ist das in einem erheblichen Maße der Fall. Beispielsweise besteht bei den TV-Kabelnetzanbietern, die sich durch den digitalen, rückkanalfähigen Ausbau ihrer Netze seit Kurzem auch als Anbieter von Breitbandinternet positionieren, eine Aufteilung des Marktes nach Regionen ähnlich wie im Stromgeschäft. Ist aber im je konkreten Fall kein Zugang zu alternativen Technologien gegeben, hat das für die Verbraucherinnen und Verbraucher zur Folge, dass sie sich Preiserhöhungen nicht erwehren können. Ähnliche Folgen wird die von der Bundesregierung beschlossene Herausnahme des im Entstehen begriffenen Hochgeschwindigkeitsnetzes (VDSL) der Deutschen Telekom AG aus der Regulierung zeitigen. Sie bedeutet nichts anderes

als einen Ausschluss von Wettbewerbern und die Gewährung einer Monopolrente zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Die *dritte* Möglichkeit nennen wir die gesellschaftliche oder die Variante einer europäischen Linken. Eine solche Position besteht bislang noch nicht. Sie müsste unseres Erachtens zumindest vier Punkte umfassen:

(1) Der Aufbau einer digitalen Infrastruktur ist zu einem Schwerpunkt der europäischen Entwicklungszusammenarbeit zu machen. Die Länder der EU sollten den Entwicklungsländern in ausreichender Höhe Mittel zur Anschubfinanzierung des Aufbaus einer digitalen Infrastruktur zukommen lassen. Aus historischen Gründen würden wir eine Konzentration auf die Länder Afrikas und Lateinamerikas einschließlich des Karibik-Raumes empfehlen. Zu finanzieren ist das über die längst überfällige Erhöhung der Entwicklungshilfe der EU-Länder auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts. Das Sieben-Prozent-Ziel sollte nicht 2015, wie von den zuständigen Ministern in den EU-Ländern beschlossen, sondern bereits 2010 umgesetzt werden.

(2) Das Prinzip der Netzneutralität ist im europäischen Rahmen gesetzlich zu verankern. Netzbetreibern muss untersagt werden, spezielle Vereinbarungen mit Unternehmen und Inhalteanbietern für eine schnellere Übertragung ihrer Daten abzuschließen. Der freie Zugang und die freie Wahl der Zugangsgeschwindigkeit ist allen Interessierten unterschiedslos zu gewähren. Der Zugang zu bestimmten Inhalten darf nicht blockiert werden (ausgenommen: Kinderpornografie). Missbräuchliche Marktmacht muss durch eine effiziente Anti-Trust-Gesetzgebung eingeschränkt werden. Dies sind Minimalvoraussetzungen eines gleichrangigen und zumindest auf der Ebene der technologischen Struktur demokratischen Zugangs zur digitalen Kommunikation.

(3) In Deutschland ist mittelfristig die Infrastruktur für ein «Breitbandinternet für alle» bereitzustellen. Dies kann auf zweierlei Art erfolgen. Entweder die Netzinfrastruktur wird in staatlichen Besitz überführt – für die Telefonfestnetz-Infrastruktur und die TV-Kabelnetze bedeutete das eine Wiederverstaatlichung – womit ein staatliches Monopol entstünde, das – wie im Falle des Straßennetzes – gratis oder zu einer geringen Gebühr bereitgestellt werden könnte. Oder aber es erfolgte eine Subventionierung von privatwirtschaftlich agierenden Infrastrukturanbietern zum flächendeckenden Ausbau und der Versorgung ländlicher Räume mit Breitbandkommunikation. In Verbund mit einer strikten Regulierung könnte so eine Umverteilung zwischen dicht und dünn besiedelten Gebieten sowie ein gewisses Maß an Preisregulierung erreicht werden. Letzteres ist angesichts der Erfahrungen mit den Beihilfeverfahren der EU-Kommission gegen das öffentlich-rechtliche Fernsehen und die Bereitstellung von DVB-T in Deutschland allerdings keineswegs die rechtlich weniger komplexe Gestaltungsvariante.

(4) Bildungs- und Medienkompetenzinitiativen wie «Schulen ans Netz», «Frauen ans Netz» oder «Senioren ans Netz» sind weiter zu fördern und auszuweiten. Dies ist erforderlich, um die sozial Unterprivilegierten, aber auch die scheinbar Desin-

teressierten an die Welt der digitalen Kommunikation heranzuführen. Generell ist der Bildung im digitalen Zeitalter eine höhere Bedeutung beizumessen, als es heute geschieht. Sie ist zugleich sozial gerecht auszugestalten. Nur so lassen sich einigermaßen gleiche Zugangschancen auch zum Medium Internet herstellen. Und, das ist in diesem Zusammenhang ausdrücklich hervorzuheben, zu den Grundbedingungen von Demokratie gehört aus gesellschaftlicher Perspektive auch ein soziales Anrecht auf Bildung für alle Bürgerinnen und Bürger. Alle Bestrebungen zur Privatisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens sind daher zurückzuweisen. Dort, wo diese bereits eingeführt sind, ist das rückgängig zu machen.

Eine *gesellschaftliche* Variante als Projekt der europäischen Linken zu organisieren, erscheint uns als eine entscheidende Aufgabe, den Herausforderungen des «informationellen Kapitalismus» (Castells)² partizipativ zu begegnen. In diesem sind die Quellen ökonomischer Produktivität, kultureller Hegemonie und politisch-militärischer Macht in zunehmendem Maße abhängig von der Gewinnung, Speicherung, Verarbeitung und Erzeugung von Information und Wissen. Zwar ist die Abhängigkeit von den letztgenannten Faktoren für ökonomische Akkumulation und politische Macht nichts historisch Neues. Doch erst jetzt werden Information und Wissensproduktion durch technologische, gesellschaftliche und kulturelle Parameter unmittelbar zur Produktivkraft. Die Erzeugung und Steuerung von Wissen, Information und Technologie sind eine wesentliche Bedingung für die Organisation der gesamten Gesellschaftsstruktur. Information ist zum entscheidenden Rohstoff geworden, aus dem alle gesellschaftlichen Prozesse und sozialen Organisationen gebildet sind. Zugang zu Information wird ebenso wie Einsatz und Auswahl von Information darüber entscheiden, von wem und wie das elektronische Kommunikationsnetzwerk beherrscht wird. Es ist zu konstatieren, dass die künftige Welt des Netzes von zwei unterschiedlichen Gruppen bewohnt werden wird: «den Interagierenden und den Interagierten». Zu Ersteren zählen die, die in der Lage sind, Kommunikationskreisläufe aktiv auszuwählen, zu Letzteren jene, die aufgrund von Zugangsbeschränkungen an der gesellschaftlichen Kommunikation nicht teilhaben können. Die Entscheidung darüber, wer zu den Interagierenden und wer zu den Interagierten in der Informationsgesellschaft gehört, «wird weitgehend den Rahmen für das Herrschaftssystem und für die Prozesse der Befreiung in der informationellen Gesellschaft bestimmen».³

2 Castells, Manuel: Das Informationszeitalter, 3 Bde., Opladen 2001 ff., Bd. 1, S. 424.

3 Ebd., S. 428.

DOKUMENT 24

WAS KÖNNTE MEDIENPOLITIK LEISTEN?

Quelle: Bisky, Lothar/Krise, Konstanze/Scheele, Jürgen (Hrsg.): Medien – Macht – Demokratie. Neue Perspektiven, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Texte 54, Berlin 2009, S. 11–17

Die Bedeutung von Medienpolitik wird heute allgemein und von sämtlichen politischen Parteien unterschätzt. Das ist keine Besonderheit innerhalb der Linken. Glotz und Langenbucher haben Anfang der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts vom fünften Rad am Wagen gesprochen. Das wäre gegenwärtig eine kaum erreichbare Idealposition für die Medienpolitik. Ihre Vernachlässigung ist seither weiter vorangeschritten. Das scheint paradox zu sein, denn die Mehrzahl der Politiker schiebt gerne alles auf die Medien ab, die sie einerseits nur instrumentell verorten, andererseits als universellen Prügelknaben benutzen. Das ambivalente Verhältnis zwischen Politik und Medien hat ebenso vielfältige wie in sich widersprüchliche Gründe.

Dafür sind strukturelle und grundsätzliche Ursachen auszumachen. Zu den strukturellen Bedingungen zählen die vorherrschende Einordnung des Politikfeldes Medien changierend innerhalb von Rechts-, Sozial-, Kultur-, Wirtschafts- und Technologiepolitik, aber auch die politische und ökonomische Intransparenz handelnder Akteure und Akteurinnen sowie deren mangelnde Lokalisierbarkeit. Zu den grundlegenden Bedingungen schließlich zählt die Verkennung der generellen Bedeutung von Kommunikation als Produktivkraft. Das hat Folgen:

Erstens: Die Zuordnung der Medienpolitik als Appendix anderer Politikfelder bewirkt, dass sie immer nur als Teilbereich eines anderen, fachfremden Ganzen wahrgenommen wird. Ihr ermangelt es folglich nicht nur an Autonomie, sondern vor allem auch an einer genügend großen Zahl an fachlich breit ausgebildeten medienpolitischen Spezialistinnen und Spezialisten.

Zweitens: Die Eingriffsmöglichkeiten demokratisch gewählter medienpolitischer Akteure sind gering. Weder in den Landesparlamenten, noch im Bundestag und im Europaparlament werden die Determinanten der Medienpolitik bestimmt. Die entscheidenden Schaltstellen bilden vielmehr außerparlamentarische Verhandlungssysteme und neokorporatistische Gesprächsrunden. Auf nationaler Ebene sind diese in

einem intransparenten Gremium namens Rundfunkkommission, angegliedert an die Staatskanzleien der Ministerpräsidenten, organisiert. Auf EU-Ebene geschieht dies in ebenso gleichermaßen informellen Gremien im und rund um das Kabinett der Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien. Im Bundestag kommen im wichtigen Kulturausschuss auch Medien vor, die dann bezeichnenderweise in den Unterausschuss Neue Medien verwiesen sind.

Statt Transparenz und Partizipation herrscht Expertokratie. So entsteht das Paradoxon, dass zwar alle von medienpolitischen Entscheidungen betroffen sind, über solche aber keine breitere mediale Öffentlichkeit berichtet. Die mangelnde Publizität ist mit ein Grund dafür, dass die Anzahl qualifizierter Medienpolitikerinnen und Medienpolitiker in Deutschland und Europa ausgesprochen gering ist.

Die Zusammensetzung öffentlich-rechtlicher Gremien wie Rundfunkrat und Verwaltungsrat kompensiert das Problem nicht, sondern potenziert es eher. Das Geschäft der politischen Parteien mit ihren Vertretern in den Gremien gehört beendet. Die LINKE hat als Partei zu erkennen gegeben, dass sie zum Rückzug ihrer Vertreter aus den Gremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten bereit ist, wenn andere Parteien mitmachen (Parteienrückzugsvertrag).

Trotz mancher Unklarheiten und begrifflicher Unbestimmtheiten im medienpolitischen Bereich halte ich das von Lutz Hachmeister jüngst herausgegebene Buch «Grundlagen der Medienpolitik. Ein Handbuch» für einen wertvollen Beitrag. An ihm haben namhafte Wissenschaftler und Publizisten mitgewirkt. Sie ermöglichen immerhin einen Einstieg in ein weites Feld und skizzieren Orientierungspfade durch den Medienschungel. In dem Handbuch sind mit Medienpolitik

«wesentlich drei untrennbar verbundene Handlungsfelder gemeint: (1) die staatliche und juristische Regulierung der Medienindustrie (Medienordnung), insbesondere die Rolle des Staates bei der Entwicklung neuer Kommunikationstechnologien oder bei Frequenzvergaben, (2) die Vermittlung und Präsenz von Politik in den publizistischen Medien (Inszenierung, Wahlkämpfe, Campaigning) und (3) die Politik der Medienunternehmen selbst – dazu zählen der Einfluss von «Medienzaren», die Lobbyarbeit von Medienkonzernen, der Journalismus als Profession, die mit der handelnden Politik um öffentliche Aufmerksamkeit konkurriert und gleichzeitig über diese informiert, oder auch die Verbandspolitiken der Medienwirtschaft. In diesem erweiterten Verständnis von Medienpolitik ist die Gründung eines konservativen Kabelsenders wie *Fox News* in den USA durch Rupert Murdoch weitaus wirkungsvoller als die meisten Beschlüsse der dortigen Aufsichtsbehörde FCC.»

Immerhin schrieb Hans Hege schon 2004: «Das Internet, das interaktive Medium schlechthin, ist ohne die deutsche Medienpolitik eingeführt worden; man könnte böse formulieren: Wenn es von der deutschen Kommunikationspolitik geplant worden wäre, hätte es das Internet nicht gegeben.»

Drittens: Die Verkennung der Bedeutung von Kommunikation als Produktivkraft ist gegenüber den zuvor genannten strukturellen Bedingungen von grundlegender Bedeutung. Was ist damit gemeint? Folgendes: Im «informationellen Kapitalismus» (Castells) sind die Quellen ökonomischer Produktivität, kultureller Hegemonie und politisch-militärischer Macht in zunehmendem Maße abhängig von der Gewinnung, Speicherung und Verarbeitung von Information und Wissen. Das ist historisch gesehen zwar nichts grundsätzlich Neues. Doch erst jetzt, im informationellen Kapitalismus, werden die Erzeugung und Steuerung von Wissen, Information und Technologie eine wesentliche Bedingung für die Organisation der gesamten Gesellschaftsstruktur. Information ist zum entscheidenden Rohstoff geworden, aus dem alle gesellschaftlichen Prozesse und sozialen Organisationen gebildet sind. Der Zugang zur Information entscheidet genauso wie der Einsatz und die Auswahl von Information in zunehmendem Maße darüber, von wem und wie das Netzwerk elektronischer Kommunikation beherrscht wird. Hinzuzufügen ist: Über die Grundlagen der digitalen Infrastruktur von morgen, und damit über unsere unmittelbare mediale, politische Zukunft, wird bereits heute entschieden.

Intransparenz und Expertokratie auf der Ebene der Regulierungssysteme, aber auch Selektions- und Präsentationslogik auf der Ebene konkret-medialer Inszenierungsformen in Nachrichten- und Unterhaltungsformaten prägen die gegenwärtigen medialen Grundlagen von Demokratie. Beiden unterwirft sich die Politik in einem wechselseitigen Prozess aus Fremd- und Selbstbestimmung in immer stärkerem Maße von selbst. Die damit verbundenen Auswirkungen sind politiktheoretisch noch nicht hinreichend erfasst. Von seinen Grundlagen her ist der vorherrschende Demokratiebegriff immer noch prämedial geprägt. Die Medien gelten im Spannungsfeld von Präsentation und Repräsentation von Demokratie in ihrer Gesamtheit als ein weitgehend neutraler, wenngleich im je konkreten Fall nicht unpolitischer, Vermittler von Information und als grundlegender Garant für die freie Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger. Die Konditionierung von Information und Wissen in den Verwertungsprozessen Gewinnung, Speicherung und Verarbeitung kennt dieser prämediale Demokratiebegriff ebenso wenig, wie er die sich öffnende Schere in den sozial-ökonomischen Bedingungen divergierender Zugangsmöglichkeiten zu Information und Wissen berücksichtigt.

Die skizzierten Bedingungen betreffen zugleich Grundfragen demokratischer Beteiligung und Einflussnahme. Eine linke Medienpolitik hat die damit verbundenen Herausforderungen konzeptiv aufzugreifen. Transparenz, Partizipation und Chancengleichheit können dazu als handlungsleitende Maximen herangezogen werden: Transparenz als Aufklärung über und Offenlegung von interessengeleiteten Motiven der handelnden politischen und ökonomischen Akteure; Partizipation als gesellschaftliche Teilhabe aller an den Mechanismen und Vermittlungsbedingungen digitaler Kommunikation; Chancengleichheit als grundlegende demokratische Voraussetzung für eine Bereitstellung der technologischen Infrastruktur und finanziell tragbarer Zugangsmöglichkeiten für alle im Sinne einer Daseinsvorsorge. In diesem Kontext sind sechs Hauptpolitikfelder zu benennen:

Politikfeld I – Digitale Kommunikation/Digitale Spaltung

Mit der Entfaltung und Verbreitung des digitalen Netzes entstehen und reproduzieren sich spezifische soziale, räumliche und technologische Mechanismen der Exklusion. Der Begriff digitale Spaltung bezeichnet dabei die ungleiche Verteilung des Zugangs zu digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien in der Gesellschaft – sowohl in nationaler als auch in internationaler Perspektive.

Nach Manuel Castells, und dessen Einschätzung teile ich, wird die künftige Welt des Netzes von zwei unterschiedlichen Gruppen bewohnt: den Interagierenden und den Interagierten. Zu Ersteren zählen die, die in der Lage sind, Kommunikationskreisläufe aktiv auszuwählen; zu Letzteren jene, die aufgrund von Zugangsbeschränkungen an der gesellschaftlichen Kommunikation nicht teilhaben können. Die Entscheidung darüber, wer zu den Interagierenden und wer zu den Interagierten in der Informationsgesellschaft gehört, wird – ich zitiere Castells – «weitgehend den Rahmen für das Herrschaftssystem und für die Prozesse der Befreiung in der informationellen Gesellschaft bestimmen»¹. Als eine der Grundvoraussetzungen zur Überwindung der digitalen Spaltung fordert die LINKE ein «Breitbandinternet für alle». Um dies auch zu akzeptablen Preisen zu gewähren, hat sie zusätzlich Forderungen des klassischen Verbraucherschutzes aufzugreifen.²

Politikfeld II – Informationsproletariat

Das Konzept der Creative Industries, das in den späten neunziger Jahren in Großbritannien von der Blair-Regierung entwickelt wurde, um den Übergang in eine wissensbasierte Ökonomie zu beschleunigen, und das die Kreativwirtschaft als die Zukunfts- und Wachstumsbranche propagierte, wird gegenwärtig auch von vielen

1 Castells, Manuel: Das Informationszeitalter; Teil 1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen 2001; Teil 2: Die Macht der Identität, Opladen 2002; Teil 3: Jahrtausendwende, Opladen 2003, hier Teil 1, S. 428.

2 Zu dieser Thematik hat am 3./4. März 2007 in Rom die internationale Konferenz «The Policymaking Role of Parliaments in the Development of the Information Society» stattgefunden. Sie wurde vom damaligen Präsidenten des italienischen Parlaments, Bertinotti, dem Präsidenten der Interparlamentarischen Union, Casini, und dem «Under-Secretary General» der UNO, Ocampo, eröffnet. Organisiert wurde sie vom Global Centre for Information and Communications Technologies in Parliament (ICTP) im Palazzo Montecitorio. Vertreter aus 68 Parlamenten sowie Repräsentanten aus acht weiteren Ländern, internationaler Organisationen und der UNO nahmen teil. Das Global Centre (ICTP) wurde auf dem World Summit on the Information Society im November 2005 in Tunis ins Leben gerufen und dient als Netzwerk unter den Parlamenten: zur Kooperation, zur Entwicklung der Informationsgesellschaft und der Unterstützung zur Nutzung der neuen Technologien. Folgende Themen wurden behandelt: Politikgestaltung und die Informationsgesellschaft; Internationale Zusammenarbeit, Demokratie und die Informationsgesellschaft; Prioritätensetzung für die Informationsgesellschaft aus der Entwicklungsperspektive; Das Regieren der Informationsgesellschaft: die Effektivität institutioneller Architekturen; Informationsgesellschaft und Wirtschaft: Zwänge und Möglichkeiten; Schutz der Rechte in der Informationsgesellschaft. In der Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Konferenz betonte Präsident Fausto Bertinotti sechs Punkte: die Rolle des Parlaments beim Schutz sozial schwacher Gruppen; beim Schutz von Grundrechten; im Kampf gegen das Risiko kultureller und sprachlicher Standardisierung sowie der Marginalisierung schwächerer Sektoren der Gesellschaft; als institutioneller Garant für Transparenz und Berechenbarkeit; als Kontrolle des Regierungshandelns sowie im Kampf gegen Korruption; bei der Entwicklung internationaler Zusammenarbeit zum Nutzen sich entwickelnder Demokratien.

Standortpolitikern in Deutschland und auf EU-Ebene verkündet. Tatsächlich zählen die Creative Industries zu den am schnellsten wachsenden Branchen in Deutschland und Europa. Die Beschäftigungsverhältnisse in den Creative Industries sind oft prekär. Lange Arbeitszeiten, unbezahlte Überstunden, mangelnde Aufstiegschancen und geringe Jobsicherheit gehören zum Alltag. Aufgrund der stärkeren Ausrichtung von Bildungseinrichtungen auf Medienberufe wächst zudem das Heer der Arbeitsuchenden in diesen Branchen, sodass sich ein Informationsproletariat gebildet hat und sich langfristig auch ein kreatives Lumpenproletariat bilden wird. Von vereinzelt Versuchen abgesehen bestehen derzeit keine funktionierenden und angemessenen Organisations- und Interessenvertretungen der Betroffenen. Linke Medienpolitik hat die Aufgabe, diese Gruppe in einer der Lebenswelt der jungen Kreativen von heute entsprechenden Art und Weise politisch anzusprechen und die Mobilisierung ihrer Interessenvertretung zu fördern.

Politikfeld III – Neue Medien

Das verfügbare Wissen und der Einfluss neuer Medien wachsen täglich. Die Kernfrage lautet: Wer darf wann und unter welchen Konditionen über vorhandenes Wissen und die Quellen verfügen? Da der Rechtsrahmen und die Nutzungspraktiken noch relativ undefiniert sind, wird heute entschieden, wer morgen entscheiden kann. Verteilungskämpfe, Ökonomisierung des Wissens, neue Formen der Kommunikation und der politischen Vernetzung entstehen. Der Nutzer ist oftmals gleichzeitig Produzent und verwischt die Grenzen herkömmlicher Informationshierarchien. Die Entwicklung hat gerade erst begonnen. Neue Medien haben eine herausragende Bedeutung für die zukünftige Ausrichtung einer Gesellschaft. Noch nie war es so einfach, schnell und massenwirksam, Menschen zu informieren und für Aktivitäten zu begeistern. Die politischen Parteien haben es bislang nicht verstanden, neue Medien effektiv für ihre Zwecke und Ideen einzusetzen. Die Medienpolitik der LINKEN hat sich diesen Herausforderungen politisch und inhaltlich zu stellen.

Politikfeld IV – Medienkompetenzentwicklung

Medienkompetenz ist eine Schlüsselkompetenz für die Herausforderungen des digitalen Zeitalters. Dies gilt für den Umgang mit Computer- und Onlinespielen ebenso wie für Chat- und andere Kommunikationsportale im Internet oder die Angebote des klassischen Fernsehens. Kinder und Jugendliche müssen lernen, mit fiktionalen und virtuellen Welten umzugehen und Risiken abzuschätzen. Die Bildung eines kritischen Verstandes und die Fähigkeit, Realität und Fiktion zu unterscheiden, ist unabdingbare Voraussetzung für eine moderne Medienpädagogik. Die natürlichen Orte dazu sind Kindergärten, Horte und Schulen. Die Vermittlung von Medienkompetenz gehört somit in die Ausbildungsinhalte von Erziehern, Lehrern und Sozialpädagogen. Hierzu müssen in einem erheblichen Maße zusätzliche öffentliche Gelder bereitgestellt werden. Zur Entwicklung von Medienkompetenz gibt es keine sinnvolle Alternative. Das

Gegenkonzept heißt Überwachen und Strafen – Überwachung des Netzes und von Online-PCs, Bestrafung von Jugendlichen sowie Spielerinnen und Spielern.

Politikfeld V – Alte Medien

Auch die alten Medien (Presse, Hörfunk, Fernsehen und Film) stehen vor neuen Herausforderungen. Kennzeichen der Zeit sind die zunehmende Verdrängung von Information, Meinung und Kritik sowie von Kultur durch Unterhaltung. Die fortschreitenden Kommerzialisierungstendenzen werden geprägt durch die Bedingungen einer anhaltenden Medienkonzentration. Nationale und transnationale Medienunternehmen agieren nicht nur als Akteure in diesen Konzentrationsprozessen, sondern in zunehmendem Maße auch als passive Objekte derselben. Medienübernahmen erfolgen weltweit immer öfter durch Finanzinvestoren und andere, vorwiegend rentabilitätsgetriebene Akteure. In Zeiten der ökonomischen Krise werden ihre Geschäftspraktiken zunehmend von klassischen Medienunternehmern kopiert. Die Folge ist, dass eine rein betriebswirtschaftlich ausgerichtete Unternehmensrationalität auf eine Branche übertragen wird, die für das öffentliche Gut einer qualitativ hochwertigen politischen Kommunikation von entscheidender Bedeutung ist. Erhöhter Druck zur Rentabilität bedeutet tendenziell eine Verflachung und Kommerzialisierung der Berichterstattung. Die LINKE hat diesen Herausforderungen durch Reformen im Kartell- und Medienrecht zu begegnen. Dazu muss sie auch das Nachdenken über Redaktionsstatute zur Stärkung redaktioneller Autonomie wiederbeleben.

Politikfeld VI – Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk besteht erheblicher Reformbedarf. Bedingt wird dieser durch einen fortschreitenden Akzeptanzverlust infolge der verstärkten Ausrichtung des Programms an den von den Privaten vorgegebenen Kommerzialisierungsmustern. Diese Entwicklung wird häufig unter dem Stichwort Konvergenz der Systeme zusammengefasst, zu dem auch ein dramatisches Wegbrechen der jüngeren Nutzergruppen hinzukommt infolge der mit der Digitalisierung entstehenden neuen technologischen Bedingungen und Kommunikationsformen. Die LINKE steht für einen Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland. Die entscheidende Frage aber wird sein, ob er reformfähig ist. Zum Verständnis: Das Grundgesetz (Art. 5 Abs. 1 Satz 2) sagt nicht, dass der Rundfunk nicht auch nach dem Pressemodell organisiert werden kann. Ich sehe aufgrund der schnell voranschreitenden Digitalisierung ein Reformfenster von maximal zehn Jahren, denn eine Zukunft der Mediokratie – der Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem und umgekehrt – bleibt ein Problem.

Soweit sollen die zentralen Herausforderungen und Handlungsfelder für eine linke Medienpolitik skizziert sein: Ausgeblendet wurden von mir die kulturellen Aspekte einer solchen. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass eine Beschränkung auf allein instrumentelle, technokratische Aspekte nicht ausreichen wird. Linke Medienpo-

litik hat sich auch den Bedingungen zur Erlangung oder Wiedererlangung kultureller Hegemonie zu stellen. Sie sollte nicht blutleer agieren, sondern auch den komplexen kulturalistischen Konnex von Vergnügen und Massenkonsum in einem produktiven und zugleich kreativen Verhältnis aufzugreifen versuchen.

Aufgehoben werden manche Tendenzen in der Cyberworld. Die zweite Welt wird als Chance verstanden, die Tristesse der ersten zu vergessen. Entscheidend für das mediensoziologische und politische Verständnis ist das Begreifen der Interaktionen der Welten. Die grundlegenden Veränderungen in Information und Vergnügen gestalten die Gegenwartskultur gänzlich um und sind heute noch ein Buch mit sieben Siegeln.

DOKUMENT 25

RANDGLOSSEN ZU EINER PROGRAMMDEBATTE. STATEMENT BEI DER VORSTELLUNG DES PROGRAMMENT- WURFES DER LINKEN AUF DER PRESSEKONFERENZ IN BERLIN AM 20. MÄRZ 2010

Quelle: <https://archiv2017.die-linke.de/nc/die-linke/nachrichten/detail/archiv/2010/maerz/zurueck/nachrichten/artikel/randglossen-zu-einer-programmdebatte>

Meine Damen und Herren, am vergangenen Montag hat die Programmkommission sich einstimmig auf einen ersten Entwurf für die Programmdebatte geeinigt. Heute hat der Vorstand zum ersten Mal über den Entwurf und Inhalte der kommenden Debatte gesprochen.

Oskar Lafontaine wird Sie über die wesentlichen Inhalte des Entwurfs informieren. Ich werde einige Anmerkungen zur Funktion unserer Programmdebatte und zu deren Umfeld voranstellen. Sie bekommen also Randglossen und das Wesentliche zum Programmentwurf in einem.

Sie sehen, wir haben aus der Geschichte der langen Programmdebatten der Linken gelernt.

(1) *Spiegel-Online* hatte mich in dieser Woche schon mit Marx' «Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme» zitiert. Damit drückte Marx allerdings keineswegs die Abscheu gegenüber Programmen aus. Im Gegenteil. Er wollte auf den enormen Aufwand verweisen, den ein gutes Programm verdient. Und ihm war klar, dieser Idealzustand wird kaum zu erreichen sein.

Deshalb setzte er sich schon in den Randglossen, die seinem kurzen Brief vom 5. Mai 1875 an Wilhelm Bracke anhängen, beherzt mit dem Arbeitsbegriff und den Staatsvorstellungen des «Gothaer Programms» auseinander.

Dies möchte ich auch deshalb hervorheben, weil der Linken noch heute gern ein Staatsbegriff angeheftet wird, der vor 135 Jahren innerhalb der Linken schon heftig kritisiert wurde.

Und heutzutage werden die modernen Medien erst recht keine Zeit verwenden können, sich historische Feinheiten herauszuarbeiten. Die Aufmerksamkeitssuche im 35-Sekunden-Format bestimmt die politische Kommunikation. Programmdebatte und Medien sind zeitweise, was die Zeitverwendung anbelangt, gegensätzlich orientiert.

Die Linke träumt von Verstaatlichung, lese ich wahrscheinlich morgen in einer Reihe von Publikationen. Wie, mit welchem Demokratieverständnis, dafür bleibt keine Zeit und kein Platz. Ich mache mir da keine Illusionen mehr.

Dies hat auch wenig mit dem Vermögen von Journalistinnen und Journalisten zu tun, uns knapp und sachlich zu kommentieren. Es sind die Strukturen des gesamten Medienbetriebes, dem Sie und wir unterworfen sind. Deshalb ist es allerdings gerade programmatisch interessant, darüber nachzudenken, wie wir diese Medienwelt vielleicht gemeinsam ändern können, sodass die Arbeit mehr Spaß macht und auch besser bezahlt wird, anstatt im wachsenden Informationsprekariat ausgepowert zu werden.

(2) Meine Erfahrung sagt mir, auch dem Sozialismusbegriff wird es wie dem Staatsbegriff ergehen. Uns wird einzig seine historische Deformation hinterhergetragen. Doch damit ist er der europäischen Geistesgeschichte entrissen.

Das ist geschichtlich nachvollziehbar, aber in dieser blinden Schärfe wiederum sehr europäisch. Dabei können Sie mir eines glauben. Ich brauche keine Huldigung eines zweiten Staatssozialismus – keinen Sozialismus ohne Demokratie, das steht auch im Programmentwurf. Wir brauchen allerdings auch keinen Staatskapitalismus. Dessen unheilige Inkompetenz, Herausforderungen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise zu lösen, erleben wir von Berlin bis Athen.

Es ist beängstigend, wie verantwortungslos Schwarz-Gelb hier, aber auch die Mehrheit der Regierungen in Europa, mit den Krisenfolgen, mit dem Klimawandel, mit ausbleibender Armutsbekämpfung und wachsenden Sicherheitsrisiken, mit Demokratiedefiziten und schwindender politischer Mitbestimmung umgehen.

Ich möchte, um das Interesse an einem umfassenden Sozialismusbegriff zu füttern, nochmals aus der spannenden Geistesgeschichte linken europäischen Denkens schöpfen. Engels schrieb am 5. März 1892 an Kautsky folgende Mahnung: «Der Liberalismus ist die Wurzel des Sozialismus, will man also radikal verfahren, so muss man den Liberalismus kaputtmachen, dann verdorrt der Sozialismus von selbst.» Heute muss man den Liberalismus – wie er mit der Revolution 1848 groß wird und mit dem politischen Liberalismus im selben Jahrhundert schon wieder kleingewirtschaftet wurde, auch gegen sich selbst verteidigen. Also nicht nur den Sozialismus, sondern auch den Liberalismus.

Erst recht gilt dies für seine Okkupation durch manche platte Nachfahren, wie wir sie erleben können. Ich will jetzt keine Namen nennen, aber deren politisches Programm hat so viel mit dem ursprünglichen Liberalismus zu tun wie Pik As mit Aspik.

Ich möchte deutlich reklamieren: Eine der Vorgängerparteien der parteipolitischen Linken in Deutschland, die PDS, und auch die europäische Linke, gegründet vor fünf Jahren, haben sich intensiv mit den libertären und demokratischen Wurzeln sozialistischer Politik auseinandergesetzt. Das gehört zum jüngsten Erbe der neuen LINKEN, und das werden wir nicht leichtfertig verspielen.

Jetzt sind mit den Wurzeln aus der WASG, den politischen Erfahrungen aus Gewerkschaften und den Bewegungen gegen Hartz IV und die Agenda 2010 weitere Kompetenzen hinzugekommen, die wir in der programmatischen Debatte nutzen müssen.

Und dann erinnere ich doch gern daran, dass wir den demokratischen Sozialismus gar nicht gepachtet haben, sondern sozialistisches Denken auch in sozialdemokratischen und kommunistischen Programmdebatten immer und immer bewegt wurden.

Lassen Sie mich abschließend betonen: Ich lege großen Wert auf erweiternde Sichten und möchte deshalb heute hier bei der Vorstellung des Entwurfs sagen, welche Funktion die Programmdebatte haben kann.

Sie soll den identitätsstiftenden Kern für die LINKE finden, den Identitätskern unserer Partei, einer Partei, in der z. B. Christinnen genauso ihren Platz finden wie Humanisten.

Wenn es darum geht, Alternativen zum Heute zu skizzieren, Schritte auf dem Weg in eine Gesellschaft der sozialen Wohlfahrt für alle, eine Welt des Friedens, eine Welt der demokratischen Mitbestimmung – auch in der Wirtschaft – zu gehen, dann sind uns gerade die unterschiedlichen Erfahrungen nicht hinderlich, gemeinsam Politik zu machen.

Ich zitiere dann gern Brechts Sozialismusauffassung, die er im finnischen Exil 1941 entwickelte:

«der große Irrtum, der mich hinderte, die lehrstückchen vom Bösen Baal dem Asozialen herzustellen, bestand in meiner definition des sozialismus als einer *großen* ordnung. er ist hingegen viel praktischer als *große* produktion zu definieren. produktion muß natürlich im weitesten sinn genommen werden, und der kampf gilt der befreiung der produktivität aller menschen von allen fesseln. die produkte können sein brot, lampen, hüte, musikstücke, schachzüge, wässerung, teint, charakter, spiele usw. usw.»¹

Dieser produktive Aspekt bedeutet für mich: Wir werden in den Programmdebatten gemeinsam herausarbeiten müssen, mit welcher anderen Regulationsweise, die wir als demokratisch-sozialistisch bezeichnen, Produktivität und Freiheit, ein sorgsamer Umgang mit der Natur und mit uns selbst möglich werden.

Die Innovationskraft des Kapitalismus kennen wir. Doch wir kennen auch die Zerstörung und die Unfreiheit, die er der Mehrheit der Menschen beschert, seine Macht- und Eigentumsstrukturen, die nur wenigen zugutekommen und Lebensperspektiven für Milliarden Menschen und für den Planeten selbst infrage stellen.

Deshalb ist unsere gemeinsame Identität,
– die soziale Frage neu zu stellen,
– Frieden konsequent einzufordern

1 Brecht, Bertolt: Arbeitsjournal 1938–1955, Berlin 1977, S. 156.

– und mehr Demokratie durch jeden Lebensbereich – von den Medien bis zur Wirtschaft, von der Politik bis zu den Geschlechterverhältnissen – zu buchstabieren. Die große Erzählung sieht heute anders aus als im vorigen Jahrhundert. Sie ist zusammengesetzter, vielleicht auch viel praktischer und dezentraler.

Ich bin überzeugt, dass programmatische Debatten wichtige Übereinkünfte möglich machen, die den Mitgliedern der jungen LINKEN gemeinsam sind und uns in Kampagnen, in Wahlkämpfen, beim Wachsen einer erfolgreichen Partei begleiten.

Ich scheue die Mühe nicht und freue mich deshalb auch, wenn die Programmdebatte über die Partei hinausgeht, wenn Sie – meine Damen und Herren – berichten, wenn ein Austausch darüber beginnt, wie wir morgen leben wollen. Hier, in Europa, in der Welt.

DOKUMENT 26

WIR HABEN DIE ENTDECKUNGEN NOCH VOR UNS

Quelle: Kinner, Klaus (Hrsg.): Linke zwischen den Orthodoxien. Von Havemann bis Dutschke, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Texte 71, Berlin 2011, S. 8–14

Wohin politisches Denken ohne Geschichte führen kann, hatte zu Beginn des Jahres 2010 der deutsche Außenminister demonstriert. Westerwelle verfrachtete den modernen Sozialismus in den langen Schatten der spätrömischen Dekadenz. Doch dieses Sinnbild des Luxus war wohl eher von Hollywood denn von der Kulturgeschichte gespeist. Zu Recht erntete Westerwelle daraufhin harsche Kritik an dieser Beleidigung von Menschen, die sich im besten Falle tagtäglich gegen soziale Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit stemmen.

Man muss sich leider auch keine Illusionen machen, dass wir schon morgen vom «liberalen» Populismus à la Westerwelle befreit werden. Zu tief sitzen die historischen Machterfahrungen und die erprobten Strategien des Klassenkampfes von oben. Sie setzen immer wieder auf «teile und herrsche». Der Versuch, Beschäftigte im Niedriglohnbereich gegen Menschen, die mit und ohne Erwerb auf Hartz IV angewiesen sind, gegeneinander auszuspielen, ist genauso durchsichtig wie die verlängerte «Kampf-der-Kulturen»-Debatte und politisch genauso schäbig. Trotzdem erreicht diese Masche der Empörung über den Müßiggang der eigentlich Ausgegrenzten häufig ihr Ziel. Sie trifft mitten in ein Klima, in dem eine reiche Gesellschaft wie die unsrige Menschen in unwürdige, existenzvernichtende Leiharbeit zwingt und Gesetze entwickelt, die Menschen ohne Erwerbsarbeit ihre Würde abspricht und demütigt.

Doch hinter diesem asozialen Getöse offenbart sich zum einen die Regierungsunfähigkeit einer Klientel- und Steuersenkungspartei. Zum anderen, und dies muss uns heute hier besonders interessieren, ist eine derartige politische Unvernunft, wie sie der politische Gegner in Gestalt der FDP zu Jahresbeginn ablieferte, auch die Folge einer 150-jährigen Kappung der eigenen libertären Wurzeln. Dieser Prozess beginnt mit dem raschen Anwachsen der Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und gipfelt in der Schmalspurversion des Liberalismus der FDP.

Der politische Liberalismus war bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts in der Arbeitnehmerschaft durchaus verwurzelt. Nur konnte schon damals das liberale Parteienprojekt mit den aufgeschlossenen, politisierten Arbeitern nichts mehr anfangen. Die Nationalliberalen verhalfen Bismarcks Gesetz «gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie» zur Mehrheit. Mit ihrer Gefolgschaft gegenüber dem «eisernen» Kanzler hatten sie ihre Wurzeln von Freiheit und Gleichheit einer klassischen Klientel- und Machtsicherungspolitik geopfert.

Die Organisationsentwicklung aufseiten der Arbeiterschaft, die schnell wachsende Sozialdemokratie, stand daraufhin verständlicherweise in den heftigsten Auseinandersetzungen mit dem politischen Liberalismus. Dies führte zugleich auch zu einem gewissen Abschied auf Raten von libertären Gedanken innerhalb der sozialistischen Bewegung. Engels schrieb am 5. März 1892 an Kautsky folgende Mahnung: «Der Liberalismus ist die Wurzel des Sozialismus, will man also radikal verfahren, so muss man den Liberalismus kaputtmachen, dann verdorrt der Sozialismus von selbst.»¹

Das Erbe des Liberalismus blieb in der dauernden, praktischen Abgrenzung der linken Bewegungen zum politischen Liberalismus nachvollziehbar ein schwieriges.

Diese kurze Besichtigung einer der Wurzeln der Linken wirft nochmals ein anderes Licht darauf, dass Westerwelles unmittelbar nach seinem Bild von der römischen Dekadenz im NRW-Wahlkampf den Untergang des Abendlandes durch einen «geistigen Sozialismus» beschwor. Er sah selbst das Bundesverfassungsgericht von diesem Virus befallen, und das staunende Publikum erlebte die Fortsetzung der eher traurigen Tradition der liberalen Selbstbeschränkung auf die Freiheiten des Marktes und die Nähe zu den Mächtigen. Diese allein wurden von Westerwelle zu den Leistungsträgern gekürt, und sie seien deshalb von jeglichen Einschränkungen, was man auch mit einer Verantwortung für das Gemeinwohl übersetzen kann, auszunehmen. Es ist schon bemerkenswert, dass der Rechtsstaat von diesen Neuliberalen gleich mit angegriffen wird, wenn der FDP eine Entscheidung nicht passt. Die FDP hält offenbar nur noch ihren geschichtslosen Rand, wenn Gesetze in Kanzleien vorgeschrieben werden, die Entwicklungshilfe zertrümmert wird oder Lobbyisten anderweitig die parlamentarische Demokratie bevölkern.

Sicherlich ist die Annahme nicht abwegig, dass FDP-Strategen sich weniger mit der Geschichte des Liberalismus seit 1848 beschäftigen, denn ihr «Weitblick» erschöpfte sich in einer kurzatmigen Verwirrung über ein Wahlplakat der LINKEN, auf dem zu lesen war: «Reichtum für alle». Dabei hatten sie vergessen, dass die LINKE für die direkte Traditionslinie von spätrömischer Dekadenz und Sozialismus mit dem Plakat «Luxus für alle» aus dem Jahre 2005 viel mehr Nahrung geliefert hatte.

Ließe man sich tatsächlich auf das 19. und das vergangene Jahrhundert ein, welche Schätze könnte man für die moderne politische Kultur heben: Schätze, die zu den

1 Friedrich Engels an Karl Kautsky, 5. März 1892, in: MEW, Bd. 38, S. 288.

bürgerlichen Ideen der Freiheit, Gleichheit und einstmals noch ausschließenden Brüderlichkeit geführt haben.

Dazu muss man sich nicht den Kopf der FDP zerbrechen. Wir müssen auch ganz sicher nicht in Tränen ausbrechen, wenn die CDU ihr desaströses Wahlergebnis schweigend vor sich herträgt und insgeheim grübelt, wie sie als Volkspartei neben einer regierungsunfähigen FDP überlebt. Schmerzlicher ist für uns schon der Zustand der SPD. Wir wissen doch, mit Blick auf die vergangenen 200 Jahre, dass ihre Parteilgeschichte all den Bodensatz der Geschichte der Linken mit offenlegt.²

Nach 1848 die soziale Frage wirklich deutlich aus den Idealen der bürgerlichen Revolution geborene zu kennzeichnen, die Gesellschaftlichkeit unseres Handels und den moralischen Anspruch der Solidarität tatsächlich neben Freiheit und Gleichheit dauerhaft herauszuarbeiten und damit auch zu begründen, darin liegt das große Verdienst linken Denkens und auch Handelns im 19. und im 20. Jahrhundert.

Die geschichtliche Auseinandersetzung, so muss man feststellen, ist aber mitnichten eine beherzte Vergnügung der jungen parteipolitischen Linken in Deutschland. Oft geht sie eher mit wenig Geschichtsbewusstsein an die Entwicklung ihrer aktuellen politischen Schwerpunkte, an die Bestimmung strategischer Themen heran. Da stehen wir doch eher am Anfang und haben die großen Entdeckungen noch vor uns.

Die Klüfte, die Berg- und Tal-Landschaften einer politischen Debatte sind deutlich spürbar, die sich zwischen engagierten Historikerinnen und Historikern, zwischen einer «Kapital»-Lesebewegung junger Menschen, zwischen einer bewegungs- und gewerkschaftsorientierten Linken und denen, die schon lange parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit zu verbinden suchen, auftun.

Notwendige Geschichtsdebatten, deren Bedarf außer Frage steht, haben zwei wichtige Pole der geschichtlichen Auseinandersetzung miteinander zu verbinden: Pluralität und Identitätsstiftung. Denn: Wir werden immer nur wie in ein Warenhaus der linken Denkströmungen greifen, wenn wir nicht die eigentlichen Wurzeln besichtigen, aus denen die politischen Erfahrungen und Überzeugungen gespeist sind.

Die gemeinsamen Wurzeln der kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationserfahrungen und der linkssozialistischen Denktraditionen zu besichtigen, ist schon deshalb unerlässlich, weil nur damit das plurale Denken einer modernen Linken nicht zur Beliebigkeit verkommt. Zugleich wird Pluralität überhaupt erst durch die Vergewisserung von schwierigem Erbe und politischen und kulturellen Traditionen möglich.

Geschichtliche Auseinandersetzung ist der Humus dafür, dass Pluralität kein abstraktes Postulat einer modernen Parteilentwicklung bleibt. Wir erleben doch häufig genug, dass sie uns immer nur solange als heilig gilt, wie sie meine eigenen Auffassun-

2 Zum Zeitpunkt des hier zum Artikel bearbeiteten Referats war der prognostische Höhenflug der Grünen noch kein Thema, genauso wenig wie die relativ zeitgleich sich formierenden überregionalen Proteste um «Stuttgart 21» und die Blockaden im Wendland.

gen nicht in Bewegung bringt. Eine solche erstarrte politische Kultur können wir uns allerdings keinen Tag länger leisten.

Das linke Parteienprojekt ist ein Teil der gesellschaftlichen Linken. Nur mit Offenheit, nur mit Geschichtsbewusstsein und lebendigen Auseinandersetzungen werden wir überhaupt verstehen, was neue soziale Bewegungen, was das weltweite Informationsprekariat und die sozialistischen Bewegungen in Lateinamerika wirklich umtreibt. Und davon kann das alte Europa viel lernen.

Ein weiterer Grund, die geschichtliche Besichtigung der Traditionen und des linken Erbes ernst zu nehmen, sind die wachsenden Auseinandersetzungen mit rechtsextremistischen Parteien in Europa. Ihr Geschichtsrevisionismus ist in Dresden gestoppt worden.³ Doch sie hören nicht auf, die soziale Frage für sich zu reklamieren und in nationalen Lösungen zu ertränken. Dieser Irrweg führte in die entsetzlichsten Verbrechen der Menschheit. Die Verantwortung, dass solche menschenverachtende Politik nie wieder Macht erhält, tragen wir alle, tagtäglich.

Die Beschäftigung mit Geschichte kann einen Beitrag für die Politikentwicklung der Linken, für die Methodik und Grundierung der Programmdebatte leisten, und sie kann Wirkungen für ein Wachsen der gesellschaftlichen Linken entfalten, über die parteipolitischen Debatten also weit hinaus.⁴

Hier soll besonders auf einiges verwiesen werden, das vor allem die jüngste Geschichte der Linken in Deutschland und Europa nach 1989/90 geprägt hat. Es berührt die Erfahrungen in der PDS, die sich aus dem Erbe und in radikaler Auseinandersetzung mit der SED entwickelt haben.

Es geht um Erfahrungen, die viele Parteien in Ost- und Westeuropa seit 20 Jahren bewegen. Einiges ist schon in den vorliegenden Publikationen, die dankenswerterweise auf die Herausgeberschaft Klaus Kinners zurückgehen, versammelt. Da muss man nur zur fortgesetzten Lektüre auffordern. Man kann sich allerdings absolut sicher sein, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung diesen Wunsch umgehend erfüllt. An uns freundlicher gesonnenen Orten ist das Weiterwerben für eine Lektüre über unser lebendiges Erbe allerdings immer von Neuem angebracht.

Eines sticht aus der reichen Beschäftigung mit der Geschichte der Linken immer hervor. Weltanschaulicher Pluralismus ist für linke Parteiprojekte nach 1989 unerlässlich geworden. Doch es war schon angedeutet: Ohne die Anerkennung unterschiedlicher geschichtlicher Erfahrungen lässt sich dies nicht einlösen. Wenn wir uns dem reichen und schwierigen Erbe verweigern oder es nur selektiv akzeptieren, dann

3 Am 13. Februar 2010 fanden friedliche Blockaden in Dresden statt, zu denen Menschen auch aus anderen europäischen Ländern angereist waren.

4 Die Debatte im Februar 2010 mit Mitgliedern der SPD, mit Menschen, die zuvor bei den Grünen und der SPD waren und sich neuen Projekten der LINKEN angeschlossen haben, hatte einiges Potenzial dieser Unternehmung – der gemeinsamen geschichtlichen Vergewisserung – schon zutage befördert.

bleibt die Notwendigkeit der pluralen Debatte am Ende ein Allgemeinplatz, weil sie mangels Verständnis gar nicht geführt werden kann.

Dass Christinnen und Humanisten, Kommunistinnen und Sozialisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafterinnen in einer Partei sind, das ist akzeptiert und gehört zum Reichtum und zu den Potenzialen dieser Partei. Doch die Uneinigkeit beginnt dort, wo es darum gehen muss, auch die theoretischen Begründungen für linkes Denken und Handeln aus einem pluralen Fundus zu speisen und hier einen echten Austausch herzustellen.

Genauso wie man in die Lage geraten kann, den Marxismus gegen sich selbst zu verteidigen, sind «Bergpredigt», Literatur und Film, moderne Analysen von Bollinger bis Boltanski zum theoretischen und kulturellen Erbe geworden. In einer sympathischen Überhöhung hat Wolf Lepenies 1989 darauf aufmerksam gemacht, dass man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten soll. Er schrieb 1989 in der *Zeit*:

«Es besteht kein Grund, die zutiefst moralischen Antriebe bei der Entstehung sozialistischer Ideen heute bereits für befriedigt zu halten. Der entscheidende Irrtum von Marx und Engels war es, den Weg des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft für einen Fortschritt zu halten. Nunmehr ist ein Rückschritt erforderlich. Der Sozialismus ist keine Wissenschaft. Er bleibt eine notwendige Utopie, die nur um den Preis realitätsblinder Selbstgerechtigkeit aus dem öffentlichen Diskurs vertrieben werden kann. Auch in Zukunft wird die sozialistische Utopie zum geistigen Kanon einer europäischen Kultur gehören, die sich über ihre inneren Widersprüche nicht hinwegtäuschen will.»⁵

Diese Sicht auf eine moderne sozialistische Idee, auf deren demokratisch-sozialistische Grundströmung, schließt wissenschaftliche Analyse und historische Debatte ausdrücklich ein. Um heute Politikentwicklung und Strategiebildung in linken Parteiprojekten zu bewegen, reicht der Blick auf die Geschichte der Arbeiterbewegung allerdings nicht aus. Wir haben die Erfahrung von weltweiten Befreiungsbewegungen und die Kämpfe aus den feministischen Bewegungen zu verarbeiten. Wir haben die Entwicklung des Völkerrechts nach zwei entsetzlichen Weltkriegen ernst zu nehmen.

Das 21. Jahrhundert begann mit lauten und mit leisen Kriegen. Wir haben aktuell im reichen Norden die sanften Folgen einer Finanz- und Wirtschaftskrise zu verarbeiten. Sie wird sich allerdings wie eine Bugwelle über die Hungersnöte, Wasserknappheit und den Klimawandel legen.

Vor diesem Hintergrund ist eine Auseinandersetzung mit den Wurzeln des Linkssozialismus unerlässlich. Diese parteiübergreifende Strömung hat neben der Organisationserfahrung in sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien Fragen

5 Lepenies, Wolfgang: Nun scheiden sich die Geister, in: Die Zeit 20/1989, 12.5.1989, unter: www.zeit.de/1989/20/nun-scheiden-sich-die-geister.

zugespitzt, die ein Zusammenspiel von linken Parteiprojekten und dem Wirken und Handeln einer gesellschaftlichen Linken im Auge haben.

Manchen erscheint die Begrifflichkeit des Linkssozialismus als Tautologie und man kann dies auch nachvollziehen. Doch dieser eingeführte Begriff lässt sich gut verwenden, weil er eine ganze Denklinie der kritischen Auseinandersetzung mit sozialdemokratischen und kommunistischen Positionen versammelt, die einen Ansatz sucht, um Reform und Revolution zu verbinden. Die linkssozialistischen Wurzeln sind gerade deshalb interessant, weil sie in der Geschichte nicht unbedingt parteifreundlich, aber auch nicht organisationsfeindlich waren. Von deren Lebendigkeit und Lernfreudigkeit in Zeitschriften, Bewegungen und in Parteien kann man nur lernen.

Die Wurzeln des Linkssozialismus verweisen auf eine enge Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit.

Mit dem Linkssozialismus kommt die zentrale Bedeutung der Demokratie zurück in die Programmdebatten der Linken. Sie wurde erneuert durch Luxemburg, Levi, Frölich, und mit Abendroth insbesondere nach 1945 in Westdeutschland. Sie stehen damit in einer Tradition, die Demokratie nicht abstrakt, sondern tatsächlich als soziale Demokratie verhandelt.

Ich gehe gar so weit, dass sie als sozialistische Demokratie verhandelt werden sollte, um ein alternatives Gesellschaftskonzept auch deutlich ins Spiel zu bringen. Dafür ist die Begrifflichkeit des demokratischen Sozialismus schlichtweg sinnvoll und notwendig. Die Traditionslinie des Linkssozialismus steht für die konsequente Absage an jeglichen Avantgardismus in Parteiprojekten. Mit dem Blick auf moderne linke Parteientwicklungen und deren Kinderkrankheiten möchte man auch eine Traditionslinie zu einer modernen Mitgliederpartei aufrufen, in der Fraktionen das Wachsen einer Partei begleiten, aber nicht dominieren. Genau dieser Anspruch, die Absage an den politischen Avantgardismus in jeder Form, wird zum entscheidenden Humus der programmatischen Debatten linker Parteien nach einem diskreditierten Staatssozialismus nach 1989/90. Mit der Absage an den Stalinismus als System hat nicht nur die PDS 1989/90 begonnen. Mit «Adio Stalinismo» wurde auch in Rom die Gründung der Partei der Europäischen Linken in der Presse begrüßt. Im fünfseitigen Gründungsprogramm der EL heißt es:

«Für uns ist Europa in der internationalen Politik ein Raum des Wiederentstehens des Kampfes um eine andere Gesellschaft. Ihre Ziele sind Frieden und die Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse. Wir streben eine Gesellschaft an, die über die kapitalistische, patriarchale Logik hinausgeht. Unsere Ziele sind Emanzipation des Menschen, Befreiung der Frauen und Männer von Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung in jeder Form.»

In diesen programmatischen Überlegungen wird ganz klar auf Debatten zugegangen, die mit der Friedensbewegung, der Ökologiebewegung, den kritischen Gewerkschaft-

ten, durch Studenten und feministische Netzwerke oder mit dem neuen Informationsprekariat in die Öffentlichkeit gekommen sind.

Kritisch und natürlich auch kenntnisreich gegenüber der eigenen linken Geschichte, offen für neue solidarische Lösungsansätze bei den drängendsten Menschheitsfragen und damit auch offen in einer lernenden Partei, anders wird die LINKE nicht vorankommen. Die Hoffnungen sind groß, dass die noch junge LINKE in Deutschland ihre Wachstumsprobleme beherzt in Angriff nimmt. Dafür ist die Vergewisserung ihrer gemeinsamen Wurzeln eine wichtige Voraussetzung.

Zum Abschluss ist eine Rückkehr zum Auftakt gestattet. Das Freiheitsgetöse der Schwarz-Gelben und auch der Konservativen in Europa untergräbt Tag für Tag, dass Bildung, Kultur, Forschung, gute Arbeit, Gesundheitsvorsorge und ein würdiges Leben auch jenseits von Lohnarbeit allemal mehr Freiheit begründen, als es deren Schmalspurliberalismus zu denken wagt.

Es wäre auch an der Zeit, die postulierte Staatsferne der Liberalen und der Konservativen einmal genau historisch zu hinterfragen. Sie rufen unüberhörbar laut nach der staatlichen Feuerwehr, wenn der Finanzmarkt ins Strudeln kommt, persönliche Daten gesammelt werden sollen oder die NATO tagt. Nur die wachsende öffentliche Armut ist ihnen kaum der politische Einsatz wert. Da erfinden sie eine langweilige Geschichte der Sachzwänge und erheben den freien Markt und die Demografie immer von Neuem zur Naturgewalt. Das Ende dieser Ideologien ist eine Verschwörungstheorie, die den direkten Weg von der spätrömischen Dekadenz zum Sozialismus nachzeichnet.

Dafür sollten diese «Neuliberalen» nicht nur die rote Karte in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen ernten, sondern auch den ersten Preis für Geschichtslosigkeit gegenüber den eigenen Wurzeln und der europäischen Geistesgeschichte.

Es ist gut, wenn die Linke der Geschichtslosigkeit des Mainstreams demokratisch-sozialistisches Denken, eingebunden in geschichtliche Erfahrung, entgegensetzt, denn die Auseinandersetzungen der Gegenwart werden wachsen. Dafür brauchen wir eine kluge Linke, die ihr kompliziertes Erbe annimmt, ihre Traditionen kennt und kritisch besichtigt.

DOKUMENT 27

EUROPA ALS KULTURELLES PROJEKT

KONFERENZBEITRAG, 4. MAI 2012¹

Quelle: <https://www.dielinke-europa.eu/de/article/8623.europa-als-kulturelles-projekt.html?sstr=Bisky>

Wenn wir über Europa als kulturelles Projekt reden, müssen wir uns zwei Fragen stellen. Die erste Frage ist: Worauf zielt das kulturpolitische Engagement der Europäischen Union? Und die zweite Frage lautet: Welche Botschaft kann Europa auf der Grundlage seiner humanistischen Tradition heute anbieten, wenn es um ein Verstehen der grundsätzlichen Probleme der globalen Welt geht?

Zur ersten Frage: Nach dem Vertrag von Lissabon ist es ein Ziel, einen «gemeinsamen Kulturraum der europäischen Völker» zu schaffen. Das Kulturleben in den Mitgliedsstaaten soll gefördert, dabei die nationale und sprachliche, kulturelle und künstlerische Vielfalt Europas gewahrt bleiben. Leider, so musste ich feststellen, sieht die Europäische Kommission in der letzten Zeit Kultur vor allem als Wirtschaftsfaktor. Wie komme ich darauf? Im September 2012 hat die Kommission eine Mitteilung veröffentlicht. Ihr Titel: «Die Kultur- und Kreativwirtschaft als Motor für Wachstum und Beschäftigung in der EU unterstützen». Beim Lesen wird einem schnell klar: Die Kommission interessiert sich vor allem für das Wachstumspotenzial des Kultur- und Kreativwirtschaftssektors. Die Widerstandsfähigkeit der Kultur- und Kreativwirtschaft in der Wirtschaftskrise ist für die Kommission der wesentliche Grund, diesen Sektor bis 2020 verstärkt zu fördern. Es geht ihr darum, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und das Exportpotenzial zu steigern. Vor allem diesen beiden Zielen dient das kulturpolitische Engagement der Europäischen Union. Leider.

Kommen wir zur zweiten Frage, welche Botschaft Europa auf der Grundlage seiner humanistischen Tradition heute anbieten kann, wenn es um ein Verstehen der grundsätzlichen Probleme der globalen Welt geht. Können wir, so frage ich, unsere

1 Dieser Beitrag ist eine leicht gekürzte Fassung des Referats von Lothar Bisky als Mitglied des Europäischen Parlaments auf dem Kulturforum der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema «Provinz versus Provinzialität. Grenzen. Grenzüberschreitung. (Inter-)kulturelle Bildung» am 4. Mai 2013 in Schwedt.

humanistischen Traditionen heranziehen, um aktuell europäische Antworten auf die Globalisierung zu finden?

Es mag verwundern, dass ich, wenn die Rede vom kulturellen Dialog ist, sofort humanistische Grundlagen für das europäische Identitätsverständnis benenne. Doch ich will an folgende Debatte erinnern: Mit der Jahrtausendwende waren die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten noch hoffnungsvoll um eine Verfassung bemüht, eine, die nach Symbolen, Hymnen und Flaggen suchte. 2003 dann hielt die damalige CDU-Vorsitzende, Angela Merkel, eine Rede über die Zukunft Deutschlands. Darin erklärte sie, dass der selbstredend christliche Gottesbezug in der zukünftigen europäischen Verfassung verankert sein müsse. Sie war europaweit nicht die einzige Politikerin, die so dachte. Ja, die Bedeutung der christlichen Religion in der europäischen Kultur ist immens. Das wird niemand in Abrede stellen, egal ob Christen, Muslime, Aleviten oder Agnostiker. Doch eine Wertedebatte um Europa hat andere Dimensionen und ist mit einem Gottesbezug höchst eingengt. Europas Geschichte und Identität beginnt nicht mit Kaiser Augustus' Anerkennung einer Sekte als Staatsreligion. Der mythische Götterhimmel der Griechen war ebenso viele Jahrhunderte prägend. Er hat arabische und afrikanische Wurzeln verarbeitet und gibt uns auch heute manches Rätsel auf. Nachdem der Mythos als allumfassendes kulturelles Bewusstsein zerbrach, waren immer mehrere Religionen in Europa zu Hause. Aus der Krise der hellenischen Mythologie entsprang überdies nicht nur das Christentum, sondern auch die europäische Philosophie, der Ursprung im Widerspruch, im Unbestimmten oder in den Atomen. All dies hat genau wie der christliche Glaube die Aufklärung des 18. Jahrhunderts tief beeinflusst.

Doch zurück zur Vorsitzenden der CDU, zurück ins Jahr 2003: Vergessen wir nicht: Der Gottesbezug in der europäischen Verfassung war damals für Frau Merkel auch Teil der Begründung, die Türkei aus Beitrittsverhandlungen herauszuhalten. Zwei Jahre später bekam Frau Merkel eine Antwort auf diese Debatte vom Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk mitten in ihrem eigenen Lande. In seiner Rede bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels betonte er:

«In all den Romanen, die ich in meiner Jugend las, wurde Europa nicht über das Christentum definiert, sondern vielmehr über den Individualismus. Europa wurde mir auf attraktive Weise durch Romanhelden vermittelt, die um ihre Freiheit kämpfen und sich verwirklichen wollen.»²

Freiheit, Gleichheit, Solidarität, die Werte der Aufklärung, sind für mich der entscheidende Bezugspunkt europäischer Identität. Sie könnten durchaus auch eine Basis für die Antworten auf globale Herausforderungen sein. Doch die Freiheit der Märkte wur-

2 Pamuk, Orhan: Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 2005, unter: www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/alle-preistraeger-seit-1950/2000-2009/orhan-pamuk.

de drei Jahrzehnte lang von führenden Politikerinnen und Politikern zur Lichtgestalt des politischen Wertekanons ernannt. Mit großem Eifer wurde so der Zusammenhang zwischen Freiheit, Gleichheit und Solidarität in eine seltsame Rangfolge verkehrt. Politische Freiheit und Demokratie sind ohne Gleichheit und Solidarität spürbar in Gefahr. Und ich finde, das gilt nicht nur vor Ort hier in Europa. Das gilt weltweit. Kultureller Dialog hat diese Erfahrung zu verarbeiten, egal mit welcher Konfession oder Weltanschauung ich in die Debatte der Gegenwart und der Zukunft komme.

Doch es ist zu klären, wessen Freiheit wir in Europa meinen, wenn wir Freiheit berechtigt hochhalten. Stellt man Freiheit in den Kontext europäischer Geschichte, so stößt man auf ein Element, auf das uns der US-amerikanische Publizist Jeremy Rifkin gern aufmerksam macht. Er hält im schwer bestimmbareren «europäischen Traum» Kooperation und Vielfalt für die zentrale kulturelle Erfahrung unseres Kontinents. Hingegen erklärt er Wettbewerb und Assimilation für die Substanz des US-amerikanischen Traums. Dieser war Jahrhunderte ein Erfolgsmodell. Doch mittlerweile, so stellte Jeremy Rifkin 2007 fest, ist dieses US-amerikanische Identitätsverständnis den neuen globalen Herausforderungen nicht mehr gewachsen. Welche Botschaft kann Europa auf der Grundlage seiner humanistischen Tradition heute anbieten, wenn es um ein Verstehen der grundsätzlichen Probleme der globalen Welt geht? Kooperation und Vielfalt, sind, so finde ich, eine gute Antwort.

Über Jahre hinweg zeigte sich dies in Europa, dessen Gesellschaften offener, toleranter wurden. Doch leider muss ich heute konstatieren, dass wir vor einigen Jahren, vor der sogenannten Schulden- und Finanzkrise, schon weiter waren. Mit Bedauern, ja sogar Erschrecken höre und lese ich solche Zuweisungen wie «faule Griechen», «korrupte und neureiche Russen», «arme Bulgaren» usw. So wird eine neue Furcht geschürt. So wird Islamfeindlichkeit befördert. Und so müssen wir uns neu die Frage stellen, wo sich in Europa Kooperation und Vielfalt wiederfinden können? Aus meiner Sicht sind es vor allem die konkreten Projekte vor Ort. Europa ist vielsprachig. Europa ist der Kontinent der Übersetzungen. Da eröffnen gerade Dialoge zwischen den Sprachen andere Denkweisen, Ansichten und Lebensweisen. Manchmal erschließen sich diese erst nach Jahren. Oftmals bleiben diese nur denen nicht verborgen, die in mehreren Sprachen denken müssen, wollen und können. Ja, und so muss Europa ein Kontinent des interkulturellen Dialogs sein.

Im Jahre 2005 wurde die UNESCO-Konvention zur Kulturellen Vielfalt verabschiedet. Seitdem ist völkerrechtlich vereinbart, dass regionale Kulturen ein Recht auf Schutz und Förderung haben. Doch die Debatten um den Doppelcharakter der modernen Kulturen beschäftigen uns weiterhin. Sie sind eben immer noch einerseits Ware wie auch andererseits Träger von Werten, Orientierungen und Traditionen. Ich wünschte mir, dass sich Medien und Politik, Kultur und Wissenschaft in einer öffentlichen Debatte über Kulturwaren und Kulturwerte aufeinander zubewegen würden. Dies wäre schon ein Stück gelebte kulturelle Vielfalt. Damit wäre der Konvention im Ansatz gefolgt, denn sie offenbart einen weiten Kulturbegriff, der mehr

die Lebensweise der Menschen betrifft, als sich auf Kunst einzuschränken. Diesen weiten Kulturbegriff sollten wir sehr ernst nehmen, denn dann öffnet sich ein ganzer Kosmos politischer Gestaltung des interkulturellen Dialogs. Wir müssen die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen berücksichtigen, Raum für traditionelle wie auch moderne Lebensstile lassen. Wenn wir kulturelle Vielfalt fördern wollen, müssen wir zwei Bereiche betrachten: erstens die Rahmenbedingungen und Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden sowie zweitens die Bildungs- und Medienlandschaften insgesamt. Damit wird der bisherige Horizont praktizierter Kulturpolitik in den Ländern und in Europa gesprengt. Denn wir lernen schnell, dass Urheberrecht, Fernsehrichtlinien, Filmförderung, Bildung und Wissenschaft auch struktur- und wirtschaftspolitische Elemente haben.

Oftmals stehen handfeste Wirtschaftsinteressen großer Verlagshäuser und Medienkonzerne hinter politischen Entscheidungen. Kulturelle Äußerungen sind in marktwirtschaftliche Zusammenhänge eingebunden. Dies war durchaus auch eine historische Basis ihrer Demokratisierung und Internationalisierung, der Entstehung von massenkulturellen Erscheinungen. Dies hatte und hat negative wie positive Seiten. «Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit» widerspiegelt sich nicht nur in neuen massenkulturellen Kommunikationsformen wie Film und Rockmusik. Es hat auch neuartige ästhetische und kulturelle Kompetenzen hervorgebracht. Die neuen Technologien ermöglichen Massen einen breiten Zugang, wie auch dem Einzelnen den Zugang zu einem massenhaften Publikum. Doch die Möglichkeit wird nicht für jeden zur Wirklichkeit. Ich möchte zugleich Folgendes betonen: Kulturelle Äußerungen sind immer ein Moment der regionalen Identitätsfindung, des Selbstbewusstseins und der lokalen wie weltumspannenden Erzählungen. Sie sind öffentliche Güter der Völker, und die Möglichkeit ihrer Aneignung ist ein Menschenrecht. Sie dürfen nicht allein nach marktwirtschaftlichen Kriterien betrachtet und behandelt werden, sondern bedürfen des Schutzes und der öffentlichen Förderung. Daraus ergibt sich zweierlei: Im internationalen Rahmen müssen wir uns erstens dafür einsetzen, dass der Doppelcharakter kultureller Güter Berücksichtigung findet. Dies zeigt sich aktuell, da das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA verhandelt wird. Dabei geht es auch wieder einmal um die Stellung von Kultur und Medien und die Frage, ob diese eine Sonderstellung haben sollen. Nur eine knappe Mehrheit des Ausschusses Internationaler Handel im Europäischen Parlament plädierte vor Kurzem dafür, Kultur und Medien nicht dem reinen Freihandel auszusetzen. Und die europäischen Wirtschaftsminister werden am 14. Juni 2013 darüber entscheiden, ob Kultur und Medien weiterhin eine Sonderstellung haben sollen.

All in all: Wir müssen in der europäischen Politik weiter darauf drängen, dass Kulturpolitik auf unserem Kontinent sich den gewachsenen Anforderungen eines interkulturellen Dialogs stellt und an interkultureller Bildung orientiert. Wenn es um Frieden geht, so geht es nicht ohne den Dialog der Kulturen. Vor Ort, in der Kommune wie auf allen anderen Ebenen. Damit wird Europa zum interkulturellen Projekt.

DOKUMENT 28

VEREINIGTE STAATEN VON EUROPA - DAS WÄRE EIN NEUER QUALITÄTSBEGRIFF

**INTERVIEW ÜBER DIE EU-ERWEITERUNG, «MEHR EUROPA»,
EUROPASKEPSIS UND DIE LINKE IN EUROPA, 1. JULI 2013**

Quelle: ADS/RLS, Signatur 21 PWLe 0056

**Mit dem heutigen Tag ist Kroatien 28. Mitglied der EU. Ein Fortschritt,
auch für Linke ein Grund zum Feiern?**

Ja! Viele – in der alten EU und in Kroatien – machen sich nachvollziehbare Sorgen über die ökonomischen Probleme. Aber gerade wer eine EU will, die nicht vor allem anderen Marktlogiken folgt, sollte die nicht zum alleinigen Maßstab machen. Friedliche Lösung von Konflikten, individuelle Freiheitsrechte, solidarisches und demokratisches Zusammenleben: Das sind die Erwartungen, die Menschen in den Mitgliedsstaaten an die EU-Mitgliedschaft haben. An deren Erfüllung müssen wir gemeinsam arbeiten.

Ein Grund zur Freude ist auch, dass unsere linke Fraktion im Europaparlament, die GUE/NGL, dadurch ein neues Mitglied aus Kroatien bekommt. Wir sind jetzt 35 und damit nicht mehr die kleinste Faktion. Hinzu kommt: Die heutige EU hat doch unter anderem den Mangel, dass viele europäische Staaten nicht Mitglied sind. Ich glaube fest daran, dass im Laufe der Jahre noch andere Staaten dazukommen.

**Weitere Fortschritte im oder durch das europäische Integrationsprojekt hältst
du also für möglich.**

Ja, daran glaube ich fest – sonst wäre Europa ja bescheuert! Weil die Vorteile des Zusammengehens so offensichtlich zutage liegen, dass nur Leute, die in andere Zeiten zurückwollen, dagegen arbeiten könnten. Also ich finde, das europäische Projekt, die Europäische Union, so wie sie ist, ist nicht der Idealzustand, der erreichbar ist. Aber: Es ist ein Zustand für die miteinander kooperierenden Länder, der wesentlich besser ist als ein auf Nationalstaaten fixiertes und damit engstirniges Europa.

Hat die EU-Mitgliedschaft einiger ost- und mitteleuropäischer Staaten schon die tatsächliche Überwindung des kalten Krieges in kultureller, sozialer, wirtschaftlicher Hinsicht hergestellt?

Die Erweiterungen haben dazu beigetragen, bei allen Problemen, die noch unübersehbar übrig sind. Die Zusammenarbeit und das gewollte Zusammenrücken sind schon ein Fortschritt: dass Kooperation gesucht und nicht verhindert wird. Dabei ist es ein gewaltiger Prozess, und daran, dass er langsam geht, darf man nicht verzweifeln. Kultur, auch politische Kultur, ist etwas, was angeeignet ist durch Lebensweise und was in der Lebensweise zum Ausdruck kommt. Und das dauert eben. Man denke doch nur an die Ost- und Westdeutschen. Die deutsche Einheit gibt es nun schon lange und es gab sie vorher. Es gibt aber immer noch eine gewisse Reibung, auch wenn man die durchaus produktiv nutzen kann. Da darf man doch nicht erwarten, dass alle europäischen Völker über Nacht alle Unterschiede über den Haufen werfen. Das sind Lernprozesse, die lange dauern, manchem zu lange. Aber billiger ist es nun mal nicht zu haben.

Wenn man weitere Integrationsschritte in Europa geht – gibt es dann nicht auch noch mehr Probleme?

Tja, ein problemloses Leben gibt es nicht! Da habe ich keinerlei Illusionen. Die jahrhundertelange Dominanz bestimmter kirchlicher Ideen hat wohl zu unrealistischen Harmonievorstellungen geführt. Das Leben ist ein bisschen anders. Vieles passiert durch die Lösung von Widersprüchen, durch Lösung von Konflikten, auch durch das Austragen von Kontroversen. Probleme sind, wenn man es friedlich angeht, durchaus nicht das Problem, sondern oft der Anfang einer Lösung.

Du hast dich schon mehrfach – mitten in der Krise, während andere über das Ende des Euro, vielleicht sogar der EU nachdenken – für die «Vereinigten Staaten von Europa» ausgesprochen. Was verstehst du darunter?

Vereinigte Staaten von Europa – das wäre ein neuer Qualitätsbegriff. Das Modell der Vereinigten Staaten von Amerika, das sage ich jetzt bewusst als Linker, ist kein schlechtes Modell. Weil dort die Staaten einerseits eine relativ hohe Selbstständigkeit haben und gleichzeitig in wesentlichen politischen Fragen zusammengehen und dafür die Institutionen geschaffen haben.

Europa würde es nicht genau so nachmachen wie die USA. Die Geschichte der europäischen Länder, Kulturen und Demokratien kann man nicht einfach unter den Tisch fegen. Insofern wäre es anders, aber ein vereinigtes Europa wäre ein Schritt weiter als das, was wir gegenwärtig haben.

Was würde das denn konkret heißen?

Ich möchte jetzt keine Liste aufstellen, was da im Einzelnen alles anzustreben wäre. Es ist wichtig, dass wir in der Europäischen Union weitere Schritte bedenken.

Man müsste über die Transferunion nachdenken, so etwas in der Art wie der Länderfinanzausgleich in Deutschland, nur besser, funktionierender, hin zu einer tatsächlichen Angleichung der Lebensverhältnisse. Auch über Möglichkeiten der EU, finanziell nicht mehr vom guten Willen der nationalen Regierungen abzuhängen, sondern zum Beispiel durch Anteile aus der Finanztransaktionssteuer eigene Mittel zu bekommen. Ein EU-Kommissar hatte die Idee für eine europäische Arbeitslosenversicherung, ich finde den Vorstoß gut.

Die Entwicklung spricht für mehr Integration. Wir haben dabei nur ein Hemmnis, und das ist der bornierte Nationalismus. Den gibt es auch in Deutschland. Gerade als Deutsche müssen wir erkennen, wie wichtig die Zusammenarbeit mit anderen Völkern ist. Das ist jedenfalls meine Lehre aus der deutschen Geschichte. Wenn immer wieder Alleingänge versucht werden, endet das in der Regel verhängnisvoll. Die weitere Vertiefung der Europäischen Union bedeutet doch nicht, dass damit die nationalen Traditionen, die Geschichte, die jedem Volk Eigene verdrängt würden. Denn man bleibt ja Deutscher, Franzose, Italiener in der EU. Man wird gleichzeitig mehr und mehr Europäer. Auch wenn noch bei vielen Menschen der Nationalstaat im Mittelpunkt der Identität steht: Ich glaube schon, dass das Gewicht sich allmählich hin zu mehr Europa verschiebt.

Woran machst du das fest? Nicht nur die Zeitung mit den vier Großbuchstaben und die Stammtische lassen vermuten, dass es immer mehr statt weniger nationalistische Vorurteile gibt. Die Bundeskanzlerin spricht auch nicht mehr laut von mehr Integration.

Mit der Realität passen Rückzüge ins Nationalstaatliche nicht zusammen. Ohne mehr und bessere Kooperation werden sich viele Probleme einfach nicht lösen lassen. Aber natürlich gibt es Abstufungen: Manchmal ist behutsame Annäherung sinnvoll, manchmal sind richtige gemeinsame Gesetze die sinnvollere Variante. Aber in jedem Fall mehr und bessere Zusammenarbeit.

Man darf die Menschen nicht unterschätzen: Ich glaube schon, dass eine Mehrheit durchaus bereit zu mehr Integration ist, auch wenn eine gewisse Skepsis unübersehbar ist. Zum Teil ist das mit historischen Ereignissen begründbar, zum Teil angesichts aktueller Krisenerscheinungen zumindest nachvollziehbar. Häufig werden wir ja auch von Regierungen an der Nase herumgeführt, und so etwas haftet erst einmal lange Zeit in einer Bevölkerung. Aber ich glaube nicht, dass die Bevölkerung an sich irgendwelche Aversionen gegen Europa hat. Solche Aversionen sind von Politikern leicht angestachelte, manchmal von Journalisten beförderte – oder besser: produzierte – Haltungen. Und die werden dann so lange beschrieben, bis man sie für Realitäten hält.

Du wohnst in einem kleinen Städtchen, nicht in einem der großen Industriestandorte oder Kulturzentren – welche Fragen stellen dir deine Nachbarn über die EU?

Das ist ganz unterschiedlich. Aber ich höre da durchaus diese Vorbehalte gegenüber der EU. Was mich oft auf die Palme bringt, ist der blödsinnige und gemeine Spruch, dass die Deutschen alles finanzieren. Denn die Haltung, die dahintersteckt, zeigt doch, dass diese Leute am deutschen Wesen wieder die Welt genesen lassen wollen. Das ist einfach falsch. Das ist einfach nach hinten gewandt. Das ist etwas, was mich wütend macht. Denn das stimmt ja nicht. Diese Haltung, dass nur Deutsche so fleißig sind, vielleicht auch noch so sauber, das ist eine Haltung, die in den 1930er-Jahren dagewesen ist. Und dass das sich nochmal an die Oberfläche hervorwagt, ist schlimm. Ich sage das so deutlich, weil ich das so empfinde. Wir Deutschen sollten etwas mehr Bescheidenheit üben in den internationalen, auch in den europäischen Angelegenheiten.

Was antwortest du denn auf solche Positionen?

Mir kommt man damit im Regelfall nur ein Mal. Und danach weiß man, dass ich ein gnadenloser Internationalist bin, auch ein gnadenloser Europäer. Und dass ich für solche Spielchen nicht zu haben bin. Ich antworte dann immer mit der Küche der Franzosen, mit der Filmkunst der Polen, den tschechischen Theatern, den griechischen Demokratieursprüngen. Es gibt ein sehr reichhaltiges Europa mit besonderen kulturellen Schätzen, überall, wo man hinsieht, in allen Ländern. Die zu bewahren, ist eine unserer Kernaufgaben.

Du hältst es also mit Jean Monnet? Dem wird das Zitat zugeschrieben, wenn er die ersten Integrationsschritte noch einmal tun dürfte, würde er mit der Kultur beginnen. Womit würdest du beginnen, wenn du heute als junger Europapolitiker neu anfangen könntest?

Mit der Ökonomie und der Kultur. Kultur ist außerordentlich wichtig, aber nicht die Grundlage der Entwicklung. Kultur ist mein Beruf, und ich tue alles Mögliche dafür. Aber ich habe mal gelesen, dass Menschen erst einmal essen, schlafen, trinken, lieben wollen, bevor sie dann zu anderen Dingen kommen. Und diese einfache Weisheit möchte ich einfach nicht vergessen, bei aller Liebe zur Kultur.

Es gibt doch wirtschaftliche Integration in der EU, allem voran die vier Grundfreiheiten? Fehlt also nur ein bisschen Kultur?

Dass wir die kapitalistischen Grundfreiheiten haben, ist natürlich nicht zu bestreiten. Aber das ist noch nicht Ökonomie, also das, was ich darunter verstehe. Das schliesse natürlich das Soziale ein, auch die kooperative Wirtschaft: Mehr genossenschaftliches Wirtschaften könnte in einer sinnvoll vertieften EU eine größere Rolle spielen. Ein Mix von Eigentums- und Wirtschaftsformen. Das heutige Modell fördert die absolute Dominanz des Privateigentums.

Brauchen wir auch eine EU-Sozialpolitik oder ist die bei den Mitgliedsstaaten besser aufgehoben, wo die Sozialsysteme ja traditionell gewachsen sind?

Es gibt schon Ansätze und gemeinsame sozialpolitische Regelungen: Zum Beispiel die maximale Arbeitszeit und Gesundheitsschutzbestimmungen am Arbeitsplatz sind EU-weit geregelt. Es gibt Förderprogramme für Kultur und Jugendaustausch und für regionale Entwicklung in Städten und im ländlichen Raum, gerade auch grenzübergreifend. Das ist sinnvoll, denn zunehmend bewegen sich Menschen öfter im Leben über nationale Grenzen hinweg – zur Ausbildung, im Urlaub, zum Arbeiten, aus familiären Gründen.

Ich plädiere dafür, soziale Standards behutsam und mit ausreichender Zeit mehr anzugleichen, natürlich zum Besseren hin. Damit meine ich, man kann die Traditionen und Unterschiede, die auf sozialpolitischem Gebiet existieren, nicht mit der Brechstange über Nacht beseitigen. Nimmt man die Brechstange, geht die europäische Idee verloren. Gehen wird es nur, indem Völker gewonnen werden. Bei der EU-Integration kann man mit Macht gar nichts ausrichten, sondern nur mit überzeugenden Lösungen von Problemen.

Hat der alte Marx schon etwas über Europa gesagt, was heute noch gilt, wie würde er die EU bewerten?

Da der Alte ein ganz schön kritischer Typ war, würde er natürlich die kapitalistischen Grundlagen nicht besonders schick finden. Aber er war zugleich immer auch ein realistischer Empiriker, so will ich es mal ausdrücken. Er wusste, dass die schönste Theorie auch in seinem Kopfe nicht immer die Wirklichkeit widerspiegelt. Er wusste, man muss Dinge erforschen, genau hinschauen, was sich entwickelt. Er würde wohl mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen, dass der einst relativ erstarrte Industriekapitalismus nationalstaatlicher Prägung sich doch entwickelt hat. Nicht dass er jetzt sozialistischen Maßstäben genügen würde, das auf gar keinen Fall. Aber er hat sich entwickelt in einer ganzen Reihe von Fragen, die zu Marx' Zeiten noch nicht voraussehbar waren.

Marx wäre der Erste, der das zur Kenntnis nimmt, und der Letzte, der das leugnen würde. Denn er ist der genau analysierende Empiriker. Er hat immer wieder die Augen geöffnet vor dem, was in der Realität vor sich geht, und sich nicht vergraben in seiner eigenen Ideologie. Bei manchen Marxisten ist das umgekehrt.

Welchen Ratschlag würde er uns geben? Was sollen wir denn mit der EU machen, als Linke?

Er würde uns antreiben, dass wir entwürdigende Umstände, unter denen Menschen produzieren und leben, in Europa, in der Welt insgesamt, beseitigen und daran arbeiten, sie durch Zustände zu ersetzen, in denen Menschsein möglich ist. Denn in Europa sind wir militärisch hochgerüstet; Europa ist machtpolitisch in der Welt aktiv; Europa steht für einen sozialstaatlich abgemilderten, aber dennoch für einen klaren

kapitalistischen Kurs. Und Europa hat sich auch noch nicht gänzlich von seinen kolonialgeschichtlichen Attitüden kultureller Hegemonievorstellungen verabschiedet.

Welche Ratschläge, Strategien gibst du jüngeren Politikergenerationen mit auf den Weg?

Das lässt sich relativ einfach sagen: Ich habe in meiner politisch aktiven Zeit so viel geredet und vorgeschlagen und Sitzungen geleitet und Ideen und Orientierungen mit anderen zusammen entwickelt, dass die Menschheit nun langsam darauf verzichten kann. Das sehe ich mit Freuden. Ich rate nur jedem, der sich mit dem einen oder anderen meiner früheren Vorschläge beschäftigt: Seid verdammt kritisch. Alles andere führt zu nichts. Die Zeit des Gläubigseins hatte meine Generation noch zu überwinden. Heute muss niemand mehr gläubig in politischen Fragen sein, heute kann man sich alles kritisch aneignen, verwerfen oder annehmen.

Trotzdem: Es gibt doch bestimmt «wichtigste Themen»?

Überleben. Freunde finden. Feinde abwehren – also einerseits im Sinne von bessere Argumente haben als der Gegner; andererseits: Als Linke erleben wir leider auch oft immer noch feindliche Einstellungen uns gegenüber. Das habe ich früh erfahren müssen. Heute ist das deutlich weniger, und es ist auch in allen Ländern gleich. In Deutschland besonders ist die Intoleranz leider ein beständiger Strang in der Geschichte – ich meine auch die linke Intoleranz. Mich hat nun vor allem die rechte Intoleranz getroffen. Linke Intoleranz ist aber nicht weniger schlimm oder peinlich.

Gibt es eine europäische Identität, bzw. was wäre das eigentlich?

Das ist das, was sich im Prozess der Kooperation entwickelt und wofür es keine Formel gibt. Natürlich kann man feststellen, dass, sagen wir, Leute, die in den EU-Institutionen arbeiten, auf einen anderen Erfahrungshintergrund zugreifen als der sogenannte normale Bürger. Und Leute, die viele Kooperationserfahrungen in und mit anderen Ländern und Völkern haben, sind oft weltoffener. Aber europäische Kultur, europäische Identität entwickelt sich ausschließlich im Prozess der Kooperation. Man kann sie nicht einfach verordnen. Wie das im je Einzelnen aussieht, lässt sich nicht wirklich voraussagen.

Man kann das fördern. Es wird – zum Glück – einiges unternommen, damit die Jugend in Europa miteinander in Kontakt kommt, voneinander lernen kann. Da kann und sollte noch mehr gemacht werden. Das ist historisch nicht vom Himmel gefallen, sondern dazu bedurfte es der Anstrengungen vieler Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die das durchgesetzt haben. Es war früher überhaupt nicht selbstverständlich, dass man sich mit französischen Schülern trifft. Es war überhaupt nicht selbstverständlich, dass man nach Polen fährt. Man war selbstgenügsam genug, die bunte Welt auf dem Balkan nicht näher kennenlernen zu mögen. Es war ja auch kompliziert. Aber den Einblick in das Leben anderer – den braucht man. Anders wird

Europa nichts werden, weil man ja die Vielfalt verstehen und die Unterschiedlichkeit annehmen können muss.

Werden europäische Parteien in absehbarer Zeit, vielleicht schon jetzt in den Monaten vor der Europawahl Ende Mai 2014, mehr in den Vordergrund rücken?

Die europäischen Parteien werden eine immer größere Rolle spielen. Ob uns das gefällt oder nicht, ist da nicht die Frage. Wir als Linke müssen diese Entwicklung annehmen und gestalten. Das heißt auch, bewusst dahinterstehen und von den Tatsachen ausgehen. Die einzelnen nationalen Parteien sind und bleiben ja wichtig in ihren Ländern. Aber auf europäischer Ebene geht es nur durch ganz enge Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Parteien und auch in einer gemeinsamen europäischen Partei mit gemeinsamen Politikansätzen. Wie denn sonst?! Da ist die Linke erstaunlicherweise überaus schwerfällig und häufig nationalstaatlich orientiert. Zu oft wird auch vergessen, dass die Geburt neuer linker Parteien immer an den Internationalismus geknüpft war. Es ging immer um die Völker der Welt oder doch um große internationale Zusammenhänge. Es ging nie um diese bornierten einzelnen kleinen Nationalstaaten.

Die «neue soziale Idee» – ist das ein guter Slogan auch für die europäische Linke?

Die Linke in Europa muss die Chance wahrnehmen, eine weiter ausdifferenzierte Europapolitik zu gestalten. Es geht um eine sozial gesicherte, europäische Kooperation, die die Produktivität und Wohlstand vorantreibt – in Frieden. Das will ich nochmal erwähnen, so sicher ist das ja nun auch nicht. Das produktive Europa. Das schiene mir der Kern zu sein. Produktion natürlich nicht nur auf Waren und Dienstleistungen bezogen.

Wer wird unser Spitzenkandidat für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten?

Das weiß ich nicht. Ihr, die Jüngeren, müsst einen oder eine finden.

Das Interview führte Nora Schüttpelz.



Podiumsgespräch mit Andreas Dresen auf dem «Einheitsmarkt» in Berlin,
3. Oktober 1999

TRAUERREDE FÜR LOTHAR BISKY

von Andreas Dresen, Regisseur und Schüler von Lothar Bisky
an der Hochschule für Film und Fernsehen

Für Lothar Bisky

Volksbühne Berlin, 14. September 2013

Draußen sind die Plakate bunt. Sie künden von großen Zielen. Die Männer und Frauen auf ihnen lächeln und blicken optimistisch in die Zukunft. Links, Rechts, Mitte, Schwarz, Gelb, Rot, Grün. Sie wissen, was zu tun ist. Wie schon so oft.

Es gab Zeiten, da konnte ich auch dich auf diesen Plakaten sehen, lieber Lothar. Jetzt aber ist dein Bild schwarz-weiß und ich kann nicht glauben, dass es dich nicht mehr gibt. Denn du hast mir gezeigt, was es heißt, aufrichtig zu sein. Sanft, freundlich und trotzdem bestimmt.

Ende September 89. Eine aufregende Zeit. Angespannt. Nicht nur an der Filmhochschule in Potsdam-Babelsberg, aber natürlich auch dort. Deine Studenten wollten drehen, auch ich, wir wollten dokumentieren, was im Land geschieht, aber immer wieder gab es Ermahnungen, Restriktionen vonseiten der politischen Führung der DDR.

Du, lieber Lothar, hattest davon die Nase voll. Aber du wusstest auch, es könnte gefährlich werden, vielleicht würde man sogar die Schule schließen. Es gab eine Studentenvollversammlung, und du stelltest die Vertrauensfrage. Ohne den Rückhalt der Studenten könntest du die Schule nicht durch so bewegte Zeiten führen und würdest sofort zurücktreten.

Eine Vertrauensfrage. Rücktritt. In der DDR!

Du warst als Rektor eingesetzt worden, eine demokratische Legitimierung in dieser Form war damals keineswegs vorgesehen.

Dann bist du einfach aus dem Raum gegangen und wir haben tatsächlich abgestimmt. Es gab keine Gegenstimme. Wir alle wollten mit dir als Rektor unbedingt weitermachen.

Als du wieder hereingekommen bist und unser Votum angenommen hast, standen mir die Tränen in den Augen. Zum ersten Mal hatte ich die Kraft wahrer Demokratie erlebt, echter, wirklicher Legitimation.

Welcher Rektor, welcher Leiter in der DDR konnte von sich behaupten, dass er tatsächlich von denen gewählt wurde, für die er im Amt gewesen ist?

Dieser Moment begleitet mich bis heute. Damals machte er uns nahezu unverwundbar, obwohl du ja nicht ahnen konntest, dass du wenige Wochen später vor einer Million Menschen auf dem Alexanderplatz sprechen würdest. In undemokratischen Zeiten hattest du dich bereits als wahrer Demokrat erwiesen.

Drei Jahre davor, im Spätsommer 86, waren wir uns zum ersten Mal begegnet. Du als neuer Rektor an der Filmhochschule, ich als gerade immatrikulierter Regiestudent. Du hattest meist einen Jeansanzug oder eine Lederjacke an.

Ungewöhnlich für eine DDR-Hochschule. Es war die Ära von Gorbatschow, wir waren voll von seinen Reformideen und wollten Filme machen, die die Realität unseres Landes spiegeln sollten. Viele Kommilitonen der älteren Semester hatten zu diesem Zeitpunkt bereits resigniert, zu oft schon hatten sie die Erfahrung von politischer Zensur machen müssen. Auch an der Hochschule. Aber du hast uns ermutigt. Und dann haben wir einfach damit angefangen.

Weißt du noch? Ich hatte einen kleinen, eigentlich eher harmlosen Dokumentarfilm gemacht, der von einem Jungen erzählte, der seinen Grundwehrdienst bei der NVA antreten musste. Wir haben ihn mit der Kamera in den ersten Wochen begleitet, um zu zeigen, wie es einem dabei so ergeht. Ohne Beschönigung, so wie wir selbst es auch erlebt hatten: Ein Training zur Verteidigung also, wo der Schwur immer wieder und vor allem laut nachgesprochen werden musste, eine Weihnachtsfeier bei Club-Cola, bei der ein junger Leutnant sich abmühte, seine traurigen Soldaten zu motivieren, und Ähnliches.

Es war ein Film von vielen, meine Kommilitonen hatten sich in ihren Übungen zum Beispiel mit einem Punk beschäftigt oder mit zwei Freundinnen, von denen eine bei der FDJ und die andere in der Jungen Gemeinde war. Alltag eben, aber genau der kam ja in Film und Fernsehen der DDR so selten vor. Entsprechend hoch schlugen die Wogen, als die kleinen Filme aufgeführt wurden. Bei mir war sogar von «Wehrkraftzersetzung» die Rede, die militärische Hauptverwaltung schaltete sich ein, später gar das ZK der SED. Ich habe davon wenig mitbekommen, denn all diese Kämpfe hast ja du durchgestanden, und unsere Filme durften weiter laufen.

Bis zu jenem Tag im Januar 89, da wurde ich zu dir ins Rektorenzimmer bestellt. Wir saßen uns gegenüber, du wirktest müde und ein wenig niedergeschlagen. Der Film könne jetzt erst einmal eine Weile nicht mehr gezeigt werden, der Druck von außen wäre zu groß. Als ich schon gehen wollte und irgendwie den Kopf hängenließ, hast du ganz fest meine Hand genommen und gesagt, ich soll unbedingt so weitermachen, du fändest es richtig und ermutigend, wenn die Filme deiner Studenten Aufsehen bis in die höchsten Kreise des Politbüros erregen.

Ein ermutigendes Verbot also, wo hat es sowas schon gegeben?

Es ist leicht, die Klappe aufzureißen, wenn ein schützendes, breites Kreuz vor einem steht. Nein, Lothar, wir Studenten waren nicht mutig, wir haben nur unseren vorhandenen Spielraum genutzt. Mutig warst du, der du das alles vertreten und zugelassen hast.

Die Mauer fiel, die politische Führung von Partei und Staat auch. Jetzt waren die kritischen Geister gefragt, diejenigen, die vor dem Umbruch schon Haltung gezeigt hatten. Und du, lieber Lothar, fühltest die Pflicht auf deinen Schultern: Lehne ich ab, so leidet die Glaubwürdigkeit meiner früheren Kritik. Gehe ich aber in die Politik, kann ich nicht mehr Rektor sein und enttäusche möglicherweise euch Studenten. So sagtest du damals, und das war dein Dilemma. Und deswegen habe ich dich ausgerechnet in den Stunden der politischen, gesellschaftlichen Euphorie ziemlich traurig gesehen.

Du hast die Hochschule verlassen und es begann deine Reise in die «Welt der belegten Brötchen», die es seitdem immer bei allen politischen Empfängen und Besprechungen gab, wie du später mal geklagt hast. Und mit dem Brötchenfrust wurde die Zeit knapper, wurdest du zu einer öffentlichen Person. Wir haben uns seltener getroffen, dafür tauchtest du immer öfter in den Nachrichten oder bei Talkrunden auf. Du hast dort gesessen, zwischen all den politischen Schwergewichten dieser Republik, die dich angriffen, als Ewiggestrigen bezeichneten oder dir über den Mund zu fahren versuchten, und du wirktest ein wenig wie aus einer anderen Welt. Der dort saß, war doch eigentlich gar kein Politiker, das war doch Lothar, der Junge vom Land, den man nun in einen Anzug gesteckt hatte, der aber doch am liebsten Kartoffelsuppe aß, der bescheiden und freundlich war, mit einem natürlichen Sinn für Gerechtigkeit.

Manchmal, wenn du auf meinem Fernseher gerade die Politikerrolle spieltest, sah ich dich auf einmal wieder unter der Dusche unserer Turnhalle an der Filmhochschule stehen, für einen kleinen Eröffnungsbeitrag zum damaligen Studentenfestival. Wir stellten eine Szene aus «All that Jazz» von Bob Fosse nach, ich musste dich nicht lange bitten. Und wie der Regisseur aus diesem Film standest du unter dem rauschenden Wasser, qualmtest dabei deine geliebte Karo, warfst anschließend eine Aspirin ein, um deinem Spiegelbild schließlich zuzurufen: «It's showtime, folks!»

Oder unsere Reise nach Paris. Listig hattest du dir eine Veranstaltung einfallen lassen: «Tage der Hochschule für Film und Fernsehen im Kulturzentrum der DDR». Dort liefen unsere Filme. Wenige kamen – aber viele waren gefahren. Du hattest es tatsächlich irgendwie fertiggebracht, dass zehn Studenten nach Paris reisen durften. Wer von der Welt erzählen will, muss die Welt kennen, das war deine Überzeugung. Und dann hast du uns begeistert die ganze Stadt gezeigt, auch die Rotlichtviertel. Paris im sonnigen Mai '89. Eine süße, schmerzhaft schöne Erfahrung. Und alle sind wieder mit zurückgekommen.

Und jetzt? Was machtest du plötzlich in diesen Elefantenrunden? Es schien, als wäre diese Welt gar nicht die deine, als wäre da eine riesige Kluft zwischen dir und diesen anderen Leuten mit den eingeübten Gesten und dem so sicheren Auftreten. Es

wirkte, als hättest du dich dorthin nur verirrt, mit deinem verlegenen Lachen, deiner graden Einfachheit.

Der Tiefpunkt im Herbst 2005. Die Linkspartei schlägt dich als Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages vor. Die Wahl ist eigentlich nur eine Formsache, aber auch nach drei Wahlgängen erhältst du nicht die erforderliche Mehrheit. Wenige Wochen später erfolgt ein vierter Wahlgang, wieder klappt es nicht.

Es ist demütigend, bitter, und ich sitze vor dem Fernseher und kann es nicht fassen.

Sie strafen dich ab. Ja, du kommst aus dem Osten. Ja, du bist links. Und deshalb weiß man ja nie ...

In diesem Augenblick würde ich am liebsten dort vor den Bundestag ziehen und den Ignoranten erzählen, wer du bist, was du eigentlich geleistet hast.

Es sind die stillen, bescheidenen Menschen, die so schnell verkannt werden. Weil sie nicht mit großer Geste ihre Leistung vor anderen ausbreiten. Aber das scheint eine unzeitgemäße Haltung geworden zu sein.

Dass du in die Politik gegangen bist, begriff ich, lieber Lothar, dass du dort geblieben bist, nicht. Aber auch das hing wohl mit deinem aufrechten Charakter zusammen: Verlässlich wolltest du sein, auf keiner konjunkturellen Welle reiten. So vergeht Zeit, so vergeht Leben. Und irgendwann sind die Absprungbretter besetzt oder abgebaut. Sie waren es wohl auch für dich. Und du hattest es nicht verdient, die elenden politischen Grabenkämpfe in der eigenen Partei erleben zu müssen und dabei aufgerieben zu werden.

Du hast aus- und durchgehalten, mit ganzem Herzen geackert. Und über 20 Jahre Politgaleere vermochten dich nicht zu verderben. Bis zuletzt bist du der aufrechte, integre Mensch geblieben, als den wir dich als Studenten immer verehrt und geliebt hatten.

Ach, lieber Lothar. Wie sehr hätte ich dir noch ein paar gute Jahre gewünscht. Ohne Politik. Mit den Menschen, die du liebst, guten Büchern, Filmen und Kartoffelsuppe.

LOTHAR BISKY

BIOGRAFISCHE ANGABEN

17. August 1941

geboren in Zollbrück (Landkreis Rummelsburg i. Pom., heute Korzybie, Polen); Vater: Arbeiter

1945

Flucht der Familie nach Brekendorf (Schleswig-Holstein), dort Besuch der Volksschule

1955

Eintritt in die FDJ

1959

Übersiedlung in die DDR

1961

Abitur

1961/62

Arbeiter im VEB Blechverformungswerk Leipzig

1962–1965

Studium der Kulturwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Karl-Marx-Universität Leipzig (KMU)

1963

Mitglied der SED

1966

Studienabschluss als Diplom-Kulturwissenschaftler

1966/67

Wissenschaftlicher Assistent an der Karl-Marx-Universität Leipzig

1967–1970

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ), Leipzig

1969

Promotion zum Dr. phil. mit der Arbeit «Massenkommunikation und Jugend – Studien zu theoretischen und methodischen Problemen»

1970–1975

Leiter der Forschungsgemeinschaft «Freizeitgestaltung der Jugend»

1975–1980

Abteilungsleiter am ZIJ, zuständig für den Bereich Massenkommunikation/Kunst; Honorar Dozent an der Fakultät für Journalistik der KMU

1978

Dozent, ab 1980 Professor für Kulturtheorie an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED

1986–1990

Rektor der Hochschule für Film und Fernsehen «Konrad Wolf» Potsdam-Babelsberg (HFF)

1986–1990

Schatzmeister von CILECT (Centre International de Liaison des Écoles de Cinéma et de Télévision – Internationale Organisation der Film- und Fernsehhochschulen)

3. Dezember 1989

Mitglied des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung eines Außerordentlichen Parteitages der SED

9. Dezember 1989 bis 4. Februar 1990

Leiter der Kommissionen für Bildungs- und Schulpolitik sowie für Presse und Medien des Parteivorstandes der SED/PDS bzw. PDS

März bis Oktober 1990

Abgeordneter der DDR-Volkskammer; Ordentlicher Professor für Film- und Fernsehwissenschaften; Mitglied des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft für Kommunikationsforschung

Oktober 1990 bis 2005

Abgeordneter des Landtags Brandenburg

1990–2004

Fraktionsvorsitzender der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg und Mitglied des Präsidiums des Landtags

1992–1994

Vorsitzender des Untersuchungsausschusses des Landtags Brandenburg zu den MfS-Kontakten von Manfred Stolpe

1993–2000

Bundvorsitzender der PDS

2003–2010

Bundvorsitzender der PDS bzw. Linkspartei.PDS bzw. von DIE LINKE

2004–2005

Vizepräsident des Landtages Brandenburg

2005–2009

Mitglied des Deutschen Bundestages

2007–2010

Vorsitzender der Europäischen Linken

2009–2013

Mitglied des Europäischen Parlaments, bis 2012 Vorsitzender der Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne (GUE/NGL)

13. August 2013

Tod in Leipzig



Lothar Bisky war überall ein begehrter Gesprächspartner, Wahlkampfauftakt am 7. August 2009 in Leipzig

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abs.	Absatz
ADS	Archiv Demokratischer Sozialismus
AG	Arbeitsgemeinschaft
AIERI	Association Internationale des Études et Recherches sur l'Information et la Communication
ARGUS	Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung
CILECT	Centre International de Liaison des Écoles de Cinéma et de Télévision
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
EL	Europäische Linke
EV	Einigungsvertrag
FCC	Federal Communications Commission
FDJ	Freie Deutsche Jugend
fds	Forum Demokratischer Sozialismus
FKP	Französische Kommunistische Partei
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GATS	Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen
GUE/NGL	Gauche Unitaire Européenne/Nordische Grüne Linke
HFF	Hochschule für Film und Fernsehen
IAMCR	International Association for Media and Communication Research
ICTP	Global Centre for Information and Communications Technologies in Parliament
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IuK	Informations- und Kommunikations-Industrie
IWF	Internationaler Währungsfonds
KMU	Karl-Marx-Universität Leipzig

KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LER	Lebenskunde–Ethik–Religion
MEW	Marx-Engels-Werke
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NVA	Nationale Volksarmee
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PRC	Partito della Rifondazione Comunista
SA	Sturmabteilung
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
VDJ	Verband der Journalisten
WASG	Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit
WTO	Welthandelsorganisation
ZIJ	Zentralinstitut für Jugendforschung
ZK	Zentralkomitee

ZUM HERAUSGEBER

Dr. Thomas Falkner, Journalist und politischer Berater, geboren 1957, war 1989 Mitbegründer der «Plattform WF», die auf die demokratische Erneuerung der SED hinwirkte, und später ein enger Vertrauter und Mitarbeiter von Lothar Bisky in Brandenburg und im Bund. Er war der erste Leiter des Bereiches Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand der PDS.

«Nach dem Scheitern des DDR-Sozialismus sind gesellschaftliche Alternativen nicht überflüssig geworden, sie sind geradezu überlebensnotwendig [...] Sozialismus war geschichtlich viel mehr als der undemokratische Versuch eines Staatssozialismus in Osteuropa. [...] Die Erhaltung der Natur, der Existenzgrundlagen künftiger Generationen, Frieden [...] – diese Ziele zu realisieren – wovon das zivilisatorische Überleben abhängt – kann nur mit realer Hegemonie gesellschaftlicher Kräfte gelingen, deren Kampf auf die Lösung gesellschaftlicher und menschheitlicher Probleme gerichtet ist.»

Lothar Bisky (1996)